Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution

- Einleitung
- Die globale Revolution Make Money, not War! Oder Die neue Macht der Märkte
- Die schwindende Macht des Staates
- Vom Ende Leviathans
- Das Ende des Sisyphos oder Die Krise der Arbeit
- Liberte, Egalite, Fraternite Oder Der neue Gesellschaftsvertrag
- Die neue Gründerzeit - der Arbeitsmarkt und die Arbeitszeit der Zukunft
- Die ökologische Herausforderung oder Wieviel muss Energie kosten?

Einleitung

"To be or not to be" oder

War Hamlet ein deutscher Linker?

"Die einzige Revolution, die der Kapitalismus akzeptiert, wird nicht gegen ihn angezettelt, sondern durch ihn selbst."

Andreas Zielcke

Seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ging eine aggressive, ja militant antisozialstaatliche neokonservative Revolution von Grossbritannien aus, erreichte Amerika, gewann dort an hegemonialer Kraft und hat gegenwärtig das kontinentale Westeuropa erreicht. Die zunehmende innere Individualisierung der reichen Gesellschaften des Westens und die wachsende Globalisierung der Märkte und Unternehmen formten die gesellschaftliche Grundlage für den durchschlagenden Erfolg eines radikalen Wirtschaftsindividualismus und für die damit einhergehende fundamentale Krise der demokratischen Linken, die dann spätestens mit dem Kollaps der Sowjetunion voll zum Durchbruch kam. Die Implosion des Sowjetkommunismus hat die Weltordnung der zwischen Kapitalismus und Sozialismus zweigeteilten Welt mit sich in den Orkus der Geschichte gerissen, und in den Nebeln dieses welthistorischen Umsturzes zeichnet sich der Umriss eines neuen Zeitalters ab: das Zeitalter des Globalismus.

Die bipolare Systemkonkurrenz zweier politischer, militärischer, ökonomischer und ideologisch-kultureller Supermächte ist dem Pluralismus der Globalisierung von Märkten, Kapitalien, Unternehmen, Arbeitskräften, Kosten und Informationen gewichen. Ein Zeitalter der extremen gegenseitigen Abschottung und Konfrontation wird von einer nicht minder extremen Epoche der globalen Vernetzung und Kooperation abgelöst. Stand die Epoche des Kalten Krieges ganz unter dem Zeichen der apokalyptischen Furcht vor der Atombombe, so scheint heute die schöne neue Welt der globalisierten Zukunft den Verheissungen des World Wide Web zu folgen. Die Macht - und damit der Staat - ist zugunsten der Märkte und der Wirtschaft in den Hintergrund getreten. Nunmehr konkurrieren nicht mehr politisch-militärische

Supermächte gegeneinander, sondern rund um die Welt Märkte und damit Wirtschaftsstandorte. Durch diese weltweite Wirtschaftsrevolution droht nun der demokratische Sozialstaat Westeuropas zum nationalen Wettbewerbsstaat um Standortvorteile zu verkommen, und eine solche Veränderung wird für die betroffenen Völker weitreichende Folgen haben - ökonomisch, sozial und politisch. Für Westeuropa geht es um nichts Geringeres als um die Frage, ob sein über vierzig Jahre entwickeltes Wirtschafts-, ja Gesellschaftsmodell im 21. Jahrhundert überholt ist oder nicht, ob es also erneuerbar ist oder durch die Globalisierung definitiv ad acta gelegt werden wird.

Die demokratische Linke des Westens war niemals Gestalten des politisches Subjekt dieser Entwicklung, sondern wurde von diesem Umbruch politisch wie ideologisch quasi überfahren. Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis zur ersten Ölpreiskrise 1973 war das "Goldene Zeitalter" der

westlichen Reformlinken gewesen, in der sie bei Vollbeschäftigung und beständig steigenden Masseneinkommen den westlichen Sozialstaat durchgesetzt und ausgebaut hatte. Der danach einsetzenden neokonservativen Wirtschaftsrevolution, dem späteren Kollaps des Sowjetkommunismus und der sich damit beschleunigenden ökonomischen Globalisierung seit 1989/90 stand und steht sie dagegen mehr oder weniger hilflos gegenüber. Tragende Grundlagen dessen, was bisher als -links" galt, scheinen unter dem Druck der wirtschaftlichen Globalisierung zu Staub zermahlen zu werden. Alle Zeichen der Zeit sprechen für grosse, ja für revolutionäre Veränderungen in den beiden kommenden Jahrzehnten, während die klassischen Protagonisten von Veränderung, von Reform, ja bisweilen selbst von Revolution, die Linke also, zu ängstlichen Besitzstandswahrern und erschrockenen Verteidigern des erreichten Status quo verkümmert zu sein scheinen.

Wie sagte doch dagegen ganz anders Karl Marx? "Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoss der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind."

Angesichts der historischen Revolution der Globalisierung und ihrer Herausforderungen leistet sich die deutsche Linke, acht Jahre nach der deutschen Einheit, eine zweite, merkwürdig weltfremd anmutende und den historischen Prozess fast ignorierende Debatte, die alle Züge einer kollektiven politischen Verdrängung trägt. Die Position, dass es sich bei der Frage der Globalisierung der Wirtschaft lediglich um einen gelungenen

Propagandacoup von Kapital und Wirtschaftsliberalen zu Lasten der abhängig Beschäftigten, des Sozialstaats und der sozialen Gerechtigkeit handele, wird die Linke, wenn sie daran festhält, erneut wie bei der deutschen Einheit auf Jahre ins politische Abseits und damit in die Machtlosigkeit der Daueropposition führen. Alle diese Befürchtungen über die Ausbeutung der Globalisierung durch das Kapital zu Lasten von abhängig Beschäftigten und sozialer Gerechtigkeit sind ja nicht einmal falsch, sondern im Gegenteil sogar meist völlig zutreffend, um diesen Teil der Debatte sofort abzuschliessen. Selbstverständlich versucht das Kapital weltweit, diese Revolution namens Globalisierung ohne viel Federlesens und allzu grosse Rücksichtnahmen zu seinen Gunsten zu nutzen. Was denn auch sonst? Der Kapitalismus wird selbst im Sozialstaat nicht nach den Grundsätzen der Caritas, sondern entlang egoistischer Interessen organisiert.

Marktwirtschaft ist keine moralische Besserungsanstalt (und niemand hat dies öfter und lauter beschrieen als eben die Linke!), sondern sie funktioniert gemäss dem Gesetz von Angebot und Nachfrage, also der Stärkeverhältnisse widerstreitender Interessen und ihrer egoistischen Vorteilslogik. Und nun führt gegenwärtig leider an der schmerzhaften Erkenntnis kein Weg vorbei, dass sich weltweit und damit auch hierzulande die Bedingungen zu Lasten grosser Teile der auf den Märkten angebotenen Arbeit dramatisch verschlechtert haben. Dies gilt vor allem für nichtqualifizierte oder schlecht qualifizierte Arbeit, und exakt dieses Segment des Arbeitsmarktes wird von der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit in den westlichen Volkswirtschaften am schwersten getroffen.

Wie damals, bei der deutschen Einheit, verkehren sich die politischen Fronten: Während die Konservativen angesichts einer historischen Herausforderung und Chance ihre ansonsten sehr erfolgreiche Politik des -Weiter so" aufgeben, drohen ausgerechnet jetzt Teile der politischen Reformkräfte in Deutschland, gemeinhin bisher "die Linke" genannt, zu Beginn einer veritablen Revolution namens Globalisierung, jene konservative Politik des - Weiter so" zu übernehmen, wo diese Politik historisch obsolet geworden ist. Das ist nicht nur eine historische Absurdität, sondern politisch auch eine klare und definitive Verliererstrategie. Allerdings, wie schon der gestern noch ach so vielgeschmähte und heute bereits wieder mit neuer Nachdenklichkeit erinnerte Karl Marx in seinem -18. Brumaire" 4 zur Mitte des letzten Jahrhunderts weitsichtig erkannte: Geschichte wiederholt sich zwar, aber war sie das erste Mal noch eine Tragödie, so verkommt sie beim zweiten Mal meistens zur Farce, und exakt diese Gefahr droht der deutschen Linken mit ihrer Verdrängung der Globalisierung.

Neu an der Globalisierung ist unter anderem, dass diese internationale Entwicklung völlig ohne eine echte oder auch nur behauptete Systemalternative daherkommt. Viele schimpfen über diese Entwicklung, andere beklagen sie und empören sich über ihre negativen Auswirkungen, aber keine praktische Macht bekämpft die ökonomische Globalisierung auf wirksame Art und Weise. Ob China, Russland, Asien, Europa, Lateinamerika oder wo auch immer, alle wollen sie an dieser Globalisierung der kapitalistischen Marktwirtschaft teilhaben, nahezu alle Nationen begreifen den Wettlauf um ihre möglichst günstige Positionierung in der neu entstehenden globalisierten Wirtschaftsordnung als eine Frage von höchster nationaler Priorität für die Zukunft ihrer Staaten. Und jene Länder, die keine Chance haben, sich an diesem Prozess der Globalisierung auf absehbare Zeit zu beteiligen - sie liegen vor allem in Afrika -, gelten schon heute als die ökonomischen und politischen Verlierer des kommenden Jahrhunderts.

Die Revolution der Globalisierung wird, anders als das Ende des Kalten Krieges und der bipolaren Weltordnung von Jalta, nicht nur eine alte Weltordnung zusammenstürzen lassen, sondern vielmehr die Grundlagen einer neuen Weltordnung hervorbringen. Wir sind gegenwärtig Zeitzeugen eines weiteren Voranschreitens jener -Grossen Transformation" von agrarischen in industrielle und nunmehr weiter in nachindustrielle Gesellschaften, wie sie Karl Polanyi in seinem epochemachenden Werk 1944 analysiert hat, ein Buch, das angesichts der gegenwärtigen Entwicklungen von einer beklemmenden Aktualität ist. Mit der Revolution der Globalisierung wird der Rahmen allen politischen Handelns und folglich auch der Verteilung der Macht und des Wohlstandes zwischen den Nationen und auch national in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft neu bestimmt. Die kommenden Jahre werden folglich nach Gestaltung schreien, nach sehr grundsätzlicher Gestaltung sogar, und bei allem Bedeutungsverlust der traditionellen europäischen Nationalstaaten zugunsten multinationaler Unternehmen und Märkte wird die Gestaltungskraft der Politik und damit einer Regierung dennoch alles andere als zu unterschätzen sein.

In den beiden kommenden Jahrzehnten werden strukturelle Weichenstellungen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft vorgenommen werden müssen, bei denen es entscheidend darauf ankommen wird, welche politischen Kräfte in der Demokratie gestalten und welche lediglich das oppositionelle Korrektiv abgeben dürfen. Und diese Weichenstellungen werden fundamentale Veränderungen für die Zukunft des westeuropäischen Sozialstaates und damit auch für die Gestaltung der zukünftigen Gesellschaftsordnung in Deutschland und Europa im Zeitalter des Globalismus mit sich bringen, bei denen es um nichts Geringeres gehen wird als um den solidarischen Zusammenhalt, um die

Kohäsion unserer demokratisch verfassten Gesellschaft, d.h. die sozialstaatliche Verfassung ihrer Ordnung.

Ganz praktisch wird also die Frage zu beantworten sein: Steht Europa mit der Globalisierung vor einer neuen Aera der Ungleichheit durch zunehmend extremer werdende Einkommensunterschiede, oder gelingt es, den - rheinischen Kapitalismus", jenen westeuropäischen Dreiklang von Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat, unter den neuen Bedingungen des Globalismus ohne Aufgabe des Sozialen zu restrukturieren und dadurch zukunftsfähig zu machen? Daran wird sich die neue Links-Rechts-Frage auf unserem Kontinent nach dem Ende des Sozialismus entwickeln - "Kapitalismus contra Kapitalismus" - wie Michel Albert diese Epoche charakterisiert, und exakt auf diese Frage muss sich der Diskurs der Linken in Deutschland konzentrieren, wenn sie ihre Mehrheits-und Machtfähigkeit nicht endgültig abschreiben will.

Die Welt organisiert sich in einem grossen historischen Prozess voller Brüche und Instabilitäten, voller Risiken und Chancen völlig neu, ob einem das gefällt oder nicht, und keine ernstzunehmende politische Kraft kann diesen Prozess ignorieren, ohne nicht selbst schwersten Schaden zu nehmen, gerade weil es dabei um die Fundamente der eigenen Überzeugungen und Interessen geht. Die Folgen der Globalisierung und deren praktische Konsequenzen erschüttern direkt entscheidende Grundwerte der demokratischen Linken: die Vision einer solidarischen Gesellschaft, die neben den kurzfristigen Gewinninteressen vor allem die mittelfristigen Interessen der Umwelterhaltung, der sozialen Gerechtigkeit und des gesellschaftlichen Zusammenhalts mit den Mitteln des Nationalstaates und seines bisherigen beherrschenden Einflusses auf die Wirtschaft verfolgt. - Gemeinwohl" heisst dafür das altertümliche deutsche Wort, welches dem radikalindividualistischen Zeitgeist der Gegenwart allerdings völlig entgegensteht. In dem Begriff des Gemeinwohls ist die individuelle Freiheit und damit auch die Freiheit des individuellen Besitzes und des Eigentums ausbalanciert mit der Teilhabe aller am gesellschaftlichen Reichtum. Das heisst konkret, die Rechte der abhängig Beschäftigten und des privaten Kapitals besitzen einen annähernd gleichen Verfassungsrang, die gesellschaftliche Teilhabe durch Arbeit und selbstverdientes Einkommen bleibt der Regelfall der Biographie eines erwachsenen Menschen, und die Massenarbeitslosigkeit mit ihren fatalen Folgen für die Individuen und die Gesellschaft wird niemals akzeptiert, die Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung gilt - unbesehen der Herkunft und des Vermögens der Eltern - für alle Kinder und Heranwachsenden und wird durch Verfassung und staatliches Handeln garantiert, die grossen Lebensrisiken der Bürger wie Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit werden durch sozialstaatliche Verfassung, politische Garantien und einer Mischung aus solidarischer Finanzierung und privater Vorsorge überwiegend kollektiv abgesichert, und es gibt eine letzte, staatlich durch Gesetz garantierte Barriere gegen Armut und Obdachlosigkeit, die sich an der Menschenwürde und damit an dem Mindestbedarf für eine menschenwürdige Existenz orientiert, massenhafte Armut wird politisch nicht hingenommen.

Exakt diese Grundwerte der demokratischen Linken, die den Kernbestand des westeuropäischen Sozialstaates ausmachen, geraten nun durch den Prozess der Globalisierung gewaltig unter Druck und werden von einer marktradikalen Ideologie im Unternehmerlager, des akademischen und politischen Wirtschaftsliberalismus und in Teilen des politischen Konservativismus zunehmend zur Disposition gestellt. Aber gerade dann, wenn der Kern der eigenen politischen, sozialen und kulturellen Überzeugungen , Werte und Interessen durch einen historischen Umbruch wie die

Globalisierung bedroht oder gar in Frage gestellt wird, erzwingt dies den nüchternen Blick auf die Wirklichkeit dieses Umbruchs, eine vorurteilslose theoretische Analyse. Sie verlangt unter Umständen eine Neustrukturierung der eigenen Grundwerte, Überzeugungen und Interessen, um sie auch unter diesen fundamental neuen Bedingungen nicht endgültig zu verlieren, sondern vielmehr erhalten und auch in Zukunft politisch und gesellschaftlich erfolgreich durchsetzen zu können.

Sowenig es den frühen Sozialisten und auch den damaligen Handwerkern und Bauern geholfen hat, sich gegen die erste industrielle Revolution seit dem Ende des 17. Jahrhunderts und dann vor allem im 18. und frühen 19. Jahrhundert zu stellen, obwohl deren persönliche Folgen für die Betroffenen zumeist grausam waren und Sozialismus und Arbeiterbewegung erst Jahrzehnte danach unter opferreichsten Kämpfen und dann innerhalb des Industriesystems ihre befreiende Wirkung für ein ins Elend gezwungenes Industrieproletariat entfalten konnten, sowenig wird es heute der europäischen Linken nützen , wenn sie sich gegen diesen vergleichbar epochalen Prozess der Globalisierung stellt.

Die Frage, die es dabei zuerst zu entscheiden gilt, ist, ob diese Grundwerte als solche möglicherweise historisch überholt sind. Ob man also an diesen Grundwerten politisch und moralisch festhalten kann und muss, es demnach lediglich ihrer Neudefinition unter historisch wesentlich veränderten Bedingungen bedarf, oder ob sie obsolet und damit politisch marginalisiert worden sind.

Trotz aller grossen Schwierigkeiten einer demokratischen Linken nach dem Ende des Sozialismus lässt sich zumindest diese Frage nach den Grundwerten der Demokratie, der Freiheit, der Gewaltlosigkeit, des Rechts, der sozialen Gerechtigkeit und der gesellschaftlichen Solidarität sehr schnell beantworten: Es gibt bis heute kein besseres Werteangebot, das auch nur annähernd vergleichbar in Gegenwart und Zukunft den Frieden, die Freiheit, die Wohlfahrt und auch das Glück einer möglichst grossen Zahl von Menschen zu garantieren vermag. Trotz aller Unzulänglichkeiten ist dieser auf den unveräusserlichen Menschenrechten gegründete Wertekanon zur Organisation moderner und zugleich demokratischer Gesellschaften weltweit nach wie vor ohne Alternative. Unter den Begriffen "Freiheit" und - Verantwortung des Einzelnen" wird allerdings gegenwärtig in systemverändernder Absicht durch einen aggressiven Marktliberalismus der individuelle Egoismus und damit das Recht des Stärkeren, des Erfolgreicheren etc. der gesellschaftlichen Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit entgegengesetzt. Solidarität, so heisst es bei den Marktradikalen, sei zu teuer, zu innovationsfeindlich, zu leistungsmindernd, kurzum ein Grundwert der Gesellschaft von gestern und nicht von morgen. Reichtum sei individuelles Verdienst und daher zu belohnen, Armut sei individuelles Versagen und bedürfe daher nicht der Hilfe, sondern eher der Strafe, so lautet die neue ideologische Botschaft der neoliberalen Werteveränderung. Wirtschaftlicher Erfolg wird damit zum moralisch Guten, die Interessen der Stärkeren werden zum Leitbild der ganzen Gesellschaft und der maximale ökonomische Gewinn wird zu ihrem absoluten Ziel. Das Individuum löst sich von der Gesellschaft, der Egoismus befreit sich vom Gemeinwohl.

"Ich habe auf den Finanzmärkten der Welt ein Vermögen erworben, und dennoch fürchte ich inzwischen, dass die uneingeschränkte Intensivierung des Laissez-faire- Kapitalismus und die Verbreitung der Werte des Marktes über alle Bereiche des Lebens die Zukunft unserer offenen Gesellschaft gefährdet. Der wichtigste Feind der offenen Gesellschaft ist nicht länger die

kommunistische, sondern die kapitalistische Bedrohung", diagnostiziert kein Geringerer als der amerikanische Milliardär George Sorros die aktuelle Lage der westlichen Gesellschaften. "Die Doktrin des Laissez-faire-Kapitalismus verkündet, dem Gemeinwohl werde am besten durch die uneingeschränkte Verfolgung der Eigeninteressen gedient. Aber solange diese Ansicht nicht durch die Anerkennung eines gemeinsamen Interesses modifiziert wird, ist unser gegenwärtiges System - das sich, wenn auch unvollständig, als offene Gesellschaft qualifiziert - in Gefahr. Popper zeigte, dass Faschismus und Kommunismus viel gemeinsam hatten, auch wenn der eine die extreme Rechte vertrat, der andere die extreme Linke - denn beide griffen auf die Staatsmacht zurück , um die Freiheit des Individuums zu unterdrücken. Ich möchte dieses Argument breiter formulieren. Ich behaupte, dass eine offene Gesellschaft auch aus der entgegengesetzten Richtung bedroht werden kann: von übertriebenem Individualismus, von zuviel Konkurrenz und zuwenig Kooperation. Ich möchte jedoch betonen, dass ich den Laissez-faire-Kapitalismus nicht der gleichen Kategorie zuordne wie Nazismus und Kommunismus. Totalitäre Ideologien zielen bewusst auf die Vernichtung der offenen Gesellschaft; die Laissez-faire-Politik gefährdet sie, aber unabsichtlich."

Angesichts der globalen Probleme, verursacht durch eine schnell expandierende Weltwirtschaft, durch den anhaltenden Zuwachs der Weltbevölkerung, durch eine dramatisch ungleiche Verteilung der Lebenschancen zwischen Nord und Süd und eine dadurch immer fataler werdende Zerstörung des Gleichgewichts zentraler globaler Umweltsysteme, sind die linken Grundwerte alles andere als historisch überholt. Wohl aber gilt dies für viele Antworten der demokratischen Linken auf diese neuen Herausforderungen. Diese Antworten - und eben nicht die linken Grundwerte - bedürfen einer grundsätzlichen Überprüfung und wahrhaft revolutionären Erneuerung, denn jeder - Dogmatismus der Antworten" wird im politischen Abseits und in der sicheren Niederlage enden.

Revolutionen kann man nicht aufhalten. Und wo es dennoch gelingt, läuft das lediglich auf deren Vertagung hinaus, für die dann aber in der Regel ein furchtbarer Preis zu entrichten ist. Am ehesten trägt wohl ein Rückgriff auf das Marxsche Modell des Zusammenhangs von Kapitalakkumulation und Vergesellschaftungsstufen zum historischen Verständnis der Unaufhaltsamkeit des gegenwärtigen Prozesses der Globalisierung bei. Die Geschichte setzt aktuell mit der Globalisierung einen neuen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmen. Mit Marx gesprochen: Die Akkumulation des Kapitals erzwingt eine neue Vergesellschaftungsstufe, sprengt endgueltig die nationale Hülle und organisiert den globalen Raum. Der Kapitalismus erzwingt also eine neue Vergesellschaftsstufe aufgrund des Wachstums der Produktivkräfte, und demnach werden die Produktionsverhältnisse sich neu ordnen müssen, was in der Regel allerdings ein, historisch gesehen, sehr - unordentlicher" und meist opferreicher Prozess war und ist, innerhalb dessen dann die jeweils eigenen Interessen und Überzeugungen neu definiert und schliesslich auch mit den Mitteln politischer Mehrheitsbildung und Macht durchgesetzt werden müssen.

Es sei aber auch eine weitere, erst jüngst abgeschlossene historische Erfahrung nicht vergessen, damit sich die Linke nicht erneut in die Wolkenkuckucksheime radikaler Illusionen verliert: Die Reichweiten und damit die Veränderungsmöglichkeiten von Politik, zumal von demokratischer Politik, sind sehr begrenzt und gehen über die Möglichkeiten einer mehrheitsfähigen Reformpolitik im rechtsstaatlichen Verfassungsrahmen nicht hinaus. Das in der Sowjetunion über siebzig Jahre mit Gewalt und nichts als Gewalt durchgesetzte bolschewistische "Experiment am lebenden Menschen" endete 1990 im grössten Bankrott der Weltgeschichte, und am Ende blieb nichts

anderes übrig als die um ihr Leben und ihre Zukunft betrogenen Menschen, ruinierte Gesellschaften und Volkswirtschaften, Massenelend, unbeschreibliche Naturzerstörungen und eine zig Millionen umfassende Schädelstätte ermordeter Opfer. Zurück blieb allerdings auch die Erkenntnis, dass Politik weder einen "Neuen Menschen" noch gar "das Reich der Freiheit" zu schaffen vermag, mit keinem Mittel, selbst mit den grausamsten nicht. Gewiss braucht der politische Prozess Fernziele, Ideen, Ideologien gar, vielleicht sogar Visionen oder meinetwegen auch Utopien. Wenn er diese jedoch jenseits von demokratischer Mehrheitsfähigkeit und rechtsstaatlicher Verfassung umzusetzen versucht, wird es hochgefährlich. Tut Politik dieses, so übernimmt sie sich und endet bestenfalls in der Niederlage, schlimmstenfalls aber in einem Abgrund von Gewalt und Zerstörung.

Der Verlauf der Geschichte ist von zu vielen Menschen, Interessen, Zufällen und Strukturen abhängig, ist also viel zu komplex (und dies gilt heute mehr denn je), als dass sich diese durch politische Strategie und praktische Politik "machen" liesse. Politik kann bestenfalls dabei etwas "mitmachen", wenn sie Glück hat und gut ist, aber den Fortgang jener komplexen Veränderungsprozesse, die ganze Gesellschaften und globale Systeme umformen und die somit eher historisch, kulturell und sozial "geologischer" Natur sind, weil sie so tief reichen wie die in der Geologie als "Plattentektonik" bezeichnete Bewegung der Kontinente und die dadurch bedingte Auffaltung der Gebirge, kann sie nur wenig beeinflussen. Ihre Gestaltungsmöglichkeit liegt, jenseits von ganz seltenen historischen Ausnahmen, nur innerhalb dieser Prozesse und nicht in der zielgerichteten Gestaltung des historischen Prozesses selbst. Es wird demnach keinen linken "Masterplan" gegen die Globalisierung geben können (genausowenig, wie es einen kapitalistischen Masterplan dafür gibt), sondern bestenfalls seine Beeinflussung und begrenzte Mitgestaltung.

Politische Ordnungen, "Weltordnungen" gar oder neue Epochen entstehen alles andere als widerspruchs- oder gar gewaltfrei. Man bedenke nur, was sich in der -blutigsten Epoche der Menschheitsgeschichte" zwischen 1914 und 1945 alles an Katastrophen abgespielt hat, an deren Ende die Ordnung von Jalta entstand, das thermo-nukleare Patt der Supermächte USA und Sowjetunion in einem vierzigjährigen Kalten Krieg, und als Folge von alledem im Westen die kapitalistische Konsumgesellschaft, die europäische Einigung und der demokratische Sozialstaat. Diese vierzig Jahre des Kalten Krieges waren dann zugleich vier Jahrzehnte einer zwar prekären, durch die Ruestungsspirale und eine mögliche Konfrontation zwischen den Atommächten immer bedrohten Stabilität, für die die Menschen im Osten zudem mit einer brutalen

Unterdrueckung bezahlen mussten, aber diese Ordnung des Kalten Krieges war stabil. Mit dem Fall der Berliner Mauer und dem Untergang der Sowjetunion endete diese Aera der erzwungenen Stabilität, und der sich gegenwärtig vollziehende Epochenwechsel hat eine längere Zeit grosser globaler Instabilität eingeleitet.

Vieles spricht dafür, dass die alternativlose Globalisierung der Weltwirtschaft ebenfalls alles andere als harmonisch, sozial gerecht und gewaltfrei vonstatten gehen wird. Zwar droht kein neuer Weltkrieg, kein neuer Hitler oder Stalin, aber wenn man die Metaphern des Bösen etwas kleiner ansetzt, so begegnet man sehr schnell der neuen Wirklichkeit, denn mit Bosnien kehrte der Krieg und auch das Grauen des Faschismus nach Europa zurück . Zudem werden die strukturellen Veränderungen der westlichen Gesellschaften gewaltig sein. Betraf der Zusammenbruch der Sowjetunion und der bipolaren Weltordnung die westlichen Industrienationen nur indirekt, so wird

die globale Revolution der Weltwirtschaft die westlichen Gesellschaften voll treffen und dort in Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur kaum einen Stein auf dem anderen lassen. Dies ist heute, in der Frühphase dieser Revolution, schon absehbar, und man muss angesichts einer Linken, die vor revolutionären Veränderungen nur entsetzt die Augen zukneift und "Es ist ja alles gar nicht so schlimm!" ruft, wohl die Frage aufwerfen, inwieweit sie sich selbst und ihren politischen Auftrag, Gerechtigkeit und Freiheit immer wieder erneut in einer unvollkommenen Welt durchzusetzen, eigentlich noch ernst nimmt.

Die Globalisierungsdiskussion beginnt in fast allen westlichen Volkswirtschaften als Debatte über die jeweilige Standortkrise und deren strukturelle Konsequenzen für die betroffene Wirtschaft, die Einkommensverteilung und, unmittelbar daran anknüpfend, den gesellschaftlichen Ausgleich zwischen den Besitzenden und der Masse der abhängig Beschäftigten und damit auch um die Zukunft des Sozialstaates, denn er allein vermochte bisher institutionell ein gewisses Mass an Verteilungsgerechtigkeit im Kapitalismus zu garantieren. Hinter der Sozialstaatsdiskussion lauert allerdings die wesentlich allgemeinere politisch-gesellschaftliche Kontroverse um die zukünftige Rolle des Staates im Verhältnis zu Wirtschaft und Gesellschaft, die in den USA bereits sehr heftig und sehr praktisch geführt wird. Unsere postmoderne Zeit steckt voller Ironien und Verwirrungen! Was Lenin am Vorabend der Oktoberrevolution 1917 in seiner Schrift "Staat und Revolution" verkündet hat, nämlich das "Absterben des Staates" im Kommunismus (es kam ja dann ganz anders mit dem leninistischstalinistischen Superstaat Sowjetunion), wird heute in den USA praktisch ausgefochten: der Zentralstaat als innerer Hauptfeind des neuen Wirtschaftsradikalismus, der Antietatismus als die ideologische Hauptbotschaft des neuen, marktradikalen Konservativismus. Von Lenin zum rechten Flügel der Republikaner in den USA - kein Wunder, dass es da manchem, der in seinem Kopf eindeutige Fronten gewöhnt ist, schlicht den Atem und die Sprache verschlägt.

Wie auch immer, durch diese Entwicklung ist ein linkes Thema - nein, das linke Thema! - erneut durch die Geschichte aufgerufen worden, nämlich die Frage der sozialen Gerechtigkeit und der Zukunft des Sozialstaates, d.h. die Frage nach der soziale Gerechtigkeit garantierenden und durchsetzenden Institution. Daran hängen zwei weitere, fast noch grundsätzlichere Fragen, nämlich erstens die Frage nach der Zukunft der Arbeit und zweitens die Frage nach der Zukunft des Nationalstaates. Was wird aus der Arbeit, wenn in immer weniger Arbeitsstunden immer mehr Güter und Dienstleistungen dank der anhaltenden Produktivitätsrevolution produziert werden? Und dies auf dem Hintergrund einer dramatischen weltweiten Zunahme des Angebots an Arbeit, vor allem an gering qualifizierter Arbeit. Und welche Rolle wird der Staat in einer globalisierten Welt zu spielen haben, angesichts eines Zeitgeistes, der ihn nachgerade zum Haupthemmnis für eine forcierte Reichtumsproduktion erklärt?

Eine weitere, sehr viel einfacher zu beantwortende Frage, die sich eine in blosser Defensivität und Dogmenverwaltung erstarrte Linke allerdings selbst stellen muss, ist, inwieweit der intellektuelle Zustand der Linken, ja deren weitverbreitete Flucht vor der unbequemen Wirklichkeit, nicht selbst wesentlich zur Stärkung und Hegemonie des neuen Besitzegoismus beigetragen hat und beiträgt. Einem linken Realisten - doch, das soll es wirklich geben! - drängt sich angesichts dieser fast albern wirkenden Verdrängung sofort die Frage auf, warum jenes vorgebliche "Attentat" des Kapitals und seiner Helfer denn international - von Japan über die Schweiz bis Frankreich, von Neuseeland über Schweden bis Deutschland und immer vorneweg die USA - so hervorragend und global synchron

funktioniert und überall die bisherigen ökonomischen und sozialen Verhältnisse und Strukturen zugunsten des Kapitals umzustürzen droht oder bereits umgestürzt hat?

Dass diese synchrone globale Umwälzung der entwickelten Marktökonomien in allen westlichen Industriegesellschaften selbst beim besten Marketing, bei feinster globaler Kommunikation und unter Zuhilfenahme aller materiellen Mittel, die dem Kapital international wohl zur Verfügung stehen mögen, nicht von einer Art Verschwörungszentrale aus zu managen ist, leuchtet doch quasi von selbst ein. Nein, die einfachste Erklärung für die internationale Standortdebatte und die Globalisierungskrise liegt schlicht und einfach in dem Faktum selbst: Es gibt ein echtes, ein tatsächliches, ein globales Problem. Und vor diesem Problem davonzulaufen, es wegdiskutieren zu wollen oder es gar wegzuwünschen, schadet nur. Und wer diese Entwicklung gestalten, wer gar, wie die Linke, mit einem eigenen Gerechtigkeitsanspruch gegen die naturwuechsigen Trends dieser globalen Revolution eingreifen will, der muss sich zuerst und vor allem ein analytisches Verständnis dieser Veränderungen verschaffen.

Freilich hat es die Linke in der gegenwärtigen Globalisierungsrevolution alles andere als leicht, denn sie steckt in einer tiefen Orientierungskrise, sowohl ihrer Instrumente als auch der Ziele ihrer Politik. Die überkommenen Instrumente der Linken sind eben nicht die Märkte, nicht Investitionen, Finanztransaktionen, Aktien, Wettbewerb, freies Unternehmertum etc. gewesen, sondern nahezu ausschliesslich die politische Regulierung eben dieser wirtschaftlichen Aktivitäten (oder gar der

Versuch ihrer Steuerung) durch die Politik mit den Mitteln des Staates, seiner Gesetzgebung und Bürokratie. Wollte die Linke den Kapitalismus ursprünglich noch überwinden und durch eine andere Produktionsweise oder Gesellschaftsformation namens Sozialismus/ Kommunismus ersetzen, so war die reformistische Linke dort erfolgreich, wo sie unter den Bedingungen des demokratischen Verfassungsstaates eine Politik der Zügelung der anarchischen Marktkräfte und des sozialen Ausgleichs zwischen Besitzenden und quasi Besitzlosen durchsetzen konnte. Und dies erreichte sie neben der Organisation der Klassensolidarität der Besitzlosen vor allem mit den politischen und legislativ/administrativen Mitteln des Staates.

Der linke Etatismus war und ist nicht der Ausdruck eines mangelnden Verständnisses des Zeitgeistes oder gar der ökonomischen Mechanismen, sondern orientierte sich an den Interessen der abhängig Beschäftigten. Die Marktgesetze sind das Gegenteil von Demokratie. Sie werden definiert durch Angebot und Nachfrage, und letztendlich beguenstigen sie immer den Erfolgreicheren und damit Stärkeren und nicht etwa die Interessen der Selbsterhaltung des ganzen Marktes oder gar die Interessen der Millionen von abhängig Beschäftigten in einer solchen Marktwirtschaft, der Mehrheit also, um die es aber per definitionem der Linken gehen muss. Der Markt optimiert den wirtschaftlichen Erfolg und nicht das Mehrheitsprinzip. Soll die Mehrheit am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben, so bedarf es der Politik, denn der Markt für sich allein vermag dies nicht zu leisten. Die Aufrechterhaltung des Marktes als solchem und langfristige soziale, kulturelle und politische Interessen mussten und müssen immer die Politik und die von ihr durchgesetzte und erzwungene Marktregulierung leisten. Völlig deregulierte Märkte sind ein nur kurzfristig überlebender Widerspruch in sich, denn jede Marktwirtschaft pur enthält die unausweichliche Tendenz von der Konkurrenz zum Monopol, angetrieben vom wirtschaftlichen Erfolgsprinzip, und dies bedeutet ihre tatsächliche Selbstaufhebung durch die eigene Entwicklungslogik.

Die Krise der westlichen Linken ist gar nicht in erster Linie durch den Zusammenbruch und die völlige Diskreditierung des Modells des Sowjetkommunismus, d.h. der totalitären Herrschaft der Politik über Wirtschaft und Gesellschaft zum angeblichen Zwecke der umfassenden sozialen Gerechtigkeit verursacht worden (in Wirklichkeit ging es in Russland immer ausschliesslich um die totalitäre Konzentration von Wirtschaft und Gesellschaft auf die Macht des Staates, und insofern war der Sowjetkommunismus in der russischen Geschichte lediglich die Fortsetzung des Zarismus unter den Bedingungen von grosser Industrie und moderner Technologie unter der Dynastie der Kommunistischen Partei), denn das Sozialstaatsmodell der reformerischen Linken in den westlichen Industrieländern war davon niemals infiziert gewesen. Nein, die gegenwärtige Existenzkrise des etatistischen Politikmodells der reformerischen Linken des Westens kommt aus der inneren Entwicklung der westlichen Industrieländer selbst, und sie hatte bereits anderthalb Jahrzehnte vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion begonnen. Der Kollaps des Ostblocks wirkte dann allerdings als ein gewaltiger Beschleunigungsfaktor für diesen Prozess, nicht aber als

seine Ursache oder auch nur Auslöser. "Wieviel Staat?" heisst die zentrale Frage der gegenwärtigen Globalisierungsdebatte, und wenn sich die pauschale Antwort "Mehr Markt, weniger Staat" durchsetzt, dann werden es schlechte Zeiten für linke Politik werden. Denn in dem Moment, in dem der Staat, vor allem in seiner Gestalt als demokratischer Sozialstaat, zu dem Hauptproblem schlechthin für weiteres

Wirtschaftswachstum erklärt wird und die mehrheitsrelevanten Teile der Bevölkerung - das sind vor allem die Mittelschichten - beginnen, dies zu glauben, und sich dementsprechend von der sozial ausgleichenden Rolle des demokratischen Staates abwenden, wird die Reformlinke zuerst ein ideologisches und dann auch ein existenzbedrohendes Problem bekommen.

Freilich beginnen sich die Dinge mehr und mehr zu klären, denn dieselbe historische Entwicklung trägt gegenwärtig zur Neubestimmung der politischen und gesellschaftlichen Ziele sowohl der Linken wie der Rechten in den westlichen Gesellschaften und damit auch zu einer Neudefinition der demokratischen Linken des Westens im Zeitalter des Globalismus bei. Die neukonservative Wirtschaftsrevolution hat die Frage nach der Produktivität einer demokratischen Marktgesellschaft aufgeworfen und verteilungspolitisch mit ihrem radikalen Individualismus beantwortet. Jeder sei fortan wieder selbst seines eigenen Glück es Schmied, staatliche Daseinsvorsorge sei von Uebel, und der gesellschaftliche Reichtum gehöre den Erfolgreichen, so lautet diese neukonservative Botschaft. Die neulinke oder besser die neue sozialreformerische Antwort aber ergibt sich aus der zentralen Frage, die die gegenwärtige Globalisierung der demokratischen

Marktgesellschaften des Westens aufwirft: Was hält eigentlich eine hochproduktive demokratische Gesellschaft unter den Bedingungen des Globalismus weiter friedlich zusammen? Exakt dies ist die "neue soziale Frage" der westlichen Gesellschaften, nämlich die Frage nach ihrer "Kohäsion", ihrem friedlichen Zusammenhalt und damit einer demokratischen und sozial gerechten Zukunft einer hochproduktiven, extrem arbeitsteiligen, individualisierten, immer älter werdenden und zugleich demokratischen Gesellschaft. Ökonomische Produktivität und gesellschaftlicher Zusammenhalt, Modernisierung und Gerechtigkeit - dies sind die beiden zentralen Herausforderungen, die von den westlichen Demokratien unter den Bedingungen der Globalisierung bewältigt werden müssen, wenn ihre Zukunft nicht ziemlich furchtbar werden soll. Die demokratische Linke (aber auch die demokratische Rechte) haben dabei ihre Rollen neu zu definieren und zu spielen, wenn diese

doppelte Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erfolgreich verlaufen soll.

Die alte soziale Frage betraf den Aufstieg von Millionen eigentumsloser und weitgehend rechtloser Fabrikarbeiter und ihrer Familien hin zu gleicher politischer Teilhabe, zu steigenden Arbeitseinkommen, zu besseren Arbeitsbedingungen, Gesundheitsvorsorge, zu sozialer Sicherheit in allen Lebensabschnitten und zu höheren Bildungschancen für ihre Kinder. Die neue soziale Frage hingegen besteht in der Verhinderung der drohenden sozialen Desintegration und thematisiert also die soziale Abstiegsgefahr für einen wachsenden Teil der Bevölkerung: Diese Desintegration vollzieht sich einerseits durch eine wachsende Individualisierung der Lebensstile, durch ausschliessliche Leistungsorientierung und Höchstproduktivität, durch neue Massenmedien und Kommunikationsformen, durch das Entstehen einer zweiten Realitätsebene, der "virtuellen Realität" des digitalen Cyberspace, und durch die Durchkommerzialisierung der gesamten Lebenswelt der Menschen in den westlichen Industriegesellschaften. Und sie vollzieht sich auch durch die Ausgrenzung von Millionen abhängig Beschäftigter aus dieser Gesellschaft der Höchstproduktivität, durch den drohenden sozialen Abstieg in eine beständig wachsende Massenarbeitslosigkeit oder, vor allem in den USA, auch sogenannter "arbeitender Armer" (working poor), die mit ihrem Arbeitseinkommen unter dem offiziellen Existenzminimum bleiben, durch Reallohnverluste der Masse der Erwerbstätigen, durch den Abbau sozialstaatlicher Sicherungen und durch wachsende Armut in den immer noch sehr reichen Gesellschaften des Westens.

Was hält hochproduktive Marktgesellschaften friedlich und demokratisch zusammen? Die Antwort darauf macht das Projekt der demokratischen Linken des Westens im Zeitalter des Globalismus aus. Margret Thatcher hat die politische und ideologische Herausforderung dieser neuen sozialen Frage für ihre neokonservative Revolution von Anfang an instinktiv richtig erkannt und deshalb schlicht bestritten, dass es jenseits der Individuen und ihrer Familien so etwas wie Gesellschaft überhaupt gäbe: "There is no such thing like society, there are only individuals." Und der globale Siegeszug des radikalen Wirtschaftsindividualismus in der Welt nach dem Ende der Systemkonkurrenz spitzt diese Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt noch weiter zu: Die volle gesellschaftliche Teilhabe eines jeden Individuums hängt in den demokratischen Gesellschaften des Westens bisher an den Einkommen aus Erwerbstätigkeit im Erwachsenenalter und an den staatlich garantierten sozialen Sicherheiten und Transfers. Ein einigermassen selbstbestimmtes Leben ist an Erwerbsarbeit und das dadurch erzielte Einkommen und an die sozialstaatlich gewährleistete Sicherheit gebunden, und Staat und Wirtschaft haben beides für die Mehrheit der Bevölkerung zu garantieren. Vermögen sie dies nun aber auf Dauer nicht mehr oder für einen wachsenden Teil ihrer Bevölkerung immer weniger, so wird über kurz oder lang eine gefährliche Systemkrise des demokratischen Verfassungsstaates unvermeidlich sein. Genau dies macht die systemverändernde, ja vielleicht sogar systemgefährdende Qualität dauerhafter Massenarbeitslosigkeit und der wachsenden Krise des Sozialstaats aus, zumindest in Europa. Und genau hier, in der Verhinderung dieser gefährlichen Systemkrise durch die Formulierung und Durchsetzung einer sozialen Alternative liegt auch die gesellschaftliche und politische Chance der demokratischen Linken im Zeitalter des Globalismus.

Die globale Revolution Make Money, not War! Oder Die neue Macht der Märkte

"Es ist heute eine Realität, dass jede Regierung, welche gegen die Forderung der internationalen Finanz auf unbegrenzte Gewinne verstösst - durch erhöhte Einkommenssteuer zum Beispiel, oder durch steigende Abgaben auf Finanztransaktionen -, eine Situation vorfinden wird, die von Kapitalflucht und Währungsschwäche gekennzeichnet ist."

Paul Kennedy

Was hat man eigentlich unter dem Begriff der "Globalisierung" zu verstehen, über den alle Welt gegenwärtig unablässig redet? Bei genauerem Nachfragen werden die Antworten immer diffuser, wie das bei komplexen Begriffen eben allzuoft der Fall ist. Es sei hier daher eine Antwort versucht: Der Begriff der Globalisierung fokussiert in sich verschiedene, mehr oder weniger voneinander unabhängig verlaufende Entwicklungstrends von Wirtschaft und Gesellschaft, national wie international. Der Begriff bezieht sich nur vordergründig auf die wachsende Unabhängigkeit der internationalen Märkte und grosser internationaler Industrie- und Dienstleistungsunternehmen von den einzelnen Nationalstaaten, allen voran der internationale Finanz- und Kapitalmarkt. Dabei ist diese zunehmende Autonomisierung der Finanzmärkte, verbunden mit den Möglichkeiten der modernen

Kommunikationstechnologie, das wirklich entscheidend Neue an der gegenwärtigen Globalisierung der Wirtschaft, denn ihre blosse Internationalisierung als solche ist alles andere als neu, dieser Prozess ist fast so alt wie der Kapitalismus selbst.

Der Begriff der Globalisierung hat aber gemeinhin in der gegenwärtigen Diskussion wesentlich breitere Implikationen. Er meint in der Regel ein ganzes Bündel von Entwicklungen und Trends in den reichen Industrieländern des Westens, die in ihren Wirkungen zwar oft eng miteinander verflochten sind, dennoch aber bisweilen ganz unterschiedliche Ursachen haben und in ihren Auswirkungen dann lediglich unter dem Begriff der Globalisierung eingeordnet werden: Neben der Internationalisierung und Autonomisierung der Märkte ist dies vor allem die Tertiarisierung der reifen Volkswirtschaften, d.h. der Rückgang des Anteils der Industrie, des zweiten Sektors, bei der Wertschöpfung und Beschäftigung zugunsten von Dienstleistungen, dem dritten Sektor in der Wirtschaft; dann die innergesellschaftliche Individualisierung der Lebensstile und -entwürfe, d.h. ein stetiges Anwachsen von Singles und ein Abnehmen von Familien und die entsprechenden kulturellen und materiellen Folgen, inklusive einer eindeutigen Dominanz der Stadt als vorherrschender soziokultureller Lebensform; und mit dieser Individualisierung korrespondiert eine Umkehrung der Alterspyramide in den meisten westlichen Gesellschaften, eine demographische Revolution, mit all den daraus sich ergebenden sehr ernsten Problemen. Anders gesagt: Wir haben

es bei der Globalisierungsdebatte also mit einer sehr spezifischen, ja vor allem egoistisch westlichen Sicht der Dinge zu tun. Derselbe Prozess sieht z.B. aus der Perspektive Chinas völlig anders aus, wieder anders von Osteuropa oder gar Russland her gesehen, und aus der Sicht etwa eines zentralafrikanischen Staates würde man erneut zu einer grundsätzlich anderen Beschreibung und Bewertung derselben Entwicklung kommen.

Für die Schwellenländer beispielsweise bedeutet die Globalisierung eine grosse Chance zum ökonomischen Durchbruch auf das Niveau der reichen und international dominanten Länder des Westens, für die Länder der neu entstandenen Vierten Welt hingegen zeichnet sich ein weiteres Abrutschen in den Teufelskreis des faktischen Ausschlusses aus dem Weltmarkt und damit eine dramatische Zunahme des Teufelskreises von Unterentwicklung, Übel und Gewalt ab; und für die reichen Länder des Westens bedeutet die Globalisierung vor allem den drohenden Abstieg zugunsten neu auftauchender Konkurrenten, eine Bedrohung ihres Reichtums, ihrer Macht und damit ihrer führenden Stellung in der globalen Konkurrenz. Unter der Globalisierungsdebatte wird hier also vor allem der westliche Diskurs verstanden, und in dieser Debatte fragt sich der Westen nach seiner künftigen Rolle in einer dramatisch wachsenden und technologisch veränderten Weltwirtschaft mit ihren neuen Märkten, neuen Arbeitsteilungen und neuen Konkurrenten und Rivalen.

Völlig missverstehen würde man daher die aktuelle Globalisierungsdebatte z.B. in den deutschen Medien, wenn man von ihr eine wirklich globale Perspektive erwarten würde, denn es handelt sich bei ihr keineswegs um einen globalen, d.h. die unterschiedlichen Interessen und Perspektiven der Nationen und Regionen dieser Erde zusammenführenden Diskurs: Die drei grossen Übel des kommenden 21. Jahrhunderts sind bereits heute identifiziert und werden auf zahlreichen internationalen Konferenzen analysiert und in Sonntagsreden laut beklagt. Es sind dies: Überbevölkerung, Unterentwicklung und Umweltzerstörung. Aber eine sich globalisierende Welt,

die von dramatischen Übergangskrisen geschüttelt wird, verschliesst vor diesen wahrhaft globalen und zudem hochgefährlichen Herausforderungen im politischen und wirtschaftlichen Alltag scheinbar immer entschlossener die Augen. Einerseits haben das Ende des Kalten Krieges und der Prozess der Globalisierung den Weltmarkt um 2-3 Milliarden Menschen erweitert, und diese Tatsache allein wird eine globale Neuverteilung der Lebenschancen erzwingen (und diese Neuverteilung war und ist übrigens - so ironisch kann Geschichte eben manchmal sein! - eine uralte Forderung des linken Internationalismus) Andererseits bedeutet dies einen erheblichen Zuwachs an quantitativem Wirtschaftswachstum, welches so, wie es angelegt ist, notwendigerweise eine erhebliche Verschärfung der globalen Umweltbelastung - höherer Energieverbrauch, zunehmende Motorisierung, grössere Schadstoffemissionen, Verstärkung des Treibhauseffekts, anhaltender Wald-, Flächen- und Artenverlust, etc. - und damit wachsende Verteilungskonflikte um knappe Ressourcen mit sich bringen muss. Alle beteiligten Staaten und internationale Organisationen, vorneweg die Vereinten Nationen (UN), wissen, was dagegen nicht nur zu tun ist, sondern bereits heute und schnellstens getan werden muss, damit es nicht innerhalb der nächsten beiden Jahrzehnte zu schlimmen ökologischen Katastrophen und, damit einhergehend, auch zu schweren politischen Krisen und Verteilungskämpfen bei einer nach wie vor wachsenden Weltbevölkerung kommt. Vor allem wissen dies die Hauptverursacher dieses globalen

Zukunftsproblems nur zu gut, nämlich die reichen westlichen Volkswirtschaften, angeführt von der Supermacht USA: Der reiche Norden müßte seine Volkswirtschaften ökologisch umsteuern, müßte seinen

Ressourcenverbrauch absenken, damit der Süden aufholen kann. Andernfalls ist ein gewaltiger ökologischer Crash in dem begrenzten Ökosystem Erde mit seinen endlichen Ressourcen in absehbarer Zeit unausweichlich. In dieser Frage entscheiden nicht Werte oder gar Ideologien, sondern allein die Naturgesetze und ihre negativen Wirkungen, die eine von Menschen ins Werk gesetzte Zerstörung der Umwelt hervorrufen. Über Naturgesetze lässt sich nur schwer streiten. Man kann sie zwar eine Zeitlang ignorieren, aber dann werden ihre Ergebnisse nur um so nachhaltiger zu Katastrophen führen.

Der heutige konsumistische Lebensstil des Westens ist nicht auf weitere 3 Milliarden Menschen übertragbar, ohne dass es zu einer schweren Beschädigung der globalen Ökosphäre kommt, andererseits gibt es aber kein moralisches, politisches und ökonomisches Argument, ausser der nackten Macht, die den Menschen der armen Welt dauerhaft den Zugang zu den Segnungen der westlichen Konsumkultur und ihres exorbitanten Ressourcenverbrauchs verweigern könnte. Aber auch ein solcher Ausschluss funktioniert nicht dauerhaft, da die Reichtumsakkumulation der westlichen Volkswirtschaften diese zur Suche nach neuen, rentierlichen Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital zwingen wird. Bei aller Bedeutung der Investitionen zwischen den reichen Volkswirtschaften werden die nach rentierlichen Anlagen gierenden Finanzmärkte nicht auf die Entwicklung neuer Regionen der Erde verzichten können, und exakt dies geschieht gegenwärtig in den Schwellenländern Ostasiens und Lateinamerikas. Theoretisch weiss man im Westen also, was die Stunde geschlagen hat und welche globale Verantwortung die reichen Volkswirtschaften schleunigst

wahrnehmen müssten. Aber der Konjunktiv regiert die westliche Politik, die praktisch das genaue Gegenteil betreibt." Bereichert Euch!" heisst die Parole eines mit Kurzsichtigkeit und Verantwortungslosigkeit geschlagenen Zeitgeistes im Westen, und so fahren wir mit entschlossen geschlossenen Augen und bester Laune immer schneller in eine Zukunft hinein, die eigentlich langfristigen planvollen Handelns und

verantwortungsbewusster Abstimmung unter den wichtigsten Nationen bedürfte. Davon ist gegenwärtig allerdings weniger denn je zu finden. Und es wird dabei auch schlicht verdrängt, dass die Bremswege zur Korrektur dieser drei strukturellen Übel einer globalisierten Welt von morgen sehr lang, qualvoll lang sein werden. Wenn man in den führenden Industrienationen meint, warten zu können, bis die Märkte auf diese globalen Krisen über die Preise reagieren, dann wird das ein bitteres Erwachen geben, denn dann wird es angesichts dieser sehr langen Bremswege für vernünftige Lösungen bereits zu spät sein.

Wir haben es gegenwärtig also mit einer doppelten Globalisierung zu tun: Die Globalisierung der Probleme von Überbevölkerung, Unterentwicklung und

Umweltzerstörung wird zunehmend durch die internationale Staatengemeinschaft und die Weltwirtschaft ignoriert, während die zweite Dimension der Globalisierung, nämlich die der Märkte, des Kapitals und des konsumistischen Lebensstils des Westens sich ausdehnt und alles beherrscht.

Auf kurze Sicht wird diese zweite Globalisierung eher zu einer Verschärfung der globalen Problemlagen durch ihre rücksichtsslose Wachstumsorientierung und Ignoranz beitragen, auf mittlere Sicht aber werden sich beide globale Trends synchronisieren müssen, wenn es nicht ein Desaster geben soll. Die politische und ökonomische Harmonisierung dieser beiden Globalisierungstrends in einer abgestimmten Weltinnenpolitik wird eine der ganz grossen Zukunftsaufgaben der internationalen Politik des 21. Jahrhunderts werden, soviel ist bereits heute angesichts der Problemlage absehbar.

Trotz dieses ganzen Bündels von Entwicklungen und Trends, das da unter dem Begriff "Globalisierung" in der Diskussion in den westlichen Ländern verstanden wird, stehen dennoch die Globalisierung der Märkte und deren technologische Voraussetzungen im Mittelpunkt dieses historischen Prozesses, denn erst dadurch kommt es zu einer Konzentration dieser vielfältigen Entwicklungen, die eine neue historische Form und Qualität und damit ein neues Zeitalter hervorbringt. Wenden wir uns für einen Augenblick den technologischen Voraussetzungen dieser Globalisierung der Märkte zu, der digitalen Revolution. Der wachsenden Unabhängigkeit der Märkte von den jeweiligen politischen Organisationen der nationalen Räume war ein Quantensprung in der Kommunikationstechnologie vorausgegangen, der sowohl die Märkte als auch die grösseren, global agierenden Unternehmen von den nationalen Räumen zunehmend unabhängig gemacht hat. Kapital (Wert, der mittels Wertschöpfung mehr Wert bei seinem Einsatz hervorbringt) ist nichts anderes als ein gesellschaftliches Verhältnis, "ein spezifisch gesellschaftliches, geschichtlich entstandenes Produktionsverhältnis", d.h. unter dem Einsatz von Ideen, Wissen, Technologie, Organisation, Energie, Arbeit und Materialien wird ein vorhandener menschlicher Bedarf durch Produkte oder Dienstleistungen befriedigt, und dadurch findet eine Wertschöpfung statt, die im Falle einer erfolgreichen Realisierung auf dem Markt einen grösseren Betrag einbringt als den eingesetzten. Die Differenz ist der Gewinn, und exakt darum muss es jedem Kapital, egal ob in privatem oder staatlichem Besitz, bei Strafe seines Untergangs gehen. Marx nannte diese beiden Seiten des Kapitals dessen "Gebrauchswert" (seine stoffliche Seite) und dessen "Tauschwert" (die gesellschaftliche Seite), und diese Unterscheidung erweist sich zum Verständnis des technologischen Sprungs im Informationskapitalismus als überaus nützlich, denn die stoffliche Seite des Kapitals war immer ein grosses Hemmnis für seine allgegenwärtige Einsetzbarkeit gewesen. Kapital ist kein statisches Ding, sondern es muss zirkulieren und sich immer seinemaximalen Verwertungschancen suchen, denn wird der Kreislauf seiner Wertschöpfung unterbrochen, so gerät das Kapital in Existenznot, wird er dauerhaft abgebrochen, so wird das Kapital vernichtet. Ohne Wertschöpfung gibt es kein Kapital, und daraus erwächst seine niemals zu stillende Gier nach Wachstum und damit nach immer neuen rentierlichen Anlagemöglichkeiten.

Je beweglicher Kapital also ist und je weniger politische, kulturelle und stoffliche Schranken seiner Anlage entgegenstehen, desto besser ist dies für seine möglichst optimale Verwertung. Die Edelmetalle Gold und Silber als stoffliche Träger des gesellschaftlichen Verhältnisses "Wert" waren bei ihrer Transaktion, allein schon aufgrund ihres Gewichts, mit einem gewaltigen Aufwand, enormen Risiken und damit grossen Kosten verbunden. Die Einführung des Papiergeldes, seine weltweite Durchsetzung und damit einhergehend auch die Errichtung eines internationalen Regelwerkes für Finanztransaktionen und entsprechender internationaler Finanzinstitute und -institutionen verringerten diesen Aufwand ganz erheblich und trugen zu einer bereits sehr weitgehenden Internationalisierung der Wirtschaft und ihres Waren- und Zahlungsverkehrs bei. Mit der elektronischen Datenverarbeitung und digitalen Informationsübermittlung reduzierte sich

dieser Aufwand schliesslich nahezu völlig gegen Null, denn mit der Informationsrevolution und ihrer Technologie konnte sich das Kapital in seiner Transaktion von seinem stofflichen Gebrauchswert fast völlig frei machen, und damit kam sein Wesen zur Erscheinung. Kapital als gesellschaftliches Verhältnis erscheint fortan auch in dessen Form, nämlich als Information, und braucht keinen stofflichen Träger mehr. Lediglich die materielle Deckung und die politische Garantie des gesamten Systems bedarf noch der stofflichen Bindung, aber dies geschieht mittels der Zentralbanken und ihrer geldpolitischen Instrumente in einem weltweiten System, das die globale Kapitaltransaktion nur noch absichert, kaum aber mehr selbst betrifft.

Kapital wurde durch die digitale Revolution also zur blossen elektronischen Information zwischen den wichtigsten globalen Märkten und Finanzplätzen, schlichte Ziffern, die in einem internationalen System von Kredit und Vertrauen als virtuelles elektronisches Geld tatsächlichen Geldwert haben, und dieses virtuelle Geld wird in Lichtgeschwindigkeit global als Investition eingesetzt oder abgezogen. Bits und Bytes sind die neuen Masseinheiten dieses globalen Kapitalismus, und dadurch geschieht eine weitere erstaunliche Veränderung: Der

Kapitalismus verlagert seine Existenz mehr und mehr weg aus dem Raum in die Zeit hinein, oder anders gesagt, die privaten Märkte und multinationalen Unternehmen werden sogenannte Global Players und agieren in einer neuen, nämlich der globalen Raumdimension, während die Gesellschaften, die Staaten und damit auch die demokratische Politik im engen Raum nationalstaatlicher Organisation zurück - bleiben und damit zunehmend ins Hintertreffen geraten.

"Der Nationalstaat in seiner räumlichen Begrenztheit ist viel zu langsam, um mit der Geschwindigkeit globaler Märkte mithalten zu können" , schreibt Jeremy Rifkin. "Multinationale Unternehmen dagegen sind ihrem Wesen nach eher zeitliche denn räumliche Gebilde. Sie gründen sich nicht auf eine bestimmte politische Gemeinschaft, sie sind an keinen Standort gebunden. Sie stellen quasipolitische Institutionen dar, die über Informationen und Kommunikationskanäle verfügen und dadurch eine enorme Macht über Menschen und Orte ausüben. Ihre Handlungsfähigkeit, ihre Flexibilität und vor allem ihre Mobilität erlauben es ihnen, ganze Produktionen und Märkte schnell und ohne grosse Anstrengung zu verlagern und so die Wirtschaft eines jeden Landes zu kontrollieren." Der Markt siegt über den Staat, und Politik verliert dadurch erheblich, Wirtschaft hingegen gewinnt dramatisch an Bedeutung. Die ganze Sache hat freilich einen grossen Haken: Der Markt ist per definitionem dem Egoismus verpflichtet und nicht dem Gemeinwohl und verfügt über keinerlei demokratische Legitimation. Deshalb wird diese Gewichtsverlagerung zugunsten der Märkte und zu Lasten der Politik für beide, Politik und Wirtschaft, auf mittlere Sicht erhebliche Schwierigkeiten aufwerfen. Beiden droht eine Legitimations- und damit Akzeptanzkrise in den westlichen Demokratien.

Der Übertragungsfaktor von Informationen und Gütern durch Zeit und Raum war in der Vergangenheit der grosse Hemmschuh für eine reale Globalisierung von Kapital und Märkten und verursachte hohe bis sehr hohe Kosten. Daraus resultierte eine starke Standortgebundenheit von Kapital, die ihren Ausdruck in der Organisationsform der Nationalökonomie gefunden hat. Der Kolonialismus und die imperialistische Politik der wirtschaftlichen und politischen Einflusszonen seit dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts durch die wichtigsten europäischen Mächte war nichts anderes als die gewalttätige und offen ausbeuterische Ausdehnung dieser europäischen Nationalökonomien und ihrer Interessen auf fremde Erdteile, Länder und Nationen, nicht aber eine

neue Qualität von Internationalisierung der ökonomischen Interessen.

"Der Prozess der Globalisierung ist ein schleichender Vorgang, der seit den letzten zwanzig Jahren zunehmend an Konturen gewinnt. Natürlich waren auch die alten Nationalökonomien in der Epoche der Massenproduktion nicht wirklich autark, sondern mehr oder weniger stark in den Weltmarkt verflochten. Dennoch hat sich im Verhältnis von Nationalökonomie und Weltmarkt eine fundamentale Verschiebung vollzogen: In der nationalstaatlichen Aera bildete der Weltmarkt eine Begegnungsarena prinzipiell national angelegter Ökonomien; in der Aera der Globalisierung bilden die nationalen Ökonomien lediglich Segmente des Weltmarktes. Der Weltmarkt ist nicht mehr Ergebnis der

Interaktion spezieller national-ökonomischer Einheiten, sondern umgekehrt: Einzelne national-ökonomische Einheiten sind Ergebnis der Differenzierung des Weltmarktes." Die technologische Revolution des Informationszeitalters hat diese neue Qualität durchgesetzt und das Kapital mehr und mehr von den nationalen Räumen und damit auch von den nationalen politischen Entscheidungen unabhängig gemacht.

Den Nationalstaaten geht es im Verhältnis zu den internationalen Märkten wie den Produzenten von bestimmten Gütern im Verhältnis zu grossen Handelshäusern. Lange Zeit haben die Produzenten die Preise bestimmt und entschieden, welches Handelshaus ihre Waren feilbieten durfte, bis aufgrund der Konzentration und des Wachstums der Handelshäuser sich das Verhältnis grundlegend umgekehrt hat. Fortan entscheidet der Handel durch sein Zugangsmonopol zum Kunden, welcher Produzent zu welchen Konditionen die Regale fuellen darf. Exakt so geht es gegenwärtig auch den Nationalstaaten, die sich plötzlich alle als Standortkonkurrenten um die "Regalplätze" bei den Investitionen der internationalen Kapitalmärkte und Unternehmen wiederfinden. Die Informationsrevolution hat zwei wesentliche Veränderungen hervorgebracht, die die Welt grundsätzlich umgestalten: erstens eine Technologie, die quasi mit Lichtgeschwindigkeit Informationen zu unglaublich billigen Preisen für fast jedermann global verfügbar und einsetzbar macht; und damit zweitens eine Verlagerung von der Materie hin zum Wissen als produktivstem und gewinnträchtigstem Teil der Wertschöpfung im Wirtschaftsprozess. Moderner und kürzer ausgedrueckt: Die Software hat über die Hardware gesiegt, das World Wide Web über die Nationalökonomie. Eine neue Idee - gleich ob technologisch, ästhetisch, organisatorisch, geschäftlich - lässt sich heute weltweit umsetzen, weder ihre Realisierung noch ihre Vermarktung sind an nationale Grenzen gebunden, und so dominiert die ideelle Innovation die Wertschöpfung des modernen Kapitalismus des kommenden 21. Jahrhunderts. Mehr denn je wird Wissen der neue Rohstoff der kommenden Weltwirtschaft sein. Der Zugang zu diesem Rohstoff, seine Beherrschung und sein Einsatz werden die Chancen- und die Machtverteilung in einer globalisierten Welt ganz wesentlich bestimmen.

Die ideengetriebenen Innovationszyklen für neue Technologien und Software entscheiden letztendlich über die Rollenverteilung und die hierarchische Position der nationalen Volkswirtschaften in der neuen Weltwirtschaftsordnung, und je innovativer und kreativer ein Standort ist, desto höher wird sein Rang in der Investitionspräferenz der internationalen Märkte sein. Auf der Ebene darunter findet die Konkurrenz zwischen den aufsteigenden sogenannten "Billiglohnländern" - vor allem in Süd- und Ostasien, Osteuropa und Lateinamerika - um die Investitionen in Herstellung und Verarbeitung für den Export in die wohlhabenden und riesigen

Märkte Amerikas, Europas und Japans statt. Gewiss spielen dabei auch noch andere wirtschaftliche, infrastrukturelle und politische Standortfaktoren eine gewichtige Rolle, aber die Fähigkeit, an der Spitze der ideengetriebenen Innovationszyklen der globalen Ökonomie zu stehen und diese zu definieren, bestimmt den eigentlichen Rang in der globalen Standorthierarchie der nationalen Volkswirtschaften. Nun ist dies keineswegs vor allem eine

Prestigefrage, sondern es geht hier um die recht handfesten Interessen der Ressourcen- und

Reichtumsverteilung und damit auch um die Zukunft von Löhnen, Renten, sozialen Sicherungssystemen und dem allgemeinen Wohlstandsniveau der beteiligten Nationen.

Die erste technologische Revolution des Kapitalismus wurde durch die Rohstoffe und ihre Verarbeitung dominiert, die zweite durch die Fertigprodukte, und die dritte technologische Revolution, die wir jetzt erleben, wird durch neue Ideen und Wissen und die Fähigkeit zu ihrer Umsetzung, Finanzierung und Vermarktung bestimmt. Hier winken enorme Gewinnspannen, zumindest für einen gewissen Zeitraum, der durch den Innovationsvorsprung bedingt ist, und damit Möglichkeiten der Reichtumsakkumulation, die ansonsten nicht gegeben wären. Allerdings finden diese Innovationszyklen in immer kürzeren Abständen statt, so dass die Innovationsgeschwindigkeit zu einem immer wichtigeren Konkurrenzfaktor von Produkten, Unternehmen und Märkten wird. In den sogenannten "reifen Industrien" , in denen Deutschland besonders stark ist, während es bei den neuen Industrien kaum vorkommt und die in den westlichen Industrieländern nach wie vor dominieren, sind hingegen solche Gewinnmargen kaum noch zu erreichen. Diese Tatsache beeinflusst wiederum die zukünftige Reichtumsverteilung mit all ihren gesellschaftlichen und politischen Folgen.

Die Informationsrevolution hat ihren eigenen Unternehmenstypus hervorgebracht, an seiner Spitze Bill Gates (heute der reichste Mann der Welt) und Microsoft. Der faktisch globale Softwaremonopolist Microsoft ist innerhalb zweier Jahrzehnte in die Spitzengruppe der weltweit grössten, reichsten und einflussreichsten Unternehmen eingebrochen und hat sich durchgesetzt. Ein deutsches oder auch nur ein europäisches Unternehmen wird man unter diesen neuen Flaggschiffen des globalen Zeitalters nicht finden, wohl aber japanische, koreanische und demnächst auch chinesische und in nicht allzuferner Zukunft wohl auch indische Unternehmen. Die führende Rolle der USA in der Informationstechnologie und ihrer Vermarktung ist nicht nur das Ergebnis der amerikanischen Rolle als erster militärischer Supermacht - das Internet hat hier seinen Ursprung -, sondern vor allem auch des Widerstandes gegen diese Rolle in der amerikanischen Gesellschaft, vor allem in der damals rebellierenden Jugend. Für Europäer ist die Verbindung der 68er Bewegung in den USA, von Hippies und allen möglichen radikalen und spintisierenden Subkulturen mit der Informationstechnologie mehr als erstaunlich. Diese Verbindung brachte einen weltweit nahezu einmaligen Kreativitätsschub, dessen Auswirkungen "das System" aber keineswegs stürzte, sondern ganz im Gegenteil mit einer neuen, nicht für möglich gehaltenen Dynamik ausstattete. Dass eine vergleichbare Entwicklung in Deutschland oder bei dessen europäischen Nachbarn nicht möglich war und ist, macht das eigentliche Problem der Europäer mit der Globalisierung und den Kern dessen aus, was man "Standortkrise" nennt. Der internationale Kapital- und Finanzmarkt schiebt gegenwärtig börsentäglich die kaum vorstellbare Summe von mehr als einer Billion Dollar rund um den Globus. Über eineinhalb Billionen D-Mark, die täglich auf der Suche nach optimalen Anlage- und d.h. Gewinnmöglichkeiten sind, egal ob in

Papua-Neuguinea, Australien, Indien,

Hongkong, Singapur, Irland, Mexiko, Deutschland, den USA, den Bahamas, Polen oder wo auch immer auf dieser Erde. Nur noch etwa zehn Prozent dieser Finanztransaktionen sind an den realen internationalen Warenaustausch gebunden, der Rest ist spekulativ.30 Hier dreht sich tagtäglich ein gewaltiges Roulette, von dem man nur hoffen kann, dass es niemals abstürzt, denn internationale finanzpolitische Sicherungen für dieses Megaroulette oder gar eine sichernde Regulierung gibt es bisher kaum. Innerhalb dieses Systems werden gewaltige Summen umgesetzt und auch durch Kursgewinne verdient, nur eine wirkliche Wertschöpfung findet dabei nicht statt. Was der eine gewinnt, verliert immer ein anderer, und lediglich die Einsätze und damit auch die individuellen Risiken steigen, wie das am Roulettetisch nun einmal so ist.

1 Billion Dollar, die täglich nach maximalem Gewinn suchen und mangels rentierlicher Anlagemöglichkeiten sich vor allem mit sich selbst beschäftigen und mit hohem Einsatz gegeneinander wetten, das ist ein zunehmend dominanter werdender Teil der Realität der Weltwirtschaft, die zweite, die virtuelle Ebene der kapitalistischen Ökonomie. Und all dies geschieht in einer Welt, in der weite andere Teile nach anlagefähigem Kapital schreien, um die notwendige Entwicklung heraus aus Hunger und Elend endlich angehen zu können; in einer Welt, deren Ressourcen beschränkt sind und die durch die gegenwärtige Entwicklung rasant gefährdet wird. Der Widerspruch zwischen dem tatsächlichen Bedarf an Kapital und seiner Verteilung ist enorm, aber wie auf allen Märkten treten Reich und Arm eben auch auf dem globalen Finanzmarkt gegeneinander an. Kredite an und in den reichen Ländern und Spekulationen in Wechselkursen, Rohstoffen oder was auch immer bringen eben wesentlich mehr Ertrag als die Finanzierung von Entwicklung. Erst wenn die Rendite privater Investitionen gesichert ist, wie in den Schwellenländern, kommt es zu einem nennenswerten Kapitaltransfer.

Allein die Macht dieses fernab jeder politischen Kontrolle mit Lichtgeschwindigkeit agierenden globalen Kapitalmarktes macht sinnfällig, wie dramatisch sich die Proportionen zu Lasten von Nationalstaat und Nationalökonomie und zugunsten der internationalen Märkte verschoben haben. Selbst die mächtigsten Zentralbanken der Welt, der Federal Reserve Board in Washington, die japanische Zentralbank in Tokio und die Deutsche Bundesbank in Frankfurt haben auf diese Spekulation nur noch begrenzten Einfluss.32 Jede nationale Politik, die diese Tatsachen glaubt ignorieren zu können, wird von den Märkten gnadenlos bestraft werden mittels Weichwährung, Kapitalflucht, Investitionsverweigerung, etc., und eine solche Entwicklung wird wiederum zu einer unverzueglichen Krise der Binnenwirtschaft mit fatalen Folgen für die Mehrheitsfähigkeit dieser Politik führen, d.h. sie wird sehr schnell abgewählt werden.

Die Konsequenz daraus ist sehr einfach und dennoch von umwälzenden Folgen: Wenn sich die internationalen Märkte weitgehend der politischen Kontrolle entziehen, so wird gegen die Märkte, zumindest solange man die Politik noch als die Kunst des Möglichen und nicht nur des Wünschbaren definiert, keine mehrheitsfähige nationalstaatliche Politik mehr gemacht werden können.

Damit verliert die nationalstaatliche Politik aber in der alles entscheidenden Machtfrage gegenüber den internationalen Märkten und wird auf gefährliche Weise delegitimiert. Dieser Zustand wird so lange andauern, wie die regulierende Hand der Politik nicht in der Lage ist, den Märkten in den

internationalen Raum zu folgen, und dies wird sie wohl erst dann tun, wenn die internationalen Finanzmärkte eine internationale Krise herbeigeführt haben, die sich zu einer Weltwirtschaftskrise auszuwachsen droht oder aber - dies wäre die schlimmste Möglichkeit - bereits eine solche herbeigeführt hat. Der europäische Nationalstaat ist dazu allerdings zu klein, und so wichtig die internationale Kooperation der Staaten und ihrer transnationalen Organisationen für eine minimale Regulierung dieser Entwicklung auch immer ist, sie wird angesichts der Dynamik und Autonomie der internationalen Märkte und deren Auswirkungen für die nationalen Gesellschaften nicht ausreichen. Ergo erzwingt die Globalisierung neue politische Handlungsgrössen und Handlungsebenen. Die Nationalökonomien werden durch den Prozess der Globalisierung nicht verschwinden, sie sind jedoch dabei, sich qualitativ zu verändern: Die nationalen Volkswirtschaften geraten von einer bestimmenden in eine dienende Funktion, werden nach und nach von souveränen Volkswirtschaften zu abhängigen Angebotswirtschaften, die um die Gunst der globalisierten Märkte konkurrieren müssen.

Gewiss gab es auch früher schon mehr oder weniger enge Vernetzungen der verschiedenen Nationalökonomien in der Weltwirtschaft, aber dies war die Vernetzung unterschiedlicher nationaler Systeme, die gleichwohl innerhalb der jeweiligen nationalen Binnenwirtschaften eine nahezu absolute Definitionsgewalt über die wirtschaftlichen Verhältnisse hatten. Preise, Löhne, Gewinne, Zinsen, Währungskonvertibilität, Einkommensverteilung, Autarkie, Handelsbarrieren, Freihandel: All dies waren Entscheidungen der nationalen Politik oder der nationalen Tarifpartner und sind es heute nicht mehr oder fast nicht mehr. Dem korrespondiert ein massiver Bedeutungsverlust von Wirtschaftspolitik in nahezu allen wichtigen Industrieländern bei einem gleichzeitig fast absolut zu nennenden Bedeutungsgewinn der Wirtschaft gegenüber der Politik in den jeweiligen demokratischen Öffentlichkeiten. Nicht mehr die Politik scheint das Schicksal der Völker zu bestimmen, sondern fortan wohl eher die Wirtschaft.

Diese neue Macht und Unabhängigkeit der globalen Finanzmärkte ist aber nicht nur ein Ergebnis neuer Kommunikationstechnologien, sondern auch der schieren Grösse der internationalen Kapitalakkumulation vor allem in den reichen westlichen Industrieländern. Die neuen Kommunikationstechnologien haben die Globalisierung dieser Kapitalien ermöglicht, die Grösse der mittlerweile akkumulierten Kapitalien aber hat ihre Internationalisierung erzwungen, denn innerhalb der engen nationalen Grenzen waren und sind die rentierlichen Anlagemöglichkeiten einfach zu gering. Der vierzigjährige Friede hat - trotz oder vermutlich sogar wegen des Kalten Krieges - zu einer gewaltigen Anhäufung von Kapital geführt, das rentierliche Anlagen sucht und zu der erwünschten Rendite nur noch schwer findet. Also bedienen die internationalen Finanzmärkte vor allem die scheinbar unersättliche Staatsschuld der Staaten rund um den Globus und organisieren Wettgeschäfte auf alles und jedes, am liebsten aber auf die Zukunft. Man nennt diese Form des Kapitalismus zurecht Kasinokapitalismus, und die 1-Billion-Dollar-Welle, die jeden Tag einmal um die Erde schwappt, ist dafür der greifbarste Ausdruck.

Die Kapital- und Finanzmärkte haben bei der Globalisierung gewiss die entscheidende Rolle gespielt, aber ihnen folgen nunmehr auch die anderen Märkte für Waren und Dienstleistungen und zunehmend auch der Arbeitsmarkt. Mit dem Wegfall nationaler Barrieren und bedingt durch geringe Transport- und Kommunikationskosten nimmt der Austausch von Gütern und Dienstleistungen beständig zu und damit auch die Konkurrenz bisher nicht miteinander kommunizierender Arbeitsmärkte. Vor allem gering und nichtqualifizierte Arbeit in den reichen

Ländern des Westens gerät dabei unter einen erheblichen Druck zur Lohnsenkung, dramatisch noch verstärkt durch den Wegfall von Millionen von Arbeitsplätzen durch die

Produktivitätsrevolution von Automatisierung und Rationalisierung. "In Zukunft wird die Motivation der Arbeitnehmer wohl nicht mehr von überdurchschnittlichen Leistungslöhnen bestimmt werden, sondern von Angst - von der Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren und in eine Wirtschaft sinkender Reallöhne entlassen zu werden" , prophezeit Lester C. Thurow. Denn -der seit dem Zweiten Weltkrieg bestehende Gesellschaftsvertrag hat heute seine Gültigkeit verloren. Jährliche Lohnsteigerungen sind nicht mehr selbstverständlich. Konjunkturbedingte Entlassungen sind nicht mehr vorübergehend und auch nicht mehr auf gewerbliche Arbeitnehmer beschränkt."

Aber es sind nicht nur gering bis gar nicht qualifizierte Arbeitskräfte in den reichen westlichen Industrieländern, die durch die Globalisierung unter einen erheblichen Druck geraten, sondern zunehmend auch besser und sogar hochqualifizierte Tätigkeiten. Einige wenige Beispiele: Das südindische Bangalore entwickelt sich zu einem globalen Standort für Softwareentwicklung und -verarbeitung, das bei höchster Qualität zu konkurrenzlos billigen Preisen online in alle Welt seine Produkte und Dienstleistungen liefert. Die Hardware der Computertechnologie und ihrer Peripheriegeräte wird heute überwiegend in Ostasien gefertigt. Und westliche Fluggesellschaften stellen für bestimmte Strecken mehr und mehr Kabinenpersonal aus den angeflogenen Schwellenländern zu den dort ueblichen niedrigeren Tarifen ein. In der christlichen Seefahrt sind gemischte Mannschaften aus Erster und Dritter Welt schon längst die Regel, und diese Entwicklung wird sich auch in anderen Teilen der Weltwirtschaft durchsetzen.

Die Öffnung der nationalen Grenzen für den Welthandel, extrem billige Transportkosten und globale Kommunikations möglichkeiten mit Lichtgeschwindigkeit haben diese Entwicklung ermöglicht und werden sie weiter vorantreiben. Und auch hier gibt es zwei völlig unterschiedliche Perspektiven der Entwicklung, je nachdem, ob ein Beschäftigter in Bangalore oder Europa zu Hause ist. Für den Computeringenieur in Indien bedeutet der Prozess der Globalisierung die grosse Chance, für seinen europäischen oder amerikanischen Kollegen allerdings eher eine Bedrohung. Dennoch wäre es grundfalsch, angesichts dieser neuen Konkurrenz in den reichen Industrieländern des Westens auf eine erneute

Abschottung ihrer Märkte zu setzen, denn diese wird erstens aufgrund der neuen Kommunikationstechnologien dauerhaft nicht funktionieren, und zweitens wäre dafür ein extrem hoher ökonomischer und auch politischer Preis zu entrichten.

Der Reichtum des Westens nach dem Zweiten Weltkrieg rührte gerade von der Öffnung der Grenzen und der Überwindung von Zoll- und Handelsbarrieren her, und diese Öffnung führte nicht nur in Europa zu Stabilität und zu dem europäischen Integrationsprozess, sondern dies galt insgesamt für die westliche Hemisphäre. Anders gesagt: der Kalte Krieg, und d.h. die globale Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion schuf den Zwang zu einer Internationalisierung von Politik und dann auch von Wirtschaft (die im Kalten Krieg zumindest in Westeuropa und in Ostasien dabei eine entscheidende Rolle spielte). Diese Internationalisierung ist nun, nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Sieg des westlich-amerikanischen Modells von Marktwirtschaft und Kapitalismus, die alleinige Grundlage für die Globalisierung, und dies bedeutet nichts anderes als die Übertragung dieses Modells auf Osteuropa, Ostasien und Lateinamerika.

Eine politisch gewollte Abschottung von Teilmärkten analog der Zwischenkriegszeit in den zwanziger und dreissiger Jahren würde nicht nur mit einem erheblichen Reichtumsverlust bezahlt werden müssen, sondern müßte auch zwingend zu einem erneuten Kampf um machtpolitisch durchgesetzte Einflusszonen führen, die sehr grosse Instabilitäten und Sicherheitsrisiken mit sich brächten. Der Machttransfer von Politik zur Wirtschaft und damit auch die Zivilisierung von internationaler Machtpolitik, die mit dem freien Welthandel einherging - statt Militärpotentiale und Ruestung zählen heute mehr die Stabilität einer Währung, die Grösse eines Marktes und die Qualität der Angebotsfaktoren im internationalen Staatensystem -, würden mit einer Unterbrechung des freien Welthandels durch politisch durchgesetzte Einflusszonen sofort in ihr Gegenteil umgekehrt werden. Gerade die Europäische Union, von der man zu Recht sagt, dass sie ökonomisch ein Riese, politisch aber ein Zwerg sei, würde dabei zu den grossen Verlierern einer solchen Umkehr der Entwicklung gehören.

Andererseits ist es jedoch absehbar, dass die Arbeitnehmerschaft der westlichen Länder diesen Prozess zu ihren Lasten nicht einfach widerstandslos hinnehmen wird. Zumindest in Europa können die negativen sozialen Folgen der Globalisierung deshalb zu einem Massenpotential für einen neuen aggressiven Nationalismus führen, der zwar kaum noch über eine Lösungsperspektive für die Probleme des 21. Jahrhunderts verfuegt, wohl aber noch die politische Kraft für eine sehr fatale Chaosperspektive hat. Auch deswegen wird dieser Prozess der Globalisierung nicht politikfrei und regellos verlaufen duerfen, wenn er nicht in unkalkulierbaren Krisen und Crashs enden soll. Um die Entwicklung und Durchsetzung solcher Regeln wird es in den kommenden Jahren in der internationalen Politik gehen, und dabei wird das relative politische und ökonomische Gewicht der beteiligten Mächte bestimmend sein. Ein in seine Nationalstaaten aufgesplittertes Europa wird allerdings kaum eine bedeutende Rolle spielen und seine Ökonomischen, sozialen und damit auch politischen Interessen nicht in dem gebotenen Mass wahren können.

Freilich bleibt auch die neue Macht der Märkte an den wirtschaftlichen Egoismus, an dessen alles beherrschende Kosten-Nutzen-Kalkül gebunden, d.h. sie ist letztendlich nur eine begrenzte und prekäre Macht, solange sie politisch nicht austariert und verstetigt wird. Sich selbst überlassene Märkte, Finanzmärkte vor allem, neigen zu einer Eskalation des ökonomischen Egoismus in Form der Spekulation. Die Spekulation hat es nicht mehr mit der Wertschöpfung zu tun, sondern mit Wetten auf die zu erwartende zukünftige Wertschöpfung. Tritt diese ein, so ist das für die Betroffenen erfreulich und ökonomisch unbedenklich, führt aber in der Regel nur zu einer erweiterten Spekulation, denn immer mehr Investoren wollen an dieser erfolgreichen Wette auf die zukünftige Wertschöpfung beteiligt werden. Irgendwann ist dann die Kluft zwischen spekulativen Erwartungen und real zu erwartender Wertschöpfung so gross, dass es dann nur noch eines geringen und beliebigen Anstosses bedarf, um das ganze Kartenhaus zusammenbrechen zu lassen. Die psychologisch überhitzten Börsenwerte werden dann in einem Crash den realwirtschaftlichen Tatsachen angepasst, und das geht für zahlreiche Beteiligte böse aus.

Die Macht der globalisierten Märkte wird auch in Zukunft ihre Grenze haben, die sich zwingend aus ihrem ökonomischen Wesen ergibt. Der politikfreie, völlig deregulierte Markt produziert im Falle seines Versagens hochpolitische, weil sozial äusserst brisante Ergebnisse. Genau dieses Risiko werden die Staaten aber auch in einer globalisierten Welt allen Ernstes nicht wirklich eingehen können, auch wenn es vermutlich erst einer solchen erneuten Erfahrung eines Börsencrashs bedarf, bevor international politisch gehandelt wird. Wer die Wirtschaftsgeschichte des

Kapitalismus nur ein wenig kennt, weiss, dass seine Geschichte nicht nur eine Geschichte von Klassenkämpfen, sondern vor allem auch von Spekulationen war - und dazu gehörten früher nicht selten Kriege -, und diese endeten immer nach demselben Muster: Je grösser die Spekulation, desto heftiger war der Crash an ihrem Ende. Diese Grunderfahrung darf man gerade heute nicht vergessen, wo die globalisierten Märkte sich aller politischen Restriktionen entledigen und zu dem beherrschenden Faktor der beteiligten nationalen Volkswirtschaften werden. Der "Kasinokapitalismus" wird nicht von Dauer sein, sondern er wird einer transnationalen politischen Regulierung bedürfen, wenn das gegenwärtige Globalisierungsabenteuer des Kapitalismus nicht krisenhaft in einer grossen globalen Destabilisierung enden soll.

Die schwindende Macht des Staates

"Die Menschen, die von Natur aus Freiheit und Herrschaft über andere lieben, führten die Selbstbeschränkung, unter der sie, wie wir wissen, in Staaten leben, letztlich allein mit dem Ziel und der Absicht ein, dadurch für ihre Selbsterhaltung zu sorgen und ein zufriedeneres Leben zu führen - das heisst dem elenden Kriegszustand zu entkommen, der...aus den Natürlichen Leidenschaften der Menschen notwendig folgt, dann nämlich, wenn es keine sichtbare Gewalt gibt, die sie im Zaume zu halten und durch Furcht vor Strafe an die Erfüllung ihrer Verträge und an die Beachtung der Natürlichen Gesetze zu binden vermag..."

Thomas Hobbes (1651)

Staat und Markt sind die beiden entscheidenden Gegenspieler im Spiel der kapitalistischen Moderne, Machtprinzip und Gewinnprinzip ihre jeweilige Logik, der sie ihrem Wesen gemäss folgen müssen. Allerdings spielen sie gemeinsam dieses Spiel, und wenn man versucht, einen der beiden Kontrahenten zugunsten der alleinigen Vorherrschaft des anderen aus dem Spiel zu nehmen, so mag dies vielleicht einige Zeit funktionieren, dann aber werden die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Kosten enorm hoch, und es kommt folglich zum Kollaps des gesamten Spiels, wie das Exempel der Sowjetunion nachdrücklich demonstriert hat. Die leninistisch-stalinistische Sowjetunion hat in diesem Jahrhundert mit ihrer Ausschaltung des Marktes zugunsten eines absoluten Staates das praktische Beispiel der Ausserkraftsetzung des Marktes als Gegenspieler des Staates durchexerziert, und bis heute haben die diesem Experiment unterworfenen Völker und Ökonomien einen furchtbaren Preis für diesen totalitären Irrsinn zu entrichten. Europa hat die kapitalistische Moderne hervorgebracht und mit ihr deren zentralen Widerspruch zwischen individueller Freiheit und totalitärem Staat.

Umgekehrt wird allzuleicht vergessen, dass es jedoch erst der Selbstzerstörung des bürgerlichen Europa im Ersten Weltkrieg und in der Weltwirtschaftskrise von 1929 bedurfte, um die doppelte Bestie des Totalitarismus - Nazismus und Stalinismus - zu entfesseln, die dann zum endgültigen Ruin Europas durch Hitler und zur vierzigjährigen Teilung Deutschlands führte. Gerade Europa hat mit seinen totalitären Staatsexperimenten in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, die aus dem hoch konfrontativen und gewalttätigen Selbstzerstörungsprozess der bürgerlichen Epoche entstanden sind, grauenhafte Erfahrungen machen müssen. Nicht umsonst waren die vier Jahrzehnte seines erfolgreichen Wiederaufstiegs geprägt durch eine gelungene Gleichgewichtsformel zwischen Wirtschaft und Staat: Markt, Demokratie und Sozialstaat, organisiert im Einvernehmen von Politik und Wirtschaft, Arbeitgebern und Arbeitnehmern im demokratischen Verfassungsstaat auf der Grundlage von privatem Eigentum und sozialstaatlicher Daseinsvorsorge. Und dieses Beispiel des europäischen demokratischen Wohlfahrtsstaates sollte für den Zusammenbruch der Sowjetunion von entscheidender Bedeutung sein, denn er wurde zum Traum, zur konkreten Utopie von zig Millionen unterdrückter Menschen in Osteuropa und der

Sowjetunion. Heute, wenige Jahre nach der Zeitenwende von 1989, klingt dies alles bereits wie eine ferne Kunde aus längst vergangenen Tagen, altmodisch und überholt.

Als im November 1989 in Berlin die Mauer fiel und der gesamte Sowjetblock kollabierte, da galt der westeuropäische Sozialstaat noch als das Schmuckstück der westlichen Alternative zum realexistierenden

Sozialismus. Mit dem Sozialstaat schien der Westen Europas erreicht zu haben, was der Sowjetkommunismus immer nur versprochen hatte, niemals aber zu halten in der Lage war: Massenwohlstand, soziale Sicherheit, Demokratie und die Selbstbestimmung der einzelnen westeuropäischen Nationen, die sich zudem aus freiem Entschluss und auf gleicher Grundlage auf den Weg in ein integriertes Europa gemacht hatten. Der westeuropäische Sozialstaat erwies sich als die gelungene Alternative zum bürokratisch-diktatorischen Sozialismus einerseits und zu einem unsozialen, ausbeuterischen Kapitalismus andererseits, als jener "dritte Weg" also zwischen Kapitalismus und Kommunismus, nach dem zahlreiche Linke so lange vergeblich gesucht hatten.

Der Kapitalismus war sozialstaatlich gezähmt und damit "sozialdemokratisiert" worden, und selbst die Konservativen und Christdemokraten in Westeuropa machten fast überall die "soziale Marktwirtschaft" zur Grundlage ihrer Politik seit 1945. Nicht von ungefähr sprach man in Westeuropa von dem "sozialdemokratischen Jahrhundert". Der Sozialstaat in Westeuropa organisierte sich um zwei Kernbereiche: erstens um die staatlich garantierte Vorsorge gegen die grossen Lebensrisiken wie Alter, Krankheit und Invalidität, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit und Armut, bezahlt durch die Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern und durch die steuerliche Umverteilung eines nicht unerheblichen Teils des Bruttosozialprodukts. Und zweitens um die staatliche Finanzierung und Vorsorge für die Ausbildung der nachwachsenden Generation und die Durchsetzung gleicher Bildungschancen für alle Bevölkerungsschichten.

Bezahlbar war dieser "dritte Weg" , weil er auf anhaltendem Wachstum, Vollbeschäftigung und Massenkonsum gründete, angetrieben durch billige Energie vor allem in Gestalt von Erdöl, d.h. die jährlichen Zuwächse des volkswirtschaftlichen Reichtums machten eine entsprechende Umverteilung zugunsten der abhängig Beschäftigten möglich, ohne dass die Eigentumsfrage aufgeworfen werden musste. Es war für alle eben genug da, und damit erwuchs dem modernen Sozialstaat seine dritte Funktion, die ihn schliesslich in seine gegenwärtige existenzbedrohende Krise führen sollte, nämlich dass er zum Garanten für einen beständig steigenden Lebensstandard der Massen wurde. Aus diesem Versprechen des "Wohlstands für alle" erwuchs seine politische Legitimität, die ihn in der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges so überaus erfolgreich machte und die ihn jetzt an die Grenzen seiner Finanzierbarkeit und der innergesellschaftlichen Solidarität geführt hat. Der Sozialstaat als Garant für stetig steigenden Massenwohlstand, diese Funktion wird sich unter den Bedingungen der Globalisierung und des Endes der Systemkonkurrenz wohl kaum aufrecht erhalten lassen.

Das westliche Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg hatte allerdings drei unschöne Seiten, die zugleich einen Endpunkt markieren mussten: Erstens war sein ökonomisch entscheidender Motor der Kalte Krieg, d.h. faktisch war diese keynesianische Aera von enormen, immer teurer werdenden Rüstungsausgaben der Staaten angetrieben worden, die mehr und mehr die Staatsschuld aufblähten, so dass man tatsächlich von einem Rüstungskeynesianismus sprechen

müsste; zweitens fand dieses Wachstum ohne Ruecksicht auf seine ökologischen Grundlagen statt; und drittens basierte das Nachkriegssystem auf einer völlig ungerechten Weltwirtschaftsordnung, die nahezu ausschliesslich die westlichen Länder begünstigte, und musste also auch von dieser Seite her irgendwann gegen die Wand fahren. Das geschah dann mit der ersten Ölpreiskrise 1973 während des Jom-Kippur-Krieges zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Die militärischen Kosten des Kalten Krieges wurden vor allem durch die USA getragen (und diese wurden durch ihren Sieg im Kalten Krieg zur heute alleinigen globalen Supermacht), aber als die den gesamten Westen dominierende Volkswirtschaft bestimmten die Vereinigten Staaten mehr oder weniger direkt auch den Fortgang der anderen Ökonomien und - fast wichtiger noch - deren prägende hegemoniale Ideen. Es war dann auch die Eskalation des Kalten Krieges gewesen, die Explosion des Rüstungsetats und damit einhergehend der Staatsschuld der USA unter Ronald Reagan in den achtziger Jahren, die in den Vereinigten Staaten definitiv die Abkehr von den Ideen des New Deal einleitete und eine wirtschaftsliberale Revolution mit einer dramatischen Entsolidarisierung der Mittelklassen von den Unterklassen auslöste, deren ideelle und materielle Folgewirkungen heute ganz wesentlich den Prozess der Globalisierung prägen.

Die Schaffung von wirtschaftlichem Reichtum war in der Nachkriegszeit in Westeuropa niemals nur Selbstzweck gewesen, sondern diente vor allem dem Zusammenhalt der Gesellschaften, der gesellschaftlichen Integration mittels sozialer Sicherheit und Wohlstand für die Masse der abhängig Beschäftigten. Marktwirtschaft, Demokratie und Sozialstaat hiess die erfolgreiche Zauberformel, die Westeuropa sowohl in der Systemkonkurrenz mit dem Sowjetkommunismus als auch in der Über windung der faschistischen Epoche nach 1945 entwickelt hatte. Zudem knüpfte sie an ein uraltes europäisches Staatsverständnis an, das im Staat den entscheidenden Verantwortlichen für die kollektive Daseinsvorsorge, für die Garantie des Allgemeinwohls, für die Sicherung der "public goods" sieht. Diese fundamentale Bedingung des Erfolges der westeuropäischen Entwicklung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges droht gegenwärtig in Vergessenheit zu geraten, ja sie wird durch die neokonservative Revolution und ihre Auswirkungen faktisch in Frage gestellt.

Dabei kann es angesichts der schrecklichen totalitären Erfahrungen unseres Jahrhunderts allen Ernstes doch immer nur um die Neujustierung der beiden Pole dieses Spiels gehen, um ihr relatives Kräfteverhältnis zueinander und um die sich daraus ergebende Form und Struktur der Beziehung von Markt und Staat. So weit, so gut, aber leider betrifft die gegenwärtige Staatskritik der globalisierten Marktdynamik nicht nur quantitative Grössen, sondern es geht hier um eine neue Qualität im Verhältnis der beiden Kontrahenten Markt und Staat zueinander. Eine allgemeingültige Antwort auf dieses Spannungsverhältnis lässt sich nicht formulieren, da die kulturellen, sozialen und politischen Unterschiede in der jeweiligen Geschichte der betroffenen Volkswirtschaften rund um den Erdball ein gewichtiges Eigenleben führen und nicht homogenisierbar sind, weder in der Theorie und schon gar nicht in der Praxis. In modernen kapitalistischen Marktwirtschaften kennt man z.B. durchaus starke Staatsanteile an der jeweiligen Volkswirtschaft, die sogar so weit gehen können, dass es zu einer direkten Makrosteuerung der Wirtschaftsentwicklung - bis zum Auf- oder Abbau einzelner Wirtschaftssektoren - durch den Staat kommen kann - so in Japan und den meisten ostasiatischen Schwellenländern. Auch die gegenwärtige grosse Wirtschaftskrise in diesen Ländern sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Steuerung sehr effizient und wirksam war. Die meisten ostasiatischen Schwellenländer bedienen sich bei ihrer wirtschaftlichen Aufholjagd dieses Modells und werden, nach den notwendigen Anpassungen ihrer politischen und wirtschaftlichen Strukturen, auch in veränderter Form daran festhalten. Japan wird seine

bürokratische Tradition der Wirtschaftssteuerung nicht aufgeben, sondern bestenfalls modernisieren, weil es sich sonst vom Kern seines historisch gewachsenen Gesellschaftsmodells verabschieden müsste, und das wird es nicht tun. Dasselbe wird für China gelten, und diese beiden Staaten werden die gesamte Region mit ihren Vorgaben massgeblich beeinflussen. Andererseits sind die USA in ihrer Wirtschaft, ganz entgegen der herkömmlichen Meinung, keineswegs so "staatsfern" , nur dass es dort vor allem der immer noch gewaltige Rüstungsetat ist, der für die wirtschaftliche und technologische Steuerung der Volkswirtschaft diese Funktion übernimmt.

Man kannte auch sehr hohe und direkte Staatsanteile innerhalb der marktwirtschaftlich verfassten Ökonomie, d.h. direkt in Staatsregie befindliche Unternehmen, die für das Wirtschaftsgeschehen eines Landes von zentraler oder gar strategischer Bedeutung sind. Dies galt vor allem für Westeuropa: In Frankreich und Italien war und ist diese Rolle des Staates als Unternehmer überwiegend

zentralstaatlich organisiert, in Deutschland mehr dezentral auf der Ebene der Länder und Kommunen, was den grossen Vorteil hat, weniger aufzufallen. Im Klartext lief diese Form der Marktwirtschaft auf einen korporatistischen Kapitalismus hinaus, der eine Marktwirtschaft im jeweiligen nationalen Interesse organisierte. Das Geschäft diente den nationalen Interessen, die nationalen Interessen dienten dem Geschäft, und Politik und Wirtschaft organisierten diesen Prozess im Konsens in meist mehr oder weniger national geschlossenen Zirkeln und Gesellschaften. Nicht von ungefähr nannte man die alte Bundesrepublik Deutschland auch die "Deutschland AG", da sie mit diesem Modell einer engen Verflechtung von Banken, Industrie und Staat in den vier Nachkriegsjahrzehnten bis zur Deutschen Einheit überaus erfolgreich war. Damit ist es unter dem Druck der Globalisierung allerdings jetzt endgültig vorbei.

Exakt bei der Herstellung der ökonomischen Einheit Deutschlands versagte dieses Modell der "Deutschland AG" auf historische Weise, und das kommt, trotz aller politischen Fehler, nicht von ungefähr. Denn mit der Deutschen Einheit und dem Ende des Kalten Krieges geriet dieses Modell selbst in die Globalisierungskrise. 1990 entschied sich die "Deutschland AG", angeführt von Bundeskanzler Helmut Kohl und vertreten durch Bundesregierung, Landesregierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften, für die Übertragung des westdeutschen Status quo auf Ostdeutschland, was sich als ein grosser und zudem sehr teurer Fehler erweisen sollte, anstatt die Deutsche Einheit als "Modernisierungslokomotive" für den notwendigen Strukturwandel in Gesamtdeutschland zu nutzen. Die Bundesregierung wollte Wahlen gewinnen, versprach den Menschen deshalb westliche Verhältnisse ("blühende Landschaften") und gewährte eine Währungsreform zu einem Umtauschkurs für Ostdeutschland, die zwar Wahlsiege brachte, ökonomisch der deutschen Volkswirtschaft aber einen Mühlstein von Schulden an den Hals gehängt hat, da man sich ebenfalls aus wahlpolitischen Erwägungen vor Steuererhöhungen drückte. Die Unternehmen wollten keine neue Konkurrenz, sondern lediglich den neuen Markt in Ostdeutschland und die dort vorhandenen Werte möglichst günstig übernehmen, und die Gewerkschaften wollten ihre Tarifverträge nicht von billigerer ostdeutscher Konkurrenz ausgehebelt sehen; hinzu kam die direkte Übertragung des westdeutschen Rechtssystems und seiner Bürokratie. Das ehemalige Schmuckstueck des westdeutschen Wirtschaftswunders, die "Deutschland AG", produzierte ab 1990 mit dem Aufbau Ost, für alle Welt sichtbar, einen sehr teuren Fehlschlag und bewies damit, dass sie in dieser Form zur Lösung der Globalisierungsprobleme nicht mehr tauglich war und damit selbst strukturell hoch erneuerungsbedürftig geworden ist. Nun steckt hinter diesem Fehlschlag keineswegs böse Absicht,

sondern beim Aufbau Ostdeutschlands seit 1990 konnte das bewährte sozialpartnerschaftliche Kartell der "Deutschland AG" von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften schlicht nicht mehr funktionieren, weil seine materiellen ökonomischen, politischen und sozialen Grundlagen, die es in Westdeutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs so überaus erfolgreich und effizient gemacht hatten, einfach nicht mehr gegeben waren. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft hatte sich auch in der "Deutschland AG" in den neunziger Jahren substantiell verändert. Die Organisation des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft auf der Grundlage eines gemeinsamen nationalen und ökonomischen Interesses gehört fortan definitiv der Vergangenheit an, denn die ökonomischen Interessen sind der nationalen Sphäre entwachsen, und damit hat der Nationalstaat mit einer sich globalisierenden, d.h. immer mehr "vaterlandslos" werdenden Wirtschaft seinen entscheidenden ökonomischen Partner verloren. Die Kooperation zwischen Nationalstaat und Wirtschaft droht zunehmend dem Konflikt oder gar der Unterwerfung zu weichen.

Der Zeitgeist in den reichen Ländern des Westens hat sich fundamental verändert. Nunmehr wird das "Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts" verkündet. Die Zeiten scheinen vorbei zu sein, in denen die verschiedenen nationalen Marktwir tschaften nicht nur um ihren jeweiligen Anteil am Wohlstand, sondern auch um die effizientesten sozialen Sicherungs- und Bildungssysteme für ihre nationalen Gesellschaften konkurrierten. Heute wird statt dessen um die möglichst effiziente Zerschlagung eben dieser sozialstaatlichen Sicherung konkurriert, und die Analysten der wichtigsten westlichen Investmentbanken begreifen den Grad der "sozialen Deregulierung" als einen entscheidenden positiven Standortfaktor für Investitionsentscheidungen. War es früher noch ein Ausweis unternehmerischen Erfolgs, wenn auf der jährlichen Bilanzpressekonferenz ein Vorstandsvorsitzender neue Rekordhöhen an Umsatz, Gewinn und Beschäftigtenzahl vorweisen konnte, so wird heute jeder Unternehmenschef, der steigende Beschäftigtenzahlen statt deren Verringerung als Erfolg verkaufen will, schlicht als eine sozialromantische

Fehlbesetzung angesehen, dessen Tage in seinem Job gezählt sind.

Wer sich aktuell zum Sozialstaat bekennt, gilt bestenfalls als altmodisch und von vorgestern, als jemand, der geistig einer nicht mehr rettbaren Vergangenheit anhängt. Ja, der einstmals revolutionäre oder zumindest radikalreformerische Ansatz eines sozialstaatlich domestizierten Kapitalismus wird heute als der neue Konservativismus attackiert, der sich auf die Verteidigung überkommener Besitzstände kapriziert. Welch eines politischen Wunders duerfen wir als Zeitgenossen doch teilhaftig werden: Wir erleben die Verkehrung von Reaktion und Revolution! Die Arbeiter und Angestellten als die neue "konservative Klasse", die ihre kleinen Besitzstände mit Klauen und Zähnen zu verteidigen versuchen, und die Unternehmer als die neuen "Revolutionäre", die eben diese Besitzstände zertruemmern und dabei die neue Welt des Globalismus erschaffen. Aber haben nicht genau dies zwei wieder moderne Theoretiker der kapitalistischen Globalisierung, nämlich Karl Marx und Friedrich Engels, vor genau 150 Jahren bereits in ihrem "Kommunistischen Manifest" in hochdramatischen und bewegten Worten geschildert? Dieses "Manifest" der beiden kommunistischen Erzväter ist angesichts der jüngsten Globalisierungsdebatte wirklich lesenswert, soweit es die revolutionäre Rolle des Kapitals und des Kapitalismus betrifft. Marx und Engels hatten eben noch einen Begriff von politischer Ökonomie, einen sehr kritischen sogar, der heutigen Lehrstuhlökonomen nahezu völlig zu fehlen scheint. Kaum sonstwo wird man eine ähnlich gelungene Hymne auf die revolutionäre Kraft des Kapitals finden, die zugleich von grösster Aktualität ist:

"Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt Die Bourgeoisie, wo sie zur

Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört Die Bourgeoisie hat alle

bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet Sie hat ganz

andere Wunderwerke vollbracht als ägyptische Pyramiden, römische Wasserleitungen und gotische Kathedralen, sie hat ganz andere Züge ausgeführt als Völkerwanderungen und Kreuzzüge Die fortwährende Umwälzung der

Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisieepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst...Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht...Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation

des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum grossen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füssen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren

Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden Die Bourgeoisie

hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenen Generationen zusammen. Unterjochung der Naturkräfte, Maschinerie, Anwendung der Chemie auf Industrie und Ackerbau, Dampfschiffahrt, Eisenbahnen, elektrische Telegraphen, Urbarmachung ganzer Weltteile, Schiffbarmachung der Fluesse, ganze aus dem Boden hervorgestampfte Bevölkerungen - welches frühere Jahrhundert ahnte, dass solche Produktionskräfte im Schoss der gesellschaftlichen Arbeit schlummerten."

Sofort drängt sich eine zweite Frage auf: Wenn das Kommunistische Manifest in seinem ersten, analytischen Teil erneut so hochaktuell geworden ist, laufen wir dann mit der Globalisierung der kapitalistischen Wirtschaft und der damit einhergehenden zunehmenden sozialen Desintegration auch auf eine Remodernisierung des zweiten Teiles des Kommunistischen Manifests zu, nämlich auf eine von Yngsten, Verzweiflung und Not getragene erneute Aera der Radikalisierung der Massen in den westlichen Ländern?

Wollte man den komplexen Begriff der Globalisierung auf eine kurze Formel bringen, so ist dies der Bedeutungsverlust der Politik zu Lasten der Wirtschaft, noch exakter formuliert müßte man eigentlich sagen: der Bedeutungsverlust der nationalen Politik zugunsten der internationalen

Märkte und Unternehmen. Das Ende des Kalten Krieges hat mit dem damit einhergehenden Feindverlust und deshalb auch Funktionsverlust des

Staates als Sicherheitsgarant gegen eine (tatsächlich oder vermeintlich) manifeste Bedrohung von aussen diese Entwicklung erheblich beschleunigt. Aber es ist nicht nur der Verlust des Feindes, der in Europa einen tiefen Einschnitt in den gesamten kulturellen und politischen Bewegungsmustern der europäischen Völker bedeutet, deren Leben, deren ganze Geschichte eigentlich immer durch die Drohung eines Feindes und durch die Erfahrung von mindestens einem Krieg pro Generation geprägt war, sondern jetzt wird auch noch ein wesentlicher Teil der europäischen Identität - ihr Staatsverständnis - in seiner Existenz bedroht.

Wann gab es das schon einmal in der Geschichte, ein Europa ohne Krieg und ohne Feindschaft zwischen den wichtigsten Völkern des Kontinents? Noch nie! Und allein diese Tatsache macht den historischen Bruch in der Gegenwart in seinem ganzen Ausmass erkennbar. Das europäische Staatsverständnis der Moderne wurde durch eine tiefwurzelnde und zugleich uralte Erfahrung von Feindschaft und Krieg geprägt. Der moderne säkulare Staat Europas ist aus den Wirren der sich in den Religionskriegen auflösenden Feudalität des Mittelalters entstanden.

Mit dem Frieden von Münster und Osnabrück im Jahre 1648 neigte sich das Zeitalter der grossen Ungewissheit seinem Ende zu. Aus dem Blutbad der Religionskriege war ein neuer Kontinent erwachsen: Das Zeitalter der absolutistischen Staaten brach an..."

Indem er alle Macht der privaten Herrschaften und kleineren Territorien beim absoluten Herrscher, der personifizierten Ausdrucksform des säkularen absolutistischen Territorialstaates, konzentrierte und demnach als alleiniger und oberster Souverän diese Macht ausuebte, konnte der entstehende moderne Territorialstaat als "Leviathan" den inneren Bürgerkrieg unterdrücken und die äussere Sicherheit gewährleisten. Nur England ging hier nach Cromwells "Absolutismus" andere, nämlich parlamentarische Wege der Macht- und Gewaltenteilung zwischen der Krone und den Ständen des Adels. Der Staat wurde im modernen kontinentaleuropäischen Staatsverständnis zum obersten Souverän, über dem es nur noch eine göttliche Instanz geben konnte, weil er allein die Gefahren dieses Kontinents leidlich zu wehren wusste. Und in dieser Rolle wurde der absolutistische Staat auch zum entscheidenden Modernisierungsfaktor der spätfeudalen europäischen Gesellschaften, der entsprechend seiner Machtbedürfnisse die beginnende kapitalistische Ökonomie organisierte. Die Wirtschaft hatte hierbei eine dienende, niemals aber eine die Souveränität des Staates auch nur in zartesten Ansätzen in Frage stellende Funktion.

Dieses über die Jahrhunderte gewachsene europäische Staatsverständnis sitzt tief im kulturellen Unterbewusstsein aller Europäer und aller ihrer Institutionen bis auf den heutigen Tag, und es wäre ein schwerer Irrtum zu meinen, das Subsystem der Ökonomie liesse sich von diesem historisch-kulturellen Unterbau der jeweiligen Nationen ablösen und frei von dessen Vorgaben organisieren. Diese lebendige Staatstradition, dieser europäische Etatismus - historisch immerhin das Resultat des Überlebensinstinktes der europäischen Völker in einer höchst gefährlichen Umwelt von Kriegen,

Bürgerkriegen, Invasionen und Fremdherrschaft macht für Europa eine Neugestaltung des Verhältnisses von Markt und Staat, die faktisch auf einen Rückzug des Staates zugunsten privater

Akteure wie Märkte und Unternehmen und auf eine erhebliche Souveränitätseinbusse des Staates hinausläuft, unter den Bedingungen der Globalisierung so überaus schwer und schmerzhaft. Der europäische Etatismus - auch und gerade in seiner sozialstaatlichen Form - ist eben sehr viel mehr als blosse Besitzstandswahrung, sondern er ist zugleich immer auch lebendige Kultur, Tradition und europäische Geschichte in einem. Dennoch haben sich selbst für das staatsfixierte Europa die Zeiten grundlegend geändert.

Hinzu kommt, dass in der europäischen Vergangenheit bis in unsere Tage hinein der Krieg wirklich der Vater aller Dinge war d.h. der soziale Wandel in den europäischen Gesellschaften war durch mindestens einen grossen Krieg pro Generation vorangetrieben worden, der Krieg hatte in Europa tatsächlich auf furchtbare Weise die Funktion des Motors für sozialen Wandel. Was der Historiker Heinz Schilling über den Dreissigjährigen Krieg geschrieben hat, gilt ganz allgemein für die europäische Geschichte bis in unsere Tage hinein: "Der gewaltige Krieg des 17. Jahrhunderts war ein tiefer Einschnitt in der Geschichte Deutschlands und Europas; aber die Entwicklung, die sich seit Generationen angebahnt hatte, hemmte er nicht ganz und gar. Er war nicht nur Haupt- und Staatsaktion, gewaltsame Zerstörung und Schreckenskosmos; er war auch ein mächtiger Motor des sozialen Wandels und der Modernisierung." Und diese Aussage über den Dreissigjährigen Krieg liesse sich genauso auch über die späteren grossen europäischen Kriege machen: die napoleonischen Kriege, den Ersten und Zweiten Weltkrieg und schliesslich den Kalten Krieg. Und Krieg hiess und heisst immer Staat als Machtstaat, der im Krieg zum schieren Überlebensgrundsatz der Gesellschaft wird: Krieg heisst die unbedingte Dominanz des Staates und seines Machtprinzips über alle anderen gesellschaftlichen Bereiche, auch und gerade zur Abwehr und zur Vermeidung des Krieges. Der Erste Weltkrieg, der Zweite Weltkrieg und der Kalte Krieg waren zuerst und vor allem europäische Kriege gewesen, die diesen Kontinent zerstört, verheert (im Kalten Krieg galt dies nur für den östlichen Teil des Kontinents) und eben dadurch nachhaltig geprägt haben. Heutzutage scheint ja bereits wieder in Vergessenheit zu geraten, dass der letzte grosse europäische Krieg des 20. Jahrhunderts, der Kalte Krieg, erst zur Jahreswende 1989/ 90 zu Ende ging, und es ist eigentlich falsch, wenn man mit dem Fall der Mauer und dem Verschwinden der Sowjetunion vom "Ende der Nachkriegszeit" spricht. In Bezug auf den Zweiten Weltkrieg blendet der Begriff die vierzigjährige Zeit des Kalten Krieges als Teil des Zweiten Weltkrieges und seine prägende Wirkung aus. Tatsächlich befindet sich Europa erst jetzt, mit dem Ende des Kalten Krieges, in einer zweiten Nachkriegszeit, und viele der gegenwärtigen Probleme in den europäischen Gesellschaften sind auch auf diese Übergangsprobleme von einer Kriegs- zu einer Friedenszeit und damit von einer Kriegs- zu einer Friedensökonomie zurück zuführen.

Der Kalte Krieg hat die Rolle der europäischen Staaten im Verhältnis zur Wirtschaft über vier Jahrzehnte hinweg klar definiert. Solange Krieg war in Europa, solange Deutschland geteilt war und die Rote Armee in Berlin und an der Elbe stand, so lange war die Dominanz des Politischen eine schiere Selbstverständlichkeit. Den Rueckzug des Staates zugunsten der Märkte angesichts der damaligen politisch-militärischen Konfrontation der Systeme zu verlangen, hätte im bürgerlichen Lager niemand gewagt und auch niemand ernst genommen. Allerhöchstens in bedeutungslosen anarchistischen Subkulturen waren solche Ideen anzutreffen. Wenige Jahre später hat die Anarchie allerdings höchst erfolgreich im bürgerlichen Mainstream Einzug gehalten, und das europäische Unternehmerlager scheint zu Michail Bakunin übergeschwenkt zu sein.

Die Angst vor Hitler und Stalin gilt ja völlig zu Recht als die entscheidende Antriebskraft für die europäische Einigung nach 1945, welche die friedliche Auflösung jahrhundertealter Erbfeindschaften, Ressentiments und Gewohnheiten der Völker und nationale Interessenkonflikte in einem gemeinsamen Europa erzwang. Dazu bedurfte es einer gewaltigen historischen Kraft, die genau aus den grossen europäischen Kriegen des zwanzigsten Jahrhunderts und den totalitären Gefahren, die damit einhergingen, entstand. Europäische Einigung, Marktwirtschaft, Sozialstaat, rechtsstaatliche Demokratie - diese vier wichtigsten Resultate des sozialen Wandels Westeuropas in den vergangenen vier Jahrzehnten sind das unmittelbare Ergebnis dieser Epoche der grossen europäischen Kriege des 20. Jahrhunderts.

Der Kalte Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion in den Jahren von 1948 bis 1989 hat noch einmal die überragende Rolle des Staates als Motor des sozialen Wandels im Westen Europas notwendig gemacht und durchgesetzt. Da es sich um einen Kalten Krieg handelte (d.h. er durfte nur noch gedacht, niemals aber mehr geführt werden, da dies zur thermonuklearen Selbstvernichtung der Kombattanten und des gesamten Kontinents geführt hätte), wurde dieser Krieg durch die beiden verfeindeten Systeme des Westens und Ostens auf anderen Schlachtfeldern ausgetragen. Zwar erzwang der Kalte Krieg noch gewaltige Rüstungsanstrengungen, andererseits aber fanden seine wichtigsten Schlachten innergesellschaftlich statt, nämlich in der ökonomischen Systemkonkurrenz von Kapitalismus und Kommunismus: Die militärische Rüstungsspirale war das eine Element des Kalten Krieges, das andere war die Systemkonkurrenz in der Wirtschafts- und der Sozialpolitik. Massenwohlstand, Sozialstaat, breite Beteiligung der Arbeitnehmerschaft an Staat, Gesellschaft und Wirtschaft waren Organisationsaufgaben des Staates in der Systemkonkurrenz des Kalten Krieges und würden deshalb gesellschaftlich breit akzeptiert, eine steigende Steuerquote und eine wachsende Umverteilungsfunktion des Staates zum Ausgleich sozialer Unterschiede und zur Herstellung von Chancengleichheit über die traditionellen Klassenschranken hinweg ebenso. Nicht die Panzerarmeen und Atomraketen haben diesen Krieg entschieden, sondern wirtschaftliche Effizienz, Massenwohlstand und Demokratie. Und so endete dieser Kalte Krieg, wie er geführt wurde, nämlich nicht auf dem militärischen Schlachtfeld, sondern mit dem Sieg des Westens in der Systemfrage. Die Sowjetunion scheiterte ökonomisch und sozial, weil sie im Modernisierungswettlauf der Systeme nicht mehr mithalten konnte.

Mit dem Ende des Kalten Krieges in Europa hat sich die strategische Gesamtlage für die europäischen Gesellschaften dramatisch verändert, denn nunmehr ist der Übergang von einer vierzigjährigen Kriegszeit hin zu einer Organisation des Friedens zu bewältigen. Erschwerend kommt noch hinzu, dass der Kalte Krieg nicht nur ein europäischer Krieg war, sondern von den beiden Supermächten global geführt wurde, also faktisch ein Kalter Dritter Weltkrieg war. Die Transformationsprobleme der jetzt angebrochenen Friedenszeit (und vor allem auch die Transformationskosten, die im allgemeinen in der ersten Euphorie einer Revolution völlig unterschätzt werden, zumal wenn es sich um eine friedliche Revolution handelt) mussten demnach einen gewaltigen globalen Veränderungsdruck auslösen, mit ganz erheblichen Rückwirkungen auf die reichen Nationen des Westens. Für die Osteuropäer war dies eine schlichte Selbstverständlichkeit, die sich aus dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Sowjetunion ergab und für die sie unter vielen Opfern über die Jahrzehnte hinweg zu grossen Teilen gekämpft hatten. Diese tiefgreifende Umstellung der Gesellschaft weg vom Krieg hin zum Frieden betrifft aber genauso die reichen und konservativen westeuropäischen Gesellschaften, die aus ihrer inneren Verfasstheit heraus eigentlich überhaupt nicht auf fundamentale Veränderungen ausgerichtet sind.

Das System hat, bei aller Kritik, bestens funktioniert und entsprach zudem ihrer Tradition und ihren Grundwerten, und so ging es den Westeuropäern mehr um die Optimierung ihrer Gesellschaftssysteme und überhaupt nicht um deren radikale Infragestellung. Genau dies ist aber die Konsequenz des Übergangs von einer Kriegszeit hin zu einer Friedenszeit. Das westeuropäische Modell hatte sich eben auch in seiner inneren Struktur an den Eisernen Vorhang angelehnt und wurde durch diesen in seiner inneren Entwicklung geschützt. Die Zeche hatten die Osteuropäer zu bezahlen, und auch damit ist es nunmehr unwiderruflich vorbei.

Der europäische Friede scheint diesmal von Dauer zu sein, und darin liegt angesichts der blutigen Geschichte des Kontinents eine einmalige historische Chance, die unbedingt genutzt werden muss. Man kann diese neue historische Qualität besonders an der Lage Deutschlands erkennen, jenes Deutschlands, das in den vergangenen vierhundert Jahren entweder Schlachtfeld oder Schlächter der europäischen Machtpolitik gewesen war. Dieses Deutschland wurde 1990 nicht nur friedlich und mitder Zustimmung aller seiner Nachbarn und beteiligten Mächte wiedervereinigt, sondern konnte zudem im westlichen Bündnis bleiben, befindet sich zum ersten Mal in seiner Geschichte in gesicherten und anerkannten Grenzen, hat keinerlei Gebietsansprüche gegen irgendeinen seiner Nachbarn, ist nur von Freunden und Verbündeten umgeben und durch Verträge fest in Nato und Europäischer Union verankert. Eine vergleichbare Lage gab es noch nie zuvor in der deutschen und europäischen Geschichte und ebensowenig einen vergleichbaren Vorgang. Frühere deutsche Nationalstaatsbildungen hatten den Kontinent zutiefst erschüttert und ihn völlig aus dem machtpolitischen Gleichgewicht gebracht, was immer Krieg hiess, heute geschieht derselbe Prozess friedlich und in höchstem internationalen Einvernehmen. Kaum etwas macht die wahrhaft revolutionäre Veränderung der europäischen Lage deutlicher als die Reaktion des

Kontinents und der wichtigsten Mächte auf die deutsche Vereinigung. Wir haben es gegenwärtig mit einem revolutionären, sehr tief reichenden Bruch in der europäischen Geschichte zu tun, der nicht nur ins innerste Gefuege der europäischen Machtstruktur eingreift, sondern der darüber hinaus die entscheidenden Konstanten der politischen und kulturellen Identität der europäischen Völker - Nation, nationale Souveränität, nationale Währung, nationale Aussenpolitik oder ganz allgemein: ihr Verständnis vom Staat - erschüttert und in nächster Zukunft, bedingt durch die Notwendigkeit der europäischen Einigung, noch sehr viel stärker erschüttern wird.

Dieser revolutionäre Bruch in der europäischen Geschichte hat in allen westeuropäischen Gesellschaften eine Entwicklung ausgelöst, die gewaltige

innergesellschaftliche Anpassungszwänge für die beteiligten Nationen mit sich bringt. Weil der alles beherrschende und die gesamte gesellschaftliche Entwicklung klar strukturierende Aussendruck des Kalten Krieges verschwunden ist, kommt nun der Innendruck, das Ergebnis der innergesellschaftlichen Widersprueche, ohne weitere Ablenkung oder gar Dämpfung von aussen voll zur Wirkung und verlangt nach seiner konstruktiven Organisation und produktiven Umsetzung. Für Europa stellen die notwendigen Antworten auf diese radikal veränderte Lage nun alles andere als eine Kleinigkeit dar, denn es geht dabei für die beteiligten europäischen Nationen um sehr viel: Wie und nach welchen Grundsätzen werden sich die europäischen Gesellschaften ohne Feind von aussen und ohne Krieg im Innern organisieren? Wie wird ihr neues Prinzip des sozialen Wandels aussehen, das nicht mehr von Kriegen angetrieben sein wird? Wie wird sich der gesellschaftliche Zusammenhalt ohne Aussendruck gestalten? Was wird dabei die Rolle des Staates sein? Wie wird

sich der nationale Eigensinn und die Eigenständigkeit der europäischen Nationen mit einem politisch vereinigten Europa verbinden lassen? Und wie also wird die sogenannte "Finalität der europäischen Integration" aussehen? Oder wird es am Ende dazu mangels Aussendruck niemals kommen? Dies sind die entscheidenden Fragen der europäischen Innenpolitik in allen beteiligten Nationen des Kontinents, die der politischen Beantwortung bedürfen. Bei der praktischen Beantwortung dieser Existenzfragen werden die Europäer, so unterschiedlich sie in ihren Nationen und Völkern ansonsten auch sein mögen, den Kern ihrer gemeinsamen Identität, nämlich ihr Staatsverständnis, verändern und erneuern müssen, wenn sie in einer sich globalisierenden Welt nicht zu den Verlierern gehören wollen. Denn mit dem Ende des Kalten Krieges scheint auch eine vierhundertjährige Epoche des Aufstiegs des säkularen europäischen Staates zu Ende gegangen zu sein.

Europa ist der Kontinent der Geschichte. Die vielen Völker, die vielen Sprachen, die vielen Kulturen, Staaten und Territorien, die stolzen Nationen, sie alle haben ihre Geschichte, ihre Konflikte, ihre Kriege, ihre offenen Rechnungen, ihre Urteile und Vorurteile und können von alldem nicht lassen. Diese Geschichte hat sich vor allem in den Nationalstaaten verfestigt, ist dort zu politischer Wirklichkeit und Macht geworden. Das ist Europa, und wer das politische Europa der Zukunft bauen will, wird diese Grundtatsachen in Rechnung stellen müssen, oder er wird scheitern. Ohne die Rechnung mit der Vergangenheit gibt es keine europäische Zukunft. Freilich steht diese etatistische Vergangenheit völlig quer zu den neuen Imperativen der kapitalistischen Globalisierung. Anders als in den USA führt jedes grössere politische Problem der europäischen Gegenwart bei seiner Analyse unmittelbar in die Tiefen der europäischen Geschichte, und dies gilt noch sehr viel mehr für die Gefühlslagen der europäischen Völker und ihrer Eliten. Man hat es dabei keineswegs mit einer europäischen Marotte zu tun, sondern vielmehr mit der anhaltenden Wirkung oft lange zurück reichender politischer und kultureller Prägungen.

Wer in Europa über Nation, Staat und Souveränität spricht, redet nicht einfach nur über eine pragmatisch den Bedürfnissen der Zeit anzupassende Form der institutionalisierten politischen Macht, sondern hier rührt man an den Kern der politischen Identität der Europäer, die weit in die vormoderne Zeit zurück greift. Und für die Geschichte der europäischen Identität gibt es einen gemeinsamen Ausgangspunkt: Am Anfang war Rom. Erst im Kontakt mit der hellenisch-römischen Kultur und Staatsorganisation wird aus der in den grauen Nebeln einer fernen Vergangenheit verborgenen Stammesgeschichte der Kelten, Germanen und Slawen ein Bestandteil der europäischen und damit auch der eigenen Nationalgeschichte. Die keltischen Stämme betraten mit Cäsars Eroberung Galliens, d.h. mit ihrer zwangsweisen Einverleibung durch Rom, die europäische Geschichte, die germanischen Stämme mit der Völkerwanderung und der Eroberung des Weströmischen Reiches oder zumindest weiter Teile desselben. Die Slawen trafen zum grössten

Teil auf Ostrom, seine religiösen Traditionen und seine griechisch-römische Kultur, und wurden dadurch geprägt.

Karl der Grosse oder Charlemagne gilt Deutschen und Franzosen gleichermassen als Gruendervater ihrer nationalen Existenz, und dies nicht, weil er die Territorien dieser beiden Völker damals militärisch vereinigt hatte, und auch nicht, weil er mit der Übernahme der Kaiserwürde in Rom die Wiedererstehung des Imperiums unter den neuen Verhältnissen im Westen Europas verkörperte, sondern weil er ganz im Gegenteil ihren dauerhaften Unterschied in Kultur und

Staatlichkeit begründet hat.50 Selbst heute noch spricht man bei den ersten sechs Mitgliedern der EU vom "karolingischen Europa" , was geographisch und kulturell durchaus seine Berechtigung hat. Das Mittelalter gilt in der landläufigen europäischen Meinung nicht nur deshalb als "finster", weil es kulturell über Jahrhunderte hinweg hinter die glanzvolle Kultur Athens und Roms zurück gefallen war, auch wegen manch schrecklichen Aberglaubens, sondern wegen seines unentwickelten politischen Ordnungsprinzips, wegen der Verfassung der Macht und eines schwächlichen Staates, so es ihn überhaupt gab. Private und das hiess feudale Mächte, die dezentral verfasst waren, dominierten im Mittelalter den politischen Raum, und die vorhandenen weltlichen und geistigen Zentralmächte, Kaiser und Papst, waren mehr oder weniger stark von diesen feudal-privaten Mächten abhängig. Die gesamte politische Herausbildung der europäischen Moderne war deshalb ein Kampf um die Zentralisierung privater Macht in den Händen des Staates, um die Entmachtung privater politischer Akteure also.

Das Gewaltmonopol ist die Magna Charta des modernen Staates, sein Existenzprinzip schlechthin, gleich in welcher Form er sich organisiert hat - ob autoritär oder demokratisch, monarchisch oder republikanisch, zentralistisch oder föderal. Für Europa ist deshalb die gegenwärtige Machtverschiebung - weg vom Staat und hin zu einer globalisierten Wirtschaft - historisch ein unerhörter Vorgang, der die europäische Geschichte seit dem Ausgang des Mittelalters und der grossen Territorial- und späteren Nationalstaatsbildungen umzukehren scheint. Die Entfeudalisierung Europas bedeutete die Entmachtung der adligen Stände zugunsten der zentralen Macht des Königs und damit des absolutistischen Staates.51 Dieser Prozess brachte den modernen europäischen Staat hervor, dessen Demokratisierung und Parlamentarisierung durch die verschiedenen bürgerlichen Revolutionen schliesslich gelang. Sein zentralistischer Machtanspruch als Staat durch sein umfassendes Gewaltmonopol gegenüber Privaten allerdings blieb auch unter den Bedingungen von Demokratie und Föderalismus ungebrochen. Nun hat sich über die Jahrhunderte hinweg der europäische Staat in seinen Zwecken zwar verändert, aus dem Machtstaat wurde ein freiheitlich verfasster Vorsorgestaat, und im Zuge dieser politischen Liberalisierung haben Gesellschaft und Wirtschaft auch eine wesentlich grössere Autonomie gegenüber dem Staat erhalten, d.h. der Machtstaat verlor seinen Ausschliesslichkeitsanspruch, allein es blieb die Dominanz des Politischen gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft unangetastet. Mit der Globalisierung scheinen nun erneut private Akteure dieses staatliche Machtmonopol ernsthaft in Frage zu stellen - mehr und mehr gilt dies auch für die innenpolitische Entwicklung, wie die fortschreitende Privatisierung der inneren

Sicherheit zeigt - und damit den Verlauf der vergangenen vierhundert Jahre europäischer Geschichte umzukehren, nur dass diesmal die Herausforderung nicht von einem grundbesitzenden Schwertadel ausgeht, sondern von globalen Finanzmärkten und globalen Wirtschaftsunternehmen.

Seit ihrem geschriebenen Beginn, spätestens aber mit dem Imperium Romanum, war die europäische Geschichte immer zuerst und vor allem Staatsgeschichte und eben nicht Gesellschaftsgeschichte gewesen. Exakt hierin liegt der fundamentale Unterschied zwischen Europa und den USA, die sich vor allem als Gesellschaft und damit gegen den Staat definieren, sozusagen als die Wirklichkeit gewordene Antithese zur europäischen "Staatsidentität" , und diese Wesensdifferenz zwischen Europa und den USA gewinnt nach dem Ende des Kalten Krieges eine enorme Bedeutung. Denn mit dem Rückzug der Gletscher des Kalten Krieges, die gewissermassen die nördliche Hemisphäre politisch und historisch unter der grossen Dichotomie von Kapitalismus

und Kommunismus hatten erstarren lassen, traten die alten, politisch höchst unterschiedlichen und vielgestaltigen Landschaften der Zeit vor dem Kalten Krieg wieder hervor und damit auch die substantiellen politischen und ökonomisch-kulturellen Unterschiede zwischen der Alten und der Neuen Welt. Vieles am "Atlantismus" des Westens, der über vierzig Jahre Nordamerika und Westeuropa erfolgreich verbunden hat, erwies sich im hellen Sonnenlicht des Friedens als blosse Notgemeinschaft gegenüber einem mächtigen gemeinsamen Feind, die den Herausforderungen des Friedens nur schwerlich standhalten wird. Der gemeinsame Feind schuf das Verbindende, der Frieden hingegen fördert und betont erneut die Unterschiede zwischen Europa und Nordamerika, und diese sind in der Tat wesentlich und von hochpolitischen Folgewirkungen.

Allein die Perspektivenverschiebung seit 1989/90 ist gewaltig: Ein Europa ohne Aussendruck unterliegt der Gefahr, sich nach einer letzten grossen Anstrengung mit dem Maastricht-Vertrag und der gemeinsamen Währung erneut nach innen und damit seinen nationalen Eifersuechteleien und kleinlichen Widersprüchen zuzuwenden, so wie die USA sich ebenfalls verstärkt wieder auf sich selbst beziehen. Auch dort kommt es zu einer Dominanz der innenpolitischen Perspektive, überlagert zudem noch durch eine verstärkte Rolle Asiens und Lateinamerikas für die amerikanische Ökonomie. Die Dominanz der Innenpolitik heisst in der Regel eine Vorherrschaft der nationalen Interessen und Traditionen zu Lasten eines abgestimmten Interessenausgleichs mit Verbündeten, heisst also meistens eine Betonung der Unterschiede und nicht der Gemeinsamkeiten. Mit dem Ende des Kalten Krieges verstärkte sich in der amerikanischen Gesellschaft zudem massiv der Trend hin zu jenen politischen Kräften, die die Reste des New Deal aus den dreissiger Jahren und damit eine soziale Interventionsrolle des Bundesstaates endgültig überwinden wollten. Der Bundesstaat als solcher, seine Finanzen, seine Programme, seine Regulierungen und damit seine Rolle schlechthin wurde und wird umfassend in Frage gestellt. Der Staat soll sich aus der Funktion des sozialen Ausgleichs wieder zurück ziehen, in die er auch in den USA in den Jahren der Grossen Depression nach 1929 hineingewachsen war und die er auch unter allen republikanischen Präsidenten bis Reagan wahrgenommen hatte.

Diese Abkehr vom sozialen Interventionsstaat macht eindeutig die Mehrheitsstimmung in den Vereinigten Staaten aus, und dies war und ist dort der Kern der rechtsrepublikanischen, neoliberalen Revolution, der von Präsident Clinton und den Demokraten nahezu vollständig übernommen wurde. Dieser Antietatismus, der in der amerikanischen Innenpolitik die Grenze zu einem rechten bis rechtsradikalen Anarchismus bisweilen überschreitet, verkörpert eine uramerikanische Tradition, die, bedingt durch den New Deal, den Zweiten Weltkrieg und den Kalten Krieg, aus europäischer Sicht scheinbar nur noch den Charakter einer subkulturellen amerikanischen Folklore besass. Dies sollte sich aber spätestens mit dem Ende des Kalten Krieges als ein grosser Irrtum erweisen. Denn die in den USA begonnene wirtschaftsliberale Revolution greift durch den Prozess der Globalisierung nunmehr auch auf Europa über, nur dass sie hier auf einen völlig anderen historisch-kulturellen Hintergrund trifft und demnach auch weit radikalere und gefährlichere Konsequenzen haben wird, wenn sie nicht "europäisiert" und d.h. den ganz anderen Bedingungen dieses Kontinents angepasst wird.

Amerika hat in seiner Tradition recht eigene "checks and balances" entwickelt, welche die extremen Pendelschläge seiner innenpolitischen Entwicklung immer in die Mitte hinein ausgleichen. Normen und Institutionen in Gesellschaft und Staat sind von ganz anderer Elastizität und demnach auch Belastbarkeit und Dauer, als es etwa in Europa der Fall war. Unter den

Bedingungen des faktischen Fehlens ernstzunehmender äusserer Feinde in den vergangenen zweihundert Jahren seit dem Unabhängigkeitskrieg konnte sich in den USA in Gestalt der "Volkssouveränität", eng angelehnt an Montesquieus Idee von der Gewaltenteilung55, die Vorherrschaft der Gesellschaft gegenüber dem Staat und damit die Freiheit vor der Sicherheit durchsetzen und erhalten, wie es in Europa unter seinen ganz anderen Bedingungen schlicht niemals möglich war. "Es gibt Länder, wo eine Macht gewissermassen von aussen her auf die Gesellschaft wirkt und sie in einer bestimmten Richtung zu gehen zwingt. Es gibt andere, wo die Gewalt geteilt, gleichzeitig in ihr selbst und ausserhalb von ihr verankert ist. In Amerika sieht man nichts dergleichen; die Gesellschaft wirkt durch sich selbst und auf sich selbst" , schrieb bereits 1835 der französische Jurist Alexis de Tocqueville in seinem Buch "Über die Demokratie in Amerika", ein Werk von faszinierender Aktualität.

"Nur in ihr gibt es Macht, man findet sogar fast niemanden, der den Gedanken fassen oder gar aussprechen dürfte, man solle sie aus einer anderen Wurzel ableiten. Das Volk nimmt an der Abfassung der Gesetze teil durch die Wahl der Gesetzgeber, an ihrer Anwendung durch die Wahl der ausübenden Gewalt; so gering und begrenzt ist der Anteil der Verwaltung, so sehr zeigt sich ihr Ursprung aus dem Volk und gehorcht sie der Macht, der sie entstammt, dass man sagen kann, das Volk regiert selbst. Das Volk beherrscht die amerikanische politische Welt wie Gott das All. Es ist der Ursprung und das Ziel aller Dinge; aus ihm geht alles hervor und zu ihm kehrt alles zurück ."

In Europa findet sich eine vergleichbare, radikal auf der Volkssouveränität und damit auch auf der Freiheit beruhende Demokratie am ehesten noch in der Schweiz, denn selbst die englische Demokratie (für Montesquieu immerhin das historische Vorbild zur Entwicklung seiner Idee der Gewaltenteilung) beruht auf der Parlamentssouveränität, d.h. nicht auf der Idee der Volkssouveränität, sondern auf der Idee der Herrschaft des Parlaments, das erst in juengerer Zeit durch das allgemeine Wahlrecht wirklich zur Volksvertretung geworden ist. In Frankreich ist es die Idee der Nation und der Republik und nicht das Volk, das im Mittelpunkt seiner revolutionären Tradition steht. Und Deutschland? In Deutschland liegt, trotz vier Jahrzehnte erfolgreicher bundesrepublikanischer Demokratie, Preussen und seine Staatsfixierung noch immer gleich hinter der nächsten mentalen Ecke. Ladenschlussgesetz, Nachtbackverbot, Deutsche Bauordnung, Deutsche Industrienorm (DIN), etc. - alles obrigkeitsstaatliche Monstrositäten für ein amerikanisches Gehirn! -, diese ganze etatistische Regulierungswut von Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland ist wesentlich älter als die kurze Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und kulturell sehr tief in allen Schichten des deutschen Volkes verwurzelt. Historisch gewachsene Mentalitäten im Leben der Völker und Nationen erweisen sich als äusserst zäh und sehr dauerhaft, und nur weil die Börse, der Zeitgeist oder der Weltmarkt das wollen, werden diese Traditionen und kollektiven Mentalitäten nicht einfach verschwinden. Die europäischen Auswanderer nach Amerika hatten mit der langen und gefahrvollen Reise über den Atlantik nicht nur viel riskiert, sie wollten offenbar auch mit aller Gründlichkeit die Herrschaft von Krone und absolutem

Staat hinter sich lassen. "We, the People of the United States..." ("Wir, das Volk der Vereinigten Staaten...") beginnt der erste Satz der amerikanischen Verfassung, und das war bis in den Stil der Anrede hinein die Kampfansage der Volkssouveränität an das fürstliche Gottesgnadentum des absolutistischen Staates in Europa. Wenn die USA eine europäische Staatsgruendung in Amerika sind, so sind sie in ihren wesentlichen Grundprinzipien eben gerade eine eindeutige Absage an die

absolutistische Staatstradition Europas, wie sie Thomas Hobbes als Antwort auf das sich in religiösen Bürgerkriegen selbst zerstörende Europa des 16. Jahrhunderts mit bleibender Gültigkeit formuliert hat: "Der alleinige Weg zur Errichtung einer solchen allgemeinen Gewalt, die in der Lage ist, die Menschen vor dem Angriff Fremder und vor gegenseitigen Über griffen zu schützen und ihnen dadurch eine solche Sicherheit zu verschaffen, dass sie sich durch den eigenen Fleiss und von den Fruechten der Erde ernähren und zufrieden leben können, liegt in der Übertragung ihrer gesamten Macht und Stärke auf einen Menschen oder eine Versammlung von Menschen, die ihre Einzelwillen durch Stimmenmehrheit auf einen Willen reduzieren können Dies ist mehr als Zustimmung und

Übereinstimmung: Es ist eine wirkliche Einheit aller in ein und derselben Person, die durch Vertrag eines jeden mit jedem zustande kam, als hätte jeder zu jedem gesagt: Ich autorisiere diesen Menschen oder diese Versammlung von Menschen und übertrage ihnen mein Recht, mich zu regieren, unter der Bedingung, dass du ihnen ebenso dein Recht überträgst und alle ihre Handlungen autorisierst. Ist dies geschehen, so nennt man diese zu einer Person vereinte Menge Staat, auf lateinisch civitas. Dies ist die Erzeugung jenes grossen Leviathan oder besser, um es ehrerbietiger auszudrücken, jenes sterblichen Gottes, dem wir unter dem unsterblichen Gott unseren Frieden und Schutz verdanken. Denn durch diese ihm von jedem einzelnen im Staate verliehene Autorität steht ihm soviel Macht und Stärke zur Verfuegung, die auf ihn übertragen worden ist, dass er durch den dadurch erzeugten Schrecken in die Lage versetzt wird, den Willen aller auf den innerstaatlichen Frieden und auf gegenseitige Hilfe gegen auswärtige Feinde hinzulenken. Hierin liegt das Wesen des Staates...Wer diese Person verkörpert, wird Souverän genannt und besitzt, wie man sagt, höchste Gewalt, und jeder andere daneben ist sein Untertan."

Die USA mit ihrem radikal optimistischen Begriff von Volkssouveränität sind die Wirklichkeit gewordene Antithese zu diesem gleichermassen zutiefst europäischen wie pessimistischen Staatsverständnis, das allerdings bis auf den heutigen Tag in Europa seine Wirkung zeigt, was angesichts der ersten Hälfte dieses blutigen 20. Jahrhunderts allerdings nicht verwundert. Europa ist der Kontinent der Geschichte, Nordamerika der Kontinent des Marktes. In Europa dominiert der Staat, in den USA die Gesellschaft. Europas Grundprinzip ist die Ordnung, Amerikas Grundprinzip die individuelle Freiheit. Gewiss hat eine solche Schematisierung nach Prinzipien immer etwas Verkürzendes, denn weder sind die USA als Supermacht staatsfern, noch regiert im Europa der Gegenwart ein absolutistischer Staat, auch wenn man die kontinentaleuropäische Mentalität durchaus als "spätabsolutistisch" charakterisieren kann. Die USA sind nachgerade verliebt in ihre junge Geschichte, und in Europa gibt es heute fast überall Freiheit und Marktwirtschaft, und so liesse sich an Gegenargumenten noch mehr vortragen. Allein, diese gehen dennoch daneben, da es hier um die Dominanz der jeweiligen Prinzipien geht. Welches Prinzip bestimmt die Völker, ihre Tradition, ihre Gefuehle, ihren Zeitgeist und ihre Politik? Entlang dieses Massstabes der vorherrschenden Prinzipien macht die vorgenommene Unterscheidung dann aber grossen Sinn, denn an ihr werden die vorhandenen Wesensunterschiede sehr klar sichtbar.

Die Staatsidee der USA ist die Freiheit, die der allermeisten europäischen Staaten hingegen bis auf den heutigen Tag die Sicherheit, wobei die äussere Sicherheit zunehmend zugunsten der sozialen Sicherheit in den Hintergrund trat. Die USA hingegen sind, trotz aller Machtpolitik, trotz aller nationalen Egoismen, trotz Vietnam und anderer kolonialer Unterdrueckungskriege, letztendlich bis auf den heutigen Tag die Verwirklichung einer optimistischen, staatsfernen Utopie, des "Strebens

nach Glück (pursuit of happiness)" für alle. Bereits in der Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 wird dies als revolutionäres Programm formuliert: "Folgende Wahrheiten bedürfen für uns keines Beweises: Dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräusserlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören; dass zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt sind, die ihre rechtmässige Autorität aus der Zustimmung der Regierten herleiten; dass das Volk berechtigt ist, sie zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen und diese auf solchen Prinzipien zu errichten und ihre Gewalten solchermassen zu organisieren, wie es ihm zur Gewährleistung seiner Sicherheit und seines Glücks am ratsamsten erscheint."

Europa hingegen ist in der Grundidee seiner modernen demokratischen Gesellschaften bis auf den heutigen Tag, auch und gerade in der Form des demokratischen Sozialstaats, paternalistisch geblieben, während die Gründungsidee der amerikanischen Demokratie die Utopie der Gleichheit aller Individuen in der Chance nach dem Streben nach irdischem Glück darstellt. Die Verfassung und die staatliche Gewalt haben diese Chancengleichheit zu garantieren, nicht aber die Gleichheit materiell herzustellen und durchzusetzen, wie es der europäischen Sozialstaatstradition entspricht. In den USA dominiert ein egalitär ökonomischer, die individuelle Chancengleichheit in den Vordergrund stellender, den Staat auf das alleräusserste Minimum reduzierender Ansatz, dem jegliche Form von staatlichem Paternalismus, und sei er sozial noch so gerechtfertigt, suspekt sein muss. Denn ein auf Umverteilung und demnach auf höhere Steuern gründender sozialstaatlicher Ausgleich zwischen den Starken und Schwachen in einer Gesellschaft steht der Verwirklichung dieser egalitär-individualistischen Utopie eindeutig entgegen.

Und weil die USA eine utopische Gründungsidee verwirklichen - die demokratische Gleichheit in dem Streben nach Glück -, begreifen sie sich nicht nur als eine Nation mit einer politischen Mission, sondern sie lehnten die konkurrierende kommunistische Utopie aus demselben Grund ebenso radikal ab. Der Kalte Krieg war insofern auch eine Auseinandersetzung zweier sich ausschliessender Utopien der europäischen Moderne gewesen, die sich auf Leben und Tod gegenüberstanden. Der kommunistische Marxismus, der gleichermassen eine optimistische Gründungsidee verkörperte, zog allerdings eine fundamental andere Konsequenz aus dem Kanon der Grundwerte der europäischen Aufklärung von "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit": Er setzte auf die Herstellung der Gleichheit zu Lasten der Freiheit und radikalisierte den Staatsabsolutismus hin zum totalitären Staat, zur totalen Herrschaft des Staates über Wirtschaft und Gesellschaft. Durch diesen Gewaltakt der absoluten Unterdrückung der Freiheit des Individuums sollte die grosse Gleichheit aller in einer klassenlosen Gesellschaft erreicht werden. Nicht das individuelle Streben nach Glück war sein Ziel, sondern die erzwungene Gleichheit der Menschen durch die totale Macht des Staates. Die kommunistische Utopie versprach die Freiheit der Gesellschaft durch die Unterdrückung der Freiheit des Individuums, und dieses Versprechen erwies sich als ein grausamer Irrtum, der in der Barbarei endete.

Die marxistische Utopie ist schliesslich an der Wirklichkeit gescheitert, nicht so jedoch das utopische Versprechen der amerikanischen Revolution. Man mag die amerikanische Massenkultur ablehnen und Coca Cola, Hamburger, Hollywood etc. banal finden oder gar hassen, aber die globale Kraft des American Way of Life hat nicht allein mit der technologischen Überlegenheit, der Grösse und dem Potential der amerikanischen Wirtschaft, der Macht des Dollars und der letzten politisch-militärischen Supermacht USA zu tun, sondern die amerikanische Art zu leben

transportiert eben auch den ganzen utopischen Gehalt des amerikanischen Gesellschaftsmodells, seiner Verbindung von Gleichheitsversprechen, Freiheit und

Modernität und seiner demokratischen Institutionen und Werte. Und dieser implizite Inhalt des amerikanischen Lebens- und Konsumstils wirkt ausserhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten eben nicht nur oft bedrohlich, sondern noch öfter subversiv und meist überaus attraktiv. Zudem ist der American Way of Life unerschuetterlich immer in doppelter Form aufgetreten: demokratisch und kapitalistisch zugleich.

Benjamin Barber arbeitet diesen utopischen Grundgehalt der amerikanischen Demokratie in seiner Kritik an der globalen McWorld-Kultur heraus: "Die alte Ökonomie, in der sich harte Macht widerspiegelte, handelte mit harten Waren, die für den Körper bestimmt waren. Die neue Ökonomie, die "sanfte" Macht widerspiegelt, hängt von "unstofflichen" Dienstleistungen ab, die auf Seele und Geist gerichtet sind. McWorld kümmert sich wenig um Konsumentenautonomie, noch weniger um Wettbewerb und überhaupt nicht um alle Arten von Freiheit und Pluralismus, die für die politische Freiheit lebensnotwendig sind. Für die Freiheit ist jedoch noch gefährlicher, dass McWorld in den öffentlichen Bereich eingedrungen ist und an seiner Beseitigung mitwirkt. Sein grösster Erfolg bestand darin, dass er zur Abschaffung des zivilgesellschaftlichen Raumes beitrug. Hierbei wurde er durch die antistaatliche Privatisierungsideologie unterstützt, die in den letzten Jahren die Politik beherrschte. Die mächtige Vorstellung von einer Bürgergesellschaft mag heute zwar im Niedergang begriffen sein, doch ist darin der Schlüssel für die frühe demokratische Dynamik Amerikas zu sehen. Für die britischen und kontinentaleuropäischen Theoretiker stellte die Zivilgesellschaft einen intermediären Raum zwischen

dem Staat und dem Individuum dar. Das grosse Verdienst dieses Gesellschaftstyps war, dass er mit dem Staat das Gefühl für Öffentlichkeit und einen Sinn für das Gemeinwohl teilte, doch anders als der Staat keinen Anspruch darauf erhob, das Monopol an legitimer Gewalt auszuüben Die Bürgergesellschaft ist die Domäne, die

potentiell zwischen dem Staat und der Privatsphäre vermitteln kann, zwischen der Identität einer geschlossenen Gruppe und der Identität eines einsamen Konsumenten, zwischen Djihad und McWorld."

Diese amerikanische Tradition und Kultur von Freiheit und Kapitalismus, die bereits in den Jahrzehnten des Kalten Krieges sehr stark zur "Verwestlichung" der westeuropäischen Nationen beigetragen hat, gewinnt durch den Prozess der Globalisierung nunmehr eine neue, herausfordernde Bedeutung für Europa. Im Zweiten Weltkrieg und seiner Fortsetzung, im Kalten Krieg, waren die Vereinigten Staaten "europäischer" , d.h. etatistischer geworden, und dieser innere Gleichklang machte, zusammen mit dem gemeinsamen äusseren Feind, den Transatlantismus in den vier Jahrzehnten des Kalten Krieges so überaus erfolgreich. Mit dem Ende des Kalten Krieges ist jetzt nicht nur der gemeinsame äussere Feind verschwunden, sondern die europäischen Gesellschaften und die USA driften normativ zusehends auseinander, da die USA jetzt definitiv wieder "amerikanischer" geworden sind.

Der Prozess der Globalisierung spitzt die kulturellen Unterschiede zwischen den verschiedenen Volkswirtschaften erheblich zu, indem er sie zu nivellieren, ja sogar zu überwinden versucht

entlang der nordamerikanischen Modellvorgabe. Die Globalisierung liegt zwar in der Revolution der Kommunikationstechnologie, in der damit einhergehenden Durchlässigkeit nationaler Grenzen und Regelungen und in der Grösse der rentierliche Anlagen suchenden Kapitalien begründet, aber in seiner Form vollzieht sich dieser Globalisierungsprozess im wesentlichen nach den Vorgaben der USA, d.h. kulturell wird diese revolutionäre Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft als Amerikanisierung erfahren. Angefangen von der Kommunikationstechnologie über das Internet bis hin zu den innovativen Finanzmärkten, der Deregulierung der Wirtschaft, dem Niedrigsteuerstaat, der Auflösung der Arbeitsgesellschaft und ganz allgemein der gesellschaftlichen und auch normativen Entwicklung einschliesslich der Werterevolution des Neoliberalismus - überall dominieren die USA oder geben zumindest den Takt und die Richtung der Entwicklung vor. Dies ist Ausdruck und Ergebnis der technologischen und wirtschaftlichen Stärke und Dynamik der USA. Globalisierung in ihrer heutigen Form heisst also immer auch Amerikanisierung, und damit geraten Form und Inhalt in einen gefährlichen Widerspruch. Denn auf Dauer wird diese Form der Globalisierung nicht akzeptiert werden, da eine globale Amerikanisierung nicht nur die Kräfte der USA überfordern, sondern auch zu heftigen Gegen- und Abwehrreaktionen anderer Nationen und Kulturen führen wird. Bei allen Gewichtsunterschieden, die es in der internationalen Politik und Wirtschaft nun einmal gibt, wird sich der Globalisierungsprozess letztendlich auch kulturell seine plurale Form suchen und finden müssen, da ansonsten die Globalisierung zu kulturellen Identitätskriegen in der virtuellen und

schliesslich auch realen Welt führen wird. Die angelsächsische Massenkultur wird dabei immer eine herausragende Rolle spielen, aber sobald sie als kulturelle Kolonisierung und Überwältigung empfunden wird, wird sie kulturfundamentalistische Reaktionen auslösen. Die Pluralisierung des Globalisierungsprozesses liegt deshalb auch im Interesse der USA selbst. Allerdings setzt dies globalisierungsfähige, ökonomisch-politische

Grössenordnungen bei möglichen Partnern oder Konkurrenten der USA voraus - weitere politische Global Players also, die ihr eigenes ökonomisches, politisches und kulturelles Gewicht in der globalisierten Welt von morgen entfalten können. Die europäischen Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts jeweils für sich, das ist bereits heute gewiss, werden dies von ihrer Grösse her allerdings nicht mehr zu leisten vermögen. Sie müssen daher zusammenfinden oder werden, so sie getrennt bleiben, weit zurück fallen.

Es kommt nicht von ungefähr, dass man gerade in der anderen grossen bürgerlich-revolutionären Nation, in Frankreich, mit seiner den USA in vielem ähnlichen und dann doch im wesentlichen Punkt des Staatsverständnisses diametral entgegengesetzten Tradition, auf den gegenwärtigen Globalisierungsdruck kulturell am sensibelsten und mit dem intellektuell und sozial energischsten Widerspruch reagiert.66 Frankreich verband dieselben Werte der Aufklärung - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - mit der Idee der Republik und der Nation (und war deshalb nicht von ungefähr gemeinsam mit dem frühindustrialisierten Grossbritannien die Geburtsstätte sozialistischer Ideen und Theorien), nicht mit der Idee der Volkssouveränität. Die Republik hatte als ihren obersten Zweck, die Nation zu vereinen und deren nationale Freiheit als auch die individuelle Freiheit und die Gleichheit aller ihrer Bürger zu gewährleisten.

Frankreich war nicht nur das Mutterland des europäischen Absolutismus gewesen, sondern es verband diesen mit den Grundwerten der Französischen Revolution und schuf so die eine Hälfte der

modernen europäischen Staatsidee. England trug mit dem Parlamentarismus deren zweite Hälfte bei. Die französische Definition der Nation beruht nicht auf gemeinsamer Abstammung, wie das in Deutschland bis heute noch in den Köpfen und auch im deutschen Staatsbürgerrecht herumspukt, sondern auf gemeinsamen republikanischen Werten des souveränen Volkes, ausgehend von den unveräusserlichen Rechten des Menschen.67 Hierin liegt die eigentliche Parallelität und Seelenverwandtschaft zu den USA. Die politische und soziale Ausgestaltung dieser Werte trennt die beiden Nationen dann allerdings wieder grundsätzlich, denn in Frankreich hat der Staat als Republik eine die Gesellschaft beherrschende Rolle. Er hat für die Wohlfahrt der Individuen und der Nation zu garantieren, und dafür wurde ihm die notwendige Macht übertragen. Die Garantie materieller Gerechtigkeit und Gleichheit durch den Staat war von Anfang an in Frankreich integraler Bestandteil des bürgerlich-revolutionären Begriffs von der Nation. "Das Notwendigste und das Schwerste in einer Regierung ist die strenge Unbescholtenheit, alle gerecht zu beurteilen und besonders den Armen gegen die Tyrannei des Reichen zu beschützen Eine der wichtigsten

Aufgaben der Regierung besteht also darin, diese äusserste Ungleichheit der Besitztuemer zu verhindern..." 68, so liest man es bereits bei Jean-Jacques Rousseau. Und diese Grundüberzeugung von der in die Wirtschaft und Gesellschaft eingreifenden, ordnenden Rolle des Staates - und damit auch seine sozialstaatliche Ausgleichsfunktion - eint in Frankreich nicht nur die Linke, sondern das gesamte republikanische Lager, d.h. auch der Gaullismus wird bis heute davon wesentlich geprägt.

Nationalstaat und Nationalökonomie sind gemeinsam mit der Nationalkultur die drei institutionellen Säulen, auf denen der französische Begriff der Nation beruht. Wenn eine dieser drei institutionellen Säulen wegbricht, dann droht das gesamte republikanische Gebäude einzustuerzen, und genau dies ereignet sich gegenwärtig mit der Transformation der Nationalökonomien in eine globale Ökonomie. Die Nationalstaaten drohen ihre nationale Wirtschaft zu verlieren und damit einen wesentlichen Teil ihrer selbst. Nirgendwo in der westlichen Welt wird dies klarer empfunden als in Frankreich, denn an der souveränen Nation hängt die Garantie der Grundwerte von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Nie käme man in Frankreich auf die Idee, dass anonyme Märkte oder eine ebenso anonyme Gesellschaft diese Garantien für die elementaren republikanischen Grundwerte ernsthaft übernehmen könnten, geschweige denn, dass der Nationalstaat lediglich einen minimalen Sicherheitsrahmen für die Freiheit des souveränen Volkes zu garantieren habe, wie das in den USA der Fall ist und wie es die Rolle des "Wettbewerbsstaats" im Zeitalter der Globalisierung zu werden droht.

Wird das westliche Buendnis, der Atlantismus der Nachkriegszeit also, fortan von einem "Clash of Civilizations" zwischen den USA und EU-Europa abgelöst werden, einem Kampf der unterschiedlichen kapitalistischen Kulturen diesseits und jenseits des Atlantiks, dessen Schlachtfeld die Weltwirtschaft und der Prozess der Globalisierung sein wird? "Zum ersten Mal in der Geschichte hat der Kapitalismus wirklich den Sieg davongetragen. Und zwar auf der ganzen Linie. Die vielleicht wichtigste Frage des Jahrhunderts kann zu den Akten gelegt werden" , so Michel Albert.69 Die Systemfrage Kapitalismus versus Sozialismus sei spätestens seit der Jahreswende 1989/90 erledigt. Was jetzt folge, sei die Beantwortung der Systemfrage innerhalb des Kapitalismus: Das angelsächsische Modell stehe hier gegen das deutsch-japanische. Der Sieg des Kapitalismus habe sich an drei Fronten vollzogen: der Sieg der konservativen (besser: radikal wirtschaftsliberalen) Revolution zuerst in Grossbritannien unter Margret Thatcher und dann unter Ronald Reagan in den USA, der Sieg des Westens über den Sowjetkommunismus im Kalten Krieg seit 1989/90 und

schliesslich der Sieg über Saddam Hussein im Golfkrieg 1991.

Hier geht es vor allem um die beiden ersten Siege, denn diese Entwicklung ist Kraft des ökonomischen und politischen Gewichts der USA auf den globalen Märkten von anhaltender internationaler Bedeutung. Der Dollar ist nicht nur wegen der Supermachtrolle der USA und der Dominanz ihrer Ökonomie zur globalen Leitwährung geworden, sondern insgesamt geben die inneren ökonomischen, sozialen und kulturellen Trends der USA den Takt der Entwicklung des gesamten Westens vor. Dies gilt auch und vor allem für den Verlauf der neoliberalen Revolution, die sich in anderen Ländern gemäss dem Vorbild der amerikanischen Innenpolitik mit der üblichen Zeitverzögerung zu vollziehen scheint.

Der Hauptstoss der neokonservativen Revolution erfolgt dabei immer nach demselben Muster, indem er das staatliche Steuersystem als zentralen Mechanismus der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums angreift. Dies ist zugleich das Herz der Politik jeder demokratischen Linken in einer modernen Massengesellschaft, denn an der fiskalischen Redistribution eines nicht unerheblichen Teils des jährlichen Bruttosozialprodukts hängt ganz entscheidend die Frage der sozialen Gerechtigkeit und Solidarität zwischen den verschiedenen Gruppen und Klassen einer Gesellschaft. Verliert die demokratische Linke diese

Schlacht - und auch dies lehrt die amerikanische Erfahrung -, so erleidet sie eine strategische Niederlage (das Strategische dieser Niederlage ist nicht nur der politische Machtverlust, sondern vielmehr der Verlust der gesellschaftlichen Hegemonie ihrer Werte), welche sie auf lange Zeit in die Opposition verbannen und die Gesellschaft und ihre Werte tiefgreifend verändern wird. Robert Reich, der ehemalige Arbeitsminister in der ersten Amtszeit von Präsident Clinton, hat diesen gleichermassen einfachen wie äusserst wirksamen Mechanismus, der sich auch gegenwärtig in Europa durchsetzt, am Beispiel der USA so treffend beschrieben, dass er hier ausführlich zu Wort kommen muss: "Die Republikaner haben zwölf Jahre lang eine Strategie perfektioniert, den Umfang öffentlicher Leistungen zu verkleinern. Sie hätten es nie gewagt, die Frage nach den öffentlichen Ausgaben direkt in Angriff zu nehmen, dafür waren zu viele der öffentlichen Programme zu beliebt. So dachten sie sich einen anderen Plan aus: Zunächst setzten sie die Steuern herab. Sie erklärten der Öffentlichkeit, dass Steuersenkungen den unternehmerischen Eifer derart beflügeln würden, dass diese Senkungen im Hinblick auf die dadurch zu erwartenden neuen Steuereinnahmen sich mehr als auszahlen würden. Als das nicht geschah und das Haushaltsdefizit explodierte, schlugen die Republikaner eine andere Tonart an. Sie zeigten sich empört über die steuerliche Verantwortungslosigkeit. Sie forderten den massiven Abbau des Haushaltsdefizits und beschworen die Notwendigkeit, den Haushaltsetat auszugleichen. Reagan hatte eine bescheidene jährliche Neuverschuldung (59 Milliarden US-Dollar) und einen überschaubaren Schuldenberg (914 Milliarden US-Dollar) geerbt. Aber durch die Steuersenkungen - hauptsächlich zugunsten der Reichen (der Höchstsatz fiel von 70 auf 28 Prozent) - und durch die Anhebung der Rüstungsausgaben trieb Reagan die jährliche Neuverschuldung in astronomische Höhen von 200 Milliarden US-Dollar; Schulden "so weit das Auge reicht", wie Stockmann es formulierte. Die Demokraten, immer auf der Suche nach mehr Geld für ihre Lieblingsprojekte, waren überglücklich, mit Reagan zu kooperieren. Jetzt, zwölf Jahre später, beträgt der Schuldenberg mehr als 1 Billion US-Dollar, und die jährliche Neuverschuldung beläuft sich auf über 300 Milliarden US-Dollar. Jetzt fordern Republikaner den Abbau des Defizits. Und weil ein Grossteil der amerikanischen Arbeitnehmer weniger verdient als zuvor und sich höhere Steuern nicht mehr leisten kann, besteht die einzig realistische Alternative,

das Defizit abzubauen, darin, die öffentlichen Ausgaben zu beschneiden.

Hokuspokus - Fidibus! Diese Strategie hat brillant funktioniert."

Die neokonservative Revolution konnte angesichts ihrer Stärke nicht ohne radikale gesellschaftliche Auswirkungen bleiben, welche die amerikanische Gesellschaft zunehmenden Desintegrationserscheinungen von bedrohlichen Ausmassen aussetzen. Faktisch bedeutete die wirtschaftsliberale Revolution nichts weniger als eine gigantische Bereicherung der oberen und obersten Einkommen zu Lasten der Mittelschicht und vor allem der Unterschicht, ohne dass die versprochenen positiven Nebenwirkungen für die da unten eingetreten wären. "Diese unteren Lohngruppen haben überdurchschnittlich verloren: Die am schlechtesten verdienenden zwanzig Prozent der Bevölkerung mussten seit 1979 über zwölf Prozent reale Lohneinbussen hinnehmen. Das gilt in geringerem Ausmass auch für alle übrigen Einkommensgruppen, mit Ausnahme jener zwanzig Prozent Besserverdienenden, die heute um zehn Prozent reicher geworden sind. Die realen Stundenlöhne sind zwischen 1979 und 1997 im Schnitt von 8,63 Dollar auf 7,50 Dollar zurück gegangen. Der gesetzliche Mindestlohn, über den viele nicht hinauskommen, steigt im September 1997 zum ersten Mal über die Marke von 5 Dollar auf 5,15 Dollar. Die Arbeitszeiten sind länger geworden; und in der Durchschnittsfamilie gehen Mann und Frau beide morgens zur Arbeit. Die Kluft der Einkommen zwischen Universitäts- und HighschoolAbsolventen wächst, und sie wächst auch innerhalb der einzelnen Bildungsschichten."

Auch wenn die USA gegenwärtig in vielen Bereichen ihrer Volkswirtschaft, bis auf die Sparquote, besser dastehen als Europa, so muss man doch festhalten, dass der dafür zu entrichtende Preis enorm hoch ist. Nominell sind nur die oberen zwanzig Prozent, tatsächlich aber nur die obersten fuenf Prozent der Einkommen die Gewinner dieser Entwicklung! Der Mittelstand stagniert und beginnt ökonomisch zurück zufallen, während die unteren Einkommen seit längerem dramatisch absinken und die wirklich Armen sich selbst überlassen bleiben. Der wirtschaftsliberale Radikalismus des angelsächsischen Kapitalismusmodells nimmt die Desintegration der Gesellschaft nicht nur in Kauf, sondern strebt diese als Produktivitätsfaktor nachgerade bewusst an. Nicht umsonst begann daher diese Revolution sowohl in Grossbritannien als auch in den USA mit einer strategischen Schwächung der Gewerkschaften.

Dem angelsächsischen Modell des Kapitalismus steht in der Konstruktion von Michel Albert das Modell des deutsch-japanischen, des "rheinischen Kapitalismus" gegenüber, dessen eigentliches Ziel die soziale Integration der Gesellschaft ist. Dieser korporatistisch organisierte und sozialstaatlich verfasste "rheinische Kapitalismus" ist politisch und sozial in hohem Masse konsensorientiert, baut auf eine starke, wirtschaftlich und sozial gestaltende Rolle des demokratischen Staates und setzt an die Stelle der gesellschaftlichen Konfrontation den Klassenausgleich in Gestalt von "Sozialpartnerschaft" mit starken Gewerkschaften, die dadurch nicht nur den Interessen ihrer Mitglieder verpflichtet sind, sondern auch den Interessen der Unternehmen und der gesamten Volkswirtschaft. Und genau dieses Modell, das man auch einen "sozialen Kapitalismus" nennen könnte, gerät gegenwärtig massiv in die Krise und unter den Druck des angelsächsisch-amerikanischen Modells.

Erinnern wir uns noch einmal der historischen Ursachen für den "sozialen Kapitalismus" Westeuropas: Die Selbstzerstörung der bürgerlichen Welt im Ersten Weltkrieg und die

Massenarmut des Industriezeitalters führte zu einer hochgefährlichen gesellschaftlichen Desintegration, die in Kontinentaleuropa durch zwei gewalttätige, ja mörderische und zerstörerische Integrationsideologien beantwortet wurde, nämlich durch den Faschismus und den Bolschewismus. Warum gab es nach 1945 in Westeuropa diese unglaubliche Anstrengung zur Durchsetzung des Marshallplanes, zum marktwirtschaftlichen Wiederaufbau der Volkswirtschaften und zur Durchsetzung funktionierender Demokratien und Sozialstaaten? Es war die Angst vor Stalin und die Systemkonkurrenz, und es war auch die Erinnerung an Hitler und an den Nationalsozialismus und Faschismus im Europa der dreissiger und vierziger Jahre, die diese Politik vorangetrieben und mehrheitsfähig gemacht hat. Und warum gibt es heute in der Europäischen Union bei 18 Millionen Arbeitslosen nicht die Gefahr eines neuen Faschismus, trotz Haider, trotz Le Pen und trotz der deutschen Neonazis? Weil eben dieser westeuropäische Sozialstaat die Krisen (noch!) auffängt, die Gesellschaften zusammenhält und die Spannungen im sozialen Konsens integriert. Darin besteht ganz aktuell die grossartige historische Leistung des westeuropäischen Sozialstaates, den man voreilig und blind für "altmodisch" und überholt erklärt, völlig verkennend, dass die gesellschaftliche Realität Europas eben um Jahrhunderte

"altmodischer" ist und auch auf unabsehbare Zeit bleiben wird als die der Neuen Welt.

Bereits diese kurze historische Reminiszenz macht die essentiellen Unterschiede zwischen dem angelsächsischen und dem rheinischen Kapitalismus deutlich: Ihre Geschichte und ihre Bedrohungslage waren und sind grundsätzlich verschieden. Weder Amerika noch die britischen Inseln kannten und kennen die Gefahr des Faschismus, d.h. eines völkisch radikalisierten, gewalttätigen Nationalismus, wohl aber wäre er auch heute in Europa sofort wieder virulent, wenn die Sozialstaatsintegration auf demokratischer Grundlage versagen würde.Im kontinentalen Teil des westlichen Europas gab es eben deshalb keine Nachahmung der Thatcher-Revolution, weil hier eine solche soziale Konfrontation unabsehbare Folgen hätte. Versuchte man zum Beispiel in Westeuropa auch nur die Hälfte dessen in Politik umzusetzen, was die republikanische Partei als das radikale Programm der wirtschafts liberalen Revolution in den USA verfolgt und selbst unter einer demokratischen Präsidentschaft auch weitgehend durchgesetzt hat, so hiesse dies nicht weniger, als den offenen Bürgerkrieg und das Ende der Demokratie in Kontinentaleuropa anzusteuern. Diese wirtschaftsliberale angelsächsische Revolution kann für Kontinentaleuropa deshalb kein Vorbild sein, weil hier, anders als in den USA, die europäische Geschichte mit jener spezifisch europäischen Form des modernen Fundamentalismus, dem Nationalismus bis hin zum Rassismus und Faschismus, sofort und auf fatalste Art und Weise politisch zur Wirkung käme. Die Sozialstaatsintegration, jene gegenwärtig so vielgeschmähten "rheinischen

Regenschirme", hat in den modernen europäischen Gesellschaften aus diesem wesentlichen Unterschied heraus eben eine erheblich wichtigere Funktion für den Bestand der demokratischen Stabilität in der Gesellschaft als in den USA. Deshalb ist eine Politik der bewusst herbeigeführten sozialen Desintegration durch eine radikale Neuverteilung des Reichtums zugunsten von Kapital und zu Lasten von Arbeit und zum Zweck der wirtschaftlichen Produktivitätssteigerung in Europa so überaus gefährlich. Freilich wird die notwendige Strukturanpassung an die Globalisierung auch Europa zu einem radikalen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zwingen, nur dass dabei die europäischen Nationen auch im Zeitalter des Globalismus an einer wesentlich aktiveren Rolle des demokratischen Staates in Wirtschaft und Gesellschaft festhalten werden. Alles andere liefe auf ein nichtkalkulierbares politisches Risiko hinaus.

Europa wird um sehr tiefgreifende und weitgehende Anpassungsprozesse seines Systems an die globalisierte Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts nicht herumkommen, denn die Ursachen dieser Veränderungen, ihre ökonomischen und technologischen Antriebskräfte, gehen eben nicht allein auf die USA zurück , sondern entstanden aus der Entwicklung des westlichen Kapitalismus insgesamt. In einem bemerkenswerten Aufsatz über die Ursachen und Folgen der Globalisierung vertritt Philip G. Cerny die These, dass der demokratische Sozialstaat, wie er sich im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte - begonnen hat dieser Prozess der "Grossen Transformation" (Karl Polanyi) einer sich selbst regulierenden kapitalistischen Weltökonomie durch einen kapitalistischen Korporatismus in den dreissiger Jahren mit dem Aufstieg von Faschismus und Stalinismus und mit dem New Deal in den USA -, gebunden war an die auf Massenproduktion beruhende späte Phase der zweiten industriellen Revolution, die zuerst durch Stahl, dann die Chemie und schliesslich die Automobilindustrie geprägt war. Der Sozialstaat oder auch demokratische Interventionsstaat war demnach die politische Form einer auf Massenproduktion beruhenden korporatistischen Phase des Kapitalismus, der auf dem Klassenkompromiss zwischen Kapital und Arbeit gründete.

Die Produktion der "öffentlichen Güter" (public goods) durch den Staat wurde von allen Beteiligten als eine Angelegenheit der nationalen Politik und Volkswirtschaft angesehen, selbst dort, wir erwähnten es bereits, wo diese durch imperiale Expansion nach aussen erweitert wurden. Unter den öffentlichen Gütern versteht Cerny drei Gruppen: erstens funktionierende Rahmenbedingungen für den Markt, dazu gehöre die Sicherung privaten Eigentums, eine stabile Währung, die Beseitigung innerer Hemmnisse für Produktion und Handel, ein einheitliches Normensystem, ein funktionierendes Rechtssystem und die politische Sicherung stabiler Wirtschaftsverhältnisse. Zweitens staatlich geförderte Aktivitäten in Produktion und Verteilung von Gütern, dies seien staatliche Beteiligungen oder gar Staatseigentum an bestimmten Industrien, direkte oder indirekte Vorsorge für Infrastruktur und öffentliche Dienste, die direkte oder indirekte Einflussnahme auf den Bankensektor und unzählige öffentliche Subventionen. Drittens seien es umzuverteilende öffentliche Güter, diese beträfen vor allem den Ausgleich von Interessen, Chancen und Einkommen zwischen Arm und Reich, den unterschiedlichen ökonomischen Interessen und den politischen Parteien, das Gesundheitssystem und die sozialen Sicherungssysteme, Beschäftigungspolitik, Tarif- und Arbeitsrecht und Umweltschutz - "in der Tat der Hauptteil des nationalen Sozialstaates" , wie Cerny schreibt.

In einer Welt eines relativ offenen Handels, finanzieller Deregulierung und einer wachsenden Bedeutung der Informationstechnologie seien solche Rechte für den Staat wesentlich schwieriger durchzusetzen und zu erhalten. Das Kapital fliesse international, sogenannte "Offshore Financial Centers" und "Tax Havens" zögen global die Gewinne an, und mittels grenzüberschreitender Transferpreise und anderer Techniken könnten die Firmen ihre Gewinne vor nationalen Finanzbehörden verschleiern und nach aussen transferieren. Traditionelle Formen des Handelsprotektionismus würden leicht umgangen und seien kontraproduktiv, und Zinssätze und Währungskurse würden zunehmend auf internationalen Märkten "gemacht" . In einer solchen globalisierten Welt, so Cerny, hätten die Nationalstaaten zunehmend Schwierigkeiten, diese "öffentlichen Güter" noch zu liefern. Und genau das ist das Problem.

Gerade an der völlig veränderten Bewertung öffentlicher Unternehmen könne man das Ausmass dieser Veränderung unschwer erkennen: Deren sichtbarster Aspekt sei die Krise des öffentlichen

Eigentums an strategischen Industrien und die Welle der Privatisierung, welche die achtziger und neunziger Jahre kennzeichnet. Einerseits würden diese Unternehmen wie Stahl, Chemie, Eisenbahn, Automobile, Flugzeugbau, Schiffsbau und

Energieversorgung nicht mehr als strategische Industrien angesehen, und andererseits würde das öffentliche Eigentum an Industrieunternehmen als ökonomisch ineffizient betrachtet, das nicht länger in der Lage sei, dessen frühere Vorteile für die nationale Planung, Beschäftigung und die soziale Gerechtigkeit - das sogenannte "lame-duck-Syndrom" - zu garantieren. Sei dieser Punkt erst einmal erreicht, so Cerny, so verändere der korporatistische Interventionsstaat seinen Charakter hin zum globalisierten "Wettbewerbsstaat" ("competition state"), der den internationalen Märkten, Unternehmen und Anlegern lediglich noch möglichst optimale Investitionsbedingungen anbieten könne.

Wenn die Analyse zutrifft, dass der korporatistische Interventionsstaat an eine bestimmte technologische und organisatorische Phase des Kapitalismus gebunden war, nämlich an die Aera der Massenproduktion und die damit einhergehende Arbeitsgesellschaft mit weitgehender Vollbeschäftigung und steigenden Löhnen, dann wird sich aber unter den Bedingungen der digitalen Revolution, der Globalisierung des Kapitalismus und der Auflösung der Arbeitsgesellschaft der korporatistische Interventionsstaat nicht dauerhaft aufrechterhalten lassen. Und deshalb wirft diese sehr zutreffende Analyse dann sofort die Frage nach der Zukunft der sozialen Gerechtigkeit in den westlichen Demokratien auf, denn diese ist in den vergangenen Jahrzehnten eng an den korporatistischen Interventionsstaat in seiner sozialstaatlichen Form gebunden gewesen. Lässt sich also im Kapitalismus die soziale Gerechtigkeit von Interventionsstaat und Arbeitsgesellschaft lösen und unter den Bedingungen der Globalisierung und des Wettbewerbsstaates, zwar in anderer Form, aber ähnlich wirksam für die nationalen Gesellschaften, neu organisieren? Oder wird die sozialstaatlich garantierte Gerechtigkeit und Sicherheit mit dem Interventionsstaat untergehen und damit der diesem zugrundeliegende Klassenkompromiss zwischen Arbeit und Kapital notwendigerweise in neue Klassenkämpfe umschlagen? Für Europa wäre dies eine beängstigende Perspektive.

Vom Ende Leviathans

Die Globalisierung bringt drei wesentliche Herausforderungen für alle entwickelten Gesellschaften des Westens mit sich, die einen fundamentalen Wandel erzwingen werden: Der Nationalstaat wird erschüttert; der Sozialstaat wird gefährdet; die Arbeitsgesellschaft löst sich auf. Dem Inhalt der Globalisierung - digitale Revolution, weitgehend unabhängige globale Märkte und Unternehmen, zunehmende Verlagerung von Macht weg vom Nationalstaat hin zur globalisierten Wirtschaft - und seinen umstürzenden Folgen wird sich kein Land, keine Volkswirtschaft und kein Kontinent entziehen können, wohl aber wird ihre gegenwärtige Form, wie sie von den USA ausgehend entwickelt wurde, nicht für alle Länder gleich tauglich sein. Auch Europa wird seinen eigenen Weg und seine eigene Form des Wandels für das 21. Jahrhundert entwickeln müssen. Die einzig verbleibende offene Frage ist dabei nicht, ob Europa sich der Globalisierung anpassen muss, denn allen Ernstes gibt es dazu keine Alternative, sondern allein wie dieser Anpassungsprozess sich vollziehen und vor allem wie und durch wen er gestaltet wird. Erneut sei also die Frage aufgeworfen: Gibt es eine europäische Alternative zum nordamerikanischen Weg in eine globalisierte Weltwirtschaft, der eben nicht die soziale Desintegration zuspitzt, sondern vielmehr auch unter den Bedingungen der Globalisierung an einem erneuerten Sozialstaat festhalten kann? Diese für den Gang der näheren und weiteren Zukunft alles entscheidenden Fragen stehen in den kommenden Jahren in Europa zur praktischen Beantwortung an.

Das Ende des Sisyphos oder Die Krise der Arbeit

"Der Niedergang der Massenbeschäftigung wie der staatlichen Einflussnahme auf das Wirtschaftsleben erfordert eine grundsätzliche Neubestimmung der Grundlagen unserer Gesellschaft."

Jeremy Rifkin

Was ist eigentlich aus der Inflation geworden? Die wenigsten Menschen in den westlichen Volkswirtschaften wird diese Frage sonderlich interessieren, solange sie nicht von einer spürbaren Geldentwertung bedroht oder von einer öffentlichen Debatte um eine drohende Geldentwertung aufgeschreckt werden. Und dennoch verbirgt sich hinter dieser Frage eines der entscheidenden ökonomischen und politischen Geheimnisse der Globalisierung. Seit es den Kapitalismus gibt, gibt es auch dessen Krisen, gibt es Inflation und Deflation, Abwertung und Aufwertung des Geldes, denn dies sind die monetären Formen, in denen sich nicht nur die Entwicklung der Märkte, von Angebot und Nachfrage ausdrückt, sondern ebenso auch das jeweilige Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit in dem grundlegenden Verteilungskonflikt der kapitalistischen Volkswirtschaften. Das Wirtschaftswachstum in den kapitalistischen Marktwirtschaften verlief nicht linear aufsteigend, sondern unterlag zyklisch verlaufenden Auf- und Abschwüngen mit teilweise katastrophalen Folgen für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Das theoretische Verständnis des Wirtschaftszyklus ("business cycle") sollte dazu beitragen, dessen katastrophale Auswirkungen durch ein angemessenes Handeln von Staat und Wirtschaft zu begrenzen und zu einem möglichst krisenfreien, verstetigten Wachstum führen. So dachte man zumindest bisher in der volkswirtschaftlichen Theorie und auch in der ökonomischen und politischen Praxis.

Freilich ging man bisher nicht von der Möglichkeit eines Verschwindens des kapitalistischen Krisenmechanismus

aus, es sei denn, man war Marxist. Denn genau darin lag das grosse historische Versprechen des Sozialismus/Marxismus, dass er durch die bewusste, vernünftige Planung des Wirtschaftsprozesses die chaotische Krisenanfälligkeit der Marktsteuerung überwinden könne. Dieses Versprechen erwies sich in der gesellschaftlichen Praxis dann als ein grandioser Irrtum. Es ist deshalb mehr als erstaunlich, jetzt erleben zu müssen, dass die Apologeten und Hohenpriester der Marktwirtschaft in den USA einem fast identischen Utopismus von einem angeblich krisenfreien Kapitalismus huldigen. Denn es ist exakt diese Grundannahme über die zyklische Entwicklung der kapitalistischen Marktgesellschaften, die dort in der politischwissenschaftlichen Diskussion des ökonomischen Prozesses nunmehr ins Wanken gerät. Utopien gelten jedoch nur für das Land Nirgendwo, nicht aber für unsere unvollkommene Welt, und sowenig die sozialistischkommunistische Utopie die berüchtigten "Realitäten" verschwinden lassen konnte, sowenig wird dies einem marktwirtschaftlichen Utopismus von der Krisenfreiheit des Kapitalismus

gelingen. Ein solcher Utopismus ist eher Ausdruck eines zunehmenden intellektuellen

Realitätsverlustes, der sich meist als Vorbote einer schweren Krise in der harten Wirklichkeit einstellt.

In dieser Debatte über die scheinbar verschwundenen oder zumindest beherrschbaren Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems und über ein von keinem Wirtschaftszyklus mehr unterbrochenes, fast inflationsfreies Wachstum geht es nur vordergründig um ein angeblich "inflationsfreies" Wachstum, ja sogar um das Verschwinden der Wirtschaftszyklen des Kapitalismus überhaupt mit ihrem Auf und Ab zwischen Rezession und Boom, Krise und Aufschwung, Abwertung und Aufwertung des Geldes und den damit einhergehenden politischen und sozialen Instabilitäten und Erschuetterungen. Diese öffentlich geführte Debatte unter Wirtschaftsprofessoren und Zentralbankiers ist, wie man bei näherem Hinsehen sehr schnell bemerken wird, alles andere als akademisch oder gar Ausdruck eines irrealen Wunschdenkens, sondern vielmehr hochpolitisch, weil sie in Wirklichkeit von den gegenwärtigen Machtverhältnissen zwischen Kapital und Arbeit handelt, dem zentralen Gegenstand aller politischen Ökonomie.

Permanentes inflationsfreies Wachstum - dieser bisher lediglich fromme Wunsch aus dem kapitalistischen Utopia scheint das Land Nirgendwo verlassen zu haben und in den USA im Jahre 1997 Wirklichkeit geworden zu sein. Sollten die Befürworter dieser These recht haben, so hätte sich der Kapitalismus in der Tat in seiner Wesenslogik qualitativ verändert, denn von Anfang an gehörten Rezession und Krise ebenso zur kapitalistischen Wirtschaft wie Wachstum und Boom und deren zyklischer Wechsel. Sechs Entwicklungen in der modernen Ökonomie truegen zu einem Verschwinden des Wirtschaftszyklus bei, so der Politologe Steven Weber von der Berkeley Universität in Kalifornien: die Globalisierung der Produktion, Veränderungen im Finanzsystem, ein Wechsel in der Natur der Beschäftigung, eine andere Regierungspolitik, neu entstehende Märkte und die Informationstechnologie. Diese sechs Faktoren tendierten dazu, die Transaktionskosten zu reduzieren, Angebot und Nachfrage zu verstetigen, Ungleichgewichte der Produktion auszugleichen und Wachstum und Anpassungsprozesse besser abzustimmen. Steven Weber geht zwar weiter von der Existenz ökonomischer Schocks aus, die entweder von natürlichen oder politischen Ereignissen oder vom technologischen Wandel ausgelöst würden, denn diese fundamentalen Kräfte des Wirtschaftszyklus seien nicht verschwunden. In Zukunft allerdings seien sie in einer flexibleren und anpassungsfähigeren Wirtschaft von geringerer Bedeutung, da sich diese leichter solchen Schocks anpassen und demnach auch weniger schnell einen neuen Zyklus auslösen würde. "New Economy" nennt man dieses Traumbild vom krisen- und inflationsfreien Wachstum der Wirtschaft. Dem hält Paul Krugman die These entgegen, dass wir heute zwar wuessten, mit den Krisen und Zyklen der Vergangenheit umzugehen, nicht aber mit denen der Zukunft, und dass die Globalisierung die Gesetze des ökonomischen Wachstums der amerikanischen Volkswirtschaft mitnichten ausser Kraft gesetzt hätten. Und Krugman wird wohl recht behalten, denn die These vom Ende der Wirtschaftszyklen des Kapitalismus erinnert sehr stark an Francis Fukuyamas These vom "Ende der Geschichte", die sich, bedingt durch den plötzlichen Zusammenbruch der Sowjetunion, zuerst als überaus reizvoll und provokant, dann aber innerhalb kürzester Zeit als intellektueller Nonsens erwiesen hat. Im übrigen ist der krisenfreie Kapitalismus ein Widerspruch in sich, denn das System verlöre mit seiner Krisenanfälligkeit seinen grössten strategischen Vorteil, nämlich seine Dynamik. Von einer Kombination von permanenter Dynamik und maximaler Stabilität kann man zwar träumen, in der Wirklichkeit sind das aber zwei sich ausschliessende Ziele. Ein dynamisches

System wird nicht nur immer krisenanfällig bleiben, sondern es muss diese Eigenschaft sogar erhalten, da die Krise eben ein wesentliches, wenn nicht gar das wesentliche Element seiner Veränderungsdynamik ausmacht. Spätestens mit der nächsten Rezession, die auch in den USA so sicher wie das Amen in der Kirche kommen wird, wird sich diese Debatte also ganz praktisch erledigt haben.

Interessant an dieser gelehrten Debatte über den "Business Cycle" ist etwas völlig anderes, das eher im Hintergrund dieser Kontroverse, gewissermassen auf einer zweiten Ebene, erörtert wird, nämlich die Frage nach den wirklichen Ursachen der tatsächlich langanhaltenden und zugleich nahezu inflationsfreien Konjunktur in den USA. Die Befürworter der These vom Ende des "Business Cycle" tun sich schwer mit empirischen Beweisen für deren theoretischen Kern, dass nämlich alle genannten Faktoren, vor allem aber die Kommunikationstechnologie, in Verbindung mit einer technologisch ermöglichten Feinsteuerung von Märkten und Volkswirtschaften, zu einem gewaltigen, gleichermassen nationalen wie globalen Produktivitätssprung geführt hätten, der die eigentliche Ursache für das Verschwinden des Zyklus wäre. Vieles spricht dafür, dass alle diese Faktoren eine Rolle für den langanhaltenden Aufschwung spielen, viel wichtiger allerdings, ja vermutlich sogar zentral scheint dafür aber die dauerhaft wirksame Blockade des ökonomischen Verteilungsmechanismus zwischen den beiden Faktoren Arbeit und Kapital zu sein - eine der Hauptursachen für inflationäre Entwicklungen in den vergangenen Jahrzehnten -, und damit kommen wir zum eigentlichen politischen Punkt dieser scheinbar akademischen Kontroverse. Denn wenn sich ein Charakteristikum der gegenwärtigen Entwicklung als eine wirkliche Besonderheit herausarbeiten lässt, dann ist es die Tatsache, dass der Verteilungsmechanismus zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Löhnen und Gewinnen in den USA seit nunmehr zwei Jahrzehnten nur noch zugunsten des Kapitals funktioniert.86 Und dies gilt dort, mit einer entscheidenden Ausnahme, auf die noch zu kommen sein wird, für nahezu alle abhängig Beschäftigten.

Seit dem Ende der siebziger Jahre ist in den USA (und nicht nur da) ein eindeutiger Trend in der Einkommensentwicklung zugunsten von Kapitaleinkommen und zu Lasten von Arbeitseinkommen erkennbar. In den frühen siebziger Jahren betrug das durchschnittliche Jahreseinkommen eines Haushaltes der oberen 5 Prozent das Zehnfache eines Haushaltes aus den unteren 5 Prozent der Einkommenspyramide, heute ist es bereits mehr als das Fünfzehnfache. Und diesen Trend findet man in nahezu allen westlichen Industrieländern.87 Deutschland durchlief eine ähnliche Entwicklung, auch wenn hierzulande die Einkommensunterschiede noch nicht so krass auseinanderklaffen wie in den USA: "Von 1982 bis 1992 hat sich der Arbeit nehmeranteil am Gesamteinkommen in der alten Bundesrepublik von 74 auf 63 Prozent verringert. Die Nettöinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sind doppelt so schnell gestiegen wie die Nettöinkommen der Arbeitnehmer. Seit 1991 stagniert in Deutschland das Realeinkommen der Arbeitnehmer, während das private Geldvermögen sich um 35 Prozent erhöht hat. Zehn Prozent der Haushalte verfuegen über die Hälfte des gesamten Nettovermögens aller Haushalte."

Und folgende ernüchternde Zahlen über das Einkommenve rhältnis von Kapital und Arbeit in Deutschland (West) finden sich in einem Aufsatz des Aachener Wirtschaftswissenschaftlers Norbert Reuter: "Die Entwicklung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit zeigt, dass die abhängig Beschäftigten sich in der Vergangenheit alles andere als einen zu hohen Anteil am Sozialprodukt erstritten haben. Die bereinigte Lohnquote, die eine grobe Messziffer für die Verteilung der gesamten Wertschöpfung auf die Faktoren Arbeit und Kapital darstellt, befindet sich mit weiter

sinkender Tendenz auf einem historischen Tief. Zu ihren besten Zeiten lag sie bei immerhin 75,2 Prozent. Das war im Jahr 1975. Seitdem ist sie bis auf wenige Jahre beständig zurück gegangen: 1995 betrug sie noch 68,2 Prozent; für 1997 wird eine Quote von nur noch 67,7 Prozent erwartet. Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass die Verbesserung der Verteilungsposition, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den siebziger Jahren durchsetzen konnten, in den achtziger und neunziger Jahren nicht nur wieder verlorengegangen ist, sondern sogar noch unter den Stand der siebziger Jahre zurück gefallen ist..... Der Verlauf

der Gewinnquote spiegelt die Entwicklung der Arbeitseinkommen auf der einen und der Gewinneinkommen auf der anderen Seite wider. Mit Blick auf Westdeutschland legten die Unternehmensgewinne zwischen 1980 und 1993 (neuere Zahlen liegen nicht vor) brutto um 185 Prozent und netto sogar um 251 Prozent zu, während die Nettoarbeitseinkommen im gleichen Zeitraum gerade einmal um 63 Prozent stiegen, im Durchschnitt pro beschäftigtem Arbeitnehmer nur um 52 Prozent. Seitdem sind sie sogar leicht gefallen. Unter Abzug der Inflation stiegen die durchschnittlichen

Arbeitseinkommen im Zeitraum 1980 bis 1995 gerade einmal um 3,1 Prozent, was im Mittel eine Steigerung von 0,2 Prozent pro Jahr bedeutet. Steuerrechtsänderungen

haben in der Vergangenheit wesentlich zu dieser Entwicklung beigetragen Allein zwischen 1983 und

1993 ergaben sich als Folge von Steuerrechtsänderungen staatliche Mindereinnahmen in Höhe von insgesamt rund 240 Mrd. DM. Der Löwenanteil mit gut 170 Mrd. DM kam dem Unternehmenssektor zugute, während auf den Bereich der privaten Haushalte nur 70 Mrd. DM entfielen. Die Gewinnsteuerquote sank auf ein historisches Rekordtief, die Lohnsteuerquote stieg auf ein Rekordhoch." Die dramatisch zunehmende ungleiche Einkommensverteilung in den Vereinigten Staaten wird ja mittlerweile angesichts der Daten und Fakten von niemand mehr bestritten, nur spricht jetzt alle Welt über das amerikanische Jobwunder als positives Ergebnis dieser unschönen Einkommensentwicklung. Nun sind Statistiken in der modernen Welt zu deren Interpretation gewiss unverzichtbar, bisweilen aber erweisen sie sich schlicht als fauler Zauber. Indem man munter an den zugrundeliegenden Annahmen herumfingert, vermag man für den Laien und eine breitere Öffentlichkeit erstaunliche und meistens politisch gewünschte Ergebnisveränderungen herzustellen. Gerade die Arbeitslosenstatistik bietet für solch manipulative Praktiken ein beeindruckendes Beispiel gemäss der Devise: Lässt sich schon die Arbeitslosigkeit nicht senken, dann ändere wenigstens die Statistik. Zudem gibt es international kein einheitliches Bewertungsmuster bei der Aufstellung der Arbeitslosenstatistik, und insofern ist deren Vergleichbarkeit mit vielen Fragezeichen zu versehen. Was besagt zum Beispiel ein Vergleich der

Prozentzahlen der britischen mit der deutschen Arbeitslosenstatistik, wenn man nicht weiss, dass in Grossbritannien "nur ein Drittel der erwerbsfähigen Bevölkerung im klassischen Sinn vollbeschäftigt [ist] (in Deutschland sind es noch über 60 Prozent). Vor zwanzig Jahren waren es in beiden Ländern über 80 Prozent." 90 Aehnliches gilt auch für den Vergleich der Arbeitslosenzahlen zwischen den USA und den einzelnen europäischen Volkswirtschaften, zumal hierbei noch die tatsächlichen Grössenunterschiede zwischen der kontinentalen Volkswirtschaft USA und den wesentlich kleineren europäischen Nationalstaaten die Vergleichbarkeit angesichts höchst

unterschiedlicher Dimensionen noch schwieriger gestalten. Dennoch verfuegt die US-Volkswirtschaft, im Gegensatz zu Deutschland und anderen EU-Ökonomien, zweifellos über einen positiven Arbeitsplatzsaldo, d.h. es wurden in den vergangenen Jahren tatsächlich mehr Arbeitsplätze geschaffen als abgebaut, allerdings um den Preis einer wachsenden Einkommensungleichheit zwischen Kapital- und Arbeitseinkommen.

Der amerikanische Arbeitsmarkt ist fast leergefegt, die Nachfrage nach Arbeitskräften droht zu überhitzen, und dennoch - und dies ist das tatsächliche "Wunder" , das sich allerdings ganz diesseitig als das keineswegs wundersame Ergebnis harter macht- politischer Fakten erklären lässt - bleiben die Inflation und mit ihr einer ihrer beruechtigten Motoren, die sogenannte Lohn-Preis Spirale, nahezu verschwunden. Eigentlich müssten doch jetzt, bedingt durch die grosse Nachfrage nach Arbeitskräften, die Löhne steigen und damit die Inflation merklich zunehmen, aber nichts dergleichen geschieht. Und warum ist dies so?

Hat der Kapitalismus sein Wesen verändert? Gilt das altehrwürdige Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht mehr? Obwohl doch eigentlich nach dem Gesetz von sich verknappendem Angebot und steigender Nachfrage der Preis der Arbeit (d.h. die Löhne) zunehmen und demnach die Gewinne abnehmen müssten. Oder aber die höheren Arbeitskosten werden, sofern sie nicht durch Produktivitätsgewinne aufgefangen werden können, auf die Preise abgewälzt und treiben demnach die Inflation an. Zudem werden höhere Arbeitseinkommen in der Regel den Massenkonsum verstärken, und auch dies ist ein zusätzlicher Anreiz für Preissteigerungen und damit für ein Anwachsen der Inflation. Nichts davon lässt sich gegenwärtig in den USA feststellen, und das hat keineswegs mit einem "Wunder" , sondern schlicht mit dem zu tun, was Paul Krugman "Angst-Wirtschaft" nennt: die strategische Schwächung des Faktors Arbeit und dessen Vertretungsorgane in Gestalt der Gewerkschaften durch die Angst um den Arbeitsplatz und die Drohung der Arbeitslosigkeit.

Strategisch muss diese Schwächung deshalb genannt werden, weil es nicht nur politisch widrige Zeitläufe waren und sind oder nur vorübergehend verschlechterte Angebotsbedingungen, die den Faktor Arbeit schwächten und schwächen, was zweifellos in allen westlichen Ländern (und ganz besonders seit Reagan und Thatcher in den USA und Grossbritannien) der Fall war und ist, sondern weil sich darüber hinaus die Angebotsbedingungen für Arbeit aus vielerlei Gründen und in beeindruckender Gleichförmigkeit tiefgreifend, nachhaltig und damit strukturell verschlechtert haben. Jede Politik, die eine praktische Antwort auf die

Massenarbeitslosigkeit sucht, wird sich dieser Tatsache stellen müssen oder aber in einer kurzfristigen Finanzierungsfalle und in Illusionen scheitern. Es gibt kein OECD-Land, das von dieser strategischen

Verschlechterung der Angebotsbedingungen der Arbeit ausgenommen wäre oder das sich davon abkoppeln könnte, und insofern haben wir es mit einem internationalen Trend zu tun, der zu seiner Erklärung in Richtung der Globalisierung der westlichen Volkswirtschaften und damit auch der Arbeitsmärkte weist.

Die Krise der Arbeit in den westlichen Industrieländern ist eben nicht nur das Ergebnis politischer Faktoren, eines Organisationsversagens von Gewerkschaften oder, bedingt durch eine Rezession

der Wirtschaft, eines vorübergehenden konjunkturellen Überangebots an Arbeitskräften, sondern der strukturelle Umbau der westlichen Volkswirtschaften seit den siebziger Jahren und vor allem deren Umbau bei gleichzeitiger massiver Globalisierung der Weltwirtschaft in den neunziger Jahren haben diese Krise hervorgebracht. Und genau deshalb ist es auch so schwer, diese strukturelle Krise der Arbeit zu beheben, exakt darin liegt auf mittlere Sicht deshalb ihre grosse politische Gefährlichkeit für die westlichen Demokratien begründet. In China Wünscht man seinem Feind, er möge in interessanten Zeiten leben. Sollte Ulrich Beck in Zukunft Recht behalten, so werden wir in der Tat in eben solchen "interessanten Zeiten" zu leben haben: "Der Kapitalismus schafft die Arbeit ab. Arbeitslosigkeit ist kein Randschicksal mehr, sie betrifft potentiell alle - und die Demokratie als Lebensform. Der globale Kapitalismus, der die Verantwortung für Beschäftigung und Demokratie abstreift, untergräbt so seine eigene Legitimität. Die Folge ist, dass die Zukunft der Demokratie neu begründet werden muss."

Freilich ist der Einwand von Beck nicht ganz richtig, denn der Kapitalismus schafft die Arbeit nicht wirklich ab, sondern gegenwärtig verlagert er sie, vor allem als Folge der Öffnung der Märkte und des Auftauchens neuer Märkte im Prozess der Globalisierung. Die Verlagerung der Arbeit durch die Globalisierung ist also vor allem ein Vorgang, der die reichen Industrieländer, die Arbeitsplatzmonopolisten der vergangenen Aera des internationalen Kapitalismus, betrifft. Wenn man sich gegenwärtig die Konzernbilanzen wichtiger multinationaler Unternehmen ansieht, so wird man der These vom Arbeitsplatzabbau wohl nur dann zustimmen können, wenn man diese lediglich auf einen nationalen Wirtschaftsraum bezieht. Betrachtet man das multinationale Unternehmen aber als Ganzes, so wird man meistens ein Anwachsen der Beschäftigtenzahl feststellen, nur dass die Unternehmen in der Regel eben nicht mehr innerhalb der traditionellen Standorte investieren.95 Gemeinsam mit der technologisch bedingten Produktivitätssteigerung führt dies zu der Krise der Arbeit in den westlichen Volkswirtschaften.

Es wurde ja bereits weiter oben erwähnt, dass der Prozess der Globalisierung, je nach regionalem und sozialem Standort der Betroffenen, zu höchst unterschiedlichen Bewertungen führen muss. Es ist jedoch eine Tatsache - und gerade die Krise der Arbeit in den westlichen Volkswirtschaften ist damit aufs engste verbunden -, dass für viele Länder Osteuropas, Asiens und Lateinamerikas dieser Prozess die fast einmalige Chance bietet, zu dem Club der reichen Industrieländer aufzuschliessen. Dieser Prozess findet alles andere als widerspruchsfrei statt, er vollzieht sich weitgehend in den brutalen Ausbeutungsformen der ursprünglichen Akkumulation, in denen "das Kapital von Kopf bis Zeh, aus allen Poren, blut- und schmutztriefend" zur Welt kommt (Karl Marx), wobei die doppelte und zugleich bittere Ironie für die westliche Linke in diesem historischen Prozess darin besteht, dass es gerade die noch überlebenden kommunistischen Diktaturen in Asien sind, vorneweg die Volksrepublik China, die besonders brutale Ausbeutungsbedingungen und die wirksamste Unterdrückung freier Gewerkschaften und der Menschenrechte garantieren. Aber der Prozess der Globalisierung wird diese Länder, trotz temporärer Rueckschläge, auf mittlere Sicht zum Westen ökonomisch aufschliessen lassen, was ihre Demokratisierung erzwingen wird.

Die Geschichte ist manchmal voller Ironie und Häme. Die westliche Linke hat sich die Entwicklung der Dritten Welt immer als ein Ergebnis von Politik, von politisch gerechter Verteilung der globalen Lebenschancen vorgestellt, und jetzt vollziehen die Märkte mit ihren Instrumenten und entlang ihrer egoistischen Gewinnrationalität diesen Entwicklungsprozess auf praktisch ungleich wirkungsvollere Art. Während sich die westliche Linke in anklagenden Sonntagsreden, die

bekanntlich nichts kosten, für eine grössere globale Verteilungsgerechtigkeit aussprach, agierten werktags die globalisierten Märkte und verlagerten schonungslos entlang des Gewinnkalkuels Investitionen und damit Arbeitsplätze und Lebenschancen in die neuen Wirtschaftsregionen. Angesichts der unaufhaltsamen Globalisierung der Ökonomie wäre jedoch ein Rückfall in eine Renationalisierung linker Politik fatal. Eine Verengung der Perspektive auf Nation und Nationalstaat hiesse, eine Politik der Abschottung der westlichen Märkte gegen die Globalisierung und die neue Konkurrenz zu betreiben - und dies bedeutet die sichere Niederlage.

Es bedarf angesichts der ökonomischen Globalisierung vielmehr der Politik eines forcierten Internationalismus der Menschenrechte, einer Politik zur kooperativen Durchsetzung der Regulierung der globalisierten Märkte und eines neuen internationalen Systems, das der Sicherung gleicher Wettbewerbsbedingungen auf der Grundlage von Menschenrechten, Demokratie und Marktwirtschaft gerecht wird. Der Kampf um freie Gewerkschaften, für bessere Arbeits- und

Umweltbedingungen und für die Menschenrechte und deren internationale und nationale institutionelle Absicherung wird dabei ein dynamischer Teil der politischen Globalisierung sein müssen. Es wird in den kommenden zwei Jahrzehnten in der internationalen Politik vor allem um die Durchsetzung einer globalen Weltwirtschaftsordnung gehen müssen, die eine nachhaltige Entwicklung aller beteiligten Nationen im Wettbewerb zulässt und fördert. Sollte diese internationale Anstrengung nicht gelingen, dann wird der Prozess der Globalisierung zu hochgefährlichen internationalen Spannungen und Krisen bis hin zu regionalen Kriegen und wirtschaftlichen Zusammenbrüchen führen. Ein Blick in die Geschichte kann dabei sehr lehrreich sein.

Ethan B. Kapstein zeichnet in seinem bemerkenswerten Essay "Workers and the World Economy" nochmals die wirtschaftsgeschichtlichen Ursachen für die Entstehung des auf Vollbeschäftigung und Teilung der Einkommenszuwächse zwischen Kapital und Arbeit beruhenden sozialstaatlichen Gesellschaftsvertrages nach, der die vierzig Jahre des Kalten Krieges in den westlichen Ländern bestimmt hat. Erstaunlich sind dabei die Parallelen zwischen der heutigen Entwicklung und der klassischen Epoche des Laissez-faire-Kapitalismus, die mit der Aufhebung der britischen Corn Laws 1846 begann und definitiv mit der Weltwirtschaftskrise 1929 endete. Auch Kapstein zitiert Karl Polanyi und dessen Werk "The Great Transformation" : Nach Polanyi war es vor allem die vollständige Beseitigung von Regulierungen und Traditionen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes im 19. Jahrhundert gewesen, die einen solch gewaltigen sozialen und politischen Aufruhr im frühen zwanzigsten Jahrhundert verursacht hatte und der seinen Höhepunkt im Zusammenbruch der Weltwirtschaft und im Ausbruch des Ersten und des Zweiten Weltkriegs fand. Polanyis Werk wurde 1944 veröffentlicht, im Jahr der Konferenz von Bretton Woods, auf der die Restrukturierung der Weltwirtschaft nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ausgearbeitet wurde. Und das System von Bretton Woods, das eine dreissigjährige Epoche des sozialstaatlichen Kapitalismus im Westen einleiten sollte, war ganz offensichtlich durch diese historischen Erfahrungen und politisch-ökonomischen Einsichten geprägt worden. In der heutigen Zeit ist von einem ähnlichen Weitblick hingegen wenig zu finden.

Der aus den dramatischen Erfahrungen der schrecklichen ersten vier Jahrzehnte dieses Jahrhunderts hervorgegangene Gesellschaftsvertrag zwischen Kapital und Arbeit, der Vollbeschäftigung, Massenkonsum, Sozialstaat und damit eine Neuverteilung des gesellschaftlichen

Reichtums in einem demokratisch verfassten, korporatistischen Kapitalismus zugunsten des Faktors Arbeit zum Gegenstand hatte97, endete abrupt mit den beiden gewaltigen ökonomischen Schocks der Ölpreiskrisen von 1973/74 (Jom-Kippur-Krieg) und 1978/79 (persische Revolution). Die in der konkurrenzlos billigen Energie Erdöl gleichermassen realisierte wie symbolisierte Monopolstellung der westlichen Wohlfahrtsund Wachstumsökonomien war in ihrem Kern erschüttert, ja zum Einsturz gebracht worden, wie die weiteren Ereignisse zeigen sollten. 1973 vervierfachte die OPEC ihren Richtpreis von 2.50 Dollar je Fass Rohöl auf 10.80 Dollar, und 1979 verdoppelte sich die mittlerweile auf 13 Dollar je Fass gestiegene Rohölnotierung auf 28 Dollar. 1981 erreichte der Rohölpreis seinen Höhepunkt mit 34 Dollar für langfristige Lieferverträge und 40 Dollar je Fass auf dem Spotmarkt. Danach ging die Preisentwicklung wieder zurück und pendelte bis heute unter einem Durchschnittsniveau von 24 Dollar, das selbst während des Golfkrieges nicht mehr überschritten wurde.

Die beiden Ölkrisen der siebziger Jahre brachten in den westlichen Volkswirtschaften ein neues Phänomen hervor, nämlich die sogenannte "Stagflation", das heisst: Bei geringem oder gar keinem Wachstum hielt der inflationäre Druck dennoch an. Angesichts eines dramatisch wegbrechenden Wirtschaftswachstums hätten eigentlich die Preise nachgeben müssen, selbst wenn man den enormen Preisdruck des stark gestiegenen Ölpreises in Rechnung stellen muss. Der Preisdruck des verteuerten Öls reicht zur Erklärung der Stagflation allein nicht aus, sondern es bedarf dazu noch einer weiteren Ursache: Die Stagflation machte ökonomisch klar, dass der bis dahin gueltige sozialstaatliche Gesellschaftsvertrag zwischen Kapital und Arbeit mit seinem Verteilungsmechanismus zwischen Gewinnen, Löhnen, Steuern und Abgaben nicht mehr funktionierte, weil nicht mehr genuegend Verteilungsmasse vorhanden war, um den gesellschaftlichen Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit sozialstaatlich ruhigzustellen. Weiteres Wirtschaftswachstum fiel krisenbedingt und global ganz oder zumindest teilweise aus, die Zunahme der Massenarbeitslosigkeit verstetigte sich und erreichte seit langem nicht mehr gekannte Grössenordnungen. Die über Jahrzehnte im System eingespielte Verteilungsmechanik blieb aber trotz nicht oder kaum mehr vorhandener Zuwächse erhalten, und so entwickelte sich, als ökonomische Konsequenz dieser völlig veränderten Lage und verstärkt noch durch den dramatischen Kostenschub der extrem höheren Ölpreise, in den westlichen Wohlfahrtsökonomien die Verbindung von Stagnation und Inflation zur Stagflation.

Die Kapitalseite antwortete darauf mit der einseitigen Kündigung des geltenden Gesellschaftsvertrages, was in den wichtigsten Industrieländern des Westens dann in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren zu weitreichenden politischen Veränderungen und zum Beginn des bis heute anhaltenden Siegeszuges der wirtschaftsliberalen Revolution führen sollte. Wobei man unter "Kündigung" nicht einen grossen strategischen Plan verstehen darf, sondern schlicht die Reaktion des Kapitals auf die abnehmenden Erträge und die sich aus dem weggebrochenen Verteilungsspielraum ergebenden Handlungsnotwendigkeiten entlang der eigenen Interessen. Die westliche Linke hat diesen Prozess bis heute kaum wirklich in einer strategischen Debatte aufgearbeitet, geschweige denn eine andere als defensive Antwort gefunden. Denn exakt in den seit den beiden Ölpreiskrisen nicht mehr ausreichend vorhandenen Verteilungszuwächsen liegt die eigentliche Ursache der Veränderung des Zeitgeistes - weg von Sozialstaat und Kompromiss und hin zu Marktradikalismus und Konfrontation - und ihrer langanhaltenden machtpolitischen Schwäche begründet, weil dadurch das gesamte Politikmodell der reformerischen Linken in den kapitalistischen Gesellschaften seine Grundlage verloren hatte.

Denn ohne kräftige jährliche Wachstumsraten und die sich daraus ergebenden sozialstaatlichen Verteilungsspielräume war dieses Modell erledigt.

Wenn es also eine Ursache für die Niederlage der westlichen Linken in den achtziger und frühen neunziger Jahren gegeben hat, dann ist es das Ende des sozialstaatlichen Gesellschaftsvertrages durch die beiden Ölpreiskrisen der siebziger Jahre. Allein diese Tatsache macht auch den Rückgriff auf die

staatsinterventionistischen Instrumente zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche der sechziger und siebziger Jahre so überaus fragwürdig, denn die Bedingungen für ihre erfolgreiche Implementierung in den Wirtschaftskreislauf sind einfach nicht mehr gegeben. Die westliche Linke setzte damals zur Bewältigung der Krise vor allem auf forcierte Staatsintervention durch schuldenfinanzierte Beschäftigungsprogramme, die allerdings nur dann hätten funktionieren können, wenn diese Strategie vom Kapital im Konsens mitgetragen worden wäre (was in Kriegszeiten regelmässig geschieht, aber auch die extreme Staatsverschuldung der USA in der Aera Reagan als Ergebnis einer gewaltigen Aufrüstung wurde von der Kapitalseite klaglos mitgetragen). Bei den schuldenfinanzierten Beschäftigungsprogrammen als Antwort auf die Ölpreiskrisen war aber ein Konsens nicht zu erreichen, sondern die Kapitalseite hatte einen sehr klaren Blick für die durch die Ölpreiskrisen dramatisch und dauerhaft verengten Verteilungsspielräume und kündigte einseitig den bis dahin gültigen sozialstaatlichen Gesellschaftsvertrag. Damit war die tragende Konstruktion erfolgreicher demokratisch-linker Politik im westlichen Kapitalismus strukturell weggebrochen, denn sie war nicht nur von den durch anhaltendes Wachstum erzielten Verteilungsspielräumen abhängig, sondern stützte sich auch auf die Konsens- bereitschaft der Kapitalseite.

Die strategische Lage hatte sich also in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre grundlegend geändert, ohne dass die westliche Linke dies wirklich verstanden und daraus Konsequenzen gezogen hätte, aber vermutlich war dies in der damaligen Situation auch kaum möglich. Ganz anders agierte jedoch die Gegenseite, die wusste, dass eine Beibehaltung des westlichen Gesellschaftsvertrages bei dauerhaft abnehmendem Wirtschaftswachstum zwingend einen Umverteilungsmechanismus zu Lasten der Gewinne und damit der Kapitalrendite in Gang setzen musste, und das durfte nicht sein. Die Antwort war die bis heute anhaltende wirtschaftsliberale Revolution mit ihrem diametral entgegengesetzten Umverteilungsmechanismus zu Lasten des Faktors Arbeit. Politisch fand diese historische Zäsur ihren Ausdruck in den Wahlsiegen von konservativen Mehrheiten Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre unter Thatcher in Grossbritannien, Reagan in den USA und Kohl in Westdeutschland, und auch die französischen Sozialisten unter Mitterrand passten sich nach zwei Jahren, in denen sie mit einer sozialistischen Politik wirtschaftspolitisch fast gescheitert wären, dann ab 1983 um so energischer den neuen Gegebenheiten an.

Die Strategie eines schuldenfinanzierten Staatsinterventionismus zur Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen trägt heute noch weniger als damals, da er kaum mehr als extrem teure ökonomische Strohfeuereffekte hervorbrächte99, zudem von den Finanzmärkten, die heute weitaus mächtiger sind als in den siebziger Jahren, nicht getragen, sondern vielmehr bestraft würde und so zugleich einer erfolgreichen Agitation der Wirtschaftsliberalen gegen die hohe Staatsverschuldung, zu hohe Steuerlasten und für einen ausgeglichenen Haushalt Tuer und Tor

öffnete. Insgesamt also ist die Politik eines schuldenfinanzierten Staatsinterventionismus zur Wiedergewinnung von Vollbeschäftigung angesichts der radikal anderen Verhältnisse heute in den westlichen Demokratien eine sichere politische Verliererstrategie, die entweder zu gebrochenen Wahlversprechen führen oder am Widerstand der Finanzmärkte scheitern wird. Und dies würde noch um ein Vielfaches mehr für dieselbe Politik gelten, die statt der Schuldenfinanzierung von Beschäftigungsprogrammen diese durch eine Wiederbelebung des Umverteilungsmechanismus durch eine wesentlich höhere

Besteuerung (und wesentlich höher müßte diese Besteuerung schon sein, wenn sie genügend Finanzmasse aufbringen sollte) zu Lasten von Kapitalerträgen und Vermögen finanzieren wollte. Einer Reminiszenz linker Politik der siebziger Jahre wäre durch die Reaktion der Finanzmärkte, durch den sicheren Absturz des Wechselkurses der Währung und durch eine abzusehende scharfe innenpolitische Gegenreaktion, die den sicheren Mehrheits- und damit Machtverlust nach sich ziehen würde, ein schnelles Ende beschieden. Man hätte es in diesem Fall also lediglich mit einer "beschleunigten" Verliererstrategie zu tun, was intellektuell durchaus kurios sein mag, politisch wäre eine solche Vorgehensweise einer linken Mehrheit allerdings ein gelungener Suizid.

Freilich ist die Schwäche der westlichen Linken nicht zuerst und vor allem Ausdruck eines subjektiven Versagens, sondern seit den beiden Ölpreiskrisen haben sich die strukturellen Bedingungen in der Tat dramatisch zu Lasten des Faktors Arbeit und damit auch der Linken verschlechtert. Wie soll, ja wie muss eigentlich der sozialstaatliche Gesellschaftsvertrag im Kapitalismus ohne oder sogar bei negativem Wachstum aussehen? Darauf gab und gibt es bis heute keine überzeugende Antwort. Die Linke hätte damals im Kopf radikal umschalten müssen, von der Verteilung auf die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums, auf Investitionen und Gewinn also, um so erneut Verteilungsmasse zu erwirtschaften, hätte also gewissermassen wie der allgemeinwohlorientierte, ideelle Gesamtkapitalist denken und handeln müssen, aber dies scheiterte an den Realitäten. Zu sehr war man an die überkommene Arbeitsteilung gewöhnt, dass das Kapital für die

Reichtumsproduktion verantwortlich zeichnete, während die Linke für Verteilungsgerechtigkeit und die soziale und ökologische Rahmengestaltung stand.

Hätte es, post festum betrachtet, damals wenigstens theoretisch eine linke, gemeinwohlorientierte Alternative zur neoliberalen Mobilisierung der Produktivitäts- und Reichtumsreserven der westlichen Gesellschaften als Antwort auf die grossen ökonomischen Schocks der siebziger Jahre geben können? Eine linke Alternative zum notwendigen "Reengineering" der westlichen Ökonomien jenseits des radikalisierten Besitzindividualismus? Drei Antworten auf die Krise boten sich ganz unmittelbar an: Die erste Antwort war für die Linke nicht akzeptabel, denn sie hiess in den vorhandenen Eigentumsformen Verzicht auf weitere Verteilungsgerechtigkeit und statt dessen ein fast ausschliesslicher Vorrang für Investitionen, was eine dramatische Bevorzugung der Interessen des Kapitals heissen musste, um so dessen Gewinnerwartung bei Investitionen unter den radikal veränderten Bedingungen wieder zu verbessern. Die zweite mögliche Antwort war und ist unter den bestehenden Machtverhältnissen schlicht irreal, nämlich der Vorrang der Verteilungsgerechtigkeit bei mässigem bis keinem oder gar negativem Wachstum mit der Konsequenz einer Schmälerung der Kapitalerträge und einer anhaltenden Einkommensnivellierung in der Gesellschaft. Also entschied sich die westliche Linke, mehr instinktiv als bewusst und

getrieben durch das Schwergegewicht von Tradition und Machtverhältnissen, mangels Alternative für den Mittelweg, dafür, so weiterzumachen wie bisher, nur eben unter erschwerten Bedingungen, und das hiess, fortan ausschliesslich defensiv zu spielen und sich in einer wirtschafts- und sozialpoitischen Abwehrhaltung einzuigeln.

Seitdem haftet der westlichen Linken das öffentliche Image des Strukturkonservativismus an, während die Konservativen als die Zertrümmerer alter Strukturen und die wahrhaften Revolutionäre erscheinen. Denn die Kapitalseite entschied sich ohne Wenn und Aber für die erste Alternative, da nur so ihr zentrales Interesse an der Erhaltung der bestehenden Verteilung von gesellschaftlichem Reichtum und Macht - und dies ist der eigentliche und mächtigste Strukturkonservativismus in den westlichen Gesellschaften - gesichert zu sein schien. Dies führte in der Folge auch zu einem ideologischen Paradigmenwechsel in der ökonomischen Theorie: Keynes war out und die Angebotstheorie in, denn zukünftig ging es in der ökonomischen Theorie nicht mehr vorrangig um die Gestaltung des sozialstaatlichen Klassenkompromisses zwischen Kapital und Arbeit, sondern im Gegenteil um dessen Auflösung zugunsten der Kapitalseite und um die Durchsetzung verbesserter Kapitalerträge in einem radikal veränderten ökonomischen Umfeld.

Angesichts der dramatischen Krise der siebziger Jahre hatten Kapitalertrag und damit rentierliche Investitionen nahezu unbedingten Vorrang vor Verteilungsanspruechen zu haben, und für die privaten Investitionen mussten demnach die optimalen "Angebotsbedingungen" definiert und durchgesetzt werden: Sozialer und ökologischer Minimalstaat, weitgehende gesetzliche Deregulierungen, umfassende Privatisierung, radikale

Einkommensumverteilung von unten nach oben, Steuerentlastung für die Wohlhabenden und

Transferkuerzungen für die unteren Einkommen, Haushaltsausgleich, d.h. weitgehende Sozialkürzungen, umfassende Individualisierung und Privatisierung der Lebensrisiken, ausschliessliche Orientierung der Ökonomie am Gewinn auf das eingesetzte Kapital. Konfrontation geht vor Konsens und wird somit zum neuen gesellschaftlichen Organisationsprinzip.

Die westliche Linke hat es Ende der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre nicht vermocht, in ähnlicher Radikalität wie die Kapitalseite bei der zukünftigen Verteilung des Bruttosozialprodukts weg von der Verteilung und hin zu einem nahezu unbedingten Investitions- und Innovationsvorrang umzudenken - denn dies wäre damals (und ist es noch heute!) angesichts der Radikalität der Krise die unverzichtbare Bedingung für ihren Erfolg gewesen -, nur dass sie dies eben nicht entlang eines radikalisierten Besitzegoismus des privaten Kapitals hätte tun duerfen, sondern unter Einsatz des öffentlichen Sektors und des staatlichen Teils der Volkswirtschaft. Eine umfassende Modernisierung und Dynamisierung des gesamten öffentlichen Sektors in seiner ganzen Breite - Staatsmodernisierung, Infrastruktur, öffentliche Unternehmen und Unternehmen im öffentlichen Eigentum, Steuersystem, Bildungssystem, Gesundheitssystem, Renten und Pensionen,

Privatisierungen auf breiter Vermögensgrundlage und ein klarer Vorrang für Investitionen vor Konsumsteigerungen unter Fuehrung des öffentlichen Sektors - wäre damals die, zumindest theoretisch, einzig erfolgversprechende Antwort auf die neoliberale Revolution gewesen, denn die notwendige und unabweisbare Neuorganisation der westlichen Ökonomien nach den beiden grossen Ölpreisschocks wäre dann entlang anderer normativer Vorgaben verlaufen. Der öffentliche

Sektor hätte auf diese strategische Veränderung ausgerichtet und seine Produktivität und Beweglichkeit und damit seine Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem privaten Sektor so nachdrücklich gesteigert werden müssen, dass er eine echte Systemalternative zur radikalen Privatisierungsideologie der heraufziehenden neoliberalen Revolution hätte werden können. Dazu ist es heute allerdings zu spät, denn die Privatisierung des industriellen Vermögens der meisten westlichen Nationalstaaten hat hier völlig veränderte Fakten geschaffen. In der Antwort auf die wachsende Massenarbeitslosigkeit als dem strategischen Kernproblem der zukünftigen Entwicklung der westlichen Gesellschaften trennte sich der Weg der angelsächsischen Welt von dem des westlichen Kontinentaleuropas. Grossbritannien und vor allem die USA haben auf diese Krise mit Preisanpassungen der Arbeit nach unten (gleich massive Reallohnsenkungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit einem positiven Saldo beim Schaffen neuer Arbeitsplätze) reagiert, die westeuropäischen Volkswirtschaften mit Mengenanpassungen (also anhaltende und zunehmende Massenarbeitslosigkeit mit einem negativen Saldo beim Entstehen neuer Arbeitsplätze). Lester C. Thurow weist auf diesen negativen Saldo in Europa hin: "Das Problem in Europa ist nicht durch den Abbau von Arbeitslätzen entstanden. In den achtziger Jahren wurden in den Vereinigten Staaten monatlich 2 Prozent der Arbeitsplätze vernichtet, während in Europa nur 0,4 Prozent verlorengingen. Das Problem in Europa besteht vielmehr darin, dass es zu keiner Erweiterung des Arbeitsmarktes kam. Im Saldo entstanden in Europa von 1973 bis 1993 keine zusätzlichen Arbeitsplätze. In den Vereinigten Staaten aber wurden während dieses Zeitraums unterm Strich 33 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen."

In den Mitgliedstaaten der Europäischen Union addiert sich gegenwärtig die Zahl der Arbeitslosen zu der erschreckend hohen Zahl von über 18 Millionen.101 Die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes ist für die Arbeitslosigkeit in der EU durchaus beispielhaft: "Das Jahr 1974 markiert eine historische Wende auf dem Arbeitsmarkt. Seit diesem Zeitpunkt ist es nicht mehr gelungen, die Arbeitslosigkeit nach einem rezessionsbedingten Anstieg im folgenden Aufschwung wieder auf das Ausgangsniveau zurück zuführen. In der zweiten bundesdeutschen Rezession stieg sie bis 1975 auf 1,1 Millionen Arbeitslose und sank im darauffolgenden Aufschwung bis 1979 nur auf 876 000, was immer noch ein Plus von 603 000 Arbeitslosen gegenüber der Situation vor der zweiten Rezession bedeutete. Die nächste Rezession begann dann bereits auf einem hohen Anfangssockel und übertraf in der Folge zum ersten Mal wieder die hohen Arbeitslosenzahlen der unmittelbaren Nachkriegszeit: Die Arbeitslosigkeit schnellte bis 1985 auf 2,3 Millionen registrierte Arbeitslose hoch und sank - für Westdeutschland - bis 1991 trotz Einigungsbooms bei einer Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent auf nur 1,7 Millionen. Nach kurzer Beruhigung stieg sie danach weiter dramatisch an; 1996 waren in Deutschland durchschnittlich bereits knapp 4,0 Millionen Frauen und Männer (davon 2,8 Millionen in den alten Bundesländern) als arbeitslos registriert, was einer Arbeitslosenquote von 11,5 Prozent entsprach (altes Bundesgebiet: 10,1 Prozent; neues Bundesgebiet 16,7 Prozent)..." 102 1997 erreichte die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland dann die einmalige Höchstmarke seit Bestehen der Bundesrepublik mit 4,5 Millionen und wird im Jahresdurchschnitt 1998 auf dem Niveau von 4,4 Millionen verharren.

Die eigentliche Krise des westeuropäischen Sozialstaats liegt in der anhaltenden und wachsenden Massenarbeitslosigkeit, in einer Beschäftigungskrise also, zu deren Lösung es bis heute keine überzeugende ökonomische und zugleich soziale Antwort gegeben hat. Diese Beschäftigungskrise ist keineswegs nur Ausdruck von politischem Versagen einzelner Regierungen, denn sie findet sich in allen westeuropäischen Industrieländern nahezu gleichermassen. Diese Beschäftigungskrise ist

vorwiegend struktureller und nicht konjunktureller Natur, und sie ist keineswegs regional beschränkt. Zugleich liegt in ihr die eigentliche Ursache für die strukturelle Überforderung der öffentlichen Haushalte und sozialen Sicherungssysteme und der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation. In der Zeit nach 1990 hatte etwa die Bundesrepublik Deutschland den höchsten Beschäftigungsstand in ihrer Geschichte bei gleichzeitig anhaltend hoher Arbeitslosigkeit. Die strukturellen Ursachen der Arbeitslosigkeit sind im wesentlichen das Ergebnis von drei langfristig wirkenden Faktoren: der Produktivitätsrevolution, der Veränderung der

Geschlechterrollen und der Globalisierung der Märkte.

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der weltweiten Übernahme der kapitalistischen Marktökonomie als alleinigem und konkurrenzlosem Modell wurde zudem das weltweite Angebot an Arbeitskräften, vor allem an gering qualifizierten Arbeitskräften, dramatisch vermehrt, und dadurch erhält die Krise der Arbeit in den westlichen Industrienationen noch eine ganz andere und für die längerfristige Perspektive wesentlich bedrohlichere Dimension. Denn parallel zur Produktionsrevolution in den Ökonomien der Ersten Welt, die vor allem in den traditionellen Beschäftigungssektoren wie der Automobilindustrie unqualifizierte Arbeit durch Technik ersetzt, findet gegenwärtig eine neue Aufteilung der Märkte und damit der Investitionsentscheidungen in der globalen Weltwirtschaft statt: Ostasien, Südostasien, Lateinamerika und Osteuropa werden langfristig die ökonomischen Gewichte zu Lasten der alten westeuropäischen und nordamerikanischen Standorte verschieben und damit zu Arbeitsplatzgewinnern werden, wohingegen die alten Zentren des Kapitalismus sich mit neuen Arbeitsplätzen zu den dort vorhandenen Angebotsbedingungen für Arbeit sehr schwertun werden. Zwar wird es auf mittlere Sicht einen Angleichungsprozess bei Löhnen, Arbeits- und allgemeinen Marktbedingungen zwischen den alten und neuen Märkten geben, aber die Bedingungen für gering bis nicht qualifizierte Arbeit in der Ersten Welt werden durch diese Entwicklung erheblich nach unten gedrückt werden. Je geringer die Wertschöpfung einer Arbeit und einer Investition in der Ersten Welt, desto mehr werden die neuen globalen Marktbedingungen deren Preis und Rendite abwerten.

"Der Importdruck auf arbeitsintensive Produktionsbereiche geht in neuester Zeit vor allem von den Reformländern Mittelund Osteuropas und den Entwicklungsländern aus, während die spätindustrialisierten Länder schon seit den siebziger

Jahren hier als Wettbewerber auftreten..... Für die Zukunft

ist damit zu rechnen, dass sich der Importdruck auch bei den kapital- und wissensintensiv hergestellten Gütern verstärken wird. Insbesondere die spätindustrialisierten Länder und die mittel- und osteuropäischen Reformländer werden hier als Wettbewerber auftreten. Dies wird vor allem für "mobile Schumpeter-Industrien" gelten, also für solche Industrien, bei denen sich Forschung und Produktion leicht voneinander trennen lassen. Hierzu gehören die Chemische Industrie, die Gummiwarenindustrie, die Büromaschinenindustrie, die Datenverarbeitung und die Elektrotechnik. Während die Forschung in den Industrieländern erfolgt, wird die Produktion, insbesondere dann, wenn sie leicht standardisierbar ist, in den Schwellenländern durchgeführt werden."

Für die europäischen Arbeitsmärkte wird es also besonders für niedrig- und unqualifizierte Arbeitskräfte in Zukunft verstärkt das amerikanische Problem eines gespaltenen Arbeitsmarktes

geben: je geringer die Qualifikation und je geringer die Wertschöpfung einer Tätigkeit sein wird, desto stärker werden die Verluste an Einkommen, sozialer Sicherheit und gesellschaftlichem Prestige sein. Die grossen Massenproduktionen der klassischen Kernindustrien, die Millionen von gering bis nichtqualifizierten Beschäftigten nach dem Zweiten Weltkrieg eine stabile Lebensperspektive bei steigendem Wohlstand gesichert haben, fallen in dieser Funktion mehr und mehr aus, denn gerade in diesem Bereich sind die dramatischsten Beschäftigungseinbrüche zu verzeichnen. Und die grossen Verwaltungen - Banken, Versicherungen, Firmenverwaltungen inklusive der Verwaltungen des

Staates auf allen Ebenen - werden diesem Trend zum Beschäftigungsabbau folgen. Dadurch entsteht ein Überangebot an nichtqualifizierter, gering oder falsch qualifizierter Arbeit, das die Löhne in diesem Sektor des Arbeitsmarktes stark abwertet und noch mehr abwerten wird. Die bekannte Alternative heisst dann Preis- oder Mengenanpassung, wachsender Niedrigstlohnsektor (USA) oder wachsende Massenarbeitslosigkeit (EU).

Ein staatlich finanzierter zweiter Arbeitsmarkt wird dieses riesige Problem nicht lösen können, weil er in dieser Grössenordnung schlicht nicht finanzierbar ist, sondern er wird lediglich immer nur eine die grössten Härten dämpfende und die negativen persönlichen Folgen für die Betroffenen mildernde Anpassungshilfe für strukturelle und konjunkturelle Veränderungen des ersten Arbeitsmarkts sein können. Der zweite Arbeitsmarkt finanziert sich nicht aus Marktentscheidungen und Kapitalrenditen, sondern ist steuern- und

abgabenfinanziert und wird demnach politisch entschieden. Er hängt also nicht von der Nachfrage von Märkten ab, sondern von der politisch-öffentlichen Akzeptanz seiner Kosten. Kommt es zu einer Überforderung des zweiten Arbeitsmarktes, indem man versucht, ihm angesichts der immer grösser dimensionierten Krise der Arbeitslosigkeit mit der Abwehr von deren unerwünschten Folgen zu überlasten, so wird man diesen sozial und ökonomisch unverzichtbaren und leistungsfähigen zweiten Arbeitsmarkt in seiner Akzeptanz und damit in seiner Kernfunktion der "weichen Anpassung" des ersten Arbeitsmarktes an Strukturwandel und Konjunkturzyklen gefährden. Und wenn manche Linke die so sehnsüchtig vermisste sozialistische

Gegenmacht im Kapitalismus im ausschliesslich von politischen Entscheidungen und Transfers abhängigen zweiten Arbeitsmarkt zu erkennen glauben, den man deshalb unter Einsatz von immer mehr Steuermitteln und höheren Abgabenlasten ausbauen müsse, so werden sie angesichts der Radikalität des ökonomischen Strukturwandels in Europa erneut ein bitteres Erwachen erleben, denn der zweite Arbeitsmarkt hängt von der Finanzkraft der öffentlichen Haushalte ab, und diese wiederum von der Ertragsstärke der Wirtschaft. Die Entwicklung des ersten Arbeitsmarktes wird also auch weiterhin den zweiten Arbeitsmarkt bestimmen und nicht umgekehrt. Das ist und bleibt so im Kapitalismus.

Man sieht, die Wachstumsfrage gewinnt bei einer genaueren Analyse der Krise der Arbeit eine überragende und dabei doch alles andere als unproblematische Bedeutung. Denn selbst wenn man ein dynamisches Wachstum der europäischen Volkswirtschaften über mehrere Jahre hinweg und oberhalb von 3 Prozent des BIP (Bruttoinlandsprodukt) annimmt, was allgemein neben den notwendigen strukturellen Reformen des Arbeitsmarktes als eine unverzichtbare Voraussetzung zum Anstieg der Beschäftigung behauptet wird, wird der Arbeitsmarkt sich weiter qualitativ

verändern: weg von gutbezahlten Tätigkeiten in den industriellen Kernunternehmen hin zu mehr oder weniger prekären Beschäftigungsverhältnissen in mittleren und kleinen, ja kleinsten Unternehmen im Dienstleistungssektor. Der qualitative Strukturwandel des Arbeitsmarktes ist allerdings weitgehend wachstumsunabhängig und eine direkte Folge der Grosstrends von Globalisierung, Individualisierung und Tertiarisierung.

Diese Entwicklung lässt sich an dem Verhältnis von Norm- zu Nicht-Normarbeitsverhältnissen verdeutlichen: "Von 1980 bis 1995 (sank) der Anteil von abhängig Beschäftigten in Normarbeitsverhältnissen von 80 Prozent auf etwa 68 Prozent. Noch Anfang der siebziger Jahre standen einem Nicht-Normbeschäftigten fünf

Normbeschäftigte gegenüber. Anfang der achtziger Jahre lag das Verhältnis bei eins zu vier, Mitte der achtziger Jahre bereits bei eins zu drei. Mitte der neunziger Jahre lag es bei eins zu zwei. Bei Fortschreibung dieses Trends wird das Verhältnis von Norm- und Nicht

Normarbeitsverhältnissen in fünfzehn Jahren bei eins zu eins liegen. Nur die Hälfte der abhängig Beschäftigten hätte dann noch dauerhafte arbeits- und sozialrechtlich abgesicherte Vollzeitarbeitsplätze." Diese nüchternen Zahlen offenbaren das ganze Ausmass des qualitativen Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft, der sich in den kommenden Jahren eher noch beschleunigen denn verlangsamen wird, und in diesem langfristigen Wandel des Arbeitsmarktes hin zu Nicht-Normarbeitsverhältnissen liegt, neben der demographischen Veränderung der Bevölkerungsstruktur und der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, auch eine der drei Hauptursachen für die Krise des öffentlichen Rentensystems begründet.

Da also nennenswerte Zuwächse des Beschäftigtenpotentials in der Grossindustrie nicht zu erwarten sind, sondern vielmehr das genaue Gegenteil, bleibt demnach allein der tertiäre Sektor und der Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen, der Beschäftigungszuwächse verspricht. Allein die weitere Öffnung des Marktes für die sogenannten kleinen Dienstleistungen mit geringfügig bezahlten und meistens prekären Beschäftigungsverhältnissen scheint demnach neben Qualifizierungserfolgen eine Alternative zur Langzeitarbeitslosigkeit sein zu können. Aber auch diese Entwicklung birgt für die europäischen Gesellschaften, neben erheblichen sozialpolitischen und moralischen Einwänden - Lohndumping und arbeitende Arme, deren Verdienst unter dem Existenzminimum liegt -, ein nicht unerhebliches strukturelles Risiko. Wenn Lester C. Thurow mit seiner pointierten These auch nur in Ansätzen recht behält - und alle Fakten sprechen dafür -, dass in Zukunft in einer globalisierten Welt auch in den reichen westlichen Volkswirtschaften "Arbeitnehmer, die über Fertigkeiten der Dritten Welt verfügen, Löhne der Dritten Welt verdienen", dann werden die europäischen Arbeitsmärkte ein zusätzliches politisches Problem hervorbringen, das das solidarische Selbstverständnis der verschiedenen europäischen Nationalgesellschaften erheblich erschüttern wird.

Die Massenarbeitslosigkeit verursacht ökonomische Stagnation und erreicht die Akzeptanzgrenzen der staatlichen Finanzierbarkeit, ein wachsender Niedrigstlohnsektor allerdings wird in Europa ein dauerhaftes politisches und demokratisches

Stabilitätsproblem hervorbringen. Die Europäer werden mit den Mitteln staatlicher Finanzierung den hier beschriebenen Trend des Arbeitsmarktes nicht wirklich umkehren können, und deshalb

bleibt die alles entscheidende Frage, ob Europa mit einer Politikmischung aus marktnäherer Qualifizierung, verstärkter Teilzeit und Kombilöhnen für Langzeitarbeitslose (bestehend aus der Kombination von Lohn und Sozialtransfers) diesen Trend zum Niedrigstlohnsektor sozialverträglicher als die USA gestalten kann. Ohne jeden Zweifel wird eine solche Politik teurer werden als die blosse Privatisierung des individuellen Anpassungsrisikos an veränderte Märkte, wie es in den USA geschieht, und auch deshalb wird der Frage der Finanzkraft des Staates und damit dem Wachstum der Wirtschaft, auf der diese Finanzkraft strukturell beruht, eine entscheidende, angesichts der absehbaren ökologischen Wachstumsfolgen allerdings hochproblematische Bedeutung zukommen.

Esentwickelt sich unausweichlich eine wachsende globale Konkurrenz der Arbeitsmärkte, verstärkt noch durch Währungsungleichgewichte und die Besonderheiten regionaler Märkte, die immer mehr Unternehmen zu marktnahen Investitionen, d.h. zu Kapitalexport statt dem Export von Gütern und Dienstleistungen veranlassen. Die Produktion zieht den neuen Märkten hinterher, und diese Tatsache wird auf die Arbeitsmärkte in der Ersten Welt in Zukunft noch verstärkt negative Auswirkungen haben. Die Zeit der exportorientierten verlängerten Werkbank Westeuropa für weite Teile der Welt geht langsam zu Ende, denn unter dem Druck der Faktoren Marktnähe, Kostenkonkurrenz und Währungsrisiken globalisieren alle grossen Unternehmen, d.h. aber, sie bauen kontinuierlich Arbeitsplätze in erheblichen Grössenordnungen in den alten Märkten zugunsten der neuen Märkte ab. Spätestens seit 1989/90 droht daher das westeuropäische Modell der Mengenanpassung der Arbeit mit der staatlichen Finanzierung hoher Arbeitslosigkeit an der Finanzierungsschere in die Knie zu gehen, denn die Arbeitslosenzahlen laufen den staatlichen

Finanzierungsmöglichkeiten der Arbeitslosigkeit davon.

Die Einnahmeseite der gesetzlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit bricht weg, mit den Steuereinnahmen geht es ebenso, und gleichzeitig nimmt die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld und anderen Transferzahlungen, die zur Milderung der individuellen Folgen von Arbeitslosigkeit dienen, dramatisch zu. Die Defizite der öffentlichen Haushalte explodieren angesichts der Schere von wegbrechenden Steuereinnahmen und zunehmenden Transferzahlungen für die beständig wachsende Zahl von Arbeitslosen. Blosse Umbuchungen innerhalb der öffentlichen Haushalte tragen dabei nur zur Kosmetik des Defizits einer staatlichen Ebene und Kasse zu Lasten einer anderen bei, denn die Menschen ohne Einkommen verschwinden ja nicht. Die Einschränkung der Bezugszeiten von Arbeitslosengeld etwa führt so bei einem anhaltenden Anstieg der Massenarbeitslosigkeit nicht zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte, denn jeder Arbeitslose, der nicht mehr aus der Arbeitslosenversicherung finanziert wird, bezieht fortan Sozialhilfe und wird demnach nur auf eine andere Kostenstelle in einem anderen öffentlichen Haushalt umgebucht. An der dramatisch anwachsenden gesamtstaatlichen Belastung der öffentlichen Haushalte ändert dieser Vorgang überhaupt nichts.

Die mit den Ölpreiskrisen der siebziger Jahre begonnene lange Phase des "Reengineering" , des Umbaus der westlichen Volkswirtschaften, hat darüber hinaus noch andere Folgen für das Verhältnis von Kapital und Arbeit: Die mit einem technologischen Quantensprung einhergehende Produktivitätsrevolution erschüttert die Rolle der Erwerbsarbeit im Wirtschaftsprozess und damit auch in der Gesellschaft. Zudem entwickelt sich in allen westlichen Volkswirtschaften immer stärker der Trend hin zur Wissensgesellschaft, das heisst: Es findet eine zunehmende Verlagerung

der Wertschöpfung auf die symbolische Ebene des Wissens und der ideellen Kreativität statt, und dieser Trend wird die Krise der traditionellen Erwerbsarbeit noch weiter verschärfen.

Die Entnationalisierung des Kapitals durch die Globalisierung zerbricht die jeweilige nationale Klammer zwischen Kapital und Arbeit zuerst ökonomisch und dann auch gesellschaftlich. Robert Reich beschreibt jene, bis in die achtziger Jahre hinein geltende traditionelle Auffassung, "dass wir alle in einem grossen Boot namens Volkswirtschaft sitzen. Natürlich gibt es auf dem Boot oder Schiff verschiedene Einkommenshöhen - einige Passagiere bewohnen geräumige Einzelkabinen, während andere sich auf dem Zwischendeck drängeln -, doch alle zusammen steuern wir in die gleiche Richtung. Die Yrmsten und Reichsten und alle, die sich dazwischen befinden, erfreuen sich der Wohltaten einer blühenden Volkswirtschaft ebenso, wie sie unter den Folgen einer volkswirtschaftlichen Flaute zu leiden haben..... Die

Metapher lässt sich auch auf andere Boote übertragen: auf die japanische, die deutsche, die südkoreanische und jede andere Volkswirtschaft der Welt." Aber Robert Reich kommt angesichts der jüngsten Entwicklung hin zur Globalisierung zu der Schlussfolgerung: "Die Klarheit und Eingängigkeit dieser Vorstellung sind deren einzige Tugenden. Das Problem ist: Sie stimmt hinten und vorne nicht".

Die Bevölkerungen der jeweiligen nationalen Volkswirtschaften sitzen im Zeitalter des Globalismus eben nicht mehr in demselben nationalen "Boot" . Eine neue Zweiteilung der westlichen Gesellschaften nimmt zunehmend Gestalt an, denn der soziale Konsens der nationalen Volkswirtschaften droht durch die Globalisierung auch deshalb verlorenzugehen, weil sich nicht nur das Kapital, sondern auch die Träger dieses Prozesses, die sozialen "Gewinner" -Schichten und -personen dieser Entwicklung, internationalisieren und von ihrer jeweilige nationalen Grundlage abzulösen beginnen. Aus unterschiedlichen Klassen in einer Gesellschaft drohen verschiedene Gesellschaften zu werden, die zwar noch in demselben Land, in derselben Region und in derselben Stadt leben und arbeiten, aber kulturell und normativ in völlig unterschiedlichen Zeit- und Raumdimensionen zu Hause sind und zunehmend auch unterschiedliche politische Loyalitäten entwickeln werden.

Die westlichen Gesellschaften und ihre Ökonomien teilen sich also wirtschaftlich mehr und mehr in einen globalisierten, internationalisierten Teil auf, der hochproduktiv, hochkreativ, hochbezahlt und sehr mobil ist, und in einen nationalen Teil, der unter dem Druck der globalen Standortkonkurrenz zunehmend wirtschaftlich zurück fällt bis hin in Dauerarbeitslosigkeit und wirkliche Armut. Dieser nationale Teil der sich globalisierenden westlichen Volkswirtschaften umfasst nahezu ausschliesslich die Modernisierungsverlierer, zu denen immer mehr auch Teile der kleineren Unternehmer und Selbstständigen gehören werden, und droht politisch zum Wählerpotential für rechtspopulistische und rechtsradikale Parteien zu werden. Darin liegt besonders in Europa ein hochgefährliches Potential, das bei einem absehbaren Versagen der neoliberalen Modernisierung noch zu bedrohlichen Chaosreaktionen in der Lage sein wird, vor allem wenn sich in einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise Teile der gesellschaftlichen Mitte radikalisieren sollten. Robert Reich unterteilt nun den sich durch die Globalisierung strukturell verändernden Arbeitsmarkt der USA nicht mehr nach den tradierten Hauptberufsgruppen, sondern in drei neue Kategorien: "routinemässige Produktionsdienste", "kundenbezogene Dienste" und "symbolanalytische Dienste".Interessant dabei ist nun, dass sich die ökonomischen Gewinner unter den Erwerbstätigen

auf dem sich globalisierenden neuen Arbeitsmarkt fast ausschliesslich im Sektor der Symbolanalytiker wiederfinden, während alle anderen Erwerbstätigen mehr oder weniger stark unter den Druck von Einkommens- und Statusverlusten geraten sind.

Diese Transformation des Arbeitsmarktes ist auch das Ergebnis tiefgreifender Veränderungen in der Organisation und Struktur der Unternehmen selbst, nicht allein von technologischen Umwälzungen. Die neuen Unternehmen sind in der Regel kleiner, flexibler und in weitaus "flacheren" Hierarchien organisiert, und auch die grossen Unternehmen der alten Industrien gehen mehr und mehr dazu über, ihre Konzerne in selbständige kleinere Einheiten zu zerlegen, die nur noch unter dem Dach einer Holding mit der Mutter zusammengefasst sind. Auch die wirtschaftlichen Führungseliten werden nach den neuen Erfordernissen in diesem neuen Unternehmenstypus ausgerichtet: "Das formelle Organisationsschema hat nur noch wenig Bezug zu den wahren Quellen der Macht im Qualitätsunternehmen. Diese hängt nicht von formeller Machtbefugnis oder Stellung ab (wie im Unternehmen der Massenproduktion), sondern von der Fähigkeit, dem

Unternehmensnetz einen Wertzuwachs zu bescheren. Problem-Löser, -Identifizierer oder Mittelsmänner üben Führerschaft aus, indem sie die Möglichkeiten schaffen, durch die auch andere zur Wertschöpfung beitragen können. Auf diese Weise bilden sich Führungskräfte heraus. Überall lässt sich dieser Prozess verfolgen: in den High-Tech-Firmen von Silicon Valley, den Unternehmenssuiten im Zentrum von Manhattan, den Filmstudios von Hollywood, den Werbeateliers in der Madison Avenue, in Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen, Investmentbanken, Verlagshäusern, Ingenieurbüros, Rundfunksendern, Public-Relations-Agenturen, LobbyingFirmen und so weiter

An der Peripherie, wo sich früher nur wenige Fäden schnitten, entwickeln sich neue Netze um Gruppen herum, die am meisten Wert schaffen und die talentiertesten Mitarbeiter an sich ziehen." Der Arbeitsmarkt in den reichen westlichen Ländern durchläuft weitere qualitative Veränderungen, die zu einer beständigen Abnahme von Vollerwerbsarbeitsplätzen führen. Die Produktivitätsrevolution führt zu dem beständigen Ersatz von Arbeit durch Technik, d.h. der wirtschaftliche Aufschwung der reifen Industrien, die früher die grossen Arbeitsplatzbringer waren, wie in der Chemie, der Automobilindustrie, der Elektroindustrie, dem Maschinenbau etc., hat sich nicht nur seit längerem vom Arbeitsmarkt abgekoppelt, sondern ihre Rentabilität ist im Gegenteil mittlerweile negativ aneinander gekoppelt. Die Freisetzung von Arbeitnehmern durch permanente Produktivitätssteigerungen ist zur Voraussetzung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit und ihrer Ertragsfähigkeit geworden. Diese negative Koppelung von

Produktivitätssteigerung und Arbeitslosigkeit wird in Zeiten des Wirtschaftsaufschwungs zwar gedämpft, schlägt aber in Phasen des Abschwungs regelmässig mit einem anwachsenden Sockel der Arbeitslosigkeit durch und wirkt, sofern bei kleinen und mittleren Unternehmen und in neuen Industrien oder Märkten nicht zusätzliche Beschäftigung geschaffen wird, anhaltend strukturell negativ auf die Volkswirtschaft.

Hinzu kommt eine erhebliche Steigerung der Nachfrage nach Arbeitsplätzen, denn das Aufbrechen der traditionellen Frauenrolle lässt immer mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt drängen. Mit der voranschreitenden Gleichstellung der Geschlechter wird das de facto männliche

Beschäftigungsmonopol der Vergangenheit in Frage gestellt und überwunden, was aber ganz praktisch zu einem vergrösserten Angebot an Arbeit führt. Auch wenn es immer noch vor allem gering qualifizierte Frauen sind, die die Hauptlast der konjunkturellen und strukturellen Beschäftigungseinbrueche zu tragen haben, so ist diese Entwicklung der Geschlechtergleichstellung in der Gesellschaft und damit auch auf dem Arbeitsmarkt unumkehrbar und wird sich bereits auf mittlere Sicht auch in den oberen Bereichen des Arbeitsmarktes durchsetzen. Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen auf allen Ebenen der Volkswirtschaft hat dadurch aber erheblich zu- und nicht abgenommen, und das wird langfristig auch so bleiben.

In der technisch und organisatorisch bedingten Produktivitätsrevolution verknüpfen sich die qualitativen und quantitativen Veränderungen des Arbeitsmarktes, d.h. neue Qualitäten von Technologie-, Material- und Personaleinsatz in der Wirtschaft führen zu einem Verlust an Arbeitsplätzen, so dass der vorhandene Bestand an Arbeitsplätzen durch diese Produktivitätsrevolution, sofern nicht in ausreichender Zahl neue Arbeitsplätze geschaffen werden und der Produktivitätsgewinn wenigstens teilweise in Form von Arbeitszeitverkürzungen weitergegeben wird, kontinuierlich abnehmen muss. Wenn dann noch die Nachfrage nach Arbeitsplätzen gleichbleibt oder gar steigt und zudem neue Standorte Beschäftigung durch Verlagerung von Produktionen und vor allem Investitionen abziehen, ohne dass diese neuen Märkte durch ihre Nachfrage einen entsprechenden Exportausgleich schaffen, so ist eine kontinuierlich sich vermehrende Zahl von Arbeitslosen die unabweisbare Folge, vor allem, wenn dieser Trend noch durch eine allgemeine technologisch-ökonomische und meist auch kulturell bedingte Erneuerungsschwäche verstärkt wird. Eine wirtschaftliche Produktivitätssteigerung muss dabei per se überhaupt nichts Schlechtes sein, sondern erhält meistens im Gegenteil durch die Marktkonkurrenz ansonsten gefährdete Arbeitsplätze. Erst in Verbindung mit der mangelnden Erneuerungsdynamik einer Volkswirtschaft, die keine neuen Märkte durchsetzt und folglich auch in einem negativen Saldo von verlorenen und neugeschaffenen Arbeitsplätzen hängenbleibt, wird aus der ökonomisch notwendigen Produktivitätssteigerung die Falle der strukturellen Massenarbeitslosigkeit. In genau dieser Lage befinden sich heute die meisten westeuropäischen Volkswirtschaften.

In Deutschland hat die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze allein in den wenigen Jahren von 1993 bis 1996 von 35,2 auf 34,5 Millionen Arbeitsplätze (Erwerbstätige) abgenommen, während die Zahl der nachgefragten Arbeitsplätze mit 41,8 Millionen (Erwerbspersonenpotential) konstant blieb. Die Grösse des Fehlbetrags an Arbeitsplätzen nahm demnach von 6,6 Millionen auf 7,3 Millionen zu (Arbeitslose, stille Reserve, Vorruhestand, Fortbildung und Umschulung).116 Das aktuelle Beispiel der deutschen Automobilindustrie wurde bereits weiter oben zitiert,117 die mit 4,7 Millionen produzierten Kraftfahrzeugen in 1997 fast ihren Höchststand von 1992 mit 4,9 Millionen wieder erreicht hat, nur dass sie mittlerweile 100 000 Arbeitnehmer weniger beschäftigt. Eine gleichbleibende oder gar abnehmende Zahl von Beschäftigten produziert dank der permanenten Produktivitätsrevolution immer mehr an Gütern und Dienstleistungen: "...die Arbeitsmenge, mit der das jeweilige Bruttoinlandsprodukt in Westdeutschland in den vergangenen 25 Jahren erstellt wurde, (ist) seit 1970 rückläufig. Mit rund 80 Prozent der Arbeitsmenge von 1970 konnte 1995 ein reales Bruttoinlandsprodukt von 165 Prozent (1970 = 100) erwirtschaftet werden. Alles spricht dafür, dass sich diese Entwicklung fortsetzen wird."

Die Produktivitätsrevolution in den westlichen Volkswirtschaften bringt allerdings nicht nur den Ersatz von Arbeit durch Technologie mit sich, sondern zugleich eine Neuorganisation des Einsatzes von Kapital und Arbeit in den alten Kernindustrien, deren Output durch die Mobilisierung vorhandener Produktivitätsreserven wesentlich effizienter gestaltet wird. Bisher hatten wir es bei der Analyse der Globalisierung und ihrer Auswirkung auf die Arbeitsmärkte der Ersten Welt vor allem mit dem ökonomischen Abstieg, dem "downsizing" des Faktors Arbeit zu tun. Die in den späten siebziger Jahren von

Japan ausgehende Neuorganisation der industriellen Arbeit, vor allem in der Massenfertigung hochwertiger Güter, bedeutete aber eine Aufwertung des Faktors Arbeit, auch wenn diese Aufwertung keineswegs mit einer Aufwertung des Preises und der makroökonomischen Rolle des Faktors Arbeit einherging. Angesichts der gegenläufigen Trends von Rationalisierung, ökonomischer Stagnation und eines anhaltenden, ja zunehmenden Über angebots an Arbeit hatte diese Aufwertung industrieller Arbeit für die betroffenen Beschäftigten nur den Vorteil des Erhaltes des Arbeitsplatzes, wenn überhaupt.

Dennoch ist diese qualitative Veränderung der Rolle des industriellen Arbeitnehmers im Produktivitätswettlauf der Märkte gesellschaftlich von sehr grosser Bedeutung, da sie einerseits den Arbeitsmarkt der westlichen Volkswirtschaften qualitativ radikal verändern wird und zugleich eine positive Antwort auf die strukturellen Veränderungen der Globalisierung in der Ersten Welt beinhalten kann. Wir werden später darauf zurück kommen. Die Neuorganisation der Arbeit in den alten Kernindustrien der zweiten industriellen Revolution, wie dem Maschinenbau, der Elektrotechnik und dem Automobilbau, hat nun in Verbindung mit der aus der Globalisierung hervorgehenden neuen Macht der Märkte die Rolle der abhängigen Arbeit im Kapitalismus und damit das Verhältnis von Kapital und Arbeit grundlegend verändert: "Der frühe Kapitalismus war auf Ausbeutung von Arbeit, der heutige ist auf Ausbeutung von Verantwortung ausgelegt. Früher mussten die Kollegen den Arbeitsgegenstand, jetzt müssen sie das Betriebsergebnis mitgestalten. Früher mussten sie nur mitarbeiten, jetzt müssen sie mitdenken und mitzittern.

Früher wurden sie dem Fertigungsprozess als weiteres Maschinenrad, jetzt wird der Fertigungsprozess ihrem Engagement untergeordnet. Die stets prekäre und Widerstand provozierende Fremdausbeutung wird durch das Abschöpfen von prinzipiell grenzenloser Selbstausbeutung ersetzt."

Diese Entwicklung ging Ende der siebziger Jahre von Japan aus, wo mittels neuer Management- und Organisationstechniken die Produktivität vor allem in der Massenproduktion hochwertiger Industrie- und

VerbrauchsGüter entscheidend gesteigert werden konnte, und zwar einerseits durch ein neues Verhältnis des Unternehmens zu seinen Mitarbeitern und andererseits durch eine Auslagerung ("outsourcing") zahlreicher Tätigkeiten aus dem Kernunternehmen zu Zulieferbetrieben bei gleichzeitigem Senken der Preise und damit Kosten durch den Quasi-Monopolabnehmer. Die traditionelle Arbeitsorganisation der Massenfertigung misstraute den Beschäftigten, reduzierte diese auf wenige Handgriffe, unterdrückte nahezu jegliche Eigeninitiative als systemwidrig und kontraproduktiv und errichtete zur Aufrechterhaltung dieser radikalen Arbeitsteilung ein teures Überwachungs- und Kontrollsystem von Aufsehern und Zeitnehmern. Unternehmen und

Beschäftigte standen sich im industriellen Fertigungsprozess als Gegner gegenüber, und entsprechend waren die Fabriken organisiert. Die japanische Managementrevolution der siebziger Jahre machte mit dieser Aera der kapitalistischen Massenproduktion Schluss. Die Kreativität und Intelligenz auch der gering qualifizierten Mitarbeiter in den Fabrikhallen wurden als die entscheidende Produktivitätsund Qualitätsressource entdeckt und in den Mittelpunkt dieser Neuorganisation gestellt. Arbeit in der industriellen Massenfertigung wurde nun auch in einem qualitativen Sinne verstärkt zu "Humankapital". Die Bänder wurden aufgelöst, qualitätsorientierte Arbeitsgruppen traten an die Stelle stumpfsinniger Fliessbandarbeit, und von den Mitarbeitern wurde verlangt, dass sie nicht nur ihre körperliche Kraft und ihr handwerkliches Geschick auf Zeit dem Unternehmen gegen Bezahlung zur Verfügung stellten, sondern dass sie sich faktisch wie Selbständige, die für den eigenen wirtschaftlichen Erfolg arbeiten, gegenüber dem Unternehmen verhielten und damit auch ihr ganzes geistiges und intellektuelles Know-how zur Verbesserung des Outputs des Unternehmens zur Verfuegung stellten.

"Künftige Arbeiter haben nicht für Fleiss und Korrektheit, sondern für das Resultat einzustehen. An Stelle ihrer Arbeitskraft bieten sie die Früchte ihrer Arbeit an oder legen, wie Freiberufler oder Treuhänder, ihrem Auftraggeber über ihre Ergebnisse Rechenschaft ab. Ihre Arbeitszeit wird dem geschuldeten Arbeitsprodukt folgen, nicht mehr umgekehrt. Nach Überstunden wird nicht mehr gezählt, nur noch nach dem vertretbaren Abgaberhythmus. Noch der einfachste Arbeitnehmer wird zum Lieferantenbetrieb. Das mag für die meisten Lohnabhängigen noch Zukunftsmusik oder, besser gesagt, schrilles Zukunftsgetöse sein, aber das ändert nichts daran, dass es schon sehr laut herüberschallt." Die Transformation von der Arbeitnehmer- zur

"Unternehmergesellschaft" oder auch zur "unternehmerischen Wissensgesellschaft" kündigt sich an, auch wenn es sich dabei um eine recht merkwürdige Form von "Unternehmertum" handelt, nämlich um Unternehmer ohne Eigenkapital. "Das Individuum als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge" wird allerdings nur das Leitbild einer sozialpolitischen Konterrevolution abgeben, wenn die Eigentumsfrage ausgeklammert bleibt. Unternehmertum ohne Eigenkapital ist nur eine mühselig kaschierte Form von nackter Ausbeutung.

Solange es Kapitalismus gibt - gleichgültig, ob er nun pur, staatskapitalistisch oder sozialstaatlich organisiert ist -, bleibt die Eigentumsfrage die entscheidende soziale Frage. Wem gehört der produzierte Reichtum? Und wie wird er verteilt? Der demokratische Sozialstaat hat auf die Verteilungsfrage im Kapitalismus eine Antwort gefunden, die "unternehmerische Wissensgesellschaft" steht hier noch im Obligo. Denn es gibt im Kapitalismus immer noch den entscheidenden Unterschied zwischen der "wirklichen" und der "scheinbaren" Selbständigkeit: Der Selbständige engagiert sich total mit all seinem Können und ohne Rücksicht auf seine Kräfte für seinen eigenen Aufstieg und wirtschaftlichen Erfolg.

Harte Arbeit bis hin zur Selbstausbeutung jetzt dient der Kapitalbildung, deren Erfolg morgen entsprechende Vermögenskompensationen für das Über mass an Anstrengung und Selbstausbeutung bringen soll. Für die "neue Selbständigkeit" in den Fabriken und Dienstleistungsunternehmen gilt meistens nichts dergleichen. So "zersetzt der Markt die alte 1Belegschafti und substituiert sie durch ein feingesponnenes, aber reissund schlagfestes Konglomerat von UnternehmerKonkurrenten".

In Japan gab es nun für die Belegschaften der exportorientierten Grossunternehmen quasi ein

Selbständigkeitsäquivalent. Dort basierte die Neuorganisation des Verhältnisses von Arbeit und Kapital in der grossen Industrie auf einem besonderen Vertrag, den es so nur in Japan gab: die lebenslange Beschäftigungsgarantie durch das Unternehmen. Faktisch wurden die Belegschaften durch diese Garantie lebenslanger Beschäftigung zu Teilhabern des Unternehmens, nur eben nicht in der Form von Kapitalanteilen, sondern durch die Arbeitsplatz- und damit Einkommensgarantie. Unter dem Druck der globalen Exporterfolge Japans in den achtziger Jahren wurde das japanische Produktivitätsmodell in allen westlichen Ländern übernommen, allerdings nur in seinem ersten Teil und ohne die lebenslange Beschäftigungsgarantie. Das japanische Modell hatte allerdings auch eine schlimme Schattenseite, nämlich eine gespaltene Volkswirtschaft, bestehend aus einer mit hohen Einkommen und hoher sozialer Sicherheit ausgestatteten, stark auf den Export ausgerichteten Erstweltökonomie und einer mit erbärmlichen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und kaum sozialen Sicherheiten arbeitenden Drittweltökonomie der kleinen und kleinsten Zulieferbetriebe. Das kostendrückende "outsourcing" ganzer Tätigkeitsbereiche aus den grossen Unternehmen fand vor allem in diesen Bereich hinein statt. Insofern erwies sich im japanischen Modell die

Beschäftigungsgarantie in den grossen Exportunternehmen zugleich als Ausschlussinstrument gegenüber den Beschäftigten im Sektor der Armutsökonomie, die kaum eine Veränderungsmöglichkeit hatten. Mittlerweile ist aber das japanische Modell insgesamt in eine strukturelle Krise

geraten, da bei sinkenden Erträgen und erheblich abgeflachtem Wachstum der japanischen Volkswirtschaft in den neunziger Jahren die lebenslange Beschäftigungsgarantie in der exportorientierten Erstweltökonomie nicht mehr durchzuhalten sein wird.

Von den USA ging nahezu parallel zu der japanischen Managementrevolution eine diametral entgegengesetzte Entwicklung auf den Arbeitsmärkten aus, die sich mit der von Japan herkommenden Veränderung allerdings in einem entscheidenden Punkt verband, nämlich im Vorrang einer neuen "Selbständigkeit" abhängiger Arbeit gegenüber dem traditionellen Lohnarbeitsverhältnis. Allerdings zielte die amerikanische Auflösung dieses Verhältnisses nicht zuerst auf eine Produktivitätssteigerung industrieller Arbeit (was faktisch ja eine Stärkung der verbleibenden industriellen Arbeit im Produktionsprozess qualitativ hochwertiger Massengüter bedeutet hätte), sondern vielmehr auf eine Steigerung der Kapitalproduktivität durch eine dramatische Verbilligung der industriellen Arbeit.

Diese Auflösung der traditionellen, korporatistisch durch Gesetze und Tarifverträge geschuetzten industriellen Arbeitsmärkte vollzog sich zu Beginn der achtziger Jahre am schnellsten und radikalsten in den USA und Grossbritannien. An Stelle des gut bezahlten, sozialversicherten und tarifvertraglich abgesicherten Dauerarbeitsplatzes in einem der grossen Unternehmen der Industrie oder in einer der grossen Verwaltungen traten die verschiedenen Formen von geringfuegiger Beschäftigung und Scheinselbständigkeit, von Teilzeit, Leiharbeit und Zeitarbeit. Und all diesen

Beschäftigungsverhältnissen ist das eine gemeinsam, nämlich dass sie meistens nicht dauerhaft sind, sozial zudem wenig bis gar nicht abgesichert und in der Regel erheblich geringer bezahlt

werden. Parallel dazu vollzog sich der Abbau von Industriearbeitsplätzen und der Aufbau von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor, die meistens den oben dargestellten prekären und sozial ungesicherten Jobs entsprechen. Man kann angesichts des Umfangs und der Tiefe dieser Umwälzung des traditionellen Arbeitsmarktes deshalb zu Recht von einem "neuen Arbeitsmarkt" sprechen, der zwar den Flexibilitätserwartungen einer auf Höchstproduktivität und Höchstrentabilität ausgerichteten globalisierten Wirtschaft entspricht, zugleich aber die Risiken, die Lasten und die Kosten dieser Transformation im wesentlichen allein bei den Beschäftigten ablädt.

Die USA und Grossbritannien sind bei dieser qualitativen Veränderung des Arbeitsmarktes bereits sehr viel weiter als Kontinentaleuropa, aber auch in den kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften innerhalb der EU ist dieser Umwälzungsprozess hinzu einem neuen Arbeitsmarkt bereits voll im Gange. Der alte Arbeitsmarkt zeichnet sich nach wie vor durch dramatische Verluste an Arbeitsplätzen aus, während ein Zugewinn an Arbeitsplätzen im wesentlichen nur noch unter den Bedingungen des neuen Arbeitsmarktes zu verzeichnen ist. Diese Entwicklung hin zu einer gespaltenen Ökonomie und damit auch zu einem gespalte- nen Arbeitsmarkt wird unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus in den westlichen Ländern zunehmend zur Regel werden und dabei die Arbeitswelt und mit ihr die Gesellschaften tiefgreifend verändern. Die Erwerbstätigen der in der

Vergangenheit mehr oder weniger homogenen Arbeitsgesellschaften der zweiten industriellen Revolution werden "in einer bisher nicht gekannten Weise in Gewinner und Verlierer aufgesplittet werden. Parallel zur Demokratisierung des Kapitalistenstatus wird die (gewiss schon jetzt alles andere als homogene) Arbeitnehmerschaft endgültig zwischen aristokratisierenden und plebejisierenden Trends zerrissen."

Die sich globalisierenden Ökonomien der westlichen Welt entledigen sich also mehr und mehr der klassischen Lohnarbeit und damit auch jenes Gesellschaftsvertrages, der diesem Verhältnis seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zugrunde liegt. Die Beschäftigten in diesem neuen Kapitalismus werden zunehmend als Unternehmer behandelt, d.h. sie werden aus der Sicherheit kollektiver Arbeitsverträge in die Vereinzelung des Wettbewerbs von scheinbar Selbständigen entlassen, nur dass sie dabei auf nahezu aussichtslose Wettbewerbsbedingungen treffen. Ihre lichte Zukunft erinnert dabei an die finsterste Vergangenheit, denn ihr Schicksal ähnelt dem jener leibeigenen und zugleich landlosen Bauern in Europa vor 200 Jahren, die nach ihrer gesetzlichen Freilassung ohne Land, Werkzeuge und Saatgut und mit nichts als ihrer Arbeitskraft dastanden und sich als Tagelöhner und später als ungelernte Lohnarbeiter in der entstehenden grossen Industrie der Städte verdingen mussten.

Statt Eigenkapital bleibt nach der modernen Entlassung des Lohnarbeiters in die Freiheit der Selbständigkeit nach wie vor nur die eigene Arbeitskraft, allein deren Rechtsform hat sich geändert. Diese "Scheinselbständigkeit" hilft den Unternehmen,

Lohnkosten und Sozialabgaben zu sparen, also Kosten zu Lasten des Sozialstaates zu senken, aber faktisch läuft diese Entwicklung meistens lediglich auf eine gesteigerte Form von Ausbeutung, nämlich auf die Selbstausbeutung ohne Chance zur Kapitalbildung hinaus. Der proletarisierte Unternehmer löst den Lohnarbeiter oder Angestellten ab, und dies ist kein Fortschritt und schon gar keine Emanzipation des Erwerbstätigen, sondern vielmehr ein gewaltiger Rückschritt. Damit

taucht eine neue soziale Frage auf, nämlich ob diese Entwicklung in einer neuen Ausbeutungsform enden wird, oder ob, und wenn ja, wie und in welcher Form aus dieser Scheinselbständigkeit proletarisierter Unternehmer eine wirkliche

Selbständigkeit entstehen kann, d.h. eine wirkliche Vergesellschaftung der Unternehmerrolle.

Dies ist eine politische Frage und nur an zweiter Stelle eine Frage der Ökonomie. Denn ein Zurück zu dem alten Normarbeitsverhältnis als dem gesellschaftlich

dominierenden Arbeitsverhältnis wird es kaum geben, da dessen materielle Bedingungen in den westlichen Volkswirtschaften prekär geworden oder zum Teil schon völlig weggebrochen sind. Wenn man also einerseits an diesen neuen Entwicklungen des Arbeitsmarktes nichts wirklich Grundlegendes ändern kann, ohne nicht erneut und massiv in die Falle einer wachsenden strukturellen Arbeitslosigkeit zu geraten, und wenn man andererseits diesen neuen Arbeitsmarkt, angesichts der ihm innewohnenden geringen sozialen Absicherung und der sich daraus ergebenden beträchtlichen politischen Risiken, nicht einfach hinzunehmen bereit ist, so wird man den Kampf um die Durchsetzung wirklicher Selbständigkeit für die Masse der neuen Klein- und Kleinstunternehmer in der "unternehmerischen Wissensgesellschaft" aufnehmen müssen. Und die wirkliche Selbständigkeit fängt bei der Bildung von Eigenkapital an. Hier öffnet sich also ein völlig neues Kapitel sozialer Emanzipation unter den Bedingungen des sich globalisierenden Kapitalismus, und ihre erfolgreiche Durchsetzung wird ähnlich harter Kämpfe und eines vergleichbaren langen Atems bedürfen, wie es zur Herausbildung des demokratischen Sozialstaats der Arbeitsgesellschaft erforderlich war.

Die Krise der Arbeit in den westlichen Volkswirtschaften hat viele Facetten, und doch fokussiert sie sich in letzter Konsequenz immer auf die Auflösung jenes sozialstaatlichen Gesellschaftsvertrages der kapitalistischen Arbeitsgesellschaften, der eine gesellschaftlich akzeptierte Verteilung des

erwirtschafteten Reichtums und seiner Zuwächse zwischen Kapital und Arbeit regelt. Und genau darin liegt das gewaltige Problem, das die Linke intellektuell normativ und politisch-praktisch mit der Globalisierung hat. Die Grundlage des sich auflösenden industriellen Gesellschaftsvertrages war eine Arbeits- und Unternehmenskultur, die auf dem männlichen Vollzeitarbeitsplatz in den klassischen Grossunternehmen beruhte, der einigermassen krisenfest war, gesetzlich und tarifvertraglich geschuetzt wurde und durch dessen wachsendes Lohneinkommen nicht nur ganz entscheidend die Finanzkraft des Staates bestimmt wurde, sondern darüber hinaus auch die gesetzliche Arbeitslosenversicherung, die gesetzliche Krankenversicherung und vor allem das gesetzliche Rentensystem. Dieser Vollzeitarbeitsplatz oder Normarbeitsplatz war und ist also das entscheidende

Fundament für die sozialen Sicherungssysteme und den Generationenvertrag und dessen umlagenfinanziertes Rentensystem, wie wir es in der Bundesrepublik Deutschland kennen. Er ist der archimedische Punkt, an dem nahezu ausschliesslich die Finanzierung des ganzen uns so wohlvertrauten Sozialstaatsmodells hängt, die, zumindest in den meisten Mitgliedstaaten der EU, nahezu ausschliesslich von den Arbeitseinkommen der Normarbeitsverhältnisse erbracht wird.

Einige skandinavische Sozialstaaten haben allerdings recht früh auf eine Steuerfinanzierung der sozialen Sicherung gesetzt, was dort zu erheblich höheren Steuerlasten und vor allem sehr viel höheren Mehrwertsteuersätzen geführt hat, die in diesen Ländern von einer breiten Bevölkerungsmehrheit auch akzeptiert werden. Angesichts der anhaltenden Krise der Arbeit ist in der gesamten Europäischen Union ein allgemeiner Trend hin zu einer verstärkten Steuerfinanzierung der Alterssicherung und der Kosten der Arbeitslosigkeit festzustellen, da die Einnahmeseite ansonsten in einem nicht vertretbaren Masse erhöht werden müsste. Allerdings darf man jenseits der skandinavischen Länder die Akzeptanz für höhere Steuersätze zur Finanzierung der Alterssicherung und die Mehrheitsfähigkeit dieser Strategie keineswegs als gesichert betrachten, geschweige denn, dass es dafür einen langfristigen gesellschaftlichen Konsens gäbe. Die Konsequenz aus der zunehmenden Verlagerung der Kosten der sozialen Sicherung in die Steuerfinanzierung wird folglich sein, dass die sozialen Sicherungssysteme immer mehr in die politische Kontroverse um Steuersenkungen und den Ausgleich des Staatshaushaltes hineingezogen werden. Und so ist heute schon politisch absehbar, dass eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme allein, zumindest in Deutschland, keine dauerhafte Alternative sein kann, denn auch von dieser Seite her wird deren Finanzierung bei abnehmender Finanzkraft der öffentlichen Hände und einem verschärften Verteilungskampf um die Steuerressourcen des Staates unter einen erheblichen politischen Druck geraten.

Wenn die Zahl der Beschäftigten in diesen möglichst ein ganzes Arbeitsleben dauernden Normarbeitsverhältnissen abnimmt - und exakt auf eine solche vierzigjährige Beitragsbiographie sind zum Beispiel die Beitragsberechnungen des umlagefinanzierten deutschen Rentensystems noch heute ausgelegt, obwohl diese langen Beitragsbiographien bereits heute in der Realität der Arbeitswelt kaum mehr die Regel verkörpern -, dann ist es nur eine Frage der kleineren Mathematik, bis die von diesen abnehmenden Beiträgen abhängenden sozialen Sicherungssysteme in eine schwere Finanzierungskrise geraten müssen. Wenn dann noch die rueckläufigen Rentenversicherungsbeiträge auf eine parallel dazu langfristig ansteigende Nachfrage nach den Leistungen dieser Systeme stossen, bedingt durch beschäftigungspolitisch gewünschte Frühverentungen und die allgemeine demographische Entwicklung, so muss diese Finanzierungskrise sehr schnell einen existenzbedrohenden Charakter annehmen. Die sich dramatisch öffnende Schere zwischen diesen beiden langfristigen Trends von sinkenden Einnahmen und wachsenden Ausgaben macht eine grundsätzliche Reform zur Abwehr einer politisch hochriskanten Krise des gesetzlichen Rentensystems unaufschiebbar. Bleibt man nun aus politischen Gruenden bei der notwendigen Reform angesichts dieser strukturellen Krisenkonstellation allein innerhalb des bestehenden umlagefinanzierten Rentensystems, so wird man in absehbarer Zukunft, ohne eine dramatische Vermehrung von beitragszahlenden Normarbeitsplätzen bei einem anhaltend hohen jährlichen Wirtschaftswachstum über mehrere Jahre hinweg, zwischen der Alternative Altersarmut oder übermässig hoher Beitragssätze wählen müssen. Diese Alternative wird sich allerdings für den zukünftigen Sozialstaat als die klassische Negativalternative zwischen Pest und Cholera erweisen, da beide Alternativen einen schweren Verteilungskonflikt zwischen den Generationen auslösen werden, und ein solcher Generationenkonflikt wird den Zusammenhalt der Gesellschaft und die Sozialstaatlichkeit massiv in Frage stellen.

Der Zufall der Geschichte will es nun einmal so, dass die oben beschriebenen radikalen Veränderungen des Arbeitsmarktes mit einem erheblichen und langfristig anhaltenden Anwachsen

des Rentneranteils an der Gesamtbevölkerung einhergeht, bedingt durch eine gestiegene Lebenserwartung und den absehbaren Renteneintritt der geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge zwischen 1950-1968 in den westlichen Industrienationen. Erst in der Verbindung der strukturellen Ursachen der Krise der Arbeit und der demographischen Über alterung der westlichen Gesellschaften, ebenfalls ein langfristiger struktureller Faktor, wird das eigentliche Drama des klassischen Sozialstaats in seinem ganzen Ausmass sichtbar. Der Zusammenbruch des sozialstaatlichen Gesellschaftsvertrags und die damit einhergehende Krise der Arbeit bedrohen ganz unmittelbar auch den sozialstaatlichen Generationenvertrag, denn der eine wird ohne den anderen dauerhaft nicht zu halten sein, weil mit dem Wegbrechen des Gesellschaftsvertrags auch die alles entscheidende Finanzierungsgrundlage des Generationenvertrags zertrümmert wird. Und genau deshalb führt die gegenwärtige Krise der Arbeit direkt in eine Krise der Renten und des Gesundheitssystems, denn in alternden Gesellschaften wird nicht nur der Anteil der Renten am jährlich zu verteilenden Kuchen des Bruttoinlandprodukts zunehmen, sondern auch die Gesundheitskosten für diesen stetig wachsenden Anteil der Ruheständler an der Gesamtbevölkerung werden steigen.

Wie werden also zukünftig die Lasten in einer überalternden Gesellschaft verteilt werden? Zu Lasten der Alten in Form von zukünftiger Altersarmut? Zu Lasten der Jungen durch zu geringe Investitionen in ihre Ausbildung und Zukunft? Zu Lasten der arbeitenden Generation durch zu hohe Beitragslasten für die Alten? Wird also der Verteilungskonflikt der Zukunft in den überalternden westlichen Gesellschaften der Konflikt zwischen den Generationen sein? Oder wird es statt dessen einen neuen Generationenvertrag geben, der diesen Konflikt vermeidet, indem er die absehbaren Lasten gerecht zwischen den Generationen verteilt und zugleich die Grundlage für eine umfassende Neugestaltung der Alterssicherung bildet? Von der Beantwortung dieser Fragen wird die Zukunft des westlichen Sozialstaats im 21. Jahrhundert ganz entscheidend abhängen. Eine positive Lösung der strukturellen Krise des sozialstaatlichen Rentensystems bedarf allerdings auch einer strukturellen Antwort, die angesichts der qualitativen Veränderungen der Arbeitsmärkte kaum mehr allein innerhalb des

bestehenden Rentenfinanzierungssystems zu finden sein wird. Diese tiefe Krise macht die Konstruktion eines neuen Gesellschaftsvertrags unabweisbar, der als eines seiner vordringlichsten Ziele die wirtschaftlichen Grundlagen zur Finanzierung dieses neuen Generationenvertrages sichern müsste, denn die Finanzierung des Generationenvertrages und damit eine neue Architektur der demographischen

Verteilungsgerechtigkeit bleibt der alles entscheidende politische Punkt.

Aufgrund der oben beschriebenen langfristigen Trends von Bevölkerungsentwicklung und Veränderungen des Arbeitsmarktes wird die Frage der Alterssicherung in Zukunft eine der sozial und machtpolitisch bedeutsamsten Fragen der alternden westlichen Gesellschaften werden - weitaus brisanter noch, als dies bereits heute der Fall ist -, denn an der Sicherheit der Renten und an dem diese garantierenden Generationenvertrag hängt nicht nur die Zukunft von zig Millionen heutiger und kommender alter Menschen, sondern dieser Vertrag macht den Kern des sozialstaatlichen Selbstbewusstseins der westeuropäischen Gesellschaften aus. Das Für einandereinstehen der Generationen, die demographische Solidarität, bedeutet für den Zusammenhalt der westeuropäischen Gesellschaften wesentlich mehr als nur die Grösse und die

Sicherheit der gesetzlichen Rente, so wichtig diese gewiss auch immer ist. Im Generationenvertrag realisiert sich darüber hinaus vor allem das solidarische Grundprinzip des sozialstaatlichen Gesellschaftsentwurfs der westlichen Kontinentaleuropäer, und damit hängt an ihm die sozialstaatliche Systemfrage schlechthin. Ralf Dahrendorf hat auf die Bedeutung dieses nicht unmittelbar sichtbaren politisch-psychologischen Hintergrundtextes des Generationenvertrages zu Recht hingewiesen: "Nach meiner Auffassung ist eines der grossen Probleme der meisten kontinentalen Länder, dass in ihnen der Generationenvertrag als Prinzip ein Grundelement des sozialen Zusammenhalts ist. Wenn man das Prinzip aufgäbe, würde man damit viel mehr zerstören als sich ablesen lässt am Schicksal von Individuen. In Grossbritannien ist der Teil des Wohlfahrtsstaates, der am wenigsten eingeschränkt werden darf, ohne die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts zu riskieren, der nationale Gesundheitsdienst, also der Vertrag zwischen den Kranken und den Gesunden."

Die Beantwortung der Krise des Generationenvertrages durch seine nachhaltige Neugestaltung wird also nicht nur über dieAlterssicherheit der kommenden Rentnergenerationen entscheiden, sondern darüber hinaus über die Zukunftsfähigkeit des westeuropäischen Sozialstaates als solchem. Und an diesem hängt wieder ganz entscheidend die Stabilität des demokratischen Systems. Und da der Generationenvertrag unmittelbar mit den Arbeitseinkommen und deren zukünftiger Entwicklung verknüpft ist, wird sich die Krise der Renten ohne eine Lösung der Krise der Arbeit nicht bewältigen lassen. Und so schliesst sich der Kreis der Herausforderungen der westlichen Gesellschaften durch die Revolution der Globalisierung: Die sinkende Macht des Staates, die neue Macht der Märkte, die Krise der Arbeit und der sozialen Sicherung, der Verlust des alten Gesellschaftsvertrages und die Drohung eines neuen "alten" Klassenkampfes entlang der Eigentumsund Verteilungsfrage und eines neuen Generationenkampfes und damit einhergehend das grosse Risiko von politischer Instabilität, bedingt durch ein Zerbrechen des sozialen Grundkonsenses - diese gegenwärtig in allen westeuropäischen Gesellschaften feststellbaren Krisenphänomene, die sich zutreffend unter dem Begriff der "Globalisierungskrise" zusammenfassen lassen, machen das ganze Ausmass und den grundsätzlichen Charakter des strukturellen Erneuerungsbedarfs sichtbar. Ein weiteres Mal sei daran erinnert, dass wir uns mitten in einer Revolution befinden, die revolutionäres Handeln erfordert, ja erzwingen wird. Entweder handeln politische Mehrheiten, oder aber die Verhältnisse werden die Veränderungen gegen den Willen der Beteiligten erzwingen, freilich dann zu grösseren Kosten, Risiken und Opfern. In den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Antworten auf diese Krise wird sich entscheiden, ob die europäischen Nationalstaaten am Ende dieser Globalisierungsrevolution, in zwei Jahrzehnten etwa, ihre soziale Demokratie durch Anpassung und Neugestaltung an die globale Ökonomie und einen beschleunigten europäischen Integrationsprozess erhalten und verteidigen konnten oder ob dieser Kontinent ökonomisch und politisch zurück fallen und sich damit erneut in den Minenfeldern seiner selbstzerstörerischen Vergangenheit verirren wird.

Liberte, Egalite, Fraternite Oder Der neue Gesellschaftsvertrag

Wirtschaft findet nicht in einem politikfreien Raum statt. Im Gegenteil, sie ist das Abbild der politischen Verhältnisse."

Neue Zürcher Zeitung

Von wegen "Ende der Geschichte" ! Wer sich heute die Welt anschaut, der wird feststellen, dass wir ganz im Gegenteil nach dem Ende des Kalten Krieges und seiner bipolaren Weltordnung wieder in sehr historischen Zeiten leben. Weltweit ist durch diese Zäsur eine gewaltige Veränderungsdynamik freigesetzt worden, die kaum eine Gesellschaft, egal auf welchem Kontinent und gleich in welcher Ordnung organisiert, unverändert lässt. Und dieser historische Veränderungsdruck macht das eigentliche Wesen der Globalisierung aus, denn die politischen Systeme, die strategischen Buendnisse, die Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme sind dadurch weltweit in Bewegung geraten und suchen neue Standorte, neue Gleichgewichte und neue Stabilität unter sich dramatisch verändernden Bedingungen. Die globale Geographie der Macht wird neu bestimmt, dabei spielen Ökonomie und Technologie die Hauptrolle und drängen die klassischen machtpolitischen Faktoren wie Territorium, Bevölkerung, Militär und Bündnisse in den Hintergrund.

Noch vor anderthalb Generationen wäre diese Phase eines globalen Umbruchs hin zu einer neuen Weltordnung die typische Zeit für äussere Kriege und innere Revolutionen, für neue totalitäre Ideologien und Massenbewegungen gewesen, auch und gerade im reichen Westen, wie sie Europa ja in der Zeit zwischen den beiden grossen Weltkriegen erlebt hat. Heute ist in den wichtigsten Staaten des Westens davon (noch?) nichts zu spüren oder gar zu sehen. Die gesellschaftlichen Widersprüche, deren Konfliktpotentiale wohl eher im Quadrat zugenommen haben, denn dass sie sich verringert hätten, scheinen sich in ihren traditionellen machtpolitischen und ideologischen Formen nicht artikulieren zu können, und ganz offensichtlich haben sich hier politische Formveränderungen durchgesetzt, die noch kaum begriffen, geschweige denn in ihren Auswirkungen tatsächlich verstanden worden sind.

So spielt etwa für das Verschwinden des Grossen Krieges zwischen den wichtigsten Mächten zum einen dessen Nichtführbarkeit aufgrund der gegenseitigen thermonuklearen Massenvernichtungsmöglichkeit eine entscheidende Rolle - und insofern wirkt auch gegenwärtig noch derselbe Mechanismus der gegenseitigen Abschreckung fort, der bereits den Kalten Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion zu einem "kalten", d.h. nicht mehr aus- geschossenen Krieg gemacht hat und der deshalb auf Ersatzfeldern ausgekämpft werden musste -, aber ganz gewiss sind ebenso die Öffnung der Grenzen für den internationalen Waren- und Kapitalverkehr und die damit einhergehende enge Verflechtung der wichtigsten und mächtigsten Volkswirtschaften dieser Erde in der Triade USA, Europa und Japan von entscheidender Bedeutung. Hinzu kommt als

bedeutsamer dritter Faktor das definitive Ende der realexistierenden Systemalternativen zum westlichen Kapitalismus.

Es gibt heute keine wirklich massenwirksame militantautoritäre Ideologie mehr, die die gegenwärtige Globalisierungskrise durch eine radikale Alternative zum marktwirtschaftlichen Kapitalismus des Westens zu nutzen und damit auf schlimme Weise zu strukturieren in der Lage wäre, wie dies sowohl der Bolschewismus als auch der Faschismus/Nationalsozialismus in den zwanziger und dreissiger Jahren in Europa vermocht hatten. Rein machtpolitisch gesehen scheint gegenwärtig nicht die Ideologie zu zählen, sondern allein der technologische und ökonomische Erfolg einer Gesellschaft, und hierbei geben die offenen, demokratisch verfassten kapitalistischen Gesellschaften des Westens ganz eindeutig den Takt vor, denn sie sind nicht nur die "Erfinder" des marktwirtschaftlich-demokratischen Kapitalismus, sondern kraft ihrer Tradition auch kulturell, normativ und institutionell am besten auf dessen beschleunigten technisch-sozialen Wandel und auf die möglichst effiziente Umsetzung von Wissen und Technologie in Macht und ökonomischen Erfolg ausgerichtet. Die permanente, scheinbar nicht aufhaltbare ökonomische und technologische Mobilisierung scheint die ideologische und machtpolitische Mobilisierung als dynamische Motoren der Krise in den postmodernen Gesellschaften abgelöst zu haben.

Der Nationalismus als massenwirksame Ideologie verfügt zwar nach wie vor über ein sehr grosses Zerstörungs- und Chaospotential, und dies gilt auch für einen wie sich auch immer theologisch begründenden Fundamentalismus, aber diese beiden verbliebenen autoritären und antidemokratischen Ideologien der Gegenwart vermögen keine positive Vision, geschweige denn auch nur noch den Anschein von Lösungen für die aktuelle Krise der postmodernen Welt zu formulieren. Ihre Unfähigkeit zur Alternative macht in der Gegenwart ihre Rückständigkeit und Rückwärtsgewandtheit im jetzigen Modernisierungsumbruch aus, was sie zwar alles andere als ungefährlich macht, gleichwohl ihnen aber die historische Kraft zu einer die Massen bewegenden und überzeugenden Antwort für die Zukunftsgestaltung genommen hat. Beim Bolschewismus und Faschismus der zwanziger Jahre war dies völlig anders gewesen. Lange Zeit schienen Stalins Sowjetunion, Mussolinis Italien und Hitlers Deutschland echte und sogar erfolgreichere Modernisierungsalternativen zu den demokratischen Marktgesellschaften des Westens zu sein, die nicht nur die Massen bewegten, sondern auch in wichtigen Teilen der westlichen Intelligenz eine breite und überzeugte Anhängerschaft fanden.

Je näher man sich nun mit der Globalisierung und der damit einhergehenden gegenwärtigen gesellschaftlichen Krise beschäftigt, desto mehr verdichtet sich der Eindruck, dass wir Zeitgenossen noch mit grossen Verständnisproblemen vor der ersten postmodernen Revolution der Geschichte stehen und verzweifelt versuchen, diese mit unseren traditionellen Denkmustern, Begriffen und Erfahrungen des zu Ende gehenden europäischen 20. Jahrhunderts zu verstehen. Wir sind gegenwärtig ganz ohne jeden Zweifel Zeugen einer tiefgreifenden Umwälzung, was die Macht-, die Produktions-, die Lebensverhältnisse, die Strukturen, Normen, Institutionen und Kulturen der unterschiedlichsten Gesellschaften rund um den Globus betrifft, die in ihrer Wirkungsmächtigkeit keinen Vergleich mit den grossen Revolutionen der Moderne zu scheuen braucht.

Bei der Globalisierung lässt sich durchaus von einer "kapitalistischen Weltrevolution" sprechen, die ironischerweise der revolutionäre Kommunismus zwar immer postuliert, letztendlich aber niemals zuwege gebracht hatte. Zugleich aber, und dies ist zumindest in den reichen westlichen

Industrienationen ein beherrschender Wesenszug dieser kapitalistischen Weltrevolution, bleiben die meisten Fassaden der vierzigjährigen Stabilitätsphase erhalten - kein Umsturz von Machthierarchien, Verfassung, Rechts- und Eigentumsordnung, statt dessen eine grosse institutionelle Kontinuität in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft -, während darin und dahinter allerdings Schritt für Schritt und scheinbar unaufhaltsam das Oberste zuunterst gekehrt wird. Zwischen den wichtigen Mächten schlagen keine grossen Armeen mehr aufeinander ein, keine Länder werden mehr militärisch verheert, keine Städte gehen mehr in Flammen auf, und dennoch versinken auch in der Gegenwart noch ganze Weltreiche und entstehen lautlos, und ohne dass ein Schuss fällt, neue Mächte.

In der Globalisierungsrevolution gelten andere Gesetze und wirken andere Mächte. Was früher die Armee war, ist heute die Währung geworden, Schlachten werden mittels Wechselkursen und Kreditratings geschlagen, die postmodernen Kriege werden durch Kredit- und Investitionsentscheidungen und die Grösse der jeweiligen finanziellen Ressourcen entschieden. Dies gilt für das internationale politische System wie für die Weltwirtschaft gleichermassen, für die innergesellschaftliche Entwicklung ebenso wie für die Zukunft ganzer Industrien und bedeutender globaler Grossunternehmen. Die postmoderne Revolution kennt ganz offensichtlich nicht mehr den Zustand der alles zerstörenden klassischen Revolutionen, einer brutalen tabula rasa und des sich daran anschliessenden Neuaufbaus, sondern sie findet in der inneren, gleichwohl überaus radikalen Verwandlung der vorhandenen Strukturen, Institutionen, Mächte und Normen statt. Nicht Abriss und Neubau, sondern ein qualvoll langer Umbau der vorhandenen Bausubstanz wird die Perspektive der postmodernen Revolution sein, und dies gilt nicht nur für die einzelnen Gesellschaften, sondern für die Modernisierung der Weltordnung insgesamt.

Die schlichte Grösse der Menschheit, aber auch die Reichweite ihrer technologischen Mittel und Möglichkeiten und die ökologische Vorlast nach knapp zweihundert Jahren Industrialisierung lassen heute, global gesehen, einen die Natur und die Zukunft fast gewalttätig bezwingenden Fortschrittsoptimismus, wie er noch die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts von ganz links bis ganz rechts, quer durch das intellektuelle und politische Spektrum, beherrscht hatte, nicht mehr zu. Der postmoderne Dreiklang der Krise der ostasiatischen Tigerstaaten im Herbst/Winter 1997 machte dies auf höchst drastische Weise klar: Finanzkrise, Umweltkatastrophe und Unterdrückung der Menschenrechte - zusammengenommen nichts weniger als "bad governance" , schlechte Regierung also - waren dabei untrennbar als Krisenursachen miteinander verflochten. Und exakt dieser Dreiklang demonstriert auf sehr fatale Weise, dass es sich bei dieser Krise nicht nur um ein Versagen der Ökonomie, sondern vielmehr auch um das Ergebnis des Fehlens eines funktionalen globalen Ordnungsrahmens für die internationalen Finanzmärkte und damit ebenfalls um ein sehr schweres Politikversagen gehandelt hat.Die Krise der "Tiger" demonstriert sehr drastisch, dass das Verschwinden der nationalen Finanzkartelle, bestehend aus Politik und Finanzsystem der jeweiligen Nationalstaaten, auch ein Verschwinden des Stabilitätsankers dieser Kartelle für die Weltwirtschaft bedeutet. Der Übergang zu einer verstärkten nationalen und vor allem internationalen Kapitalmarktfinanzierung der Weltwirtschaft ohne neue, national wie international wirkende politische Sicherungen und Regulierungen - vor allem klare Transparenzregelungen, die wiederum ohne einen funktionierenden demokratischen Verfassungsstaat nicht zu haben sein werden, und eine entsprechende institutionalisierte Risikobeteiligung privater Investoren im Falle öffentlich notwendiger Stuetzungsinterventionen - macht diese Märkte allerdings über kurz oder lang zu einem reinen Vabanquespiel für die Weltwirtschaft, denn die Märkte und das "Herdenverhalten" der

Investoren neigen zu Fehlallokationen und damit zu spekulativ verursachten Crashs. Eine der Asienkrise entsprechende Fehlallokation der internationalen Finanzmärkte kann aber eine Weltwirtschaftskrise mit katastrophalen Folgen auslösen, und dieses Risiko kann und darf die internationale Staatengemeinschaft allen Ernstes weder akzeptieren noch gar eingehen.

Gewiss zeigt die Krise der ostasiatischen "Tiger" vor allem auch die extreme Kurzsichtigkeit der internationalen Kapitalmärkte gegenüber den fatalen Folgen einer versagenden Politik. Wenn die internationale Investorenherde sich erst einmal zu einem Standort in Bewegung gesetzt hat, will sie vor allem nur ihre eigenen Erwartungen sehen, und so sahen alle "Märkte", sprich alle klugen und teuren Experten der Banken, Investmentfonds, Ratingagenturen und internationalen Organisationen vor allem nur das, was sie sehen wollten, nämlich scheinbar hervorragende Investitionsbedingungen und das Versprechen auf zukunftsfähige riesige Märkte und maximale Kapitalerträge. "Das asiatische Wirtschaftswunder ist zusammengebrochen, für die allermeisten Beobachter ebenso überraschend und schnell wie seinerzeit die Sowjetunion. Weder Weltbank noch Internationaler Währungsfonds (IWF) haben das Desaster kommen sehen..." Dass dieser Boom nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial und ökologisch auf haarsträubend schlechte Bedingungen gegründet war, wollten die westlich dominierten Finanzmärkte nicht sehen, genausowenig wie man die Entwicklungsrisiken Chinas bis heute nicht wirklich zur Kenntnis nehmen will. Die internationalen Investoren sehen dort nur einen potentiell riesigen Markt, auf dem man unbedingt dabei sein will und dabei sein muss, die nicht minder grossen Risiken, die sich vor allem aus der brutalen Unterdrückung und Ausbeutung von Hunderten von Millionen Menschen und aus den völlig ungelösten demokratisch-politischen und ökonomisch-sozialen Transformationsproblemen der chinesischen Diktatur ergeben, ignoriert man schlicht oder tut sie als schlechtes menschenrechtliches Gewissen ab. Die Märkte frönen einem scheinbar abgebrühten und zynischen Realismus, der in Wirklichkeit aber blosses Wunschdenken und nicht die schonungslose Analyse der Fakten zu seiner Grundlage hat. Und dabei verschliesst man vor den ökonomischen, sozialen und ökologischen Folgen einer völlig ausser Rand und Band geratenen Wachstumspolitik und den daraus erwachsenden massiven Investitionsrisiken massiv die Augen, bis die Kurse kollabieren und die Investments abgeschrieben werden müssen. So kam es, wie es kommen musste: Die Märkte reagierten entlang falscher Rahmenbedingungen, die in den Tigerstaaten politisch geduldet, ja zu weiten Teilen mit repressiven Methoden sogar erzwungen worden waren, so lange in die falsche Richtung, bis die in der gesamten Region schnell aufgebauten Über kapazitäten zusammenbrachen, vor allem durch den starken Dollar, der die daran gebundenen 1Tigeri-währungen in die Überbewertung führte und sie damit zum Objekt spekulativer Angriffe machen musste. Weitere Faktoren waren eine zu hohe Auslandsverschuldung, Leistungsbilanzdefizite, eine irreale Immobilienspekulation, Vetternwirtschaft und Korruption und ein nur mässig kontrolliertes und nahezu intransparentes Bankensystem. Der finanzwirtschaftliche Zusammenbruch der asiatischen Tigerstaaten gewinnt seine wirkliche Gefahr für die Weltwirtschaft aber vor allem in Verbindung mit einer tiefen strukturellen Krise Japans, der zweitgrössten Volkswirtschaft der Welt, deren Bewältigung die japanische Volkswirtschaft und Gesellschaft tief erschuettern wird und die für das japanische Bankensystem nicht nur fundamentale qualitative Reformen notwendig macht, sondern auch einen gewaltigen Wertberichtigungsbedarf nach unten mit sich bringt, der weitere dramatische Zusammenbrueche von Banken, Investmenthäusern und anderen Firmen nach sich zu ziehen droht.

So schnell also können die Träume von einer schönen neuen Welt sich selbst regulierender globalisierter Märkte und neuer Wachstumsregionen platzen, nur dass daraus eine wirkliche Weltwirtschaftskrise mit all ihren katastrophalen politischen Folgewirkungen entstehen kann. Mit dem Zusammenbruch der "Tiger" wird eine Trendwende in der Globalisierung beginnen, die eine internationale politische Regulierung dieses Prozesses einleiten wird, denn das Risiko, das aus den sich selbst überlassenen globalisierten Finanzmärkten für die Stabilität der Weltwirtschaft und des internationalen politischen Systems erwächst, erweist sich einfach als viel zu gross. Zudem werden die Steuerzahler der westlichen Demokratien eine Arbeitsteilung nicht akzeptieren, welche die Risiken der internationalen Spekulation im Krisenfalle durch den IWF und andere Institutionen und Massnahmen sozialisiert, ansonsten aber die Investoren munter und uneingeschränkt weitermachen lässt.

Deshalb hat die ökonomische Malaise Ostasiens unter all den vielen schlechten Botschaften auch eine gute: Die bis an den Rand des Zusammenbruchs von Währungen und Volkswirtschaften führende Krise zeigt, dass bei aller Bedeutung von Ökonomie und Technologie im Zeitalter der Globalisierung letztendlich doch die Gestaltungskraft der Politik für den ökonomischen Erfolg entscheidend ist. Mit dem Scheitern des sogenannten "asiatischen Modells" ist auch die ökonomistische Verkürzung oder gar die autoritäre Interpretation der Globalisierung gescheitert, für die es ja gerade in westlichen Unternehmerkreisen viel und oft nur mühselig verborgene Sympathie gab. Aber diese Krise zeigt, dass Demokratie und funktionierende demokratische Institutionen die unverzichtbare Voraussetzung für eine nachhaltige Investitionssicherheit und die Stabilität der Märkte gerade im Zeitalter der Globalisierung sind. Ohne "gute" und d.h. ohne eine den Prinzipien der Gewaltenteilung, der demokratischen und öffentlichen Kontrolle und des Rechtsstaates verpflichtete Politik können auch die zentralen Subsysteme der aktuellen Globalisierungsdynamik, nämlich Ökonomie und Technologie, nicht funktional und d.h. erfolgreich arbeiten, sondern drohen vielmehr, mittel- bis kurzfristig ein Desaster anzurichten. Damit gewinnt die Globalisierung aber eine völlig neue und für die demokratische Linke des Westens hochinteressante Dimension. Freilich ist die weitgehende Verlagerung von politischer Macht in die Subsysteme von Ökonomie und Technologie auch in dieser Krise mit den Händen zu greifen. Die Schlachten des 21. Jahrhunderts werden ökonomisch und technologisch geschlagen, und das wird beide, Politik und Wirtschaft, substantiell verändern. Anders gesagt: Vieles, was man gegenwärtig noch in scheinbar politisch harmlos daherkommender Ökonomensprache als "die Märkte" bezeichnet, ist mittlerweile ja zur Huelle einer fast klassisch zu nennenden Machtpolitik geworden, und auch hierin erweisen sich die USA ein weiteres Mal als die entscheidende Supermacht des beginnenden 21. Jahrhunderts. Gewiss waren auch in den vergangenen Epochen des internationalen Kapitalismus "die Märkte" niemals politikfrei und politikfern, ganz im Gegenteil. Aber die klassische Machtpolitik spielte noch eine eigenständige, ja meistens die entscheidende Rolle, denn die Akkumulation von Macht bediente sich der Ökonomie, fand in dieser aber nicht ihren eigentlichen Zweck. Erst der Kalte Krieg mit seinem Zwang zu den nichtmilitärischen "Schlachtfeldern" der Systemfrage leitete hier eine strategische Kehre ein. Die postmoderne Revolution der Globalisierung macht diese traditionelle Unterscheidung von Märkten und nationaler Macht- und Interessenpolitik fast nicht mehr möglich, da sich die politische Macht und ihr strategisches Potential nicht mehr

überwiegend in eigenständigen Kategorien artikulieren können, sondern dies heute unmittelbar in ökonomischtechnologischen oder kulturell-kommunikativen

Kategorien tun: Finanzkraft, Kapitalausstattung, Währungsstärke, Technologieentwicklung und, alles zusammenbindend und machtpolitisch in den Analysen meist gnadenlos unterschätzt, die kulturell-kommunikative Hegemonie von Software, Medien, Unterhaltung, Warenästhetik, Konsumkultur, Sprache und Werten.

Peter Sloterdijk hat diesen Transformationsprozess von der Moderne hin zur globalisierten Realität der Postmoderne in überaus treffender Weise in einem beeindruckenden Vortrag zusammengefasst, und deshalb sei er hier in aller Ausfuehrlichkeit zitiert: "Moderne Nationen sind Erregungsgemeinschaften, die sich durch telekommunikativ, zuerst mehr schriftlich, dann mehr audiovisuell erzeugten Synchron-Stress in Form halten. Mit Hilfe synchronisierender Hysterien und homogenisierender Paniken versetzen sie sich selbst fortwährend in jene Mindestspannung, die nötig ist, um das erneute Aufklaffen der Frage, ob die Revolution hier beendet ist oder eine Fortsetzung verlange, zu verhindern oder zu vertagen. Diese Minimalhysterien und Minimalpaniken hatten bis 1945, ja im Grunde sogar bis 1989 in erster Linie den Charakter von aussenpolitischen, interimperialen, intersystemischen Spannungen angenommen - ohne Nationalfeind keine Nation, ohne Feindstress kein Selbststress. Seit dem Ende des Kalten Krieges jedoch wenden sich die hysterisierenden und panikinduzierenden Energien massiv dem wirtschaftlichen Sektor zu und diktieren den vibrierenden Gesellschaftskörpern die neuen Stress-Themen vom globalen Wettbewerb. Die Erfolge dieser ThemenRevolution sind tatsächlich durchschlagend, denn in ihrem Vollzug - wir alle haben es gespuert und doch noch lange nicht verstanden - sind innerhalb weniger Jahre europaweit, ja weltweit völlig veränderte kulturelle und soziale Klimate entstanden. Die Fitnesstrainer haben die Generale in den Hintergrund gedrängt, die mobilisierten Nationen haben die Stiefel mit den Luftpolsterlaufschuhen vertauscht. Ein gruendlich reformierter NationalstressStandard hat sich im Lauf der letzten zehn Jahre auf breiten Fronten durchgesetzt - lanciert durch jene Agenturen der Massenkultur, die auf allen Schauplätzen den athletischen, neoliberalen, modellschönen Siegertypus favorisieren. Der postmodernisierte autogene Stress ist nicht mehr geprägt von der aussenpolitischen Paranoia, die für das 19. und grosse Teile des 20. Jahrhunderts typisch war und die zur Zeit nur in Form von Fundamentalistenfurcht marginal überlebt; er ist vielmehr bestimmt von der sozialen, der konkurrentiellen, der existentiellen Paranoia, von der unmittelbaren Eifersucht auf den nächsten Rivalen, von Duellen um die besten Zugänge zu scheinbar oder wirklich knappen Gütern, vom Krieg der Ambitionen und Laszivitäten. Und über der gesamten Mediasphäre der Ersten Welt breitet sich die Erotik der Bosheit aus, die allen Nah- und Fernkämpfen der neuen globalisierten Begehrlichkeit ihre typische Nuance gibt."

Das eigentliche Kennzeichen von Revolutionen in der Moderne war nicht einmal zuerst der Umsturz der Herrschaft und die Neuverteilung von Macht, Eigentum und Chancen, sondern vor allem die Durchsetzung einer neuen normativen und gesellschaftlich-kulturellen Wirklichkeit, und exakt dies geschieht mit der Globalisierung. Allerdings muss bis auf weiteres die Frage unbeantwortet bleiben, die sich nicht erst angesichts der ostasiatischen Krise und ihrer Bedrohung für die gesamte Weltwirtschaft aufdrängt, ob nämlich dieser Prozess auch weiterhin friedlich und gewaltfrei verlaufen wird, und zwar sowohl zwischen den wichtigsten Mächten als auch im Inneren derselben. Es bleibt offen, ob am Ende auch diese Revolution nicht doch noch, selbst in den Ländern der Wohlstandstriade, in eine "heisse" , destruktive Phase eintreten wird, ausgelöst etwa durch eine zweite Weltwirtschaftskrise, so dass die gegenwärtige Entwicklung im Rückblick lediglich als deren Präludium erscheinen wird.

Wieviel "traditionelle" Revolution, wieviel destruktive Tabularasa-Energien sind der postmodernen Revolution noch inhärent? Und was wird geschehen, wenn Deflation, eine Weltwirtschaftskrise und der Abstieg von -zig Millionen abhängig Beschäftigter und weiter Teile der Mittelschichten in den reichen westlichen Industrieländern mit den strukturellen Verwerfungen der innergesellschaftlichen Globalisierungsanpassungen zusammenkommen, wenn Enteignungs- und

Abstiegsängste und wirkliche Abstiegserfahrungen in politisch aktualisierte Hasspotentiale umschlagen und es demnach zu einer gewaltsamen Aufladung der politischen Realitäten und Ideenwelten kommt? Ein in Europa und vor allem auch in Deutschland zunehmend endemisch werdender gewalttätiger Fremdenhass zeigt die Richtung, die eine solche im wesentlichen innergesellschaftlich gewalttätig implodierende postmoderne Revolution durchaus nehmen könnte. Man wird erst in einigen Jahren Genaueres wissen, aber auszuschliessen sind solche explosiven Entwicklungen keinesfalls, vor allem dann nicht, wenn die Antworten auf die Globalisierungsrevolution weiter nur den Imperativen angebotsorientierter Standortsanierung und Kostensenkung folgen. Deshalb müssen nicht zuletzt auch solche hochgefährlichen Perspektiven bei der Suche nach Antworten auf die Globalisierung bedacht werden.

Gerade wenn man sich sowohl über den revolutionären Charakter als auch über die darin vorhandene gesellschaftliche und machtpolitische Brisanz der gegenwärtigen Globalisierungskrise im klaren ist, wird sowohl die Strategie der Verneinung dieser Krise, wie sie in Deutschland, aber auch in Frankreich vor allem bei der politischen Linken zu Hause ist, als auch die Strategie ihrer Reduktion auf eine vor allem kostenbedingte Standortkrise, wie sie überwiegend von den Unternehmerverbänden und marktradikalen Kathederliberalen gepredigt wird, bestenfalls absurd, schlimmstenfalls aber ein hochgefährliches Spiel mit dem Feuer, enn eine Revolution lässt sich weder ignorieren noch auf einen blossen ökonomischen Mitnahmeeffekt reduzieren.

Wie schnell diese Entwicklung in eine bedrohliche Zuspitzung umschlagen kann, zeigte das Wegkippen jenes öffentlich gefeierten Optimismus des immerwährenden Aufschwungs in die kalte Angst vor einer durch die Ostasienkrise und Japan ausgelöste weltweiten Deflation mit Auswirkungen, die dann denen der Grossen Depression von 1929 durchaus vergleichbar wären. Gestern noch wurden die Tigerstaaten als die kapitalistischen Investitionsparadiese in hymnischen Tönen gepriesen, heute wollen dieselben Herolde der Angebotsökonomie und der selbstregulierenden Märkte davon nichts mehr wissen. Vorgestern galt Japan noch als das Fanal schlechthin für ein angeblich sozialstaatlich sklerotisiertes Europa, und heute zittert der ganze Westen vor einer weltweiten Deflation, die von eben diesem Japan ausgelöst zu werden droht, das in seinen Strukturen gefährlich erstarrt ist. Nun, beide Auffassungen werden sich kaum als richtig erweisen, denn in ihrer Über steigerung sind sie mehr der Ausdruck einer nervösen Unsicherheit, die unter anderem ein Ergebnis des allgemein mangelnden Verständnisses der postmodernen Revolution der Globalisierung und damit der Ungewissheit über die zu erwartende Zukunft ist. Zudem hat es jede Ideologie so an sich, dass sie zwar fest im Glauben macht, zugleich aber meist blind in der Erkenntnis der Fakten, und exakt dies gilt auch für die neoliberale Ideologie von der Allmacht des freien Marktes.

Die Logik der Finanzmärkte ist eben ausschliesslich eine Logik des Gewinns, eine Wettlogik, bei der die Einsätze recht eigenen Gesetzen folgen, nicht aber eine Logik nachhaltiger gesamtwirtschaftlicher Entwicklung, von einer Allgemeinwohlorientierung ganz zu schweigen.

Harmoniert die Wettlogik der Finanzmärkte mit den realwirtschaftlichen Erfordernissen oder gar dem Allgemeinwohl, was in sogenannten "normalen" Zeiten und in stabilen Volkswirtschaften durchaus der Regelfall sein kann, so sind diese ein immer wichtiger werdendes Steuerungsinstrument zur Finanzierung und Verteilung von Investitionen, und dann findet in der Regel über die

Finanzmärkte, ihre Ergebnisse und Akteure kaum eine breitere öffentliche Diskussion statt. Drohen diese Märkte aber spekulativ zu entgleisen, mit fatalen Folgen für die Realwirtschaft, die Politik und die betroffenen Gesellschaften, dann wird es schnell vorbei sein mit der Freiheit dieser Märkte. Der politische Interventions- und Regulierungsdruck wird dann, bedingt auch durch den politischen Druck zur Sozialisierung der Verluste mittels Steuergeldern, enorm zunehmen, und dies liegt in einer solch dramatischen Krisensituation durchaus im wohlverstandenen Eigeninteresse der Investoren und der Märkte. Denn wenn eine Spekulationsblase platzt, dann ist es allein eine Frage ihrer Grössenordnung und ihrer negativ auf die Realwirtschaft der reichen Industrieländer durchschlagenden Folgen, ob eine oder gar mehrere Regierungen zum Handeln gezwungen sein werden oder nicht.

Andererseits ist der Anlagedruck für das überreichlich vorhandene Kapital aber dermassen gross, dass die Bindung der Finanztransaktionen an die realwirtschaftlichen Fakten schlicht spekulativ für einige Zeit ausser Kraft gesetzt zu werden droht, bis es schliesslich irgendwann zu einer sogenannten "Anpassung" kommen muss, bei der die phantastischen Kursgewinne, die in der Regel nichts anderes als angenommene Vorwegnahmen zukuenftiger "realer" Gewinne in der Realwirtschaft sind, mehr oder weniger drastisch nach unten, Richtung Realität, korrigiert werden. Aus dieser "Freiheit" des Finanzmarktes kann niemals eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung entstehen - von einer die gesamte Gesellschaft und das internationale politische System betreffenden, dem Allgemeinwohl und den

Interessen und der Wohlfahrt der Nationen verpflichteten Entwicklung ganz zu schweigen. Die "Freiheit" der Kapitalanleger muss politisch begrenzt, reguliert, korrigiert und notfalls auch gesteuert werden.139 Auch dies ist eine Lehre der Asienkrise.

Freilich wäre es ein grosser Irrtum, aus der nunmehr zweiten schweren Krise der globalisierten Finanzmärkte (die erste war die sogenannte "Mexikokrise" von 1994/95, die de facto zum Zusammenbruch des Peso führte) auf eine Krise der Globalisierung als solcher zu schliessen oder gar auf deren Verschwinden, ja auf eine Umkehr dieser gesamten historischen Entwicklung zu hoffen, und deshalb auf die notwendigen Strukturreformen und strukturellen Anpassungen an diese neue Epoche des Kapitalismus in den westeuropäischen Gesellschaften zu verzichten. Der Sturm der Globalisierung wird zwar irgendwann vorübergehen, aber erstens wird dies dauern, zweitens können die Kosten dieser Transformation recht unterschiedlich hoch und leidvoll ausfallen und drittens wird nach diesem Orkan nichts mehr so sein wie zuvor. Denn auch die Tatsache der Krisenanfälligkeit der neuen Weltwirtschaft wird die materiellen Bedingungen der goldenen Aera des Industrialismus, der westlichen Nationalstaaten und ihrer Wohlfahrtsökonomien, ihrer hohen Wachstumsraten und ihres hohen Beschäftigungsstandes nicht wiederherstellen. Und ebensowenig die innergesellschaftlichen Bedingungen aus der Zeit des Kalten Krieges.

Ganz im Gegenteil könnte sich sogar eine weitreichende globale oder zumindest wichtige regionale Teilmärkte umfassende Finanzkrise zu einer allgemeinen Wirtschaftskrise ausweiten und sich damit als ein gewaltiges Risiko für die europäischen Nationalstaaten und die EU erweisen, die sehr stark von einem funktionierenden Welthandel in ihren Wachstumschancen abhängen. Denn wenn es zu einem Zusammentreffen von einem teilweise oder ganz kollabierenden Welthandel mit der zu langsam vonstattengehenden oder gar völlig blockierten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erneuerung der europäischen Volkswirtschaften kommt, so werden sich diese beiden Krisen gegenseitig aufschaukeln. Dadurch kann es zu einer gefährlichen wirtschaftlichen und dann auch sozialen und politischen Destabilisierung Europas und vor allem auch des europäischen Einigungsprozesses am Vorabend der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion kommen. Eine ernsthafte globale Wirtschaftskrise im Vorfeld des Beginns einer qualitativ neuen Stufe des europäischen Einigungsprozesses, die mit der monetären Souveränitätsübertragung mittels der gemeinsamen Währung stattfinden wird, würde diese hochgradig gefährden oder auf absehbare Zeit sogar verhindern und das gesamte Projekt mit hoher Wahrscheinlichkeit scheitern lassen. Für Europa wäre dies schlicht ein Alptraumszenario.

Die materiellen Ursachen und Bedingungen des historischen Prozesses namens Globalisierung, der eine neue Stufe der kapitalistischen Produktionsweise hervorbringt, werden durch die Krise der globalen Finanzmärkte mitnichten in Frage gestellt, sondern vielmehr eher dynamisiert und in ihrer Durchsetzung beschleunigt. Der Kapitalismus hat sich nicht nur immer als überaus krisenanfällig erwiesen, sondern die Krise ist im Gegenteil sogar sein entscheidendes Entwicklungselement, mittels dessen Fehlentwicklungen korrigiert und teilweise sehr tiefgreifende Anpassungen unter bisweilen sehr hohen Kosten und Opfern vorgenommen werden. Die Krise gehört zum Wesen des Kapitalismus wie das Wasser zum See, und dieses Wesen artikuliert sich in der duennen Luft der Finanzmärkte in seiner reinsten Form. Die Finanzmärkte sind in hohem Masse "Erwartungsmärkte", das heisst, sie spekulieren oder wetten auf angenommene Ergebnisse und basieren deshalb meist auf Annahmen statt Tatsachen, die in der Regel durchaus gut begründet sein können. Deswegen sind sie in sich, das heisst "in- härent" instabil und bedürfen zu ihrer Sicherung der beständigen Überwachung und Korrektur durch externe Institutionen, die nicht durch die spekulativen Interessen der Marktteilnehmer bestimmt werden, damit sich ihre Annahmen nicht auf dramatische Art und Weise von der Wirklichkeit entfernen und dadurch zu einer spekulativen Fehlallokation und deshalb irgendwann zum Kollaps des gesamten Marktes führen.

Die internationalen Finanzmärkte als die subjektivste Form des Kapitalismus sind nun aber gerade diejenigen, welche die Richtung, das Tempo und die Funktion der globalisierten neuen Weltwirtschaft bestimmen, wodurch sich ihre inhärente Instabilität notwendigerweise auf das gesamte internationale System überträgt, und dies ist hochriskant. Im Klartext: Das Schicksal einer immer enger verflochtenen Weltwirtschaft und damit auch die soziale und politische Stabilität der beteiligten Nationen an kaum oder nur schwach kontrollierte, inhärent instabile internationale Finanzmärkte zu binden, ist hochriskant und kaum verantwortbar. Und so wird die Asienkrise einen

Wendepunkt in der Geschichte der Globalisierung markieren, denn die Politik wird mit ihrer regulierenden und das heisst systemstabilisierenden Kraft in die RaumZeit des globalisierten Kapitalismus folgen müssen und zwar aus dem schlichten Selbsterhaltungsinteresse der beteiligten Staaten heraus. So unsinnig es wäre, Investitionen in "emerging markets" zu verhindern, so unverantwortlich wäre es zugleich, diese Investitionen nicht zukünftig klaren internationalen

Informations-, Transparenz- und damit Kontrollrichtlinien zu unterstellen.

Die Globalisierung schreit gewissermassen nach politischer Ökonomie und nicht nach einer Verabschiedung der Politik aus der Ökonomie, aber davon findet man in der akademischen Wirtschaftswissenschaft, zumindest in Deutschland, nicht allzuviel. Und so verwundert es nicht, dass sich erst juengst noch definitiv Totgesagte wieder aus den wissenschaftlichen Grüften erheben, in denen sie bis vor kurzem für alle Ewigkeit zu vermodern schienen. Was Wunder auch, denn wenn die Zeit rückwärts zu laufen beginnt, so gilt dies auch für die Ideen und ihre Denker. Der Kapitalismus hat weltweit gesiegt, und nun scheint er seine Zukunft in seiner finstersten Vergangenheit zu suchen. Wer hätte gedacht, dass Karl Marx so schnell wieder modern werden sollte, und zwar nicht der Kirchenvater, sondern eben der politische Ökonom? Karl Marx wird deshalb wieder modern, weil der westliche Kapitalismus in seine Vergangenheit zurück fällt. Dass das Kapital nicht Geld, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis zum Zwecke der Wertschöpfung ist; dass in einer sozial und ökologisch nicht regulierten kapitalistischen Marktwirtschaft in der

Tat die Ausbeutung von Menschen und Natur die Grundlage dieser Wertschöpfung und der Anhäufung von Kapital, der Kapitalakkumulation ausmacht; dass der durch den Wertschöpfungsprozess hergestellte Mehrwert einen die gesamte Gesellschaft dominierenden und strukturierenden Verteilungskonflikt zwischen Eigentümern und Beschäftigten hervorbringt, der ohne sozialstaatliche Integration zum Klassenkampf führen muss; dass das Kapital nur in seiner Verwertung bei möglichst maximalem Profit existieren kann; dass seine tendenziell abnehmende Profitrate dem ganzen System in der Tat immanent ist und zu gewaltigen ökonomischen und politischen Krisen bis hin zur Selbstzerstörung oder zu politisch hochgefährlichen imperialistischen und nationalistischen Abenteuern führen kann, all dies und noch viel mehr an Erkenntnissen aus der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie trägt erstaunlich viel zur Erklärung der gegenwärtigen Phase der Globalisierung bei. Freilich beschreibt diese Kritik keineswegs zureichend die gegenwärtige Krise, sondern die Marxsche Analyse betrifft im wesentlichen deren überwiegend negative marktradikale Faktoren.

Anders gesagt, je mehr der Kapitalismus wieder dem Manchesterliberalismus des 19. Jahrhunderts entspricht, desto mehr finden wir von ihm bei Marx wieder, denn genau mit diesem Ausbeutungskapitalismus hatte es Karl Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie zu tun. Und genau diese Tatsache der Remodernisierung der Marxschen Kritik durch die gegenwärtige Entwicklung des internationalen Kapitalismus muss so überaus nachdenklich machen, ja alarmieren.

Der ökonomische Kollaps der Tigerstaaten, die tiefe Krise Japans und die Erschuetterungen der internationalen Finanzmärkte können jedoch alles andere als ein Anlass zu rechthaberischer Schadenfreude sein, und man würde zugleich einem haarsträubenden Irrtum erliegen, wenn man damit die Globalisierungsdebatte als erledigt und als blosse Propagandaveranstaltung des Kapitals enttarnt ansehen würde, denn man muss zwischen der historischen Veränderungsdynamik der Produktivkräfte, die national und international die Globalisierung vorantreiben, und ihrer neoliberalen Form und Ideologisierung unterscheiden. Wenn ein neoliberales Modell oder neoliberale Ideologeme über die Globalisierung scheitern, so mag man sich auf der Linken zu Recht darüber freuen, aber erstens ist die Sache namens Globalisierung damit mitnichten abgetan, geschweige denn zweitens eine alternative Antwort von links auf diese Sache selbst gefunden.

Die ökonomistische Verkuerzung der Globalisierungsrevolution machte und macht die wesentliche Schwäche der neoliberalen Revolution aus, deren Legitimation nur so weit reicht, wie sich der ökonomische Erfolg einstellt. Bleibt dieser aus oder stürzt die Ökonomie gar in eine tiefe Krise, so macht sich dieses Legitimationsdefizit der neoliberalen Revolution sofort negativ bemerkbar. Die Globalisierungsrevolution bedient sich in einem hohen Masse der Instrumente von Ökonomie und Technologie und weniger der Instrumente klassischer Machtpolitik, dennoch aber haben wir es hier mit einer das Ganze der modernen Marktgesellschaften und ihre Lebenswirklichkeiten umstuerzenden Revolution zu tun. Der ökonomische Wandel ist demnach in der

Globalisierungsrevolution nur ein Teil eines umfassenderen, radikalen sozialen Wandels, gewiss zwar ein zentraler, ja überragender Teil, aber dennoch eben nur ein Teil. Wie jede grosse Revolution besteht auch bei der Globalisierungsrevolution ihr Wesen in der Umwälzung der gesamten Gesellschaft und nicht nur in der Transformation der Ökonomie, und dieser gesamtgesellschaftlichen Veränderung der kapitalistischen Gesellschaften wird ein ökonomistisch und egoistisch verkürzter Neoliberalismus eben nicht gerecht, denn die Gesetze der Ökonomie taugen nicht als gesamtgesellschaftliche Organisationsprinzipien.

Die Globalisierungsrevolution bietet für die westliche Linke also eigentlich eine grosse Chance zur gesellschaftlichen Erneuerung und Gestaltung der westlichen Marktgesellschaften, denn die sich radikal verändernden und umwälzenden Produktivkräfte machen eine Neugestaltung der Produktionsverhältnisse notwendig, die weit über die Imperative der Ökonomie hinausgehen werden. Genau hierin liegt die alles dominierende Herausforderung und politische Aufgabe für die demokratische Linke des Westens: die Antwort auf die Globalisierungsrevolution erfordert ein alternatives gesellschaftliches Projekt. Und ein solches gesellschaftliches Projekt geht einerseits weit über den engen Horizont der üblichen Standortdebatte hinaus, ignoriert aber andererseits nicht die fundamentalen Veränderungen der westlichen Gesellschaften durch die Globalisierung. Sein wesentlicher Inhalt muss die Antwort auf die Frage nach dem sozialen Zusammenhalt hochproduktiver Wettbewerbsdemokratien unter den Bedingungen der Globalisierung geben. Revolutionen,

auch postmoderne, erfordern Revolutionäre, und insofern muss die westliche Linke jetzt zeigen, ob sie ihren grossen gesellschaftsreformerischen Anspruechen und Traditionen gerecht werden kann oder ob sie nur noch ein linker Traditionsverein zur Verteidigung der Interessen des Status quo der reichen westlichen Industriegesellschaften ist. Gerade jetzt, wo offensichtlich wird, dass die neoliberalen Ideologeme und Antworten auf die Globalisierung eben nicht mehr oder nicht zureichend funktionieren, müssen machbare und d.h. politisch mehrheits- und ökonomisch funktions- und

durchsetzungsfähige Alternativen dazu entwickelt werden. Wenn die Ideologie des Besitzegoismus versagt und dieser seine fast zwanzigjährige ideelle Hegemonie zu verlieren beginnt, muss eine Politik des Allgemeinwohls unter den Bedingungen der Globalisierungsrevolution dieses Vakuum besetzen, und wenn die Linke sich diese Chance entgehen lässt, so wird sie von der Geschichte dafür gnadenlos abgestraft werden, denn sie beginge dann, vor allem bedingt durch ihre geistige Trägheit, etwas, was in der Politik gemein schlimmer ist als ein Verbrechen, nämlich eine gewaltige historische Dummheit.

Die Globalisierung setzt politisch die Gestaltungsfrage durch den von ihr ausgelösten radikalen sozialen Wandel in den reichen Gesellschaften des Westens auf die Tagesordnung der Geschichte. Die politische Antwort einer neuen westlichen Linken auf die Probleme dieses sozialen Wandels lässt sich aber nicht mehr monokausal mit dem Antikapitalismus der alten Linken formulieren, der in der Sozialisierung (Vergesellschaftung) zugunsten der abhängig Beschäftigten die entscheidende Lösung sah. Die heutige Linke ist mit einer wesentlich komplexeren

Problemstruktur und mit dem Fehlen einer klaren Systemalternative konfrontiert. Die Formel "Durch mehr Staat zu mehr Gerechtigkeit" überzeugt angesichts der historischen Erfahrungen mit den verschiedenen staatssozialistischen Modellen kaum noch die geschrumpfte Anhängerschar, geschweige denn politisch notwendige Mehrheiten. Die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts klärt sich nicht mehr in einer eindeutigen Systemalternative - wie noch zu Zeiten der Alternative von Sozialismus und Kapitalismus, von Planwirtschaft und Marktwirtschaft. Eine solch klare ideologische, politische, ökonomische, soziale und moralische Alternative gibt es heute nicht mehr. An ihre Stelle ist eine Komplexität regionaler und globaler Interdependenzen getreten. Sie entziehen sich jeder binären Verkürzung auf gut und böse, schwarz und weiss, Kapitalismus und Kommunismus. Diese Komplexität der Probleme erfordert ebenso komplexe Lösungen, und das macht die gegenwärtige Schwierigkeit einer Neudefinition linker Politik aus, denn diese Komplexität lässt sich nicht einfach in politische Mobilisierung umsetzen.

Eine Beantwortung der neuen sozialen Frage setzt voraus, dass sie vier gleichrangige strategische Ziele verfolgt, nämlich wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und rechtsstaatliche Demokratie. Diese vier strategischen Ziele bilden ein strategisches "magisches Quadrat" der Modernisierung im Zeitalter des Globalismus, und nur innerhalb dieses strategischen Rahmens der vier Zielvorgaben werden sich erfolgreiche Antworten auf die neue soziale Frage der gesellschaftlichen Kohäsion finden lassen. Dies wird sich aber alles andere als einfach erweisen, denn die Ziele dieses strategischen Vierecks stehen häufig im Widerspruch zueinander oder schliessen sich sogar aus. Sie gehören aber dennoch untrennbar zusammen und sind als strategische Ziele des sozialen Wandels unter den Bedingungen der Globalisierung gleichrangig. Der teilweise oder gar völlige Verzicht auf nur eines dieser vier strategischen Ziele gefährdet das Erreichen aller anderen. So ist es die entscheidende Schwäche des Neoliberalismus, dass er fast ausschliesslich auf die Frage der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit setzt und mit erheblichen Abstrichen noch auf die Demokratiefrage, während die traditionelle Linke die Wettbewerbsfähigkeit weitgehend ausklammert und an deren Stelle die soziale Gerechtigkeit setzt, ebenfalls gekoppelt mit der Demokratiefrage.

Folgt man den hier formulierten Grundannahmen über die Struktur der gegenwärtig stattfindenden Umwälzungen, so hat dies für jede zukünftige linke Politik weitreichende Konsequenzen, denn die Beschränkung der westlichen Linken auf Verteilungs-, Gerechtigkeits- und Umweltfragen wird damit hinfällig. Die bisherige Arbeitsteilung zwischen der demokratischen Rechten und Linken entlang der jeweiligen Hauptkompetenzen Produktion und Verteilung von Wohlstand wird unter den Bedingungen der Globalisierung so nicht mehr funktionieren. Angesichts der fundamentalen

Veränderungen in der Struktur des Arbeitsmarktes, der Erwerbstätigkeit und damit auch in der Finanzierung der grossen sozialen Sicherungssysteme ist mit einer wachsenden Desolidarisierung der Mittelschichten von den Unterschichten zu rechnen. Hier liegt das grosse Risiko einer

ausschliesslich an Traditionsorientierung und Verteidigung des Status quo orientierten linken Politik, wenn sie diese Desolidarisierung der zunehmend von Abstiegsängsten und der Furcht vor Wohlstands- und Sicherheitsverlusten geplagten Mittelschichten von den Unterschichten durch eine falsche Politik der Reformverweigerung befördert.

Man kann ja trefflich über den Realitätsgehalt der Globalisierungstheorien streiten, aber eines wird man schlicht nicht aus der Welt diskutieren können, und das ist die dramatische Veränderung der Arbeitsmärkte in den westlichen Volkswirtschaften mit ihren fatalen Folgen für die gesamte Gesellschaft. Die Krise der Erwerbsarbeit, das heisst ein beständiger quantitativer und qualitativer Bedeutungsverlust der klassischen Erwerbsarbeit zugunsten von Kreativität, Technologie, Kapital und Billigarbeit, ist der entscheidende Dreh- und Angelpunkt der aktuellen Globalisierungskontroverse. Diese Krise der Erwerbsarbeit reflektiert eine technologisch angetriebene Transformation der Wertschöpfungsstruktur - weg von der Produktion industrieller Hardware hin zur Produktion ideengetriebener Software -, die durch keine politische Entscheidung mehr rückgängig zu machen sein wird. Das heisst in der politischen Konsequenz, dass die Beantwortung der Gerechtigkeitsfrage - der Kern aller linker Politik - auf der Grundlage dieser neuen Bedingungen versucht werden muss.

Für die Analyse dieses fundamentalen Transformationsprozesses der westlichen Arbeitsmärkte ist es von nachrangiger Bedeutung, wie sich dessen Ergebnisse regional verteilen, das heisst, ob sich dieser Transformationsprozess im wesentlichen nur innerhalb der Reichtumstriade Europa, Nordamerika und Japan vollzieht, oder ob er sich auch auf die "emerging markets" ausdehnt. Unter dem Gesichtspunkt der nationalen Folgewirkungen allerdings ist die regionale Verteilung der neuen Wertschöpfung alles andere als nebensächlich, und daraus ergibt sich der Zwang zur Veränderung für die westlichen Sozialstaaten hin zu globalisierten Wettbewerbsstaaten.

Die Lösung der Krise der Erwerbsarbeit erweist sich also als die Schicksalsfrage der Zukunftsfähigkeit des europäischen Sozialstaates. Das trifft ebenso für das soziale Kohäsionsproblem der europäischen Demokratien im 21. Jahrhundert zu. Doch es wird diese Lösung ohne eine linke Antwort auf die Frage nach der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft im sich globalisierenden Kapitalismus nicht geben können. Denn diese wird die Voraussetzung für die materiellen Verteilungsspielräume der Zukunft sein. An der zukünftigen Gestaltung der Arbeitswelt wird sich der Charakter der globalisierten Wettbewerbsgesellschaften festmachen, denn an ihr hängt die gesellschaftliche Teilhabe für möglichst alle Individuen durch Erwerbsarbeit, dem eigentlichen gesellschaftlichen Grundprinzip der bisherigen industriegesellschaftlichen Ordnung. Wenn das eigene Arbeitseinkommen für einen wachsenden Teil der Gesellschaft nicht mehr gesellschaftliche Teilhabe bedeutet, weil es entweder unter dem Existenzminimum liegt oder weil es durch Arbeitslosigkeit überhaupt kein Arbeitseinkommen und demnach auch keine gesellschaftliche Teilhabe mehr gibt, dann beginnt dieses tragende Organisationsprinzip der Industriegesellschaft zu zerfallen. Wenn dann noch die

Arbeitseinkommen in ihrer Gesamtheit an gesamtwirtschaftlicher Bedeutung abnehmen und die Kapitaleinkuenfte erheblich zunehmen, so wird der Auflösungsprozess dieses entscheidenden ökonomischen und sozialen Ordnungsprinzips der Industriegesellschaft noch entscheidend verstärkt.

Was folgt auf die Auflösung der Erwerbsarbeitsgesellschaft? Zerfällt die globalisierte Gesellschaft in Arbeitsbesitzer und Arbeitslose? In eine Erwerbsarbeitsgesellschaft und in eine Transfergesellschaft? In einen selbstbestimmten und in einen fremdbestimmten Sektor? Sollte dies die Zukunftsperspektive sein, so wird es mit dem Zusammenhalt einer demokratischen Gesellschaft sehr schnell vorbei sein. Dieser Zerfallsprozess wird dann auch erhebliche Gewaltpotentiale freisetzen, die gegenwärtig noch sozial gebunden sind. Oder lässt sich die Krise der Erwerbsgesellschaft auch in eine andere, solidarische und damit die Gesellschaft zusammenhaltende Richtung lösen? Ist die Erwerbsarbeit die einzige denkbare Form der gesellschaftlichen Teilhabe oder lassen sich alternative oder auch nur ergänzende Formen der gesellschaftlichen Teilhabe denken? Etwa solche, die durch die Politik mittels einer Kombination von Erwerbsarbeit, Transfereinkommen und Bildung einer naturwüchsigen Aufspaltung der Arbeitsgesellschaft entgegenwirken können? Dies würde zwar ebenfalls eine Neujustierung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft unaufschiebbar machen, gleichwohl würden dadurch auch in Zukunft Politik und Staat eine wesentlich aktivere Rolle bei der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft spielen müssen, als dies im neoliberalen Modell propagiert wird.

Hier steht also eine solidarische gegen eine individualistische Politik. Die Organisation des zukünftigen Arbeitsmarktes wird für die Beantwortung dieser Alternative ganz entscheidend sein, und an seiner Organisation wird auch das gesellschaftliche Kohäsionsproblem entschieden werden. Freilich wird sich auch diese solidarische Antwort dem Zwang der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit in einer globalisierten Weltwirtschaft stellen müssen, wenn sie in der harten Wirklichkeit erfolgreich durchgesetzt werden soll.

Neben der politischen Mehrheit für eine solche Strukturreform zu einer solidarischen Antwort auf die Krise der Erwerbsarbeit bedarf es vor allem auch der dazu notwendigen Finanzmittel des Staates, um eine derartige Strukturreform durchsetzen zu können. Und diese müssen nicht nur zuvor im Wettbewerb einer globalisierten Weltwirtschaft verdient werden, sondern werden sich auch in direkter Verteilungskonkurrenz zu individuellen Wohlstandszuwächsen befinden, was die Sache alles andere als leichter macht. Denn beides zusammen - individuelle Einkommenszuwächse und solidarische Politik - wird angesichts enger werdender Wachstumserwartungen und abnehmender Verteilungsspielräume nicht zu haben sein. Die neoliberale Alternative zu einer solidarischen Politik gegen die Krise der Erwerbsarbeit wird im demokratischen Wettbewerb rücksichtsslos auf die individuellen Wohlstandszuwächse zu Lasten der notwendigen Strukturreformen und ihrer öffentlichen Finanzierung setzen. Dadurch wird die Frage der Steuerlast und der Staatsquote aber noch zusätzlich politisiert werden, und auch deshalb kann eine solidarische Politik hier sehr schnell vor einem sehr ernsten Problem stehen. Die Frage der Solidarität zwischen Mittel- und Unterschichten wird politisch zum entscheidenden Punkt einer solidarischen Alternative zum Neoliberalismus. Gelingt es, die schichtenübergreifende Solidarität unter den Bedingungen der Globalisierung aufrechtzuerhalten und damit zur Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrages zu machen, so wird der europäische Sozialstaat auch im Zeitalter des Globalismus von Bestand bleiben.

Zwei weitere, langfristige Trends müssen bei der Analyse der zukünftigen europäischen Ökonomien unter den neuen Bedingungen ebenfalls berücksichtigt werden: die voranschreitende Entstaatlichung von Wirtschaft und Märkten, die sich vor allem aus dem Übergang zu Dienstleistungsökonomien ergibt. Wir haben bereits weiter oben ausgeführt, wie sich unter dem

Druck der Weltwirtschaftskrise von 1929, des New Deal, des Zweiten Weltkrieges und des Kalten Krieges die USA von ihrer antistaatlichen Gruendungstradition entfernt und zu einem massiven Staatsinterventionismus hin entwickelt hatten, der nach dem Ende des Kalten Krieges durch die neoliberale Revolution zurück genommen wurde. Für die USA bedeutet diese Entwicklung bis zu einem gewissen Grad die Rückkehr zu ihren Wurzeln, während Kontinentaleuropa durch diesen Prozess eher in einen ernsten Konflikt mit seiner ererbten etatistischen Tradition gerät.

Der Übergang zum globalisierten Wettbewerbsstaat wird für Europa eine gewisse "Amerikanisierung" seiner inneren Ordnung bedeuten, das heisst, die Rolle des Staates als ökonomisch-soziale Ordnungsmacht wird unter den neuen Bedingungen zurück gedrängt werden. Doch wird die gestaltende Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft in Kontinentaleuropa immer noch eine stärkere bleiben, als dies in den USA der Fall ist. EU- Europa wird immer "sozialstaatlicher" verfasst sein müssen, als es die ganz andere Tradition der Vereinigten Staaten mit sich bringt. Dennoch wird die Globalisierung auch die Europäer zu einer Neudefinition des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft zu Lasten des Staates und zugunsten stärkerer Verantwortung der Gesellschaft, von Gruppen und Individuen zwingen.

Freilich bleibt auch hier die Frage, inwieweit der Auflösung der staatlichen Regulierungen zur Abwehr kollektiver Risiken die schlichte "Privatisierung" dieser Risiken sein wird. Ist dies letztendlich einfach als Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung zu verstehen? Oder wird es jenseits davon und in Ergänzung bisheriger staatlicher Regelungsstrukturen gemeinschaftliche Antworten der Gesellschaft geben? Die Alternative staatliche Kollektivierung versus individualistische Privatisierung bietet zur Lösung des zentralen Kohäsionsproblems der globalisierten Wettbewerbsgesellschaft keine konstruktive Antwort, denn beide werden den Zerfallsprozess der grundlegenden Ordnungsstrukturen der Industriegesellschaft nicht aufhalten können, der sich durch den beschleunigten technologischen Wandel und den tiefgreifenden Strukturwandel der Arbeitsmärkte und der sich daraus ergebenden Krise der Erwerbsarbeit ergibt.

Wenn der Staat durch seinen Rückzug aus dem sozialen Raum neue Gestaltungsspielräume öffnet, so muss das keineswegs in einem Widerspruch zu einer solidarischen Politik stehen. Nur wenn dieser Rückzug zu einer Individualisierung und damit Privatisierung sozialer Risiken führt, wird er neue Ungerechtigkeiten, soziale Konfrontationen und politische Instabilitäten schaffen, nicht aber, wenn die Zivilgesellschaft - Gruppen, Initiativen, Organisationen - diese Verantwortung übernimmt. Allerdings wird dies nicht nach dem Caritas- Modell funktionieren. Das heisst, dass auch zivilgesellschaftliche Netze nicht nur durch Ehrenämter und spendende Nächstenliebe zu finanzieren sein werden, so wichtig beide als ergänzende Funktionen auch immer sein mögen, sie bedürfen mit Sicherheit der zusätzlichen staatlichen Finanzierung oder Teilfinanzierung durch entsprechende Transfers.

Die zweite Rahmenbedingung betrifft die "langen Wellen" der Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie, den sogenannten "Kondratieff-Zyklus" Seit dem Ende der achtziger Jahre befinden wir uns im fuenften Kondratieff, der vor allem durch Wissen, Information und Ökologie getrieben wird, während sich der am Horizont abzeichnende sechste Kondratieff im wesentlichen auf die Ökonomisierung der psychosozialen Welt des Menschen stützen soll.143 Sowohl der fuenfte als auch der sechste Kondratieff werden, wenn sie sich auch nur annähernd entlang der hier zitierten Prognosen entwickeln, massiv den langfristigen Trend hin zur Auflösung der klassischen

Erwerbsarbeitsgesellschaft verstärken, und das heisst, dass mit einer wie auch immer gearteten Rückkehr zu den Bedingungen des alten Sozialvertrags der Industriegesellschaft niemals mehr zu rechnen sein wird.

Die hier dargestellten Trends, Antriebskräfte und Rahmenbedingungen des sozialen Wandels, die durch die Globalisierungsrevolution ausgelöst oder zumindest beschleunigt wurden, gelten ganz allgemein für die westlichen Volkswirtschaften und vor allem für die kontinentaleuropäischen Mitgliedsländer der EU, denn hier gibt es, bei allen Unterschieden, doch ein noch höheres Mass an Über einstimmung in Tradition und aktuellen Problemlagen. Es gibt unter den kontinentaleuropäischen EU Mitgliedsstaaten mittlerweile nicht nur eine hohe finanzwirtschaftliche und realwirtschaftliche Konvergenz, sondern ebenso sehr eine entsprechende Krisen- und Traditionskonvergenz. Dennoch wird man bei den Antworten auf die Globalisierung die Perspektive der allgemeinen Analyse auf die jeweils konkreten Bedingungen der einzelnen Länder und Volkswirtschaften brechen müssen, und insofern wird fortan vor allem von Deutschland zu sprechen sein.

Die neue Gründerzeit - der Arbeitsmarkt und die Arbeitszeit der Zukunft

Es ist erstaunlich, wie wenig die gegenwärtige deutsche Doppelkrise in ihrem sehr spezifischen Charakter thematisiert wird. Zwar findet hierzulande eine heftige öffentliche Globalisierungskontroverse statt, aber die zweite Krise, nämlich die Einheitskrise, kommt in all diesen Diskussionen kaum vor. Die Einheitskrise artikuliert sich mehr im lauter werdenden Knurren und Murren, in wachsender Fremdheit und Vorurteilen zwischen Deutschland Ost und West, nicht aber in einer strategischen Kontroverse um den Prozess und die Ziele der inneren Einheit, verbunden mit der Globalisierungsdebatte. Dabei ist offensichtlich, dass Deutschland, im Gegensatz zu seinen westlichen Nachbarn und Verbuendeten, eben ein doppeltes Problem hat, und dass diese beiden Probleme - Deutsche Einheit und Globalisierung - sich gegenseitig negativ verstärken. Andererseits ist es aber gerade die Einheitskrise, welche die Schwächen, ja die strukturelle Reformbedürftigkeit des westdeutschen Modells gnadenlos offenlegt, und insofern versäumt es Deutschland gegenwärtig durch die Verdrängung der öffentlichen Debatte über die Krise des Aufbaus Ost, die Schwächen und auch die notwendigen Erneuerungsperspektiven des deutschen Modells insgesamt offenzulegen. Statt dessen leistet sich das Land eine nahezu ausschliesslich auf betriebswirtschaftliche Kosten und Verbesserung der Angebotsbedingungen für Investitionen verkürzte "Standortdebatte", die aber die tieferliegenden Ursachen der aktuellen Krise kaum berührt. Sie klammert zudem aus, dass die wichtigsten Protagonisten dieser "Standortdebatte" eher Teil des Problems als der Lösung sind. Erschwert wird diese Debatte noch durch die Tatsache, dass sich die Kritik der Ostdeutschen, bedingt durch die Geschichte der deutschen Teilung, fast ausschliesslich auf die unzureichende Kopie des westdeutschen Modells konzentriert, nicht jedoch auf die mangelnde Funktionsfähigkeit dieses Modells für den Aufbau Ost unter den Bedingungen der forcierten Globalisierung.

Und so entstand eine Situation, in der die Globalisierungskontroverse in Deutschland quasi unbeeinflusst von der Einheitsrise vor allem als westdeutscher Standortdiskurs geführt wird. Fakt ist: Mit der Deutschen Einheit wurde ein nahezu vierzigjähriger Bürgerkrieg in Deutschland beendet, der, eingebettet in den Kalten Krieg zwischen Ost und West, zwischen den beiden deutschen Staaten BRD und DDR stattgefunden hatte. Dessen ökonomische und soziale Folgelasten bedeuten selbst für die starke westdeutsche Volkswirtschaft eine erhebliche Belastung. Das vereinigte Deutschland bedurfte daher einer höheren Staatsquote, ebenso grösserer Steuer- und Abgabenlasten für investive und vor allem auch sozial konsumtive Ausgaben. Demnach ist das vereinigte Deutschland in seiner gegenwärtigen Lage nicht einfach mit den anderen westlichen Volkswirtschaften vergleichbar. Diese Tatsachen jedoch werden durch die deutsche Politik weder in der nationalen noch in der internationalen Öffentlichkeit wirksam kommuniziert. Die Deutsche Einheit findet als das zentrale politische und ökonomische Faktum der gegenwärtigen Lage des

Landes in den Köpfen kaum statt. Vermutlich spielt dabei eine entscheidende Rolle, dass für die übergrosse Mehrheit der Deutschen, ebenso wie für die entscheidenden Akteure in Politik und Wirtschaft, die Deutsche Einheit eben ein Beitritt der früheren DDR zum erfolgreichen westdeutschen Modell war und ist, und dabei nicht gesehen wurde, dass spätestens mit dem Ende des Kalten Krieges dieses Modell selbst hoch erneuerungsbedürftig geworden ist.

Ostdeutschland bot eigentlich eine klassische Aufbausituation, wie sie sich ein dynamisches Wirtschaftssystem nur Wünschen kann. Durch den Kollaps der SED-Diktatur zerbrachen die alten Strukturen, entstand eine echte Tabula rasa-Situation, die in Verbindung mit dem in Westdeutschland reichlich vorhandenen Kapital eine gesamtdeutsche Erneuerungswelle hätte auslösen können, wenn die Köpfe dazu bereit gewesen wären. Ein zusätzlicher Markt von siebzehn Millionen Menschen, ein gewaltiger Erneuerungsbedarf in Gebäudebestand und Infrastruktur, in Wissen- schafts- und Bildungsinstitutionen, eine echte Gründungssituation für Unternehmen und Selbständige und, ganz allgemein, eine so schnell nicht wiederkehrende Chance für die Durchsetzung neuer Ideen. Von der Mentalität einer solchen neuen Gründerzeit, von einer solchen Aufbruchstimmung ist aber weder in Ostdeutschland noch im Rest der Republik kaum etwas spürbar, obwohl es doch das erfolgreiche Westmodell des sozialen Kapitalismus ist, das nach Ostdeutschland übertragen wurde. Und gerade in diesem "obwohl" liegt das tatsächliche Problem, denn in Ostdeutschland wurde offenbar, dass das westdeutsche Modell unter den neuen Bedingungen der Globalisierung eben eine Aufbruchchance nicht mehr zu realisieren vermag.

In der Krise Ostdeutschlands spiegelt sich nichts geringeres als die allgemeine Krise der gesamtdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft, und es wäre ein grosser Irrtum, die offensichtlich sehr grossen Probleme des Aufbaus Ost zuerst und vor allem bei den Ostdeutschen abzuladen. Es gibt in Ostdeutschland keine Gründungswelle für neue Unternehmen und keine neue Unternehmenskultur, kein Durchbruch bei der Entstehung neuer Märkte, keine neue Finanzierungsstruktur für den Unternehmenssektor, keine wirklich interessanten Neugründungen von Wissenschafts und Bildungsinstitutionen, nur wenig an Alternativen zu westdeutschen Rechts- und Verfahrenssklerotisierungen, kaum ein Aufbruch in die Infrastruktur des 21. Jahrhunderts (mit Ausnahme der Telekommunikation). Nichts oder fast nichts von alledem ist dort festzustellen. Statt dessen gibt es in Ostdeutschland eine anhaltende Arbeitslosigkeit, die die Quote von 20 Prozent überstiegen hat.

Zwischen der Erneuerungsunfähigkeit der deutschen Wirtschaft und Politik in Ostdeutschland und der anhaltend sehr hohen Massenarbeitslosigkeit besteht ein direkter und ursächlicher Zusammenhang, der sich aber weniger in zu hohen Löhnen, zu geringer Produktivität oder zu hoher Normen- und Regelungsdichte ausdrückt. So wichtig diese Faktoren auch immer sind, sie kommen in der Einheitskrise erst an zweiter oder dritter Stelle, denn sie sind selbst ein Ergebnis jener allgemeinen gesamtdeutschen Erneuerungsschwäche, die sich lediglich in Ostdeutschland unter den Bedingungen einer radikalen Umbruchsituation besonders dramatisch manifestiert. Damit kein Missverständnis aufkommt: Es geht hier nicht um eine historische Entlastung der kommunistischen Diktatur von ihrer Schuld, ihrem Versagen und der schlimmen Erbschaft, die diese Diktatur dem vereinigten Deutschland hinterlassen hat, sondern allein darum, warum sich ein Wirtschaftsmodell, das nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland für das sogenannte "Wirtschaftswunder" gestanden hat und dem man auch 1990 noch sehr viel zutraute, mit der positiven Bewältigung der wesentlich kleineren Herausforderung der Deutschen Einheit so überaus schwertut. Zwei

Erkenntnisse drängen sich aus der Analyse der Misere des Aufbaus Ost unmittelbar auf: erstens kann die Massenarbeitslosigkeit innerhalb der etablierten Strukturen des deutschen Modells nicht mehr wirksam bekämpft werden, sie wird und muss ohne wesentliche Aenderungen im Gegenteil weiter ansteigen. Zweitens bedarf es demnach einer neuen Gründerzeit, um die notwendigen Strukturreformen durchzusetzen und damit wieder einen positiven Zugewinn an Arbeitsplätzen zu schaffen. Dazu ist das tradierte westdeutsche Wirtschaftsmodell ganz offensichtlich nicht mehr in der Lage und deshalb selbst hoch reformbedürftig.

Das Hauptproblem Deutschlands, und exakt dies wird an der anhaltenden Stagnation in Ostdeutschland sehr klar sichtbar, ist die Unbeweglichkeit in den Köpfen und in den Strukturen. Und dieser Vorwurf trifft zuerst und vor allem die Eliten und die Institutionen und weniger die Masse der Erwerbstätigen. Es gehört ja gegenwärtig fast zum guten Ton, über zu hohe Löhne, zu hohe Sozialleistungen, zu kurze Arbeitszeiten, zu viel Urlaub und zu hohe Steuern und Abgaben und über die mangelnde Veränderungsbereitschaft der Bevölkerung in Deutschland zu klagen. Wenn man jedoch die Fakten einer differenzierten Betrachtung unterzieht, so wird man feststellen, dass sich die Verhältnisse im Land für die grosse Mehrzahl der Erwerbstätigen und vor allem für die von Sozialtransfers abhängigen Menschen gewaltig und keineswegs zu ihren Gunsten verändert haben.147 Wo aber ist die neue Dynamik der Eliten und der vielbeschworenen Leistungsträger geblieben? Wo die neuen Initiativen, Ideen, Produkte, Dienstleistungen und Märkte? Wo die notwendigen institutionellen Reformen in Staat, Wirtschaft und Sozialsystemen? Gewiss gibt es einzelne positive Beispiele, aber von einem wirklichen Aufbruch in eine neue Gründerzeit kann man in Deutschland mitnichten reden. Nach wie vor regiert in Deutschlands Wirtschaft eher ein industrieller Kardinalshut als ein Schumpeterscher Unternehmer, was für die alten Wirtschaftssektoren keineswegs immer falsch sein muss, wie die Ertragsergebnisse ja durchaus zeigen. Kardinalskollegien sorgen für Kontinuität, Verlässlichkeit, Machterhalt und Interessenwahrung, aber sie taugen nicht zu einer radikalen Reformation, zum Aufbruch in die Erneuerung, und darin genau besteht das deutsche Problem. Die Symmetrie zwischen Kontinuität und Erneuerung stimmt nicht mehr, weil sich das historische Umfeld radikal verändert hat, und erneut sind es der Arbeitsmarkt mit seinem Mangel an Arbeitsplätzen und die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, welche dieses Defizit schonungslos an den Tag bringen.

Weder die reifen Grossindustrien und grossen Dienstleister noch der Staat werden in ausreichendem Masse neue Arbeitsplätze schaffen, sondern in all diesen Sektoren wird durch Produktivitätssteigerung, Rationalisierung, Unternehmenskonzentration und Standortverlagerung der Arbeitsplatzabbau weitergehen, im Bereich des öffentlichen Dienstes sind es die Notwendigkeit der Haushaltssanierung und die gewaltigen Kosten der grossen Personalhaushalte. In den grossen und mittleren Unternehmen der klassischen Industriezweige - Automobilbau, Elektroindustrie, Werkzeug- und Maschinenbau, Chemie - liegt aber nach wie vor die Stärke der deutschen Wirtschaft und ihrer dominanten Rolle im Export begründet. Nun wäre es völlig falsch, diese Stärke in den traditionellen Bereichen von Industrie und Dienstleistung geringzuschätzen. Die eigentliche Schwäche der deutschen Volkswirtschaft ist die zu geringe Dynamik bei den innovativen Neugründungen, und dies ist nicht nur das Ergebnis ökonomischer Strukturdefizite, sondern vor allem auch eines kulturellen Problems. Die innovative Dynamik der Wirtschaft wird jedoch für die zukünftige Wertschöpfung und damit für die Investitionen und Gewinne, Einkommen und Steuern in einer Volkswirtschaft von alles entscheidender Bedeutung sein, und daraus folgt weiter, dass sich an der ökonomischen Innovationsdynamik ganz wesentlich entscheiden wird, ob eine Trendwende

hin zum Abbau der Arbeitslosigkeit erreicht werden kann oder nicht. Und diese positive Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist wiederum der archimedische Punkt für die Zukunft des Sozialstaats im Zeitalter der Globalisierung, denn bei langfristig anhaltender hoher Arbeitslosigkeit wird er in seiner Existenz bedroht.

Die technologische und unternehmerische Innovationsdynamik und die Fähigkeit einer Volkswirtschaft, diese dauerhaft strukturell umzusetzen,

ist also einer der strategischen Punkte zum zukünftigen Ausgleich des magischen Vierecks von Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Demokratie. Diese Erkenntnis hat allerdings gravierende Folgen für die Linke. Denn allein bei kleinen und mittleren Unternehmen - und hier vor allem im Dienstleistungssektor - ist eine nennenswerte Welle von Neugründungen und damit das Schaffen neuer Arbeitsplätze möglich. Sie vor allem werden sich als beweglich genug erweisen, neue Bedürfnisse zu erschliessen und damit auch neue Nachfrage zu schaffen, die zu neuer Wertschöpfung, neuen Märkten und damit neuen Arbeitsplätzen führt. Aber mehr noch, gerade im Hochtechnologiebereich und bei ideengetriebenen Dienstleistungen steht und fällt die Entwicklung neuer Standorte und vor allem auch neuer Märkte mit solchen innovativen Neugründungen. Diese hochinnovativen kleinen und mittleren Unternehmen bereiten in den USA meistens auch die Innovationsschübe innerhalb der grossen, am Markt etablierten Unternehmen vor, indem sie neue Ideen, Dienste und Technologien testen und am Markt durchsetzen. Deutschlands Dilemma kann man sehr plastisch in der Kommunikationstechnologie

nachvollziehen, wo es erst der Initiative von bereits auf dem heimischen Markt gross gewordener amerikanischer Unternehmen oder später eingestiegener heimischer Telekom- und Medienkonzerne bedurfte, um das Internet als neuen Markt durchzusetzen und zu entwickeln. Die eine oder andere positive unternehmerische Ausnahme ändert dabei an diesem Trend in seiner Breite nichts.

Die Erneuerungsschwäche Deutschlands ist aber nicht das Ergebnis der Blockadepolitik mächtiger

Interessengruppen, sondern vielmehr ein allgemeines kulturell-gesellschaftliches Problem quer zum politischen und sozialen Spektrum, und das zeigt wiederum, dass wir vor einem echten Systemproblem stehen, das lediglich mit Korrekturen innerhalb des Systems nicht wirklich gelöst werden kann. Nicht gelöste Systemprobleme signalisieren aber in der Regel zuerst und vor allem ein Fuehrungsversagen von Eliten und nicht das angeblich unüberwindbare Beharrungsvermögen der Bevölkerungsmehrheit oder der Erwerbstätigen.

Die aktuelle deutsche "Standortdebatte" gibt auf dieses Systemproblem eine truegerisch verkuerzte Antwort: zuviel soziale Sicherheit, zu lange Studienzeiten, zu viel staatliche Regulierung, zu viel Technikpessimismus, zu hohe Steuern und Abgaben, etc. Selbst wenn diese verkürzte und in grossen Teilen falsche Problembeschreibung zuträfe, wäre damit das Systemproblem der Erneuerungsschwäche in Deutschland mitnichten gelöst, sondern lediglich die Angebotsbedingungen innerhalb des bestehenden Systems in eine keineswegs nur positive Richtung verschoben, mit Folgewirkungen, die sich alles andere als nur segensreich im Sinne der Erfinder herausstellen duerften. Eine notwendige neue Gründerzeit wird dadurch nicht ausgelöst werden, und genausowenig wird man dies mit staatlicher Förderpolitik schaffen. Staatliche

Förderpolitik ist für Existenzgründungen und junge Unternehmen gewiss wichtig, aber sie kann immer nur begleiten und eigenständige neue Initiativen fördern und unterstützen, letztendlich müssen sich aber die Unternehmen selbst am Markt durchsetzen. Wichtiger als alle staatliche Förderpolitik wäre demnach eine gründerfreundliche

Reform des Finanz- und Bankensystems und anderer den Marktzugang hemmender Bedingungen. Auch die staatliche Förderpolitik wird also dieses Systemproblem der Erneuerungsschwäche nicht lösen.

Die sich daraus aufdrängende Schlussfolgerung gefährdet allerdings die Grenzen der political correctness der deutschen Linken. Eine neue Gründerzeit, gestuetzt auf kleine und mittlere Unternehmen, als Instrumente einer linken Beschäftigungspolitik? Geht das überhaupt, oder ist dies nicht vielmehr ein Widerspruch in sich? Läuft diese Konsequenz nicht auf die Kapitulation der Linken vor der Ideologie des Neoliberalismus hinaus? Stimmten diese Einwände, so hiesse dies, dass jenseits von grossen Unternehmen und öffentlichem Dienst eine linke Beschäftigungspolitik nicht möglich wäre. Diese beiden traditionellen Säulen fallen aber längerfristig aus den oben angeführten Gründen für einen strukturellen (nicht konjunkturellen) Beschäftigungszuwachs aus, und folglich sässe die Linke hilflos in einer objektiven Falle. Ihr bliebe allein die Neuverteilung des bereits vorhandenen und sogar nochabnehmenden Arbeitsvolumens, und dies wäre gegenüber dem Neoliberalismus eine klare Niederlagenstrategie, denn der globalisierte

Dienstleistungskapitalismus verschiebt völlig die Gewichte zu Lasten der Beschäftigung in grossen Einheiten und zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen und droht die vorhandenen Solidaritätsstrukturen, die sich auf der Grundlage der Grossorganisationen entwickelt haben, individualistisch zu zertrümmern. "Schreibt man die Trends des Auseinanderdriftens in der Arbeitswelt fort, so könnte sich schon im nächsten Jahrzehnt folgendes Szenario ergeben:

Zehn Prozent der Erwerbstätigen stellen die Kernbelegschaften in den grossen Netzwerkunternehmen; weitere zehn Prozent statt heute 16 arbeiten im öffentlichen Sektor und 80 Prozent (heute 65 Prozent) in kleinen und mittleren Unternehmen, die Hälfte davon als Selbständige allein oder mit "selbstangestellten" freien Mitarbeitern."

Die klassische Antwort auf die Beschäftigungskrise der siebziger Jahre, nämlich die Ausdehnung des staatlichen Sektors, liegt heute jenseits aller politischen und fiskalischen Realitäten. Solange die Produktivität des öffentlichen Dienstes dermassen dramatisch hinter derjenigen des privaten Sektors herhinkt, wie dies gegenwärtig der Fall ist, wird es der staatliche Sektor ganz im Gegenteil auch in Zukunft mit Rationalisierung und Stellenabbau zu tun haben und nicht mit einer Ausweitung der Beschäftigung. Wer den staatlichen Sektor als Beschäftigungsmotor wiederbeleben will, der muss als Mindestvoraussetzung dessen Produktivität durch eine umfassende, wettbewerbsbezogene Reform des öffentlichen Dienstes erheblich steigern und in die Nähe derjenigen des privaten Sektors bringen. Wettbewerb im öffentlichen Dienst heisst vor allem Bürgernähe und Wettbewerb mit privaten Anbietern, und beides wird die Entbeamtung des öffentlichen Dienstes unverzichtbar machen. Ansonsten drohen seine Kosten, gepaart mit mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, jeden politischen Gestaltungsspielraum aufzufressen - mit der Mehrheitsfähigkeit einer solchen Politik wäre es nicht weit hin. Zinslasten, Personalkosten und Versorgungsaufwendungen für Pensionäre sind, gemeinsam mit den vor allem einheitsbedingt

hohen

Sozialtransfers, bereits heute die wichtigsten Etatposten aller öffentlichen Haushalte und werden, angesichts von in Zukunft dramatisch ansteigenden

Versorgungsaufwendungen für eine erheblich zunehmende Zahl von Ruheständlern, für die keine oder kaum Rücklagen gebildet wurden, noch weiter an Volumen zunehmen. So drohen die öffentlichen Haushalte aber allein durch diese vier Positionen in ihrer investiven, zukunftsgestaltenden Aufgabe blockiert zu werden, und dieses Faktum wirkt angesichts des grossen strukturellen Erneuerungsbedarfs durch die Globalisierungsrevolution doppelt und dreifach schwer. Es ist vor allem dieser drohende Verlust des politischen Gestaltungsspielraums - und nicht die abstrakte Kennziffer der Staatsquote -, aus dem die Notwendigkeit einer Sanierung der öffentlichen Haushalte erwächst, die wiederum einen Abbau der Personalkosten und der daran hängenden zukünftigen Versorgungslasten erzwingt. Auf allen staatlichen Ebenen, vom Bund bis hinunter zu den Gemeinden und unabhängig von den jeweiligen parteipolitischen Mehrheiten werden aus Gründen der Haushaltssanierung und zur Wiedererlangung politischer und investiver Gestaltungsspielräume in den öffentlichen Haushalten Personalbestände reduziert, staatliche Verantwortung und Leistungen zurück genommen und Aufgaben aus dem staatlichen Bereich ausgelagert und privatisiert. In Verbindung mit der geringeren Produktivität des öffentlichen Dienstes fällt der staatliche Sektor deshalb als Faktor für zusätzliche Beschäftigung aus, ja er baut sogar weiter Beschäftigung ab und trägt so seinen nicht unerheblichen Teil zum Anstieg der Arbeitslosigkeit bei.

Die Beschäftigungspolitik der politischen Linken steht also vor einem echten Dilemma, denn sowohl die klassischen Sektoren von Industrie und grossen Dienstleistern wie Banken und Versicherungen als auch der öffentliche Dienst bauen weiter Stellen ab, um wettbewerbsfähig zu bleiben bzw. die öffentlichen Haushalte strukturell zu sanieren. Beides waren bisher die tragenden Säulen linker Beschäftigungspolitik im ersten Arbeitsmarkt, meistens von einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und zudem der gesetzlichen Mitbestimmung unterstellt. Und noch heute besteht sozialdemokratische Wirtschaftspolitik

überwiegend aus der staatlichen Flankierung und Verzögerung des Strukturwandels dieser grossen Unternehmen, ja ganzer traditioneller Industriesektoren, weil diese nach wie vor als die Garanten von Massenbeschäftigung und Masseneinkommen begriffen werden.

Was es gegenwärtig an Beschäftigungsstabilisierung in Deutschland gibt - von Zuwächsen kann man gegenwärtig beim besten Willen nicht reden -, geht aber, wie belegt, sehr stark von kleinen, ja kleinsten und mittleren Unternehmen aus. Deren Bedürfnisse, ihre grosse Unterschiedlichkeit, ihre Beweglichkeit und auch ihre bisweilen sehr unterschiedliche ökonomische und soziale Leistungsfähigkeit erfordern aber ein völlig anderes Umfeld, als dies bei Grossunternehmen oder gar im öffentlichen Dienst der Fall ist. Allein die Grösse der traditionellen Kernunternehmen und deren quantitativ und qualitativ ähnliche Grössenordnung von Wertschöpfung und Marktposition mussten, jenseits von nationalstaatlichen Zwängen, tendenziell zu einer nationalen Homogenisierung von Löhnen, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen und zu einem hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad führen und bildeten so die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen für die Realisierung der linken Ideale von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität und

dem Gleichheitsideal der Demokratie. Die alte Linke war aus diesem Grund immer eine begeisterte Anhängerin der Grossindustrie auch als gesellschaftlicher Organisationsform gewesen, und dies gilt eigentlich bis in die Gegenwart hinein.

Die kleinen und mittleren Unternehmen hingegen gedeihen am besten in einem diametral entgegengesetzten Umfeld, nämlich dezentral angepasst an die unterschiedlichsten regionalen und marktspezifischen Gegebenheiten und Bedingungen, möglichst frei von allgemeinen Regelungen und nivellierenden Tarifverträgen. Als Newcomer sind sie stark wettbewerbsorientiert und begehren gegen gesetzliche und tarifvertragliche Kartellierungen auf - wobei dies nicht für das traditionelle Handwerk gilt. Dieses hat sich in handwerksspezifischen Kartellierungen eingerichtet, die allerdings einen hohen Anteil an steuer- und abgabenfreier Schattenwirtschaft produzieren. Gewerkschaftlich sind die Beschäftigten dort meist schlecht organisiert und stehen ausserhalb des Geltungsbereichs der gesetzlichen Mitbestimmung. Ihre höchst unterschiedliche Wertschöpfung liegt in der Regel unterhalb jener der grossen Unternehmen, wenn man von den wenigen innovativen Aufsteigern der ideengetriebenen Dienstleister und Hochtechnologieunternehmen einmal absieht.

Ein weiteres Spezifikum der kleinen und mittleren Unternehmen ist es, dass die Rolle des Eigentuemers als Unternehmer eine wesentliche, ja oft sogar die zentrale Rolle für den wirtschaftlichen Erfolg dieser Unternehmen spielt. Fragen der Kapitalbildung, des Einkommens, der Besteuerung, der Löhne und Arbeitsbedingungen und des gesellschaftlichen Prestiges behalten eine mehr personalisierte Form als im Grossunternehmen. Gilt bei den grossen Unternehmen und im öffentlichen Dienst das Prinzip der Vereinheitlichung und Versachlichung aller Aspekte der Arbeitswelt, so setzt sich bei den kleinen und mittleren Unternehmen das Prinzip der Differenzierung bis hin zur Zerklueftung durch. Und je ideengetriebener und jünger ein solches Unternehmen ist, desto wichtiger ist die unternehmerische Personalisierung für den wirtschaftlichen Erfolg. So war dies übrigens in allen Gründerzeiten.

Diese Entwicklung wird dann aber auch ein weiteres Tabuthema der politischen Linken aufwerfen, nämlich eine Neubewertung von Rolle und Funktion des Unternehmers. Vor allem geht es bei dieser Neubewertung um die Rolle des Eigentuemer-Unternehmers, des Unternehmers als Existenzgründer und Innovationsfaktor. Denn wenn die Hauptlast sowohl der ideengetriebenen Innovationen als auch der Mehrzahl der neuen Existenzgründungen im Dienstleistungskapitalismus von den kleinen und mittleren Unternehmen getragen wird, so wird man deren Personalisierung im konkreten Eigentuemer-Unternehmer und seiner sehr persönlichen ökonomischen Motivationsstruktur weder durch die Wirtschafts- noch durch die Steuerpolitik übergehen dürfen. Dessen überwiegend besitzegoistische Motive z.B. sind nicht nur völlig legitim, sondern darüber hinaus ökonomisch schlicht unverzichtbar und deshalb auch von einer allgemeinwohlorientierten Wirkung, sofern die politischen und sozialen Rahmenbedingungen stimmen. Dies ist aber eine Aufgabe von Politik.

Ohne das Antriebsmotiv nach Eigenkapitalbildung und dadurch grösserem persönlichen Wohlstand würden die meisten Existenzgründungen unterbleiben. Wenn man also eine neue Gründerzeit nicht nur aus internationalen Wettbewerbsgründen, sondern ebenso auch aus beschäftigungspolitischen Gründen für unverzichtbar hält, dann sollte man seitens der politischen Linken die bereits sehr blässlich gewordenen tradierten Klassenkampfbilder vom Unternehmer als Ausbeuter vergessen

und sich auf die Verbesserungen der ökonomischen und politischen Bedingungen für eine neue Gründerzeit im Dienstleistungskapitalismus konzentrieren. Für den Staat wird dies vor allem Konsequenzen in seiner Geldpolitik, seiner Steuerpolitik, bei der Neugestaltung des Finanzmarktes, des Insolvenzrechts, der Forschungsförde rung und im allgemeinen gesetzlichen Regulierungsbereich haben müssen.

Freilich heisst der Verzicht auf das linke Bild des Unternehmers als Ausbeuter nicht, den objektiv vorhandenen Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit fortan zu ignorieren und somit in eine marktromantische Verklärung der Unternehmerrolle zu verfallen. Massstab muss auch hier die Allgemeinwohlorientierung bleiben. Die steuerliche Förderung und Bevorzugung der Eigenkapitalbildung ist das eine, die angemessene und gerechte, d.h. eine im

Verhältnis der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsstärke entsprechend ausgeglichene steuerliche Belastung unternehmerischer Einkommen das andere. Das heisst: Eine entsprechende steuerliche Förderung von Eigenkapitalbildung durch niedere Steuersätze auf reinvestierte Gewinne schliesst eine entsprechend höhere steuerliche Belastung bei Gewinnentnahme oder im Erbfall nicht nur nicht aus, dieser Grundsatz ist vielmehr für eine allgemeinwohlorientierte Politik unverzichtbar.

Dasselbe gilt für die Regulierungsdichte von Gesetzen und Vorschriften. Hier steht in Deutschland noch eine Systementscheidung an: Verwaltungsrecht oder Haftungsrecht. Der deutschen Tradition entspricht das Verwaltungsrecht, d.h. relativ komplizierte, längere Genehmigungsverfahren, die im Genehmigungsfall dann allerdings ein hohes Mass an Bestandsschutz, geringes Haftungsrisiko und hohe Entschädigungsgarantien und grosse Investitionssicherheit bedeuten. Der Nachteil liegt vor allem in der Länge und der geringen Flexibilität der verwaltungsrechtlichen Verfahren. Die amerikanische Tradition des Haftungsrechts hingegen lässt schnellere und flexiblere Verfahren zu, verlagert allerdings das Risiko gnadenlos auf die Haftung eines Unternehmens. Dessen Risiken sind im Schadensfall daher meist sehr erheblich, was im Einzelfall selbst bei grösseren Unternehmen bis an die Existenzgrenze gehen kann. Was aber nicht aufgehen wird, ist eine einfache Kombination der Vorteile beider Rechtstraditionen - schnelle Verfahren und geringe verwaltungsrechtliche Regelungsdichte bei geringem Haftungsrisiko - bei Wegfall oder auch nur Einschränkung der belastenden Teile. Denn damit gerieten die zu schützenden Allgemeinwohlinteressen völlig unter die

Räder. Einem gefährlichen Wildwuchs wäre Tuer und Tor geöffnet, der hohe Risiken und hohe Folgekosten mit sich brächte und auf mittlere Sicht auch ökonomisch äusserst unvernünftig wäre. Angesichts des allgemeinenTrends zu Deregulierung und Entbürokratisierung, auch bedingt durch den internationalen Wettbewerbsdruck der Unternehmen, wird auch hierzulande das Steuerungsinstrument Haftungsrecht zukünftig ein stärkeres Gewicht bekommen müssen. Im Klartext heisst dies, dass es zu einer stärkeren Risikoverlagerung und Risikohaftung zu Lasten der Unternehmen kommen wird. Und das wird für Unternehmen im Schadensfalle alles andere als billig werden, siehe das ansonsten so geliebte Vorbild USA.

Doch zurück zu den Realitäten des neuen Arbeitsmarktes. Diese sind für die Linke alles andere als einfach zu akzeptieren, denn die kleinen Unternehmen bilden, zumindest theoretisch, eher die sozialökonomische Basis der neoliberalen Ideologie und sind prima facie den traditionellen linken Werten von sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität in der Arbeitswelt völlig

zuwiderlaufend. Deregulierung, Flexibilisierung,

Differenzierung, Wettbewerb, Steuersenkung, Privatisierung, Lohnsenkung - dies sind alles Begriffe aus dem ideologischen Kernbestand der neoliberalen Revolution und ein wahrer Horrorkatalog für die traditionelle Linke. Freilich stellt sich die Frage, ob es sich bei dieser vorgefundenen ideologischen und materiellen Korrespondenz von Neoliberalismus und kleinem Unternehmertum um eine nicht aufzubrechende Symbiose handelt, oder ob dies nicht vielmehr ein Ergebnis des anhaltenden Desinteresses der politischen Linken und auch der Gewerkschaften an diesem Sektor war und zu weiten Teilen immer noch ist. Und wenn dies zutrifft, ob sich dann, bei einem entsprechenden Umdenken und Engagement der politischen Linken, nicht auch in diesem Sektor der Wirtschaft, eine weniger besitzegoistische und statt dessen mehr allgemeinwohlorientierte, soziale Alternative sich entwickeln und durchsetzen lässt. Das wird für die Zukunft des Arbeitsmarktes in den westlichen Industrieländern von überragender Bedeutung sein.

Freilich wird dies Funktion und Rolle des Unternehmers nicht aussparen können. Das heisst, dass die Linke das Leitbild des sozialverantwortlichen Unternehmers und vor allem Gründers - Innovationskraft, Gewinnstreben und soziale Verantwortung - eben nicht nur den Sonntagsreden von Unternehmerverbänden und Ordoliberalen überlassen darf, sondern im harten Alltag der kapitalistischen Marktwirtschaft einklagen und dieses Leitbild in konkrete Politik umsetzen muss. Soziales Unternehmertum, Wettbewerb, Kartellverbot, Verbrauchermacht - dies sind alles klassische marktwirtschaftlich ordoliberale Begriffe, die angesichts der neoliberalen Revolution und der Globalisierung mit ihren gewaltigen wirtschaftlichen Konzentrationsschueben, dem Vormarsch des kurzfristigen Ertragsdenkens (shareholder value) und der Entmuendigung der Verbraucher der Ausfuellung durch eine solidarische Politik harren.

Bevor es dazu aber kommen kann, wird die Linke die Grundbedingungen dieses Unternehmenssektors der kleinen und mittleren Unternehmen akzeptieren müssen, wenn er sich entwickeln, ja sich aus beschäftigungspolitischen Gründen sogar zu einer neuen

Gründerzeit hin dynamisieren soll. Diese Grundbedingungen sind: Differenzierung,

Flexibilisierung, Personalisierung und Wettbewerb. Eine Wirtschafts- und damit auch Beschäftigungspolitik, die an den Lohn-, Sozial- und Regulierungsstandards der grossen Unternehmen und des öffentlichen Dienstes im Sektor der kleinen und mittleren Unternehmen festhält, wird eine neue Gründerzeit ideengetriebener junger Unternehmen unmöglich machen, denn je regulierter und national homogenisierter, ja kartellierter die Marktbedingungen sind, desto schwieriger wird das allgemeine ökonomische Umfeld für kleine und mittlere Unternehmen und vor allem für den Erfolg von Neugründungen.

Hier kommt die Analyse jetzt an einen überaus heiklen, ja prekären Punkt, denn er stellt in der Konsequenz die bisher einheitlichen Bedingungen für Löhne, Sozialleistungen und allgemeine

Beschäftigungsbedingungen in Frage oder verlangt zumindest deren Lockerung. Die Einheitlichkeit des Arbeitsmarktes ist ein Grundwert, muehselig und opferreich in der Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung erkämpft und durch kollektive Tarifverträge und Gesetze institutionalisiert, weil durch sie die Angebotsmacht von abhängiger Arbeit gegenüber der

überlegenen Kapitalseite organisiert wurde. Diese Einheitlichkeit der Bedingungen des Arbeitsmarktes war auch die Quelle der Solidarität der Beschäftigten gegen ihre Vereinzelung gegenüber der Kapitalseite. Solidarität in der Arbeitswelt war niemals nur eine ethischmoralische oder politische Kategorie, sondern sie war vor allem interessengebunden, war Ausdruck gleicher Interessen und gleicher Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Aus ihr entstand die politische Angebotsmacht der organisierten Arbeitnehmerschaft, und diese wiederum war entscheidend für das Gewicht und die Rolle der organisierten Arbeitnehmerschaft im zentralen gesellschaftlichen Verteilungskonflikt zwischen Kapital und Arbeit. Nicht umsonst begann noch jede erfolgreiche neoliberale Revolution der siebziger und achtziger Jahre genau an diesem Punkt, nämlich die Solidarität in der Arbeitswelt durch die strategische Schwächung der Gewerkschaften zu zerbrechen und die Angebotsmacht des Faktors Arbeit entscheidend zu schwächen. Denn ohne eine solche strategische Niederlage freier Gewerkschaften hat die neoliberale Revolution keine wirkliche Chance.

Die Frage der Einheitlichkeit von Löhnen, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen, die ja bei aller branchenspezifischen Vereinheitlichung in einem gewissen Rahmen schon immer regionale und auch betriebliche Unterschiede aufgewiesen haben, ist also von herausragender strategischer Bedeutung für jede linke Politik und darf deshalb nicht mit leichter Hand zur Disposition gestellt werden. Freilich darf sie aber genausowenig zu einem Dogma erhoben werden, das den Blick auf die Realität des Arbeitsmarktes zu verstellen droht. Wäre es allein die subjektive Absicht des Neoliberalismus, aus durchsichtigen politischen Interessen heraus die Einheitlichkeit in Frage zu stellen, so hätte sich diese Frage von selbst erledigt. Es wäre allein eine Frage der Macht, und damit verböte sich jegliche Veränderung und jegliches Umdenken von einem linken Standpunkt aus.

Ganz anders stellt sich die Frage aber dann, wenn der Neoliberalismus nur ideologisch und machtpolitisch zuzuspitzen und auszubeuten versucht, was selbst bereits die objektive Tendenz der Entwicklung des Arbeitsmarktes ist - und zwar in allen westlichen Industrieländern. Bei der hier diskutierten Entwicklung haben wir es nun ganz zweifellos mit einer Tendenz zu tun, die die Einheitlichkeit der Löhne, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen um ihrer wesentlich stärkeren Differenzierung willen aufbricht. Anders gesagt: Bei einer sich immer stärker differenzierenden Unternehmens- und Branchenlandschaft werden davon der Arbeitsmarkt und seine konkreten Bedingungen nicht unberührt bleiben, sondern durch diese Veränderungen stark unter Anpassungsdruck gesetzt werden. Nur wenn die Linke mit ihren traditionellen beschäftigungspolitischen Instrumenten - strukturelle Ausdehnung der Beschäftigung in den grossen Kernunternehmen und im staatlichen Sektor - im ersten Arbeitsmarkt erfolgreich dagegenhalten könnte oder über neue Ansätze verfuegen würde, die diesen Trend wirtschaftspolitisch umzukehren in der Lage wäre, könnte sie sich politisch von dieser objektiven Entwicklung des Arbeitsmarktes lösen und auf ihre ökonomische Alternative setzen. Von all dem kann aber allen Ernstes nicht einmal im Traum die Rede sein.

Dennoch hat sich die Frage nach der Interessensolidarität der Erwerbstätigen damit nicht erledigt, es sei denn, man Wünscht sich eine strategische Schwächung der Angebotsbedingungen des Faktors Arbeit. Will man dies genau nicht, so muss man die Frage nach dieser Interessensolidarität der Erwerbstätigen auch unter den Bedingungen des Dienstleistungskapitalismus und seiner

zerklüfteten Märkte und Unternehmenslandschaften zu beantworten versuchen. Wenn es also richtig ist, dass Ungleiches nicht mehr gleich behandelt werden kann, so ergeben sich daraus für eine Politik in solidarischer Absicht folgende Konsequenzen: Einen differenzierteren Arbeitsmarkt als bisher heisst nicht einen weitgehend regulierungsfreien oder auch nur regulierungsarmen Arbeitsmarkt zu schaffen, denn dieser müßte mit Notwendigkeit den sozialen Konflikt über kurz oder lang wieder heraufbeschwören, sondern heisst differenziertere und beweglichere Regulierungen, die dem Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der neuen Unternehmen und Märkte und den sozialen Interessen ihrer Beschäftigten gerecht werden. Es muss unter den neuen Bedingungen mehr denn je ein gesetzlicher und tarifrechtlicher Mindestrahmen definiert und garantiert werden, auf dem aufbauend erst die Differenzierung beginnen kann. Dadurch müssen die Unterschiede in ihrer jeweiligen Abgrenzung definiert werden, damit die Differenzierung nicht in Beliebigkeit, Willkuer oder gar neue Ausbeutung umschlägt oder zu einer schlichten Verschiebung von Teilen der Arbeitskosten in die Zukunft hinein zu Lasten der Beschäftigten und der Gesellschaft führt, etwa in die Altersarmut, die bei den nicht sozial abgesichert Beschäftigten meist erst Jahre oder gar Jahrzehnte später eintritt und dann auf eine Teilsozialisierung oder Subventionierung dieser Arbeitskosten durch spätere Zahlungen aus der Sozialhilfe hinausläuft.

Die Leidensgeschichte der versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse (610-DM-Jobs) in Deutschland und ihre fatale Wirkung auf die Beitragsentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zeigen diese Notwendigkeit sehr klar. Es kann nicht akzeptiert werden, dass aus einer Ausnahmeregelung durch grosse Unternehmen ein Ersatz für Dauerarbeitsverhältnisse zu Lasten der Sozialversicherung gemacht wird. Die Konsequenz wird demnach die Abschaffung der versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse sein müssen. Ebenso bedarf es entsprechender sozialer Regelungen für Leiharbeit, um eine neue Form von Tagelöhnerei abzuwehren, für Teilzeitarbeit, neue Selbständigkeit und damit die gesetzliche Unterbindung von Scheinselbständigkeit. Anders gesagt: Die stärkere Differenzierung des neuen Arbeitsmarktes bedarf auch neuer, der stärkeren Differenzierung angepasster sozialer Sicherungen für die Beschäftigten. Wer auf solche Regulierungen - und dieser Begriff wird hier ganz bewusst verwandt - der neuen differenzierten Arbeitsmärkte verzichtet, der wird lediglich neue Ausbeutungsformen einführen, nicht aber den sozialen Bedürfnissen eines differenzierten Arbeitsmarktes gerecht werden. Damit würde man aber auf mittlere Sicht ein ernsthaftes Stabilitätsproblem für die Gesellschaft verursachen.

Die Aufspaltung des Arbeitsmarktes in grössere Unterschiede zwischen den Regionen, Branchen und einzelnen Unternehmen wird differenzierte Regeln und Regulierungen erfordern und nicht die Beliebigkeit individualisierter Verträge zwischen Unternehmen und Erwerbstätigen ohne den Schutz kollektiver Tarifverträge und gesetzlicher Vorschriften zulassen dürfen. Für die Gewerkschaften wird dies allerdings bedeuten, dass sie, neben ihrer bisherigen, stark auf die grossen Unternehmen konzentrierten Organisationskraft, verstärkt die kleinen und mittleren Unternehmen, ja grundsätzlich alle Formen der Erwerbsarbeit organisieren müssen. So wichtig der Zusammenschluss zu grossen, schlagkräftigen Einzelgewerkschaften im Zeitalter der "supermerger" von grossen und grössten Unternehmen auch immer sein mag, mindestens ebenso wichtig wird die Verbreiterung ihrer Organisationsbasis durch eine entsprechende Anpassung ihrer Organisationskultur an die neuen Beschäftigungsformen sein müssen.

In Deutschland wollten die Gewerkschaften z.B. niemals die versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnisse, und deswegen hat man sie rechts liegen lassen und nicht zu organisieren versucht. Dies war angesichts der Ausdehnung dieser Beschäftigungsverhältnisse in bestimmten Branchen ein grosser Fehler. Wollen unabhängige Gewerkschaften auch im Dienstleistungskapitalismus eine starke Rolle behalten - und für eine einigermassen gerechte Austarierung des zentralen Verteilungskonflikts zwischen Kapital und Arbeit bleiben sie auch und gerade in einer globalisierten und individualisierten Dienstleistungsökonomie unverzichtbar -, so müssen sie sich wesentlich mehr als bisher von der Fixierung auf ihre tradierten Organisationsmuster lösen und statt dessen alle Formen von Erwerbsarbeit zur Kenntnis nehmen und organisieren. Dann werden sie für neue Beschäftigungsformen, wie z.B. für Telearbeit zuhause, ebenso eine neue Organisationskultur entwickeln müssen wie für junge Existenzgründungen, für Leih-, Zeit- und Teilzeitarbeit, und darüber hinaus werden sie gut beraten sein, sich auch um die Kleinstunternehmer zu kuemmern. Leider verhindert ihre alte Organisationstradition hier bis heute wesentlich mehr als sie fördert.

Der Arbeitsmarkt von morgen wird in zwei grosse Sektoren zu höchst unterschiedlichen Bedingungen aufgespalten sein. Der traditionelle, eher national homogenisierte Arbeitsmarkt der Grossunternehmen mit hoher Produktivität, hohen Löhnen und Sozialleistungen wird neben dem differenzierten neuen Arbeitsmarkt mit all seinen Unsicherheiten und wesentlich stärkeren materiellen Unterschieden bestehen bleiben und eine grosse Bedeutung behalten. Ebenso wird die Mehrzahl der Beschäftigten den Arbeitnehmerstatus behalten und keineswegs zu Selbständigen oder Scheinselbständigen werden. Auch die Globalisierung wird also kein Ende der Arbeitnehmergesellschaft mit sich bringen, auch wenn Selbständigkeit vor allem in der Form des Kleinund Kleinstunternehmers an Bedeutung zunehmen wird. Dennoch wird es keinen Übergang von der Arbeitnehmergesellschaft zu einer

Selbständigengesellschaft geben, sondern vielmehr werden sich Rolle, Funktion und Bedingungen des Arbeitnehmers qualitativ verändern.

Die gespaltenen Arbeitsmärkte sind einerseits für eine neue Gründerzeit unverzichtbar, andererseits aber müssen sie arbeitsmarktpolitisch und sozialpolitisch in einem vertretbaren, die Gesellschaft nicht zerreissenden Rahmen mit dem alten Arbeitsmarkt und seinen wesentlich besseren Bedingungen verbunden bleiben. Beide Arbeitsmärkte müssen füreinander durchlässig und untereinander austauschfähig sein. Eine Abschottung zwischen neuem und altem Arbeitsmarkt würde nicht nur erhebliche soziale Verwerfungen mit sich bringen, sondern wäre auch ökonomisch höchst unproduktiv und einer neuen Gründerzeit völlig abträglich. Es wird daher eine der grossen Aufgaben zukünftiger Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik sein müssen, diese Tendenz zur Abschottung zwischen den beiden Arbeitsmärkten, bedingt durch eine starke Differenz in Löhnen, Sozialleistungen und Arbeitsbedingungen, zu verhindern und deren Durchlässigkeit und Annäherung sozialpolitisch zu flankieren, da die Arbeitsmärkte diese politische Aufgabe aus sich heraus nicht werden bewältigen können. Dies ist nicht nur eine Herausforderung für den Gesetzgeber, sondern auch eine neue Aufgabe für die Gewerkschaften, denn von der Durchlässigkeit und Austauschfähigkeit der beiden Arbeitsmärkte wird auch die zukünftige Solidarität der Arbeitnehmer und damit ihre Angebotskraft gegenüber dem Kapital entscheidend abhängen.

Der Neoliberalismus propagiert den neuen, weitgehend deregulierten Arbeitsmarkt mit einer nahezu vollständigen Individualisierung seiner Risiken zu Lasten der Beschäftigten. Dadurch wird im Lichte einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik tatsächlich Gesellschaftspolitik betrieben, nämlich die Wurzeln des Sozialstaats und damit des gesellschaftlichen Zusammenhalts angegriffen. An die Stelle der sozialstaatlichen Solidarität gegen die grossen Lebensrisiken tritt deren Individualisierung, und das läuft schlicht auf eine andere Republik hinaus, als sie Deutschland und seine Nachbarn bisher gekannt haben. Die sozialen Folgen, ja die gesellschaftlichinfrastrukturellen Voraussetzungen für das langfristige Funktionieren des neuen Arbeitsmarktes, ohne dass es zu schwerwiegenden sozialen Verwerfungen und auch ökonomisch kontraproduktiven Wirkungen kommt, wie strukturelle Dequalifikation des Faktors Arbeit, wachsende Verarmungsprobleme einhergehend mit sozialer Desintegration und Instabilität, "zynische Belegschaften", etc., werden vom Neoliberalismus erst gar nicht bedacht, geschweige denn durchanalysiert und die Konsequenzen daraus gezogen. Hier tritt die Grundwertekontroverse zwischen einer neoliberalen und einer solidarischen Politik offen hervor: Werden die erheblichen Risiken des neuen Arbeitsmarktes bei Einkommen, Beschäftigung und sozialer Sicherung ausschliesslich individualisiert, oder bleibt es auch auf dem neuen Arbeitsmarkt bei jener in Kontinentaleuropa entwickelten Mischung von individueller und sozialstaatlicher Verantwortung? Eines sei hier nun gleich in die Debatte geworfen, nämlich die Kosten der jeweiligen Politiken: Individualisierung ist kurzfristig sicher billiger, auf längere Sicht allerdings duerfte sie sich angesichts der verdrängten sozialen und infrastrukturellen Kosten als die teurere und zugleich gefährlichere Politik erweisen. Die sozialstaatliche Politik für den neuen Arbeitsmarkt ist mit Sicherheit kurzfristig teurer, allerdings wird sie sich, da in hohem Masse aus Investitionen in Humankapital, Qualifizierung und Alterssicherung bestehend, auf mittlere Sicht als die ertragreichere Strategie erweisen, die zudem über einen hohen gesellschaftlichen Stabilitäts- und Integrationseffekt verfuegt.

Die Organisation des Arbeitsmarktes ist das Fundament für die Gestaltung eines neuen Gesellschaftsvertrages. Dabei gewinnt die Ausrichtung des Bildungssystems auf "lebenslange Beschäftigungsfähigkeit", d.h. auf eine beständige, die gesamte Erwerbsbiographie umfassende Parallelisierung von Erwerbsarbeit und Requalifizierung, eine herausragende Bedeutung. Die Qualität der "Beschäftigungsfähigkeit" , d.h. einer hohen und zugleich qualifizierten beruflichen Mobilität der Erwerbstätigen, wird in Zukunft von immer grösserer volkswirtschaftlicher Tragweite werden, nur dass die gegenwärtige Diskussion über eine Bildungsreform diesen Aspekt fast völlig ausklammert. Wenn es aber richtig ist, dass die lebenslange Beschäftigung auf einem Vollerwerbsarbeitsplatz nach durchlaufener Ausbildung eher zur Ausnahme als zur Regel werden und die Zukunft der Erwerbsbiographie durch eine Vielzahl von Beschäftigungen mit höchst unterschiedlichen Qualifikationen bestimmt werden wird, die eine beständige Requalifizierung notwendig machen, so wird diese Entwicklung auf das herkömmliche Bildungssystem einen massiven Veränderungsdruck auslösen. Denn in der Tat ist dann die Zuordnung von Dauer und Qualität der Primärqualifikation in Schule, Hochschule und beruflicher Ausbildung entsprechend diesem Erfordernis der dauerhaften Beschäftigungsfähigkeit neu zu regeln, und gleichzeitig bedarf es auch einer Öffnung des staatlichen Bildungssystems für die Fortbildung von Erwerbstätigen.

Der Bildungssektor steht gegenwärtig in Deutschland, ebenso wie der Aufbau Ost, mit seiner tiefen Krise eigentlich als Teil für den Zustand des ganzen Landes. Er ist organisiert nach den Bedürfnissen einer zu Ende gehenden Epoche, verfasst nach den Grundsätzen der siebziger Jahre,

dominiert von Bürokratie, Besitzständen und Privilegien an Hochschulen und Universitäten und deshalb, bezogen auf seine Ergebnisse, viel zu teuer und zu wenig erneuerungsfähig. Gleichzeitig aber wird sowohl von den öffentlichen Händen als auch von den Privaten eher zu wenig als zu viel für Bildung, Forschung und Wissenschaft ausgegeben,denn in diesen Feldern liegen die entscheidenden Zukunftsressourcen und daraus folgt die Notwendigkeit verstärkter Investitionen. Ohne die notwendigen strukturellen Reformen im Bildungssektor jedoch würde dies lediglich die Fehlallokation von Ressourcen verstärken, nicht jedoch den Output des Systems qualitativ und quantitativ verbessern. Dennoch - und hierin besteht die Parallele zum Aufbau Ost - ist der Bildungssektor einer der klassischen Wachstumssektoren eines ideengetriebenen Dienstleistungskapitalismus, und dass sich auch dieser Sektor in Deutschland heute in einer tiefen Strukturkrise befindet, macht das zu behebende Elend plastisch klar.

Ein derart an den Bedürfnissen des neuen Arbeitsmarktes ausgerichtetes Ausbildungs- und Fortbildungssystem ist teuer, aber wir haben es hier mit einer klassischen Investition in Bildung und Qualifikation zu tun, die makroökonomisch schon immer von erheblicher Bedeutung war und in Zukunft noch wesentlich bedeutsamer sein wird. Gerade wenn man am solidarischen Bildungsanspruch - für linke Politik ein unverzichtbarer Grundwert, der sich aus ihrem Menschen- und Gerechtigkeitsbild ergibt - festhält, wird es deshalb nicht allein durch staatliche Transferzahlungen und entsprechende indirekte Transfers über eine Öffnung der staatlichen Bildungssysteme für die Weiter- und Fortbildung zu bezahlen sein, sondern muss indirekt über veränderte Arbeitszeitregelungen, welche die Einrichtung von Arbeitszeitkonten und verstärkt auch Teilzeitarbeit ermöglichen, aber auch über direkte finanzielle Eigenbeiträge finanziert werden. Zudem werden auf diesem Hintergrund tarifvertragliche Regelungen immer wichtiger, damit die Kosten der Aus- und Fortbildung zur dauerhaften Beschäftigungsfähigkeit nicht allein vom Staat und den Erwerbstätigen aufgebracht werden müssen.

Diese Aus- und Fortbildungsreform - die eigentliche zweite Bildungsreform! - ist ein konstitutives Element des neuen Gesellschaftsvertrages und zugleich im doppelten Sinne ein unverzichtbarer Teil einer wirksamen Strategie zur Überwindung der Arbeitslosigkeit, da sie sowohl den Arbeitsmarkt entlastet als auch zugleich die Beschäftigungsfähigkeit fördert. Erstens ist die Organisation erwerbsloser Zeiten als Aus- und Fortbildungszeiten sowohl für die Betroffenen als auch für die Gesellschaft allemal sinnvoller als Arbeitslosigkeit; und zweitens trägt die Requalifizierung zu einer höheren Beschäftigungsfähigkeit bei. Freilich ist diese Reform alles andere als billig. Bei abnehmenden verfuegbaren Masseneinkommen und einer anhaltenden Krise der Staatsfinanzen wird sich eine solche Bildungsreform nur sehr schwer finanzieren lassen, was wiederum zur Notwendigkeit einer neuen Gründerzeit zurückführt.

Darüber hinaus wird die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung die Aufgabe der Alterssicherung der Beschäftigten beider Arbeitsmärkte und ihrer gegenseitigen Durchlässigkeit berücksichtigen müssen, ebenso die Notwendigkeit der Dualisierung von Erwerbsleben und Aus- und Fortbildung, was wiederum die verstärkte Steuerfinanzierung der Rentenversicherung notwendig machen wird. In Zukunft werden viel stärker beitragsfreie und beitragsschwache Zeiten in der durchschnittlichen Rentenbiographie anfallen, als dies bisher beim männlichen Vollerwerbsarbeitsplatz der Fall war. Wenn diese verstärkte Erwerbsunsicherheit und Flexibilität nicht zum absehbaren Risiko der Altersarmut führen soll, wird der Bedarf nach einem steuerfinanzierten Ausgleich und/oder nach einer zweiten Finanzierungssäule zunehmen. Auch ein

auf die Realitäten des neuen Arbeitsmarktes ausgerichtetes solidarisches Rentensystem wird also ein erhebliches Finanzierungsproblem aufwerfen.

In der aktuellen deutschen Debatte wird sehr häufig der amerikanische Arbeitsmarkt mit seinen grossen Beschäftigungserfolgen als positives Vorbild angeführt. Nun soll hier gar nicht weiter auf die Details der Unterschiede zwischen beiden Arbeitsmärkten eingegangen werden, aber es ist offensichtlich, dass sich beide nur sehr unzureichend miteinander vergleichen lassen, da ihre Bedingungen einfach zu unterschiedlich sind. Der kontinentale Arbeitsmarkt der USA ist weder quantitativ noch qualitativ mit dem der EU oder gar Deutschlands zu vergleichen, die gewachsenen historischkulturellen Unterschiede wurden bereits erwähnt. Selbst wenn man das hohe Mass an Flexibilisierung des amerikanischen Arbeitsmarktes nicht aus moralischen, sozialen und politischen Gründen ablehnt, lässt sich eine ähnliche Deregulierung und Senkung von Löhnen, Arbeitsbedingungen, sozialer Sicherung und dem Abbau sozialstaatlicher Netze auf Deutschland kaum übertragen. Dasselbe gilt für die massenhafte Verarmung der unteren Einkommensschichten, die zur Arbeitsaufnahme nahezu um jeden Preis zwingt.158 Dadurch ist faktisch in den USA neben dem alten und dem neuen Arbeitsmarkt bereits ein dritter Arbeitsmarkt entstanden, nämlich die arbeitende industrielle Reservearmee der working poor. Ohne diesen de facto dritten Arbeitsmarkt ist das amerikanische Beschäftigungswunder nicht erklärbar, und dieser wurde nur durch eine massive Abwertung des Faktors Arbeit und eine weitgehende Zerstörung der sozialstaatlichen Netze gegen die Armut erreicht.159 Die entscheidende Frage, die sich aus dieser Analyse ergibt, ist, ob dieses Jobwunder im unteren Einkommensbereich nur nach der amerikanischen Methode, also ausschliesslich zu Lasten des Faktors Arbeit geht, oder ob es auch hier eine solidarische Alternative gibt, die nicht zugleich an den Grenzen ihrer Finanzierbarkeit scheitern muss.

Deutschland und die EU werden, bedingt durch die langfristigen Trends in der Wirtschaft und auf den Arbeitsmärkten, vor demselben Problem stehen, nämlich dass eine wachsende Zahl von Erwerbslosen, vor allem gar nicht oder falsch qualifizierte und ältere Arbeitslose, Arbeit sucht, die von den bestehenden Arbeitsmärkten allein nicht mehr absorbiert werden können. Selbst wenn man den Erfolg einer neuen Gründerzeit einmal unterstellt, der gewiss nicht einfach zu erreichen sein wird, und auch eine erfolgreiche Umsetzung der notwendigen Strukturreformen bei Steuern, Renten, Bildung, Kapital- und Finanzmarkt und ökologischer Erneuerung, so wird dies alles zusammen dennoch nicht die Vollbeschäftigung vergangener Tage wiederbringen können. Selbst die "Jobmaschine" USA, die mittlerweile wieder zu Vollbeschäftigung geführt hat, vermochte diese nur quantitativ, nicht aber qualitativ wiederherzustellen. Der amerikanische Weg, d.h. die Zerschlagung des sozialen Netzes bei gleichzeitiger dramatischer Absenkung der unteren Löhne bis unter das Existenzminimum, ist in Deutschland nicht gangbar. Auch die bisherige deutsche Methode, nämlich einen wachsenden Sockel von Arbeitslosigkeit mit staatlichen Mitteln zu finanzieren, wird aus Gründen der abnehmenden gesellschaftlichen Akzeptanz und der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte nicht mehr allzulange praktizierbar sein. Hinzu kommen noch weitere, den zukünftigen Arbeitsmarkt zusätzlich belastende kulturelle Faktoren: erstens die Veränderung der Geschlechterarbeitsteilung und die Auflösungstendenzen der Kleinfamilie und zweitens eine wachsende Überalterung der Gesellschaft. Beide langfristigen Trends werden zu einer verstärkten Integration von Frauen und zu einer Notwendigkeit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit führen, wobei angesichts der dramatischen Zunahme der Zahl alter Menschen ein verstärkter Bedarf nach altenspezifischen Arbeitsplätzen entstehen wird, der einen schrittweisen Umstieg in ein dann erst

später eintretendes Ruhestandsalter ermöglicht.

Mit der Schwächung sozialer Institutionen wie der Familie, durch das berufsorientierte Rollenverständnis der jüngeren Frauen und die Auflockerung sozialer Milieus bei wachsender innergesellschaftlicher Individualisierung entstehen eine Vielzahl von kleinräumigen sozialen Bedürfnissen, die bisher in den traditionellen sozialen Milieus und Institutionen gebunden waren. Diese bieten in Zukunft vor allem im kleinen, lokalen Dienstleistungsbereich zahlreiche Möglichkeiten sowohl für echte unternehmerische als auch freiwillig soziale oder selbstorganisierte Initiativen, die eine Mischung von beidem sind. Hier, in der Entwicklung eines dritten, eines "gesellschaftlichen Sektors" des Arbeitsmarktes, bietet sich die Chance, der Alternative zwischen "working poor" und Dauerarbeitslosigkeit eine solidarische Antwort entgegenzusetzen. Jeremy Rifkin definiert in seinem Buch "Das Ende der Arbeit" diesen dritten Sektor am Beispiel der USA als "Bereich der sozialen Verantwortlichkeit" und als Non-profit-Sektor: "In den USA existieren die Grundlagen für einen dritten gesellschaftlichen Sektor schon seit langem. Neben dem privaten und dem öffentlichen Sektor, auf die sich in der Moderne stehts die ganze Aufmerksamkeit gerichtet hat, gibt es hier einen Bereich, der als Geburtshelfer der Nation von besonderer historischer Bedeutung war und der heute zur Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrages für das 21. Jahrhundert werden könnte. In diesem "Dritten Sektor", der auch als freiwilliger Sektor bezeichnet wird, herrschen nicht treuhänderische Strukturen, sondern gemeinschaftliche Bindungen vor. Man widmet seinen Mitmenschen Zeit, statt kuenstliche Marktbeziehungen mit ihnen einzugehen und sich und seine Dienste zu verkaufen."

Nun hat sich der soziale Sektor in der Geschichte der USA auf einem ganz anderen Hintergrund entwickelt, nämlich dem weitgehenden Fehlen des Staates während der Besiedelung des Kontinents durch überwiegend europäische Einwanderer und deren gegenseitiger Abhängigkeit von Nachbarschaftshilfe. Auf die europäische Tradition ist diese Erfahrung nicht ungebrochen übertragbar, auch wenn die amerikanische community-Tradition gewiss etwas ist, aus der die europäischen Gesellschaften mit ihrer ererbten Staatsfixiertheit sehr viel lernen und übernehmen können, nämlich gesellschaftliche Selbstorganisation, Eigeninitiative, Nachbarschaftsverantwortung und ganz generell den Vorrang der Zivilgesellschaft vor dem Staat. Dahinter steckt auch eine urdemokratische Tradition, die es wert ist, nach Europa und vor allem nach Deutschland mit seinen weitaus flacheren demokratischen Wurzeln übertragen zu werden. Dies darf aber niemals als Alternative zur europäischen Staatstradition verstanden werden, sondern immer nur als deren Ergänzung und Modernisierung, weil ansonsten ein solches Projekt scheitern müsste. Denn Traditionen kann man nicht nach Gusto einfach auswechseln. Deshalb wird eine solche Über nahme von solidarischen Elementen aus der amerikanischen Tradition immer eingepasst werden müssen in die europäische Sozialstaatstradition, wenn sie nicht zur blossen Legitimation eines vom Neoliberalismus propagierten, weitgehenden Rückzugs des Staates aus seiner sozialen Verantwortung herhalten soll.

Hierbei geht es nicht um eine Aufwertung des Ehrenamtes als Antwort auf die Krise des Sozialstaates und des drohenden Rückzugs des Staates aus seiner sozialen, und d.h. armutsbekämpfenden Verantwortung, sondern hier wird der Begriff "dritter" oder "gesellschaftlicher Sektor" in einem weitergehenden Sinn verwandt, der sowohl NonProfit-Bereiche als auch kleinunternehmerische ProfitBereiche umfasst. Mit dem "gesellschaftlichen Sektor" wird hier also wesentlich mehr gemeint, nämlich ein echter dritter "alternativer" Arbeitsmarkt, nicht nur

die private Organisation ehrenamtlicher Initiativen. In der hier verwendeten Definition mischt sich staatliche Arbeitsmarktpolitik mit wettbewerbsfähiger, kleinunternehmerischer Eigeninitiative und diese wiederum mit selbstorganisierten Initiativen und ehrenamtlichen Aufgaben. In einem solchen Sektor macht dann auch eine transferfinanzierte staatliche Lohnsubvention zur Aufbesserung von Minimallöhnen und die steuerfinanzierte Aufstockung der Alterssicherung einen Sinn, während dieses arbeitsmarktpolitische Instrument der staatlichen Lohnsubvention auf den formellen Arbeitsmärkten wohl eher volkswirtschaftlich teure und unsinnige Mitnahmeeffekte auslösen würde. Eine Mischung aus Transferzahlungen direkter Art, wie z.B. Lohnsubvention, ABM, Ausund Fortbildung, oder indirekter Art, wie eine Teilfinanzierung aus Sozialhilfe/Grundsicherung, verbunden mit echter Wertschöpfung, auch mit ehrenamtlichen Initiativen, wird diesen Sektor ökonomisch tragen.

Freilich wird dieser Sektor nur zu Teilen in der Lage sein, zu den marktueblichen Bedingungen zu arbeiten und zu konkurrieren, weshalb dort teilweise besondere Tarif- und Arbeitsbedingungen notwendig sein werden. Damit stellt sich aber sofort die Frage des Wettbewerbs und damit auch die Abgrenzungsfrage von den ausschliesslich nach Wettbewerbsregeln funktionierenden Teilen der Wirtschaft, vor allem dem Handwerk und anderen kleinen Dienstleistern. Staatliche Beschäftigungspolitik darf selbstverständlich nicht wettbewerbsverzerrend wirken, da sie dadurch in ihrer Wirkung widersinnig würde. Demnach wird es einer klaren Definition der Abgrenzung zwischen der formellen Wirtschaft und dem gesellschaftlichen Sektor und innerhalb dieses Sektors zwischen sozialer Aufgabe und wettbewerbsorientierter Wertschöpfung kommen müssen, auf dessen Grundlage dann die

Förderung stattfinden kann. Staatliche Beschäftigungspolitik wird dabei immer zum Ziel haben müssen, einen möglichst hohen Eigenertragsanteil auf Wertschöpfungsbasis anzustreben und damit eine Eingliederung von Unternehmen und Beschäftigten in den ersten Arbeitsmarkt und in die formelle Ökonomie zu ermöglichen.

Ein zusätzlich wichtiger Faktor zur Überwindung der Arbeitslosigkeit ist sicherlich eine weitere Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens auf mehr Köpfe, aber auch diese Strategie ist in ihrer Wirkung begrenzt. Denn angesichts des mittlerweile mehrjährigen Abwärtstrends der verfügbaren Einkommen ist die Akzeptanzschwelle für weitere Arbeitszeitverkuerzungen ohne vollen Lohnausgleich bei den Beschäftigten dramatisch gesunken. Nicht nur, dass jede weitere schematische Verkuerzung der Wochenarbeitszeit unter die 35 Stunden das Problem von steuerlich und sozialversicherungsrechtlich nicht erfasster Zusatzarbeit (610-DM-Jobs oder direkte Schwarzarbeit) angesichts abnehmender Realeinkommen verstärken wird, sondern viele Erwerbstätige werden ihre Zusatzfreizeit aus leicht nachvollziehbaren Gründen auch deshalb zu zusätzlicher Erwerbsarbeit nutzen wollen, um so ihren Lebensstandard wenigstens etwas verbessern zu können.

Eine Neuorganisation der Arbeitszeit ist andererseits für eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unverzichtbar, aber die Lösung liegt hier erstens in einer Arbeitszeitordnung, die Teilzeit in den Unternehmen und im öffentlichen Dienst auf allen Hierarchieebenen durchsetzt. Teilzeit darf nicht als Lohndrückerei und Mittel zur Umgehung von Sozialversicherungsbeiträgen im unteren Lohngruppenbereich eingesetzt werden, sondern muss vor allem als ein zusätzliches Angebot zur Verbindung von Familie und Beruf und von Requalifizierung und Beruf verstanden

werden. Dies ist jedoch nicht nur eine Frage an den Gesetzgeber und nach der gesetzlichen Arbeitszeitordnung - gesetzlicher Anspruch auf Teilzeit, Förderung von Teilzeit durch sozialversicherungsrechtliche materielle Anreize (BonusMalus- Systeme gestaffelter Beiträge je nach Anteil von Teilzeit in einem Betrieb), gesetzlich garantierte Arbeitszeitkonten, etc. - und den sich daraus ergebenden versicherungsrechtlichen Konsequenzen, sondern diese Frage betrifft vor allem auch die Tarifpartner und die Haltung von Personalchefs, Betriebsräten, Vorgesetzten und Kollegen in den Unternehmen. Die Inanspruchnahme von Teilzeit darf, gerade in den Aufstiegsebenen der Betriebshierarchie und beim Fuehrungsnachwuchs, nicht als Karrierehemmnis, sondern muss als eine betriebliche Selbstverständlichkeit begriffen werden. Dies würde auch wesentlich mehr begabten jungen Frauen den Aufstieg in die höheren Hierarchieebenen ermöglichen, als dies heute der Fall ist. Gerade in der frühen Familienphase, solange die Kinder noch klein sind, könnte hier eine kulturelle Werteveränderung in den Unternehmen und im Kollegenkreis gleichermassen zu einem ganz erheblichen Fortschritt bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf führen und zugleich zu einer positiven Entlastung des Arbeitsmarktes beitragen.

Zweitens muss eine Neugestaltung der Arbeitszeit vor allem an der Jahres- und Lebensarbeitszeit in Verbindung mit Arbeitszeitkonten der Beschäftigten und der Förderung von Aus- und Fortbildung ansetzen. Die Beteiligung an Aus- und Fortbildung muss nicht nur umfassend ermöglicht werden, sondern wird, wenn diese Voraussetzung gegeben ist, dann auch zunehmend als individuelle Verpflichtung eingefordert werden müssen. Hier lassen sich durchaus positive Anreizsysteme innerhalb des staatlichen Systems von Transferleistungen denken, die bei entsprechender Fortbildungsleistung eines Erwerbstätigen nach oben gestaffelte staatliche Transfers ermöglichen. Freilich setzt eine solche Verpflichtung zuerst ein entsprechendes Fortbildungsangebot voraus und dessen Integration in die Bedürfnisse des ersten Arbeitsmarktes, da ansonsten eine solche Massnahme einen quasi Strafcharakter bekäme und demnach in ihrer beschäftigungsfördernden Wirkung völlig verpuffen würde. Bezogen auf die Aus- und Fortbildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf macht eine intelligente Politik weiterer Arbeitszeitverkuerzung ohne vollen Lohnausgleich grossen Sinn, nicht aber, wenn es lediglich zu einer schematischen weiteren Verkuerzung der Wochenarbeitszeit kommt.

Auch ein anderer Gesichtspunkt wird bei der gesetzlichen Neuorganisation der Arbeitszeit geregelt werden müssen: eine stärkere Zeitsouveränität der Erwerbstätigen als Ausgleich für ihre fast universelle Verfügbarkeit in den Unternehmen. Es kann nicht sein, dass aus Wettbewerbsgründen und wegen der rentableren Auslastung von in Maschinen und Technik investiertem Kapital die Arbeitszeitbarrieren in der Nacht und am Wochenende zunehmend niedergerissen werden, ohne dass die Erwerbstätigen nicht einen Zugewinn an individueller Zeitsouveränität bekommen. Dies ist keine

Frage der Bedürfnisse des Arbeitsmarktes und hat wenig mit dem Abbau von Arbeitslosigkeit zu tun, sondern ist zuerst und vor allem eine Gerechtigkeitsfrage. Im Prinzip wurde dieser Grundsatz Zeitflexibilität gegen Zeitsouveränität von der Kapitalseite akzeptiert, in der betrieblichen Wirklichkeit hinkt der Faktor

Zeitsouveränität allerdings noch weit hinter der Flexibilität hinterher. Auch hier muss der Gesetzgeber klare Rahmenvorgaben machen - gesetzliche Verpflichtung zur Einrichtung von

Arbeitszeitkonten, Sabbatjahr, gesetzliche Garantie von angesparter Arbeitszeit etc., damit die tarifvertraglichen Vereinbarungenauch in ihrem zweiten Teil die notwendige Dynamik erhalten.

Die ökologische Herausforderung oder Wieviel muss Energie kosten?

Angesichts der endemisch gewordenen Massenarbeitslosigkeit und dem Wohlstandsvorbild des Westens für den Rest der Welt scheint gegenwärtig nur noch ein Thema zu zählen, nämlich Wirtschaftswachstum um fast jeden Preis. Dennoch fehlt es am Wachstums- und Fortschrittsoptimismus der fünfziger und sechziger Jahre, der damals beiden verfeindeten Systemen in Ost und West zu eigen war. Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt verhiessen die beste aller Welten, seien sie nun kapitalistisch oder sozialistisch organisiert gewesen. Heute sind die Ziele weitaus pragmatischer angelegt: Über windung der Massenarbeitslosigkeit und Verteidigung des erreichten Wohlstands im Westen, Anschluss an das westliche Wohlstandsniveau in Osteuropa und in den Schwellenländern, Verhinderung der schlimmsten Katastrophen in den ärmsten Ländern. Vom utopischen Über schwang der früheren Wachstumseuphorie findet man kaum noch eine Spur. Und was Wunder auch, denn selbst die kritiklosesten Apologeten eines schrankenlosen Wirtschaftswachstums haben angesichts der Erfahrung der ökologischen Krise ihre unschuldige Naivität verloren. Wirtschaftswachstum verkörpert eben nicht mehr nur die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, sondern weltweit weiss man mittlerweile, dass es sich dabei um ein Danärgeschenk des Projekts der Moderne handelt. Warum? Weil ein dynamisches Wachstum, beruhend auf dem Verbrauch endlicher Ressourcen, in einem begrenzten, selbst nicht wachsenden Ökosystem irgendwann dessen Grenze erreichen und dann überschreiten muss.

Diese Erkenntnis der ökologischen Grenze griff, parallel zur ersten Ölpreiskrise, zu Beginn der siebziger Jahre unseres Jahrhunderts um sich und ersetzte den naiven Fortschritts- und Wachstumsoptimismus durch ein ökologisches Krisenbewusstsein. Waren nun 1972, im Erscheinungsjahr der die Welt verändernden Studie von Dennis Meadows über "Die Grenzen des Wachstums", diese vor allem noch theoretischer Natur, so stellt sich mehr als ein Vierteljahrhundert später die Frage der weltweiten Umweltzerstörung angesichts jener doppelten Globalisierung der ökonomischen Globalisierung mit ihren gewaltigen Wachstumsschueben und der ökologischen Globalisierung der weltweiten, von Menschen verursachten Emissionen an klimaverändern den Gasen und der von ihnen ausgehenden Veränderung des Weltklimas - wesentlich praktischer und dramatischer. Nach dem Erscheinen von Meadows Studie war die zweite, umweltpolitisch herausragende Zäsur die UNCED (United Nations Conference on Environment and Development)-Konferenz, der sogenannte "Erdgipfel", vom 3.-14. Juni 1992 in Rio. Dort wurde von mehr als 170 Nationen ein verbindliches Dokument verabschiedet, die "Agenda 21", bei der es sich nach einer Selbsteinschätzung der UN um "eine Blaupause für Massnahmen in allen Bereichen für eine nachhaltige Entwicklung des Planeten von jetzt an bis in das 21. Jahrhundert" 166 handelt. Vom Geist von Rio ist angesichts der Globalisierung, des langen

Wirtschaftsaufschwungs in den USA, der anhaltenden Krise in der EU und Japan und einer neoliberalen Umwertung des Zeitgeistes in den wichtigsten Ländern fast nichts übrig geblieben. Zwar haben mittlerweile mehrere Folgekonferenzen, u.a. in Berlin und Kyoto, stattgefunden, aber diese haben angesichts der massiven wirtschaftlichen Globalisierung in der harten Realität der Weltwirtschaft kaum politische Spuren hinterlassen. Dennoch besteht zu Mutlosigkeit und Resignation kein Anlass, denn wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum ohne Rücksicht auf seine Nachhaltigkeit erweist sich auch und gerade ökonomisch als eine äusserst kurzsichtige Strategie, die ihr Scheitern von Anbeginn in sich trägt. Südostasien musste bereits diese bittere Erfahrung machen.

Die wachstumsbedingte Umweltzerstörung, global wie regional und sektoral, wird eine der grossen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts werden, denn die negativen Folgen der Überlastung der Umwelt lassen sich zwar längere Zeit vergessen, verdrängen und technisch hinauszögern, aber unerbittlich wird die Zerstörung der Natürlichen Lebensgrundlagen die Erfolgsbasis jedes Wirtschaftswachstums selbst ruinieren. Die Verdrängung der globalen Umweltzerstörung auf der Zeitachse ist verantwortungslos, bestenfalls naiv, da man um die extrem langen Bremswege bei der Veränderung von Ökosystemen weiss, und sie macht deren Auswirkungen nur um so schlimmer. Die Globalisierung hat die weltweiten ökonomischen Wachstumsprozesse stark beschleunigt und dadurch auch deren negative ökologische Folgewirkungen. Über setzt man den anhaltenden Trend zur globalen Umweltzerstörung in makroökonomische Kategorien, so haben wir es tatsächlich mit einer gewaltigen Fehlallokation von Kapital und Ressourcen zu tun. Leider denkt der Mainstream der ökonomischen Theorie völlig anders, denn ganz entgegen der herrschenden Lehre von der alleinseligmachenden Kraft des Marktes und seiner Preise tauchen in den geheiligten Marktpreisen eben nicht die wirklichen Kosten der Umweltzerstörung auf. Damit aber ist, streng nach marktwirtschaftlicher Theorie, die Fehlsteuerung programmiert, da die Preissignale in die falsche Richtung weisen: Sie signalisieren Über fluss, wo sie im Gegenteil Knappheit anzeigen müssten. Die Weltwirtschaft leistet sich heute immer noch das ökologische Bewusstsein eines Kindergartens, in dem eine wachstumsverliebte Kinderschar munter die Umweltzerstörungen wegtheoretisiert und wegsubventioniert, um sich damit das suesse Naschwerk eines kurzfristigen Konsumsegens zu leisten, während sich die tatsächlich immensen Folgekosten in den Preisen nicht widerspiegeln und damit in die Zukunft hinein verlagert werden. Diesen Tatbestand nennt man schlicht "Marktversagen".

"Das exponentielle Wachstum der Bevölkerung und des Kapitals, des Ressourcenabbaus und der Umweltverschmutzung hält noch ständig an. Als Triebkräfte wirken die Bemuehungen, menschliche Probleme zu lösen, von der Arbeitslosigkeit und Armut bis hin zu dem gewichtigen Drang nach Status, Macht und Selbstbestätigung. Das exponentielle Wachstum kann sehr rasch Grenzen überrennen. Wenn man die Grenze überwindet, stösst es bald darauf gegen die nächste. Durch die Wirkung von Rückkoppelungen mit Verzögerungen tendiert das globale Wirtschaftssystem zur Grenzüberziehung und zur Erodierung der langfristigen Existenzgrundlagen. Einige der für die Weltwirtschaft wichtigen Quellen und Senken sind bereits überlastet. Die Technologie und der Markt funktionieren nur mit zeitlichen Verzögerungen und sind auf unvollständige Informationen angewiesen; diese Elemente stellen selbst negative Rückkoppelungen mit Verzögerung dar und fördern die Tendenz der Wirtschaft zur Grenzüberziehung. Die Technologie und der Markt reagieren entsprechend dem Wertsystem in der Gesellschaft bzw. deren führender Schicht. Wenn das vorherrschende Ziel Wachstum ist, wird, so lange wie möglich, das Wachstum gefördert. Sind

jedoch soziale Gerechtigkeit und langfristige Existenzfähigkeit vorherrschende Zielvorstellungen, dienen Technologie und Markt auch diesen Zielen."

Die ökonomische Globalisierung zieht mit ihrer weltweiten Dynamik nolens volens die Schlinge der Umweltzerstörung am Hals der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft, dem einzigen

Entwicklungsmodell für das 21. Jahrhundert, immer schneller zu, denn dieses Wachstumsmodell kuemmert sich in seiner enormen Expansivität nicht um die ökologischen Systemgrenzen. "Die Aufrechterhaltung des blossen Lebens eines jeden von uns Menschen erfordert eine mittlere Dauerleistung von 100 Watt, aufzubringen durch Nahrung. Die Gestaltung des Lebens erforderte für den Sammler und Jäger der vorgeschichtlichen Zeit im zeitlichen Mittel ca. weitere 100 Watt, für den Menschen im Mittelalter, als er die gotischen Dome fast ausschliesslich mit seiner menschlichen Arbeitskraft erbaute, im zeitlichen Mittel schon ca. 1000 W = 1 kW. Heute leistet sich der Mensch zum Unterhalt seines Lebensstils mittels maschinell vervielfachter Arbeitskraft in Deutschland,einem typischen Industrieland, im zeitlichen Mittel eine Leistung von 6 kW. Und der Menschen sind viele geworden. Und wir müssen des weiteren sehen, dass derzeit allein 2 bis 3 Mrd. Menschen in Südost- und Ostasien mit atemberaubender Geschwindigkeit ihre wirtschaftliche Produktivität im Rahmen einer neuartigen Industrialisierung steigern, ihren Bedarf an Energieleistung bislang im Mittel von nur etwa 1 kW pro Person innerhalb der nächsten Jahrzehnte auf 2 bis 3 kW pro Person steigern und auch decken werden, immer noch wenig im Vergleich zu unserem Bedarf von 6 kW pro Person. Der mittlere Leistungsbedarf von 6 kW pro Person in Deutschland entspricht einem jährlichen Bedarf an Primärenergie pro Person im Mittel von 6 t SKE (Steinkohleeinheiten). Vergleichsweise liegt derzeit der mittlere Bedarf an Primärenergie pro Person und Jahr in Industrieländern im Bereich von ca. 4 bis 11 t SKE, in Entwicklungsländern im Bereich von 0,3 bis 1 t SKE."

Darüber hinaus kommt Klaus Heinloth bei der Abschätzung der Entwicklung des weltweiten Primärenergiebedarfs von 1995 bis 2050 zu folgenden Zahlen: Für die OECD-Länder und die Staaten Osteuropas und der GUS setzt er einen stagnierenden Pro-Kopf- Verbrauch von 7 t SKE voraus, bei China eine Steigerung von 1,1 auf 2,5 t SKE (von 2200 Mio t SKE absolut auf 2500 - 4000 Mio t SKE!), für Indien, Lateinamerika u.a. von 1 auf 1,5 t SKE (von 1700 Mio t SKE auf 2500 - 4000 Mio t SKE) und für die ärmsten Länder in Afrika u.a. wieder eine Stagnation bei 1 t SKE (von absolut 700 Mio t SKE auf 1000 Mio t SKE). "... unter der weiteren Annahme stagnierenden Energiebedarfs sowohl in der Gesamtheit der OECD-Länder als auch der Länder der GUS und Osteuropas insgesamt (resultiert) ein weltweiter jährlicher Bedarf an Primärenergie um die Mitte des kommenden Jahrhunderts von etwa 17 bis 21 Mrd t SKE...[1995 13300 Mio t SKE], also eine Steigerung um etwa 30 bis 60 Prozent ... Diese Schätzungen reichen mit dem oberen Wert von + 60 Prozent etwa an die untere Grenze der Schätzung des kuenftigen weltweiten Bedarfs an Primärenergie seitens der Weltenergiekonferenz und des IPCC...heran. Dementsprechend resultieren aus der hier vorliegenden Schätzung auch relativ bescheidene Steigerungen des Pro-Person-Energie-Bedarfs in den heutigen Entwicklungsländern, dies nicht zuletzt zu ermöglichen durch beachtliche Steigerung an der Energieeffizienz."

So gleichermassen kurz wie klar lässt sich anhand des weltweiten Energieverbrauchs und seiner Verteilung die vor uns liegende Krise beschreiben. Die Konsequenz aus diesen nuechternen Zahlen heisst: Selbst wenn sich die internationale Staatengemeinschaft gewaltig anstrengen wird - wofür

gegenwärtig leider so gut wie gar nichts spricht -, um ihren Primärenergieverbrauch in den kommenden fünf Jahrzehnten erheblich zu reduzieren und die Weltwirtschaft ökologisch neu auszurichten, wird das

Problem des 21. Jahrhunderts, nämlich der wachsende weltweite Primärenergiebedarf und die damit einhergehende Gefährdung des Weltklimas, nur reduziert, nicht aber wirklich gelöst werden können. Die Industrieländer sind nicht nur die Hauptverursacher dieses Problems, sondern von ihrem Verhalten wird auch ganz entscheidend dessen Lösung abhängen. Die Entwicklung spitzt sich dabei immer dramatischer zu, worauf das in Washington DC beheimatete Worldwatch Institute in seinem jüngsten "Bericht zur Lage der Welt" eindringlich hinweist. Darin wird eine tiefgreifende Steuerreform zur Rettung der Erde gefordert. Stärker besteuert werden müsse"der Ausstoss von Kohlendioxid, die Nutzung von Rohstoffen und sonstiges 1umweltschädlichesi Verhalten...Dagegen müssten Einkommen-, Gewerbe- und Umsatzsteuern sinken." Noch nie in der Weltgeschichte seien Konsum und Wirtschaft so stark gewachsen wie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Weltweit seien zwischen 1990 und 1997 zusätzliche Güter und Dienstleistungen im Wert von fünf Billionen Dollar produziert worden. Der Wert sei so gross wie das Wachstum vom Beginn der menschlichen Zivilisation bis zum Jahr 1950. In den vergangenen Jahren sei der Holzverbrauch verdoppelt, der Wasser- und Getreidekonsum verdreifacht und die Verbrennung kohlenstoffhaltiger Substanzen fast verfünffacht worden. "Das konsumorientierte westliche Wachstum kann nach Überzeugung des (World Watch) Instituts nicht auf die ganze Welt ausgedehnt werden. Zugleich müssten die wohlhabenden Nationen in Europa, Nordamerika und Asien stärker die Wind- und Sonnenenergie und in geringerem Masse die fossilen Brennstoffe nutzen. Die Unverträglichkeit des westlichen Wirtschaftsmodells mit den Lebensgrundlagen zeige sich am schärfsten in China. Wollten die Chinesen im Pro-Kopf-Vergleich soviel Auto fahren wie die Einwohner der USA, müssten jeden Tag 80 Millionen Barrel Erdöl mehr gefördert werden. Derzeit liege die Weltölproduktion bei 64 Millionen Barrel pro Tag."

In den Industrieländern leben (Stand 1990) 1,2 Mrd. Menschen (22,1 Prozent der Menschheit bei 5,4 Mrd. Menschen), die 15,9 Mrd. t (72,2 Prozent) der weltweiten CO2-Emissionen verursachen, was einer Pro-KopfBelastung von 13,1 t CO2 entspricht. In den Entwicklungsländern leben 4,2 Mrd. Menschen (77,9 Prozent), die 6,1 Mrd. t (31,8 Prozent) CO2-Emissionen verursachen, was einer Pro-Kopf-Emission von 1,6 t entspricht. Bis 2050 müssen für eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik die CO2-Emissionen der

Industrieländer auf jährlich 3,5 Mrd. t gesenkt werden, die der Entwicklungsländer werden auf 7,5 Mrd. t steigen, damit die 1990 bestehende globale Emissionsbelastung von 22 Mrd. t CO2 auf 11 Mrd. t halbiert werden kann.172 Angesichts dieser Vorgaben für einen erfolgreichen Klimaschutz ist ein Projekt wie die Erschliessung des Braunkohletagebaus GARZWEILER II im rheinischen Braunkohlerevier, dessen Abbau sich bis in die Mitte des 21. Jahrhunderts hinein ziehen soll, schlicht nicht nachvollziehbar und zutiefst unvernuenftig. Die Braunkohle ist der fossile Energieträger mit dem grössten CO2-Gehalt und deswegen aus

Klimaschutzgesichtspunkten besonders fragwürdig. Aber auch die Vorstellung, dass eines der wichtigsten Industrieländer der Erde, die Bundesrepublik Deutschland, noch im Jahre 2020 von der Braunkohleverstromung im Grundlastbereich abhängig sein soll, ist angesichts der Fakten nur noch abenteuerlich zu nennen. Denn dies hiesse ja derart niedrige Energiepreise, dass eine anhaltende

Verschwendung von Energie einen erfolgreichen Klimaschutz schlicht unmöglich machen würde. Steigen aber die Energiepreise, etwa durch eine Energiesteuer mit CO2-Komponente, dann wird die betriebswirtschaftliche Rentabilität der Braunkohleverstromung im Grundlastbereich in Frage gestellt werden, und genau dies wird eintreten.

Diese schlechte Nachricht enthält nun zugleich eine nutzbare Chance, denn sie wird die Politik zum Handeln zwingen. Früher oder später - so heisst allein die Frage. Politische Klugheit und die Erkenntnis eines wohlverstandenen Eigennutzes werden zu früherem Handeln führen, Dummheit und Ignoranz zu späterem. Die weltweite Jagd nach Wachstum um jeden Preis wird den Druck zur ökologischen Wende auch ökonomisch unabweisbar und damit immer attraktiver machen, denn mit wachsender Umweltzerstörung wird die globale Nachfrage nach ökologischen Alternativen erheblich zunehmen. Freilich wird dies nicht nur die Nachfrage nach Verzögerungstechnologien ("end of the pipe" - Technologien) steigern, sondern sehr schnell die Systemfrage selbst aufwerfen. Die quantitative Wachstumsgesellschaft als solche wird zur Disposition gestellt werden, und die Nachfrage nach qualitativen Alternativen einer nachhaltigen Entwicklung wird zunehmen. Wer sich dann am besten auf diesen neuen Märkten mit Systemalternativen, Technologien, Produkten und Dienstleistungen positioniert haben wird, wird auch zuerst die Geschäfte machen. Voraussetzung wird aber die

Ökologisierung der nationalen Volkswirtschaft sein, denn gerade die ökologischen Systemalternativen sind integrierte und vernetzte sozialökonomisch-technische Innovationen - etwa des Energie- oder Verkehrssystems oder einer nachhaltigen Landwirtschaft. Wie bereits gesagt, ökonomische Wachstumsstrategien gegen die Umwelt werden sich als kurzfristige Illusionen mit extrem teuren Folgewirkungen offenbaren, und insofern werden sich diejenigen Volkswirtschaften in der Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts als die Gewinner erweisen, die diesen grundsätzlichen Wandel hin zur Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft als Erste angegangen und energisch umgesetzt haben.

Auch beim ökologischen Umbau gilt, wie bei Investitionen in soziale Gerechtigkeit, dass kurzfristig die Kosten zwar höher sein, auf mittlere Sicht sich diese Mehrinvestitionen aber als überaus ertragreich erweisen werden. Welche Investitionsstrategie sich in einer Volkswirtschaft und Gesellschaft durchsetzen wird, ist nun nicht zuerst und vor allem eine ökonomische, sondern vielmehr eine politische Frage. Die Ökonomie definiert die Regeln und Gesetze des Wirtschaftens, die Ziele muss jedoch die Gesellschaft politisch setzen, und das bedeutet in einer Demokratie: die jeweiligen Mehrheiten.

Jede Strategie des ökologischen Umbaus, die eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung anstrebt, wird politisch vor allem eine Systementscheidung treffen müssen, nämlich die Internalisierung der realen Kosten von Umweltverbrauch und Umweltzerstörung in die Marktpreise, damit sich die Marktbedingungen und damit das Verhalten der Marktakteure - Unternehmen und

Verbraucher - grundsätzlich verändern. Diese Forderung klingt vernuenftig und sagt sich leicht, aber tatsächlich wird es sich dabei um den grössten Subventionsabbau in der modernen Wirtschaftsgeschichte handeln, der radikal verändernd in heute sehr mächtige Interessen und noch mehr in tiefverwurzelte Gewohnheiten von Unternehmen, Beschäftigten und Verbrauchern eingreifen wird. Wer sich das Elend des kaum vorankommenden Subventionsabbaus in einer

demokratisch verfassten Marktwirtschaft wie in Deutschland aus der Nähe betrachtet, der wird ermessen können, welche Herkulesaufgabe diese Internalisierung der realen Umweltkosten in die Marktpreise tatsächlich bedeuten wird.

Am energischsten und schnellsten reagieren wir auf akute Gefahr, nämlich instinktiv mit Angst. Die Angst verleiht Flügel, sowohl den Beinen als auch dem Kopf. Angstgetriebene Veränderungen haben die grösste Dynamik, freilich können sie in hohem Masse politisch ausgebeutet werden und dadurch erst recht ins Debakel führen. Die Angst vor einer Katastrophe oder vor deren Folgen räumt urplötzlich alle Einwände und Hindernisse weg, alles scheint plötzlich möglich, nur um die Gefahr abzuwehren. Gerade die Geschichte der Umweltpolitik und der Umweltgesetzgebung ist deshalb eine Geschichte der Katastrophen und Unfälle, und fast steht zu befürchten, dass es sich bei der menschlichen Blindheit gegenüber langfristigen Risiken und Gefahren um so etwas wie eine anthropologische Konstante handelt. Um so wichtiger wird es dann aber sein, in einer Zeit, in der die menschlichen Gesellschaften durch die Folgen von Bevölkerungswachstum, Wirtschaftswachstum,

Umweltzerstörung und Risikotechnologien globale

Verantwortung für ihre gemeinsame Zukunft übernehmen müssen, dieses quasi anthropologische Defizit kulturell, zivilisatorisch und politisch auszugleichen. Das ist in offenen Gesellschaften nicht immer populär. Erst wenn eine Gefahr öffentlich wahrgenommen wird, wenn eine Umweltkatastrophe eingetreten ist und über sie berichtet wird, erst dann sind plötzlich ökologische Massnahmen mehrheitsfähig und können durchgesetzt werden.

An zweiter Stelle folgen die Menschen ganz offensichtlich dem Eigennutz. Hat etwas einen Wert, rentiert es sich, verheisst es Reichtum und Prestige, gewinnt es sofort an Bedeutung. Droht es um Nachteil und Verlust zu werden, wird es meistens aufgegeben. Der durch Gewinnimpulse angestossene ökonomische Strukturwandel ist gewiss nicht einfach durchzusetzen, im Verhältnis aber zum politischen Strukturwandel und zu Veränderungen, die gar Einsicht und Zustimmung voraussetzen, bewegt er sich wie ein Rennpferd im Verhältnis zu einer Schnecke. Auch aus diesem Grunde ist die Verknüpfung von ökologischer Erneuerung mit den Marktpreisen unerlässlich, weil allein die Dynamik des wirtschaftlichen Egoismus den ökologischen Strukturwandel jenseits von

Umweltkatastrophen voranbringen kann.

Schwieriger sind all diejenigen Veränderungen zu bewerkstelligen, die lediglich politische Gründe für sich anführen können, und am schwierigsten jene, die allein auf Vernunft und moralischen Gründen beruhen. In stabilen Gesellschaften ist dies die Domäne von gleichermassen gelehrten wie wirkungslosen Vorträgen und Sonntagsreden. Gerade die Ökologie - das Wissen um die endlichen Grenzen der Natur für unsere unendlichen materiellen Wünsche und Phantasien - hält keinerlei Erlösungsbotschaft bereit, keinerlei Utopie, nirgendwo eine Heilslehre. Sie bedeutet vielmehr im Gegenteil die Erkenntnis vom Ende all jener schönen Utopien, die sich die Moderne im Laufe der vergangenen drei Jahrhunderte erträumt hat. In der Ökologie artikuliert sich ein antiutopisches Krisenbewusstsein von den für uns Menschen unüberschreitbaren Grenzen des Ökosystems Erde. Insofern ist die Ökologie nicht buendnistauglich für Utopien, wohl aber für die Ökonomie, da diese, trotz all ihrer ideologischen Implikationen, letztendlich vom effizienten Umgang mit knappen

Gütern handelt und dadurch der Ökologie wesensverwandt ist.

Die intellektuelle Redlichkeit gebietet es, hier auf einen in der Realität nur schwer auflösbaren Widerspruch einer Politik des ökologischen Umbaus hinzuweisen, nämlich dass der Wachstumsdruck zwar durch die aktuell überwiegend quantitative Ausrichtung des internationalen Wirtschaftssystems gewaltig verstärkt und beschleunigt wird, die eigentlichen Antriebskräfte dieser destruktiven Entwicklung jedoch tiefer liegen, nämlich in der Dynamik der faktischen Entgrenzung der Bedürfnisse der modernen Menschen, in dem materiellen Aufholbedarf von etwa 80 Prozent der Menschheit und in dem anhaltenden Wachstum der Weltbevölkerung selbst. Zudem erweist sich in den reichen Industrieländern jede Form von NullWachstum-Strategie oder gar einer Strategie negativen Wachstums als schlicht nicht mehrheitsfähig, weil die vorhandenen sozialen Widersprüche dadurch extrem zugespitzt würden. Solange die grundlegende Systemorientierung der westlichen Ökonomien am quantitativen Wirtschaftswachstum ausgerichtet ist, wird jede politische Strategie, die auf negatives Wachstum zielt, zum Scheitern verurteilt sein, obwohl die globale Verteilungslage von Energie, Ressourcen und Lebenschancen zwischen armen und reichen Ländern genau ein solches Verhalten in den westlichen Industrieländern notwendig machen würde.

Anders gesagt: Solange materielles Wachstum (Veränderung von Atomen und Molekuelen also) und d.h. Wachstum von Energie- und Ressourcenverbrauch - der ökonomisch dominante Faktor bleibt, werden ökologische Krisen nur aufschiebbar, nicht aber wirklich verhinderbar sein, weil das quantitative Wachstum entlang der exponentiellen Kurve nur verzögert, nicht aber wirklich beendet wird. Eine Politik des Verzichts wird sich in den modernen, sozial nach Klassen und Einkommen geschichteten Massengesellschaften kaum durchsetzen lassen, und technische Fortschritte zugunsten der Umwelterhaltung werden meistens durch den Mechanismus der Mengenexpansion innerhalb kuerzester Zeit eliminiert oder gar in ihr Gegenteil verkehrt. Der ProKopf-Verbrauch oder die Pro-Kopf-Emission an Schadstoffen sinkt dann zwar, aber die absolute Anzahl der Köpfe nimmt um so mehr zu, zumal man ja fortan sein ökologisches Gewissen beruhigen kann. Die anhaltenden Zuwächse der Schadstoffemissionen, vor allem Stickoxide (NOx), des europäischen Automobilverkehrs ist für diese negative Rückkoppelung technischer Innovationen, die eigentlich die Umwelt entlasten sollten - geregelter Drei- Wege-Katalysator und bleifreies Benzin -, ein schlagendes Exempel.

Erst die Transformation der postindustriellen Gesellschaft hin zu immateriellem Wachstum - Wachstum von Information, Kreativität, Ideen, Diensten, Lebensqualität, Gesundheit, Wohlbefinden und Sinn (Bits und Bytes, neurologische Signale, Gefühle, Erlebnisse, Wissen) - wird diesen Widerspruch wenigstens ansatzweise lösen können. Eine solche Veränderung der Makrosteuerung des Systems hin zu immateriellem Wachstum wird aber vor allem eines brauchen - sehr viel Zeit, Zeit nicht in Jahren, sondern in Jahrzehnten gerechnet. Wer also eine Politik des ökologischen Umbaus verfolgt, muss demnach einen langen Atem haben und sich von jedem "Sofort!" und "Gleich!" verabschieden. Dies ist nun alles andere als ein Plädoyer für eine Strategie des Vertagens und Verschiebens, im Gegenteil. Gerade der Aufbruch zu einem langen Weg muss energisch und ohne schuldhaftes Zögern angegangen und dann kraftvoll und voller Ausdauer beschritten werden. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft meint nichts geringeres als einen fundamentalen Wandel von Ökonomie und Gesellschaft, von Interessen und Werten, von Institutionen und Verhalten, der einfach sehr viel Zeit erfordern wird, wenn er demokratisch verlaufen soll. Autoritär wird er niemals funktionieren.

Dennoch wird eine Politik des ökologischen Umbaus, die sich an der Machbarkeit und Mehrheitsfähigkeit orientiert, immer auch von diesem Widerspruch zwischen Wachstumskritik und Wachstumsabhängigkeit geprägt sein, da sie, will sie nicht praktisch völlig erfolglos bleiben, bei ihrem Versuch der ökologischen Transformation noch lange eingebunden bleiben wird in die Logik des quantitativen Wirtschaftswachstums und den davon abhängigen, millionenfachen Interessen. Die entscheidende Frage, die sich nun daraus ergibt, lautet: Gibt es Weichen, die den Zug zwar nicht zum Stillstand bringen, wohl aber seine Richtung ändern können? Diese Weichen gibt es.

Die postindustrielle Gesellschaft ist heute noch eher ein Begriff als Realität. Mit der Transformation des Kapitalismus hin zur Informationsgesellschaft ist zwar ein erster und zugleich entscheidender Schritt zu ihrer Realisierung getan worden, aber eben nur ein erster Schritt. Die kommenden Jahrzehnte werden einen tiefgreifenden Veränderungsbedarf mit sich bringen, der sich, zumindest aus Sicht der reichen westlichen Länder, in dem Spannungsverhältnis der Ökologisierung industrieller Strukturen und der schrittweisen Durchsetzung postindustrieller Strukturen und

Verhaltensweisen auflösen wird. Der Veränderungs- und Anpassungsstress wird demnach für die meisten Menschen auf längere Sicht anhalten und eher zu- als abnehmen. Auch diese Perspektive verdeutlicht, wie wenig Zukunft eine Politik der Bewahrung des Status quo haben wird und wie gefährlich es für die demokratische Linke wäre, sich daran zu binden.

Die Erneuerung der Basisfaktoren einer Volkswirtschaft, vor allem der Infrastruktur und des Finanzsystems, ist eine originär politische Aufgabe. Wirtschaft und Politik verhalten sich bisher gegenüber der Massenarbeitslosigkeit und dem unabweisbaren Restrukturierungsbedarf von Wirtschaft und Gesellschaft als viel zu kleinmuetig. Angesichts seiner grossen Probleme und der Globalisierungsrevolution müßte Deutschland eigentlich mit einer "Infrastrukturrevolution" reagieren, d.h. der fundamentalen Erneuerung der Energie, Verkehrs-, Finanz- und Bildungssysteme. Die eigentliche strategische Herausforderung für die Industriegesellschaften des 21. Jahrhunderts wird, neben der Krise der Erwerbsarbeit und der sich zuspitzenden Gerechtigkeitsfrage, eine Vermeidung der ökologischen Wachstumsfalle sein, in welche sich die Weltwirtschaft fast zwanghaft hineinentwickelt. Dies wird jedoch nur gelingen können, wenn die Senkung des Ressourcenverbrauchs, des Stoffdurchsatzes, des Energieverbrauchs und der Mobilität zunehmend selbst zum Gegenstand einer auf Nachhaltigkeit zielenden Wirtschaftsentwicklung gemacht wird. Diese Entwicklung wird unabweisbar sein, denn sie ist das direkte Ergebnis eines heute überwiegend zu Lasten der Umwelt organisierten Wirtschaftswachstums. Genau hier setzt nun die Infrastrukturrevolution des ökologischen Umbaus an.

Analog zur vorher erörterten Erneuerungsschwäche trifft man hier ebenfalls auf ein überwiegend mentales Problem, das natürlich mit der ganzen Schwerkraft mächtiger, überkommener Interessen und Gewohnheiten belastet ist. Es ist ja nur zu offensichtlich, dass die "produktive Zerstörung" bestehender Strukturen nicht nur eine ökologische, sondern vor allem auch eine ökonomischtechnische Revolution anstossen müsste, um eine neue, qualitativ andere Wachstumsphase einzuleiten. Merkwürdigerweise gilt in Deutschland eine strukturkonservative Wirtschaftspolitik, die genau diese alten, hoch erneuerungsbedürftigen Strukturen erhält, als "wirtschaftsfreundlich" , während die von Schumpeter geforderte "produktive Zerstörung" der traditionellen

Industriegesellschaften als "wirtschaftsfeindlich" gilt. Der ökologisch induzierte Strukturwandel wird als "Gefährdung von Arbeitsplätzen" verschrien und nicht als Investitionschance und neue Nachfrage begriffen - was aber seine tatsächliche, mittlerweile auch empirisch feststellbare Konsequenz ist.

Zu dem vor uns liegenden ökologischen Strukturwandel gibt es nur schlechtere Alternativen, weil er tatsächlich niemals aufzuhalten sein wird, sondern lediglich zu extrem hohen Folgekosten weiter hinausgeschoben werden kann. Kommt dieser Strukturwandel zu spät, so wird Deutschland nicht nur die negativen ökologischen Folgen dieser Verzögerung zu tragen haben, sondern ebenso die ökonomischen, da, wie bereits gesagt, die Zukunft der internationalen Märkte sehr stark durch diesen unabweisbar heraufziehenden ökologischen Strukturwandel bestimmt sein wird. Wer hier zu spät kommt, der wird in der Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts auch und gerade ökonomisch weit zurück fallen, mit fatalen Folgen für Wettbewerbsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit, deren Verteilungsbasis von den wirtschaftlichen Erträgen im internationalen Wettbewerb erst erwirtschaftet werden muss. Wer demnach heute von der Erneuerungsschwäche der Bundesrepublik Deutschland angesichts der Globalisierungsrevolution spricht, wird bei ihrer Über windung vom ökologischen Umbau nicht schweigen dürfen.

Weiter oben wurde darauf hingewiesen, dass die ökologische Transformation der Marktwirtschaft an dem archimedischen Punkt der Internalisierung der realen Kosten hängt. Diese Ökologisierung der Marktpreise ist in der Tat die zentrale Weichenstellung des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft, weil nur durch sie das betriebswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Kalkül zugunsten der Umwelt verändert werden kann. Diese Grundsatzentscheidung zieht dann aber sofort drei weitere strategische Entscheidungen nach sich, ohne die eine solche Internalisierung der Kosten des Umweltverbrauchs in die Preise nicht gelingen kann, nämlich die ökologische Transformation des Energie-, des Verkehrs- und des Steuersystems. Eine ökologische Preisreform - exakt davon ist hier die Rede - hat aber sowohl ein anderes ökonomisches Verhältnis zu Energie und Mobilität zur Voraussetzung als auch einen entsprechenden Einsatz des staatlichen Steuersystems zur Durchsetzung dieser Preisreform.

An erster Stelle steht die Energiefrage, denn sie ist die Schicksalsfrage des Industriezeitalters, und deshalb kommt ihr bei dessen ökologischer Transformation eine überragende Bedeutung zu. Die Geburtsstunde der grossen Industrie war an die technische Umwandlung von Energie in Kraft mittels der Dampfmaschine gebunden. Erst mittels dieser technischen Innovation - später kamen noch der Verbrennungsmotor und der Elektromotor hinzu, welche die damals engen Grenzen "Natürlicher" Energieträger wie Wind und Wasser oder die noch bescheideneren Möglichkeiten tierischen und

menschlichen Energieeinsatzes überwanden - war eine arbeitsteilige Fabrikproduktion in einer bis dahin nicht gekannten Grössenordnung möglich. Alle vorindustrielle Arbeitsteilung und alle vorindustrielle Technik scheiterte letztendlich an der zu geringen Menge verfügbarer Energie, um wirklich im grossen Stile Stoffumwandlung betreiben zu können. Erst die Dampfmaschine sollte hier das Tor zu einem neuen Zeitalter aufstossen.

"Der Kapitalismus vollzieht einen radikalen Bruch mit allen der Menschheit bis dahin bekannten Energiesystemen. Mit ihm endet der Primat der biologischen Energiequellen und beginnt die

Vorrangstellung der fossilen Energieträger. Dieser Bruch war nicht auf den prometheischen Geist Europas zurück zuführen, sondern stellte auch die Antwort auf die drängenden Herausforderungen dar, vor die sich die Alte Welt durch den fortgesetzten Mangel an Energie, an Land und Ressourcen gestellt sah Der entscheidende

Bruch...vollzieht sich als Flucht nach vorn in die technische Innovation und gipfelt in der Erfindung neuer technischer Energieumwandler. Die erste dieser Maschinen ist die Dampfmaschine; sie führt zu umwälzenden Veränderungen im Verhältnis der verschiedenen Energieträger und damit auch zu einem völlig neuen Verhältnis des Menschen zur Energie..... Die

Energie wird zur Sache der Investoren, Wissenschaftler und Ingenieure und verwandelt sich damit in einen unabhängigen, autonomen Sektor, der innerhalb der neuen Wirtschaft eine entscheidende Rolle spielt." Die Versorgung mit billiger, ausreichender und jederzeit verfügbarer Energie wurde zu der strategischen Machtfrage des Industriezeitalters, denn ohne die beständige Energieumwandlung ging und geht nichts in den Industriegesellschaften.

Auch die glückliche Zeit des westlichen Wohlfahrtsstaates, dem die Linke heute noch heftig hinterhertrauert, war auf billige Energie, auf Erdöl gebaut.

Die soziale Marktwirtschaft, die Konsumgesellschaft, der Wohlfahrtsstaat - all diese Herrlichkeiten des westlichen Kapitalismus nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gründeten auf der scheinbar grenzenlosen Verfügbarkeit billiger Energie in Form von Erdöl und Kohle. Erdöl vor allem war der Schmierstoff dieser Entwicklung hin zum Massenkonsum und zum sozialen Kapitalismus gewesen, billiges Erdöl, das zudem oft mit alles anderem als demokratischen Mitteln vor allem im Nahen und Mittleren Osten durch die westlichen Mächte gesichert wurde. Nicht umsonst organisierte sich wirtschaftlich und gesellschaftlich diese Zeit in den westlichen Ländern um den Aufbau mächtiger Automobilindustrien und der für sie notwendigen Infrastruktur herum. Die Automobil- und Ölkonzerne gehören heute noch zu den grössten und mächtigsten Unternehmen der USA, Europas und Japans, in Deutschland ist die Automobilindustrie nach wie vor der wichtigste Beschäftigungsfaktor. Die massenhafte Entfesselung der individuellen Mobilität durch die millionenfache Motorisierung war nicht nur eine gewaltige infrastrukturelle Herausforderung für den Staat, nicht nur ein enormes Geschäft für das investierte Kapital, nicht nur die Grundlage für steigende Massenbeschäftigung und Massenkaufkraft, sondern die individuelle Massenmotorisierung setzte zugleich auch scheinbar grenzenlose Wunsch- und Traumkapazitäten frei. Das Automobil wurde zum gesellschaftlichen und kulturellen Status-, ja Freiheitssymbol quer durch alle sozialen Schichten hindurch.

Diese herrliche Zeit des westlichen Wohlfahrtsstaates - Wohlstand für alle! - war also zugleich das Zeitalter des Automobils und des billigen Öls. Erst die scheinbar unerschöpfliche und zugleich billige Energie des Öls liess den massenhaften automobilen Freiheits- und Fortschrittstraum Wirklichkeit werden. Die Energiepreise bestimmten und bestimmen den Lebensrhythmus der Industriegesellschaft, so wie dies die Kornpreise in den vorindustriellen Gesellschaften getan haben. Und was dort der Brotpreis für die Massen war, ist in der automobilen Gesellschaft der Benzinpreis geworden. Erneut müssen wir hier auf jenen Urknall der ersten Ölpreiskrise von 1973 zu sprechen kommen, denn es war diese globale Energiekrise, die das gesamte System wanken liess und ihm kulturell einen tiefen Schock versetzte: die dramatische Notstandssymbolik der

leeren Autobahnen an den staatlich verordneten autofreien Sonntagen, die Explosion der Ölpreise, die damit einhergehende Erkenntnis von den Grenzen des Wachstums, der schockartige Zusammenbruch von Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung und der Beginn der neoliberalen Revolution.

Man wollte in der Folgezeit im Westen um nahezu fast jeden Preis unabhängig vom Ölimport aus den OPEC- Staaten werden, indem neue Lagerstätten in politisch günstigerer Lage (Nordsee) erschlossen wurden und indem man auf die nachdrückliche Beschleunigung und Verstärkung des bereits vor der Ölpreiskrise begonnenen Ausbauprogramms der Atomkraft setzte. Die komerzielle Nutzung der Atomkraft zur Erzeugung von Elektrizität begann in Deutschland, wie in den meisten Ländern, so recht erst in den siebziger Jahren.Der Ausbau der zivilen Nutzung der Atomenergie zur Produktion von Elektrizität war lediglich ein Abfallprodukt der enormen staatlichen Investitionen in die militärische Erforschung und Nutzung der Atomkraft. Von Anfang an war klar, dass die notwendigen Investitions- und Entwicklungskosten von einer an kostendeckenden Preisen orientierten privaten Stromwirtschaft niemals hätten aufgebracht werden können, sondern dass diese allein vom Staat zu tragen waren. Der Staat tat dies vor allem aus strategischen und machtpolitischen Gründen, denn die Basics der Nukleartechnologie wollten selbst jene Länder zur Verfügung haben, die zwar auf eigene Atomwaffen verzichtet hatten, sich durchaus aber eine technische Option offenhalten wollten. Auch in Deutschland spielte dieser Aspekt eines nationalen Atomprogramms in der politischen Diskussion der 50er und 60er Jahre eine zentrale Rolle. Nukleartechnologie und Staatswirtschaft sind also, jenseits aller Risikoabschätzung und moralischen Bewertung, zwei Seiten derselben Medaille - "hinter der Kernkraft ... steht immer der Staat" -, und diese Tatsache wird bei einer marktwirtschaftlichen Neuordnung des Energiesystems, vor allem der leitungsgebundenen Energie, von allergrösster Bedeutung sein.

Zudem verweist auch gerade die völlig neue Risikodimension der Atomenergie auf ihre militärischen und machtpolitischen Wurzeln. Die Atomenergie verursacht kurz- und langfristige Risiken, die sich einer marktwirtschaftlichen Risikoabdeckung durch private Versicherungen schlicht verschliessen, weil sie jeglichen wirtschaftlichen Rahmen sprengen. Deswegen hat ja auch der Staat die Haftung für mögliche atomare Grossunfälle und die langfristigen Risiken der Atomenergie - vorneweg das völlig ungelöste Endlagerproblem für radioaktive Abfälle - übernommen. Fiele die "Sozialisierung" der

atomaren Risiken weg, wäre diese Form der Energieerzeugung sofort jenseits aller Wirtschaftlichkeit angekommen und damit für die Stromproduktion erledigt. Der langfristige, sichere Ausschluss von radioaktivem Müll aus der Biosphäre übersteigt schlicht menschliche Vorstellungs- und erst recht administrative

Handlungsdimensionen, denn es geht hier um Tausende von Jahren.185 Im Falle eines schweren Unfalls in einer Atomanlage und der unkontrollierten Freisetzung grosser Mengen radioaktiven Inventars handelt es sich eben nicht um ein schweres industrielles Unglück, sondern um eine internationale Katastrophe, die alle sonstigen grosstechnischen Risiken bei weitem übersteigt. Die Stromproduktion als nationales und gar internationales Risiko ist in der Tat eine neue Qualität von Energiepolitik!

Seit einer der Reaktorblöcke des Atomkraftwerks im ukrainischen Tschernobyl havarierte und es dort zu einer Kernschmelze mit der Freisetzung einer atomaren Wolke kam, die weite Teile Europas kontaminierte, wurde aus dem atomaren Risiko Gewissheit: "An jenem 25. April 1986 sind die so oft geleugneten Gefahrenmomente Wirklichkeit geworden, hat sich v.a. gezeigt, welch hohes Risiko mit der Atomkraft verbunden ist. Der Industriekapitalismus hatte die Menschen an die Eskalation technischer Unfälle gewöhnt. Doch die Kernenergie bringt etwas grundsätzlichNeues herein. Zum klassischen Unfall durch mechanische Schäden, zum schweren Zwischenfall in der chemischen Industrie z.B., tritt der Unglueckсfall von bisher nicht geahnten Dimensionen, der nicht nur am Ort der Katastrophe, sondern noch Tausende von Kilometern entfernt zur Gefahr für alles Leben wird und neben den Opfern des

Augenblicks auch noch deren Nachkommenschaft bedroht. Ein Unheil, dessen Auswirkungen mit Verspätung auftreten und in der Anonymität der Statistiken untergehen." Ein vergleichbarer schwerer atomarer Unfall im dichtbesiedelten Mitteleuropa hätte noch weitaus schlimmere Folgen für die betroffene Bevölkerung und für die Umwelt gehabt. Die Atomenergie hat sich aus all diesen Gründen als nicht verantwortbar und als nicht beherrschbar erwiesen, aber sie wird sich auch als viel zu teuer und als ein Innovationshemmnis für eine ökologische, marktwirtschaftlich organisierte Energiewirtschaft erweisen. Spätestens dann, wenn die Risiken des Atomstroms in seinen Marktpreisen quantifiziert auftauchen werden, wird es vorbei sein mit dem Atomzeitalter in der Elektrizitätswirtschaft, und zwar sehr schnell. Und ein weiteres kommt hinzu: "Zur Erreichung des Klimaschutzziels [der Bundesregierung, d.V.] ist die Kernenergie auf Dauer nicht notwendig. Ein Ausbau der Kernenergie (und dies trifft auch für grosse Kohlekraftwerke zu) dürfte hingegen gerade die angebotsorientierten Strukturen unserer Energiewirschaft stabilisieren, die ein Haupthemmnis für die zur Erreichung des Klimaschutzziels unabdingbare Effizienzverbesserung darstellen." Die oberste Bundesbehörde UMWELTBUNDESAMT zeigt sich hier mit dieser Yusserung politisch als überaus mutig, denn sie erteilt hier der weiteren Nutzung und vor allem dem Aus- und Zubau bei der Atomenergie wie dem Ausbau der Braunkohleverstromung, wie mit GARZWEILER II geplant, eine kaum verhüllte Absage.

Doch zurück zur allgemeinen Entwicklung von Wirtschaftswachstum und Energiebedarf in Deutschland.

"Der Bedarf an Primärenergie hat sich in Deutschland (Alte Bundesländer) im Zeitraum 1960 bis 1990 verdoppelt...Abgesehen von kleineren Fluktuationen (z.B. Ölpreis-1Krisei 1973) stieg der Bedarf ständig bis nahe 1980, blieb danach weitgehend konstant, dies trotz weiteren Wirtschaftswachstums. Bei dieser augenscheinlichen Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Bedarf an Primärenenergie wird allerdings nicht berücksichtigt, dass im Verlauf der letzten 1 bis 2 Jahrzehnte energieaufwendige Erzeugung von z.B. Roheisen, Aluminium, Zement und Zellstoff in zunehmendem Masse ins Ausland verlegt wurde: Insgesamt ist auf diese Weise derzeit (1994) netto - Import minus Export - ein Primärenergie-Einsatz in Höhe von ca. 7 Mio t SKE (entsprechend Kohlendioxidemissionen in Höhe von jährlich ca. 17 Millionen Tonnen) ins Ausland verlagert worden, dies mit steigender Tendenz von ca. 0,4 Mio t SKE (entsprechend ca. 1 Mio t CO2) pro Jahr ..."

Bis zur ersten Ölpreiskrise von 1973 war der Anstieg von Bruttoinlandsprodukt und Primärenergieverbrauch in einer synchronen Kurve verlaufen, seitdem und vor allem seit der

zweiten Ölpreiskrise von 1979 ist eine merkliche und zudem bis zu Beginn der neunziger Jahre immer grösser gewordene Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Primärenergieverbrauch festzustellen, das heisst, das Bruttoinlandsprodukt ist schneller gewachsen als der Primärenergiebedarf.189 Interessant ist dabei auch die Veränderung der Verbrauchsstruktur von Endenergie, die einen erheblichen Rückgang bei der Industrie - Umstrukturierung, verbesserte Effizienz und Einsparung - und einen grossen Zuwachs beim Verkehr ausweist.190 Diese Entwicklung ist nicht nur das Ergebnis des ökonomischen Strukturwandels in Deutschland, der alte und energiefressende Grundstoffindustrien hierzulande unrentabel machte und vertrieb, sondern mit der Bewältigung der Ölpreiskrisen begann auch eine ökonomisch-technologische Entwicklung, die mittels des durch die Energiepreisschocks ausgelösten Zwangs zur Energieeinsparung und der Entwicklung grundsätzlicher Alternativen führte. Diese Entwicklung hat zu zahlreichen Fortschritten bei der Umweltsanierung, etwa der Rauchgasentschwefelung und -entstickung von Grosskraftwerken geführt, zu Recycling- und Energieeinsparerfolgen, zu Effizienzsteigerungen und einem umweltbewussteren Verhalten von Unternehmen und Verbrauchern. Dennoch ist der wirkliche Durchbruch zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung ausgeblieben, weil bis heute die Internalisierung der realen Umweltkosten - siehe Kernenergie -in die Marktpreise nicht gelungen ist. Diese Aufgabe wird einer ökologischen Steuerreform bedürfen.

In der Umwelt- und Energiepolitik wurde mittlerweile fast alles gedacht, aufgeschrieben und diskutiert, was zu tun ist. Es gibt hier kein Theorie-, wohl aber ein massives Praxisdefizit. Im Laufe der Jahre sind ganze Bibliotheken an Umweltliteratur entstanden, an detailliert ausgearbeiteten, machbaren Alternativkonzepten, die allzuoft parteiübergreifend Zustimmung finden. Solange man mit ihrer praktischen Realisierung nicht Ernst zu machen gedenkt, besteht kein Mangel an Zustimmung. Dies gilt ganz besonders für die Neuorganisation einer umweltgerechten und nachhaltigen Energiewirtschaft.192 Der ökologische Umbau zielt faktisch auf eine Wirtschaftsreform oder gar -revolution auf marktwirtschaftlicher Grundlage, und insofern müßte diese ökologische Transformation eigentlich nicht zuerst und vor allem ein politisches, sondern vielmehr ein unternehmerisches Projekt sein, da sie neue Nachfrage, neue Märkte für Produkte und Dienstleistungen schaffen wird.

Zudem gibt es eine eindeutige positive Korrelation zwischen Ökologisierung und Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Es ist global nicht ein Fall bekannt, wo eine Volkswirtschaft durch zuviel Umweltschutz ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren hätte, im Gegenteil. Der ökologische Fortschritt konnte generell zur Stärkung der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit beitragen und erwies sich zudem auch als ertragreiche Investition. Wohl aber gibt es jede Menge Beispiele, wo Volkswirtschaften aus Ignoranz der Umwelt gegenüber und durch deren Zerstörung ökonomisch zurück gefallen sind. Vermutlich ist es aber gerade der überwiegend politische Ansatz der Umweltbewegung gewesen, der dann zu einer gewissen administrativen Einseitigkeit bei der Umsetzung von umweltpolitischen Reformen geführt hat - Verbote, Restriktionen, Gesetze, Ausführungsbestimmungen, Kontrollen, Bürokratie. Andererseits gab es gerade hier grosse gesetzliche Regelungs- und Vollzugsdefizite, die abgearbeitet werden mussten. Allerdings wurde dabei über viele Jahre hinweg die wirtschaftspolitische Seite des ökologischen Umbaus sträflich vernachlässigt, und gerade die Energiepolitik ist dafür ein hervorragendes Beispiel.

In der Energiepolitik verbuenden sich heute zwei völlig konträre Denkschulen, nämlich eine klassisch neoliberale und eine ökologische, die sich ansonsten politisch und ideologisch wie Feuer

und Wasser zueinander verhalten. Dieser Vorgang ist so ungewöhnlich, dass er einer vertieften Betrachtung bedarf. Wie kommt es eigentlich, dass wesentliche Teile einer marktgesteuerten, z.B. die Strommonopole aufbrechenden Energiepolitik, die vor allem in den USA und Grossbritannien aus eindeutig neoliberalen Privatisierungsgründen durchgesetzt wurde, zugleich Vorbild für eine ökologische Neuorientierung der Energiewirtschaft werden konnten, wie sie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag formuliert haben?193 Anders gefragt: Warum findet sich der Alptraum einer in Grossstrukturen erstarrten Energiepolitik gerade in Frankreich mit seinem nationalen Strommonopol oder, etwas abgeschwächt, in Deutschland mit seinen regionalen Gebietsmonopolen, und nicht in den Mutterländern des neoliberalen Kapitalismus, Grossbritannien und USA? Die Antwort liegt auf der Hand: Die Verbindung von Staat und Energiewirtschaft bildet unter ökologischen Erneuerungsgesichtspunkten ganz offensichtlich die strukturkonservativste, ja reaktionärste und veränderungsresistenteste Organisationsform der Energiewirtschaft, und gegen dieses letzte Bollwerk des realexistierenden Staatskapitalismus entstand dann jenes denkwürdige "antimonopolistische Buendnis" zwischen Ökologen und Neoliberalen, zwischen Nachhaltigkeit und Markt, Umwelt und Wettbewerb.

Das Stromkartell war ganz offensichtlich nicht durch die Umweltpolitik zu knacken, dazu war diese trotz bester Argumente politisch zu leichtgewichtig, sondern allein durch eine wettbewerbsorientierte Wirtschaftspolitik, die das ganze Schwergewicht ökonomischer Interessen ins Gefecht führen konnte. In der Schlacht um die Entmonopolisierung des Stromsektors steht ökonomisches Interesse gegen ökonomisches Interesse, geht es um mehr Markt, Markt überhaupt und nicht in erster Linie um Fragen der Nachhaltigkeit, sondern um Grundsätze des Wettbewerbs gegen Monopole und Monopolpreise im Stromsektor. Die Vermachtung der Energiewirtschaft war für den europäischen Nationalstaat im Zeitalter der Industrialisierung und Motorisierung - ebenso wie die der Eisenbahn und von Post und Fernmeldewesen - eine militär-strategische Frage, die über Sein oder Nichtsein in einem allfälligen Krieg entscheiden konnte. Der Versorgungsgesichtspunkt dominierte, Kosten kamen erst an zweiter Stelle, ökologische Gesichtspunkte kannte man nicht. Die Atomenergie hat diese Vermachtung der Energiepolitik noch weiter eskaliert und verstärkte den Trend zur Erstarrung in mächtigen Kartellen, die darüber hinaus in hohem Masse mit der Politik durchwoben sind. Politisch garantierte Preise, nie versiegende Gewinne aus dem gesetzlichen Strommonopol, Verfilzung von politischen, gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Interessen bis hin zur Pfruendenwirtschaft, Innovationsfeindlichkeit, Wettbewerbsunfähigkeit - all dies waren und sind die Eigenschaften der grossen Stromkartelle. Eine nachhaltig wirkende Energiepolitik zu verfolgen, hiesse für diese Monopole und politischwirtschaftlichen Interessenkartelle, sich selbst in Frage zu stellen und existentiell zu gefährden, und das wäre zuviel an christlicher Nächstenliebe verlangt.

Die Erfahrung bei der Deregulierung der Strommonopole lehrt uns: Der ökologische Umbau ist vor allem in der Verbindung von Umwelt- und Finanzpolitik voranzubringen. Allein ein Bündnis zwischen ökologischen und wirtschaftlichen Interessen, zwischen Nachhaltigkeit und Markt, kann genuegend Macht mobilisieren, um mächtige, strukturkonservative Kartelle in der Wirtschaft aufzubrechen und die notwendige Umsteuerung in Richtung Nachhaltigkeit vorzunehmen. Anders gesagt: Für die Umweltbewegung und die Umweltpolitik, die eher in der klassischen Entgegensetzung von Markt und Umwelt denken und agieren, sollte fortan verstärkt der Markt zur entscheidenden Arena der Auseinandersetzung werden, denn die strategische Auseinandersetzung des ökologischen Umbaus findet um die Marktpreise und die Internalisierung der Kosten des

Umweltverbrauc hs statt. Dies wird freilich eine gewisse "Entstaatlichung" des Denkens in der Umweltpolitik voraussetzen, freilich ohne die Rolle der Politik und des Staates aufzugeben oder über nach wie vor bestehende Interessenwidersprueche und unterschiedliche Verantwortlichkeiten hinwegzusehen. Damit wird aber auch die Notwendigkeit neuer Buendnisse der strategischen Akteure in dieser Arena deutlich. Das heisst: Unternehmer und Unternehmen und deren Interessen, die die Chancen einer ökologischen Transformation nutzen, werden bei der ökologischen Transformation eine entscheidende Rolle spielen müssen.

Im Grunde sind es fast immer die beiden identischen Fragen, die bei der Organisation vom Wettbewerb in begrenzten Netzen beantwortet werden müssen: Wie kann man in einem Netz, egal ob Strom, Telefon oder Eisenbahn, möglichst vielen Wettbewerbern die gleichen Zugangsbedingungen ermöglichen? Voraussetzung dafür ist die Öffnung des Netzes, das heisst: Die erste Aufgabe besteht darin, das Eigentumsmonopol am Netz muss aufgebrochen werden - sei es direkt, indem das Netz von der Erzeugung getrennt wird, sei es indirekt, indem das Netz gegen Kostenerstattung von jedem Zugangsberechtigten zu gleichen Bedingungen genutzt werden kann. Der staatliche Regulierungsbedarf besteht in der Öffnung des Netzes und in der Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen. Dann erfolgt der Wettbewerb.

Die zweite Aufgabe des Staates bleibt die politische Aufsicht über die Energiewirtschaft, d.h. die Gestaltung der allgemeinen energiewirtschaftlichen Ziele - Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Nachhaltigkeit und Wettbewerb - und damit die energiepolitische Gestaltung der Rahmenbedingungen des Elektrizitätsmarktes. Privatisierung des Strommarktes heisst nicht Rückzug von Staat und Politik aus ihrer energie- und umweltpolitischen Verantwortung, im Gegenteil. Der Ersatz staatlich regulierter Monopole durch echte Marktstrukturen bei leitungsgebundener Energie stellt einen ordnungspolitischen Instrumentenwechsel dar, nicht mehr, aber auch nicht weniger, keineswegs aber eine Verantwortungsübertragung der Energieaufsicht von der öffentlichen Hand auf private Anbieter. Ziel des Wettbewerbs ist es vor allem, dezentrale Energieerzeugung, mehr Energieeffizienz und Energieeinsparpotentiale zu mobilisieren und neuen, umweltverträglicheren Verfahren und Technologien zum Einstieg in den Markt zu verhelfen und gleichzeitig kleinen und mittelständischen Elektrizitäts- und Wärmeerzeugern einen zukunftsfähigen Markt zu bieten.

Nach welchen energiewirtschaftlichen und ökologischen Vorgaben organisiert der Staat die Zugangsbedingungen zu diesen Netzen? Dies ist die eigentliche, politisch zu beantwortende Frage nach den gesetzlichen Rahmenbedingungen eines liberalisierten Strommarktes. Will man vor allem Wettbewerb, um lediglich den Strompreis zu senken? Oder will man Wettbewerb auch aus Innovations- und Nachhaltigkeitsgründen? Welche Energiepreispolitik - Niedrig- oder Hochpreispolitik? - ist dann aber notwendig? Genau an der Beantwortung dieser Frage endet jenes denkwürdige antimonopolistische Bündnis zwischen Ökologen und Neoliberalen, denn letztere wollen nur eines - niedrige Energiepreise. Und welche Energieträger sollen bevorzugt, welche begrenzt oder gar aus der Erzeugung herausgenommen werden? Welche neuen Technologien und Dienstleistungen sollen gefördert und zu speziellen Bedingungen in den Markt eingeführt werden? Durch welche Instrumente werden die realen Kosten in die Marktpreise elektrischer Energie internalisiert? All diese Fragen müssen in einem offenen Strommarkt von der Energiepolitik beantwortet werden und als Rahmenbedingungen in die Gestaltung des Strommarktes einfliessen. Allerdings wird dies nicht mehr über die heute noch gueltige, direkte gesetzliche Preisgestaltung

geschehen dürfen, sondern man wird sich statt dessen des Instruments einer Energiesteuer bedienen müssen.

Die Monopolunternehmen beherrschen Erzeugung, Transport und Verkauf in ihrem Monopolgebiet, und das macht ihre unanfechtbare wirtschaftliche Machtstellung aus. Damit ist aber auch ihr oberstes Geschäftsinteresse definiert, nämlich die Verteidigung der nie versiegenden, weil gesetzlich garantierten Monopolgewinne, und dieses Interesse wird weiter durch die hohen Kapitalinvestitionen in den Kraftwerkspark und das Leitungsnetz des Unternehmens bestimmt. Diese hohen Investitionen in die

Stromproduktion mittels der Grosskraftwerke und in das Netz erzwingen eine mengenorientierte Verkaufspolitik, da mit jeder verkauften Kilowattstunde elektrischen Stroms sich die Rendite der getätigten Investition vergrössert. Technische Alternativen zu den vorhandenen Grosskraftwerken oder gar die Mobilisierung von Einsparpotentialen schädigen deshalb direkt das Geschäftsinteresse eines Strommonopols, das durch die Struktur seiner getätigten Investitionen ein überragendes Interesse an einem expansiven Absatz von elektrischer Energie hat - und nicht an deren Einsparung. Solange diese Monopolstruktur in der Elektrizitätswirtschaft unangetastet bleibt und Erzeugung, Transport und Verkauf von elektrischer Energie unterne hmensrechtlich durch den Gesetzgeber nicht entflochten werden, wird deshalb weder eine Ökologisierung noch eine echte Marktöffnung der Stromwirtschaft möglich sein, und genau aus diesem Grund muss die kartellrechtliche Deregulierung der Strommonopole für eine ökologische Energiepolitik oberste Priorität geniessen.

Ein weiterer Aspekt kommt noch hinzu, denn die Monopolstruktur blockiert auch den notwendigen wirtschaftlichen Strukturwandel. In der Marktöffnung und Ökologisierung der Stromwirtschaft liegt eines der grossen Innovationspotentiale für die deutsche Volkswirtschaft. Die Marktöffnung bei gleichzeitiger ökologischer Rahmengestaltung wird einen Wettbewerb von neuen Technologien und Dienstleistungen auslösen, ja zu einer regelrechten Gründerzeit mit erheblichen Investitionen führen. Marktöffnung setzt allerdings gleiche Marktzugangsbedingungen voraus, und d.h., dass diese Harmonisierung auch für ausländische Stromlieferanten gelten muss, bevor sie zu dem geöffneten Markt für elektrische Energie zugelassen werden. Monopolgeschütze Dumpingpreise, teilweise sogar über den Staatshaushalt subventioniert, würden ansonsten jede Marktöffnung in ihr Gegenteil verkehren. Allein jene kleine Verbesserung der gesetzlichen Einspeisevergütung für Windenergie durch den Deutschen Bundestag von 1991 hat in Deutschland seit Beginn der neunziger Jahre zu einem regelrechten Investitionsboom geführt und zudem zu einem beachtlichen Gewinn an Arbeitsplätzen in der beteiligten Industrie. Daran kann man erkennen, was erst eine grosse Reform der Energiewirtschaft in der Verbindung von Ökologisierung undMarktöffnung an Innovationen, Investitionen und Arbeitsplätzen bewegen und entwickeln würde.

Die Debatte über die mangelnde Wirtschaftlichkeit von erneuerbaren Energieträgern, allen voran die Sonnenenergienutzung, ist so lange eine müssige Debatte, solange man diesen neuen Ansätzen und Technologien nicht politisch eine wirkliche Chance in einem innovationsfreundlichen energiewirtschaftlichen Umfeld einräumt. Es ist richtig, dass sich gegenwärtig der Anteil der erneuerbaren Energieträger am deutschen Primärenergiebedarf im Promillebereich bewegt. Aber wie sollte dies angesichts einer Energiepolitik auch anders sein, die ganz überwiegend die bestehenden Strukturen konserviert und Veränderungen nur äusserst zaghaft anzupacken wagt.

Verbesserte Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energieträger heisst der energiewirtschaftliche Dreisatz des 21. Jahrhunderts. Angesichts der bekannten Fakten ist die grundlegende energiewirtschaftliche Systementscheidung in diese Richtung tatsächlich bereits gefallen, denn dieGlobalisierung der Weltwirtschaft wird zu einer anhaltenden Nachfrage nach Primärenergie führen, die mit den heute überwiegend eingesetzten Primärenergieträgern, seien sie nun fossiler oder nuklearer Art, mit den vorhandenen Technologien und deren geringer Effizienz direkt in eine globale Krise führen müssen. Um so wichtiger wird der technologische Durchbruch zu einer sonnenenergiegestuetzten globalen Energiewirtschaft werden. Auch hier versagt die gegenwärtige staatliche Politik - sowohl in der Forschungs- als auch in der Energiepolitik - völlig.

"Ein CO2-Reduktionsziel für die Industrieländer von ca. 80 Prozent bis zur Mitte des kommenden Jahrhunderts erscheint auf den ersten Blick kaum erreichbar, wenn man sich nur die Entwicklung der letzten Jahre vor Augen führt. Man muss jedoch auch betonen, dass die Vorstellung, diese Entwicklung könnte sich bis weit ins nächste Jahrhundert fortsetzen, unrealistisch ist. Die Fortsetzung der gegenwärtigen Emissionstrends würde zwar noch etwa 25 Jahre scheinbar 1guti gehen, dann aber würden Klimaveränderungen einen solchen drastischen Minderungszwang erfordern, dass unter den dann vorherrschenden gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen kaum Technologien vorstellbar sind, die diese radikalen Minderungen erbringen könnten ..." Folgt man dieser Einschätzung des

UMWELTBUNDESAMTES (UBA), immerhin die fachlich zuständige oberste Bundesbehörde, dann ist die Frage, ob die Energiewirtschaft im frühen 21. Jahrhundert einen Quantensprung zur Nutzung der erneuerbaren Energieträger, vor allem der Sonnenenergie, machen muss, bereits heute angesichts dieser absehbaren Entwicklungen entschieden. Es gibt dazu keine Alternative. Allein die Fragen nach dem wann, wer und zu welchem Preis sind noch offen. "Je eher die Menschheit mit der CO2 Minderung beginnt" , so das UBA weiter, "um so mehr Freiheitsgrade bestehen für die Gestaltung einer nachhaltigen Energienutzung." Und beginnen müssen vor allem die grossen Energieverbraucher, die reichen Volkswirtschaften des Westens und Japan, denn nur sie haben auch das Kapital und das technische Knowhow, um eine Energiewende hin zu einer globalen Sonnenenergiewirtschaft zu finanzieren und zu organisieren.

Privates Investitionskapital ist genügend vorhanden, das zeigt das kleine Beispiel Windenergie, unternehmerischer Wagemut ebenfalls, und Technologien und Verfahren stehen zur Verfügung oder sind in der Entwicklung. Die Energiewirtschaft ist hierzulande ein exzellentes Beispiel, wie die Verhinderung des notwendigen ökonomischen und ökologischen Strukturwandels funktioniert und wie verhindert wird, dass tatsächlich neue Industrien, Dienstleistungen, Gewinne und Arbeitsplätze in jenen Grössenordnungen entstehen können, wie dies zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit notwendig wäre. Es fehlt allein an den politischen Voraussetzungen, an der Bereitschaft, am Mut und an der Entschlossenheit der Politik, mit den starren, erneuerungsfeindlichen

Machtstrukturen des Stromkartells Schluss zu machen. Exakt dies ist das eigentliche Thema der sogenannten "Standortdebatte" , die wirkliche Krise des Standorts Deutschland. Und da weiter oben die These formuliert wurde, dass das Scheitern der Deutschland AG beim Aufbau Ost sichtbar wird, so trifft dieses präzise auch auf die Energiewirtschaft zu. 1990 wurde, noch einer Monat vor der staatlichen Einheit, in einem Stromvertrag zwischen der letzten DDR-Regierung und den drei

grössten westdeutschen Strommonopolen - RWE Energie, Preussen-Elektra und Bayernwerk - Ostdeutschland die westdeutsche Monopolstruktur übergestuelpt! Damit war jede Chance für eine modernere, wettbewerbsfähigere und ökologischere Energiepolitik in Ostdeutschland vertan.

Eine Marktöffnung für leitungsgebundene Energie bedeutet erstens eine Entmachtung der Energiewirtschaft und führt damit sofort zu einer ökonomischen Neubewertung der Stromproduktion aus Atomkraftwerken, denn, streng betriebswirtschaftlich gerechnet, wird sich deren Kilowattstunde aufgrund der hohen Sicherheits- und Entsorgungskosten als zu teuer erweisen, vor allem wenn weitere Anbieter mit neuen Energieträgern und Technologien ebenfalls zum Zuge kommen. Demonopolisierte Strommärkte sind deshalb ein extrem schwieriges Pflaster für Atomkraftwerke, nicht aber für erneuerbare Energieträger und Einspartechnologien. Zweitens lässt die unternehmerische Trennung von Erzeugung, Transport und Verkauf von leitungsgebundener Energie nicht nur der Mobilisierung dezentraler Kraft-Wärme-Erzeugung einen ganz anderen Raum, sondern die Verkaufsunternehmen haben plötzlich ein ganz anderes betriebswirtschaftliches Interesse an dem

Verkauf von Energiedienstleistungen und nicht mehr nur von Strom. Ein Energieversorger, der seine Elektrizität nicht selbst produziert, sondern sie an einer staatlichen Strombörse von Stromproduzenten kaufen muss und von einem unabhängigen Netzbetreiber gegen Gebühr geliefert bekommt, wird sehr kuehl rechnen, ob sich für ihn zusätzlicher Strom aus dem Netz oder nicht vielmehr der Handel mit Energieeinspartechnologien oder

Technologien zur rationelleren Energienutzung besser rechnen. Es wird diesem Unternehmer also nicht mehr zuerst um die Expansion seines Stromverkaufsgehen, da er diesen Strom nicht selbst erzeugt, sondern um den Verkauf von Energiedienstleistungen. Da er keine Investitionen in Kraftwerke getätigt hat, die sich amortisieren müssen, fällt die Entscheidung entlang einer betriebswirtschaftlichen KostenNutzen-Kalkulation, die einer "Negawatt statt Megawatt" -Strategie des Energiesparens eine echte Chance einräumt. Dies gilt um so mehr, wenn die staatliche Energiepolitik mittels einer Ökosteuer die makroökonomischen Daten noch in die Richtung einer nachhaltigen Entwicklung stellt.

Die Rationalität der Verwendung von Energie sagt sehr viel über die Rationalität einer Gesellschaft, ihrer Wirtschaft und ihrer Kultur aus, und die gegenwärtige Energieverschwendungswirtschaft zeugt demnach von wenig Rationalität. Dies gilt noch um ein Vielfaches mehr, wenn man einen weiteren zentralen Aspekt der Energiepolitik untersucht, nämlich die Mobilität in einer Gesellschaft. Die Mobilitätsfrage ist nun alles andere als nur eine rationale Frage, sondern sie ist zugleich zutiefst emotional geprägt, weil sie den Aktionsradius und die persönlichen Erlebnisund Kommunikationsmöglichkeiten von zahllosen Menschen betrifft. Elektrizität wird gebraucht, Mobilität aber geniesst man auch. In einer Demokratie entscheiden die Mehrheiten über Lebens- und Überlebensfragen. Für die Mehrheit der Bevölkerung wird die Energiefrage und damit die ganz praktische Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise und den erreichten Belastungsgrenzen des Ökosystems weder an den Energieträgern als solchen noch an einer spezifischen Energieform wie Elektrizität nachvollziehbar, solange diese im Bedarfsfalle vorhanden ist und es zu keinen anhaltenden Versorgungslücken kommt. Wessen Herz hängt denn schon am elektrischen Strom? Und wer hat sich schon, von einigen Technofreaks abgesehen, in einen bestimmten Primärenergieträger - ob fossil, atomar oder regenerativ - verliebt? Es dürfte da kaum jemand zu

finden sein. Wohl aber ist das Automobil und alles, was direkt oder indirekt an ihm hängt, hoch emotionalisiert und bis hin zum echten Drama aufgeladen.

Die moderne Gesellschaft hat sich an

"Selbstverständlichkeiten" gewöhnt, die von aussen betrachtet jedoch alles andere als selbstverständlich sind. So akzeptieren wir, trotz aller Anstrengungen für mehr Verkehrssicherheit, jedes Jahr eine verkehrsbedingte Todes- und Verletztenrate, die an Kriegsverluste erinnert - 8500 Tote und eine halbe Million Verletzte im Jahr 1997. Wir akzeptieren gewaltige volkswirtschaftliche Schäden, akzeptieren wie selbstverständlich riesige Investitionen in den PKW-Bestand, der dann als "ruhender Verkehr" die Strassen säumt. Wir akzeptieren zunehmende Schadstoff- und Lärmemissionen, immer länger werdende Staus, einen wachsenden verkehrsbedingten Flächenverbrauch und vieles mehr, und dennoch verbinden sich mit dem Automobil ein tief sitzendes, nur utopisch zu nennendes Freiheitsversprechen und sehr viel Prestigedenken. Die gesamte Siedlungs- und Beschäftigungsstruktur wurde mittlerweile entlang der automobilen Bedürfnisse und Fähigkeiten ausgerichtet, und die Bedeutung der Automobilindustrie als volkswirtschaftlicher Faktor Nummer 1 wurde bereits erwähnt. Die individuelle Mobilität mittels des Automobils ist wohl eine der ganz grossen Erfolgsgeschichten der Moderne, und genau an ihrem Erfolg droht die automobile Gesellschaft zu scheitern. Denn es ist gerade der Erfolg des Automobils, die weltweit weiter wachsende Massenmotorisierung, die die automobile Gesellschaft gegen die Grenzen des Wachstums fahren lässt. Gerade Deutschland, als einer der weltweit wichtigsten Automobilproduzenten und - exporteure, wird deshalb auch aus höchst eigennuetzigen Gründen die Grenzen des automobilen Wachstums ernst nehmen und über Konsequenzen beizeiten nachdenken müssen. Seine hohe Abhängigkeit von der Automobilproduktion zwingt dazu.

Da nicht davon auszugehen ist, dass angesichts der Massivität der weltweiten Entwicklung hin zum motorisierten Individualverkehr der Trend zur Motorisierung in absehbarer Zeit gebrochen oder gar umgekehrt werden wird, wird erstens alles auf eine bessere Energieeffizienz des Automobils ankommen, zweitens auf einen verringerten Ressourceneinsatz, drittens auf eine erhebliche Reduktion der Schadstoffemissionen, viertens auf den Einsatz von umweltverträglicheren Verkehrsalternativen und fünftens auf die Vermeidung überfluessiger Verkehre. Eine solche Politik liegt übrigens auch und gerade im Interesse der

Automobilindustrie selbst, denn der ökologische und ökonomische Crash ist ohnediese nachhaltig wirkenden Massnahmen absehbar. Zudem trägt dieses verkehrspolitische MassnahmenBündel zur anhaltenden Innovation in der Automobilindustrie und damit auch zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit bei. Es stellt sich beim motorisierten Strassenverkehr ebenfalls die Frage nach der Internalisierung der Kosten, und zwar nicht nur aus direkten umweltpolitischen Gründen, sondern auch, um eine in Preisen ausgedrückt faire Wettbewerbssituation zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern zu schaffen.

Für den Erfolg all dieser Strategien einer nachhaltigen Verkehrswende wird der kuenftige Treibstoffpreis von entscheidender verkehrspolitischer Bedeutung sein: "...der Verteuerung des Kraftstoffes (kommt) eine Schlüsselrolle bei der erforderlichen Verkehrsvermeidung und -verlagerung zu. Die bisherigen Erhöhungen des Mineralölsteuersatzes auf Kraftstoffe haben den sich über Jahrzehnte vollziehenden realen Preisverfall bei Treibstoffen bei weitem nicht

kompensieren können, in dessen Folge der reale Benzinpreis 1995 immer noch um rund 40 Prozent unter dem Benzinpreis von 1960 lag. Angesichts der ehrgeizigen Ziele einer nachhaltigen Mobilität...und des Einflusses der Treibstoffpreise auf die Verkehrsentwicklung ist eine deutliche, in vorhersehbaren Stufen sich vollziehende Mineralölsteuererhöhung insbesondere auf Kraftstoffe unverzichtbares Element einer ökologischen Finanzreform, das flankiert werden muss durch den Ausbau der Alternativen zum Kfz- Verkehr und die Verschärfung der Umweltanforderungen an Kfzs. Die Mineralölsteuer für PKWs sowie die fahrleistungsbezogene Schwerverkehrsabgabe für LKWs (road pricing) müssten mindestens die nicht gedeckten externen Kosten des Verkehrs auffangen." 200 Gerade auch beim Kfz-Verkehr wird die Internalisierung der Kosten in die Marktpreise der entscheidende strategische Hebel sowohl für eine Verkehrswende in Richtung Nachhaltigkeit als auch für eine Freisetzung von Innovationen und Investitionen sein.

Wer beim Automobilverkehr über die Internalisierung der realen Kosten von Umwelt- und Energieverbrauch und über den Klimaschutz spricht, darf zum Benzinpreis und den diesen in seiner Höhe ganz wesentlich bestimmenden Satz der Mineralölsteuer nicht schweigen. Dies ist angesichts der recht hitzig geführten öffentlichen Debatte offensichtlich zuerst und vor allem eine emotionale Frage. Dennoch muss auch hier vernuenftig argumentiert und entschieden werden, zumal am Benzinpreis wesentlich mehr als öffentliche Emotionen hängen. Seine zukünftige Höhe wird für das Erreichen der klimaschutzpolitischen Ziele der Bundesrepublik Deutschland von entscheidender Bedeutung sein. Aber auch die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie wird von einem hohen Benzinpreis positiv abhängen, auch wenn diese These auf den ersten Augenblick erstaunlich klingen mag. Doch zunächst zum Klimaschutz. Der von der Bundesregierung berufene "Rat von Sachverständigen für Umweltfragen" hat in seinem Gutachten aus dem Jahr 1994 zur Sache bereits Klartext geredet: "Die langfristig anzustrebende Höhe der Mineralölsteuer ist an den gesetzten umweltpolitischen Zielen zu orientieren, vor allem an dem CO2- Minderungsziel der Bundesregierung. Um einen wirksamen Beitrag zur Erreichung des CO2-Ziels zu leisten, müssten die mittleren Kraftstoffpreise (für Otto- und Dieselkraftstoff) nach Schätzungen der Prognos AG bis zum Jahre 2005 auf 4,60 DM angehoben.

werden...Um die Inflationsrate bereinigt, würde dies bereits für 1990 einem Kraftstoffpreis von 2,28 DM entsprechen. Die jährliche Preiserhöhung würde nominell 20 Prozent des realen Preises von 1990 betragen, also rund 23 Pfennig. Als Erfolg einer solchen Verteuerung des Kraftstoffs wird von Prognos mit einem Rückgang der verkehrsbedingten CO2-Emission um 7 Prozent der Werte von 1987 bis zum Jahre 2005 gerechnet." Die Sachverständigen fordern darüber hinaus aus Gründen der Effizienz eine den Energieverbrauch insgesamt belastende, möglichst europaweite Steuer oder CO2-Abgabe.

Die Kraftstoffpreise sind heute, dies wurde bereits weiter oben zitiert, immer noch unverantwortlich niedrig. Deswegen, und keineswegs nur wegen technischer Probleme, tut sich die Automobilindustrie mit dem 3 Liter Auto auch so schwer, weil angesichts der realen, d.h. inflationsbereinigten Kraftstoffpreise so recht die Nachfrage nach dem Sparauto nicht zu sehen ist. Eine politisch durchgesetzte, auf mehrere Jahre angelegte Erhöhung der Mineralölsteuer in der von den Experten der Bundesregierung benannten Grössenordnungen würde sofort zu einem völlig veränderten Verbraucherverhalten bei der Anschaffung von Neuwagen führen, würde einen gewaltigen Innovationsdruck auf die Modellpolitik der Unternehmen ausüben und den Markt für das 3 Liter Auto öffnen. Niemand hängt an einem hohen Kraftstoffverbrauch, die meisten Autofahrer

interessiert daran vor allem ihre finanzielle Belastung. Diese würde bei einem 3 Liter Auto, bezogen auf den heutigen durchschnittlichen Flottenverbrauch von 10 Litern und auf die heutigen Kraftstoffpreise, nicht einmal zunehmen. Von einer solch deutlichen Veränderung der Preissignale würde ein grosser technischer Innovationsschub für die nächste Generation von Automobilen ausgelöst, und in beidem läge ein grosser Vorteil für die betroffene Autoindustrie: erstens ein schnellerer Ersatz der heute vorhandenen Automobilflotte und zweitens ein absehbarer Quantensprung in Technik und Fertigung, der die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöhen wird. Es ist schon ziemlich verrückt, dass aus arbeitsmarktpolitischen Gründen sogenannte "Abwrackprämien" aus Steuergeldern gefordert und in manchen europäischen Ländern auch gezahlt werden, um die Nachfrage der heimischen Automobilindustrie zu stüzen. Die beste "Abwrackprämie" wäre eine entsprechende Erhöhung der Kraftstoffpreise, die zu einem beschleunigten Flottenaustausch bei gleichzeitiger Entlastung der Umwelt und technischen Wettbewerbsvorteilen der Hersteller führt.

Wirtschaftlicher Strukturwandel schafft Arbeit, sagt man, aber dies ist nur dann richtig, wenn der Strukturwandel nicht nur abbaut, sondern zugleich auch Neues schafft. Dafür muss Politik die Voraussetzungen schaffen. Die Automobilisierung der Bundesrepublik Deutschland seit den späten fünfziger und den frühen sechziger Jahren ist ein sehr gutes Beispiel für die Bewältigung eines unabweisbaren gesellschaftlich-industriellen

Strukturwandels, denn damals wurde, parallel zum Aufbau der Automobilindustrie und der Massenmotorisierung, von staatlicher Seite ein gewaltiges Infrastrukturprogramm

namens Bundesfernstrassenbau und Landesstrassenbau aufgelegt. Der sich entwickelnde Automobilsektor war es damals gewesen (direkt mittels der stark expandierenden inländischen Automobilproduktion und indirekt durch Zulieferbetriebe Stahlindustrie, Strassenbau usw.), der die in der Landwirtschaft und in der schrumpfenden Montanindustrie freiwerdenden Arbeitskräfte aufnahm. Diese Entwicklung wurde durch den staatlich geförderten Strassenbau, von der Gemeinde über die Länder bis hin zum Bund, massiv gefördert. "Das Strassennetz wurde seit 1950 in grossem Umfang ausgebaut und qualitativ verbessert. Verlief der Ausbau in den fünfziger Jahren noch relativ bescheiden, wurde in den beiden folgenden Jahrzehnten das Strassennetz enorm verdichtet. In diesen beiden Jahrzehnten wurde es um jeweils etwa 50000 km verlängert. Das Schienennetz wurde hingegen abgebaut: Während es 1950 einschliesslich der privaten Bahnen noch rund 36600 km betrug, wuchs in den folgenden Jahren immer mehr Gras zwischen den Schienen: bis 1987 wurden 6100 km Schienen demontiert..... Alleine das Netz

der Bundesautobahnen wurde von 2100 km im Jahre 1950 auf 8720 km (1989) ausgebaut. Der damalige Verkehrsminister Georg Leber formulierte seinerzeit die Zielsetzung: kein Bundesbuerger sollte es weiter als 25 km bis zur nächsten Autobahnauffahrt haben. 1988 wurde das Ziel praktisch erreicht: Eine Untersuchung...ergab, dass 94 Prozent der Bevölkerung nicht länger als dreissig Minuten bis zur nächsten Autobahnauffahrt benötigten."

Heute stehen wir vor der notwendigen Umkehr dieser Entwicklung, da sie ökologisch auf Dauer nicht durchzuhalten sein wird. "Die Ausschöpfung der derzeitigen technischen Möglichkeiten könnte ein

erhebliches Emissionsminderungspotential erschliessen. Bezueglich der Luftschadstoffe könnten einige.Ziele erreicht werden. Eine Reduzierung der CO2-Emissionen des Verkehrs ist mit den technischen Massnahmen allein nicht zu erreichen. Da der Verkehr weiter zunehmen wird, werden die CO2-Emissionen trotz erheblicher spezifischer Kraftstoffverbrauchsminderungen im Jahre 2005 und auch im Jahr 2010 über den Werten von 1990 liegen..... Eine

Politik der nachhaltigen Mobilität muss daher neben Massnahmen zur Verbesserung der technischen Effizienz auch Massnahmen zur Begrenzung des

Verkehrswachstums und zur Reduzierung der Verkehrsbelastung innerorts ergreifen." Und in seinem "Jahresbericht 1996" erwartet das UBA sogar "durch Zunahme von Autoabgasen statt der von der Bundesregierung angestrebten CO2-Reduktion um 25 Prozent bis 2005 sogar einen Anstieg des wichtigsten Treibhausgases um zehn Prozent zwischen 1996 und 2010 Der weiter anwachsende Strassenverkehr macht

alle Bemuehungen zunichte, den Ausstoss des Klimagases Kohlendioxid (CO2) zu verringern."

Dennoch kann man, bei allen gravierenden Fehlern, von der politisch-konsensuellen Anstrengung der damaligen Zeit für den ökologischen Umbau heute sehr viel lernen, denn vor Deutschland liegt eine vergleichbare, am Ende sogar noch grössere Anstrengung zur umweltgerechten Neuordnung seiner Verkehrsinfrastruktur im 21. Jahrhundert. Genau hierin, in dieser ökologischen Verkehrswende, gemeinsam mit einer Energiewende, liegt aber auch die grosse Chance für Investitionen und Arbeitsplätze. Im Energie- und Verkehrssektor ist der Mut zu jener "produktiven Zerstörung" namens radikaler Erneuerung der bestehenden Strukturen gefordert, die für jeden erfolgreichen ökonomischen Strukturwandel unerlässlich ist. Energie, Verkehr und Kommunikation sind die drei Sektoren, in denen eine Politik in gestaltender Absicht mit der Erneuerung der Infrastruktur die materielle Grundlage für einen neuen Wirtschaftszyklus und damit ein langfristiges Beschäftigungswachstum schaffen kann.

Die Verkehrswende wird den Abschied von der automobilen Gesellschaft bringen, wie wir sie heute kennen und wie sie viele regelrecht lieben. Gewiss wird das Automobil auch in einer nachhaltig organisierten Mobilität der Zukunft noch lange Zeit eine herausragende Funktion behalten, aber sowohl die Technik als auch die Funktion des Automobils werden sich ändern. Das Automobil wird wesentlich funktionaler auf die anderen Verkehrsträger abgestimmt und ein Faktor neben anderen in integrierten Verkehrssystemen sein, damit seine technischen und auch emotionalen Eigenschaften verändern und schliesslich seine fast absolute Dominanz verlieren. Freilich wird dieser kulturelle Bruch mit dem Kult des automobilen "Goldenen Kalbs" wohl der am schwersten zu bewältigende Teil einer ökologischen Verkehrswende sein.

Man stelle sich hypothetisch einmal vor, die emotionale Bindung an das Automobil würde aufgegeben zugunsten eines schlicht rationalen Umgangs mit dem Verkehrsträger Auto. Alles bliebe so, wie es heute ist, allein die Menschen hätten plötzlich zu ihrer geliebten Benzinkutsche ein ausschliesslich zweckrationales Verhältnis, so, wie wir es etwa zum elektrischen Strom haben. Das gesamte Mobilitätsverhalten des modernen Menschen würde sich radikal ändern, damit die Automobilindustrie, ihre Produkte und ihr Absatz, die nachgefragte Technik und die Bewertung und

Nachfrage der verschiedenen Verkehrsträger. Immer dann, wenn ein Verkehrsträger alternativlos ist oder kostengünstiger und insgesamt vorteilhafter, würde er benutzt, ansonsten aber die jeweils anderen optimalen Verkehrsträger im Angebot: Wir würden allein durch eine solche Veränderung der Denkweise in den Köpfen, bei Beibehaltung aller anderen Faktoren, inklusive des heutigen Mobilitätsangebots, eine radikale Kulturrevolution der automobilen Gesellschaft erleben! Die Autos würden technisch massiv abgerüstet, ihr teurer Prestigecharakter ginge weitgehend verloren, der Kauf von Automobilen würde zugunsten von zeit- und zweckgebundenen Leihwagen stark zurück gehen und der Anteil der im Kfz zurück gelegten jährlichen Personenkilometer zugunsten anderer Verkehrsträger ebenfalls, und insgesamt würde das Mobilitätsverhalten einer wesentlich rationaleren Kosten- Nutzen-Rechnung unterzogen und damit begrenzt werden.

Angesichts der global massiv zunehmenden Verkehrsemissionen und eines massiven Trends zur weiteren Motorisierung wird an dieser Entwicklung, will man den Klimaschutz nicht ad acta legen, kaum ein Weg vorbeiführen, die Frage ist auch hier nur das Wann, Wie und zu welchen Kosten. Allerdings wird dies eine schrittweise Umstrukturierung des Nah- und Fernverkehrs für Personen und Güter voraussetzen. Und dies setzt die Bereitschaft zu grossen Investitionen in die anderen Verkehrsträger, vor allem in den öffentlichen Verkehr und in die Schiene im Nah- und Fernverkehr voraus.

Deutschland liegt zwischen Alpen und Nord- und Ostsee in der Mitte Europas. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und dem Zusammenwachsen Europas ist Deutschland zum europäischen Haupttransitland für Personen und vor allem für Güter geworden, und diese Entwicklung wird sich mit dem erfolgrei- chen wirtschaftlichen Aufbauprozess in Osteuropa noch erheblich beschleunigen. Dies ist ein weiterer Grund für eine radikale Wende in der Verkehrspolitik hin zur Schiene, denn wenn dieser Transit von Personen und Gütern hauptsächlich auf der Strasse stattfinden wird, wie es sich gegenwärtig abzeichnet, dann wird es nur noch "Gute Nacht, Deutschland" heissen können.

Der Individualverkehr in den Ballungsgebieten wird zunehmend öffentlichem Verkehr weichen müssen, der schienengebun- dene Fernverkehr muss national und gesamteuropäisch zu einer echten Alternative ausgebaut werden, der Güterfernverkehr wird nicht länger die rollende Lagerhaltung auf den Strassen betreiben können und verstärkt den Verkehrsträger Schiene benutzen müssen. Aber angesichts der prognostizierten Verkehrszuwächse wird vor allem an der Verkehrsvermeidung kein Weg vorbeiführen. Dies ist vor allem eine Planungs- und eine Preisfrage, und insofern wird eine strukturelle Ökologisierung der Mobilität durch eine andere Siedlungsstruktur, durch die Neuorganisation des Verkehrs in den Ballungsgebieten und im ländlichen Raum und durch eine schrittweise Veränderung des Preisgefüges für Mobilität ebenfalls vor allem Zeit und sehr viel Zustimmung brauchen. Die automobile Gesellschaft ist in drei bis vier Jahrzehnten entstanden, ihre Ökologisierung wird nicht wesentlich schneller gehen, da die Transformation grosser, komplexer Strukturen und tief verwurzelter Verhaltensmuster - und damit hat man es bei einer Politik der Verkehrsvermeidung zu tun - nicht innerhalb weniger Jahre vor sich gehen wird. Schritt für Schritt also wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten die Ökologisierung des zentralen Faktors Mobilität vorangebracht werden müssen, und dies wird alles andere als billig werden, aber wir sprechen hier vor allem über Investitionen, über Gewinne und Arbeitsplätze mit Zukunft.

Eine ökologische Verkehrswende muss jenseits der strukturellen Verkehrsvermeidung und einer rationalen Neubewertung des Faktors Automobil auf eine zweite Eisenbahnrevolution setzen. Die Möglichkeiten dieses Verkehrsträgers wie auch der Rad-Schiene-Technik sind mitnichten ausgereizt, weder im Nah- noch im Fernverkehr. Allerdings wird es hier grosser Aus- und Neubauanstrengungen bedürfen, neuer Technik auch und vor allem einer Organisation, die sich in Preis und Service als wettbewerbsfähig zu Strasse und Luftverkehr erweist. Warum soll es nicht auch hier einen wirklichen Abschied vom Monopol, die Trennung von Netzzugang und Netzbetrieb geben? Gewiss sind die Probleme hier komplexer als im Stromsektor, aber warum soll es nicht auch auf diesem Verkehrsträger verstärkt Wettbewerb geben? Private Speditionen etwa sollten die Möglichkeiten des Verkehrsträgers Schiene nutzen können, und ebenso ist Wettbewerb beim Personentransport denkbar. Es ist kein Naturgesetz, dass öffentliche Ver- kehrsmittel immer teurer, altmodischer, unflexibler und unsicherer sein müssen als das private Kfz, sondern diese Defizite sind in hohem Masse politisch gewollt. Eine Modernisierung des öffentlichen Verkehrs ist letztendlich allein eine Frage von Kreativität, Innovation, unternehmerischer Initiative und der dafür notwendigen politischen Rahmenbedingungen.

Energiewende und Verkehrswende setzen also die richtigen politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen voraus, damit es zu massiven Investitionen und damit neuen Arbeitsplätzen kommen kann. Dennoch bleibt ein Letztes und zugleich Entscheidendes, nämlich eine Veränderung der Preissignale. Normalerweise ist die Preisgestaltung in einer Marktwirtschaft die Aufgabe des Marktes, aber die Synchronisation von Marktpreisen und der knappen Ressource Umwelt gelingt mittels des Marktes nur höchst unzureichend, da die Marktpreise und der Umweltverbrauch auf verschiedenen Zeitebenen bewertet werden. Die Märkte reagieren kurzfristig, die Ökosysteme langfristig. Exponentielles Wachstum vollzieht sich im Quadrat, das heisst: Man kann lange nichts oder wenig merken, dann aber ereignen sich mit jeder weiteren Verdoppelung der Belastung die Dinge sehr schnell. Daraus folgt aber, dass ökologische Krisen aufgrund ihrer langen Verzögerungseffekte immer erst in ihrem Endstadium eine Reaktion der Marktpreise auslösen werden, also dann, wenn es eigentlich für eine angemessene, auch ökonomisch rationale Preisreaktion viel zu spät ist. Zudem sind die Bremswege sehr lang, wenn sich Ökosysteme bereits auf dem Crashkurs befinden und umzukippen drohen: Kurzfristig kann man hier nichts beheben. Dies ist eines der Hauptprobleme der Ökologisierung der kapitalistischen

Wachstumsgesellschaften, denn würde die Wirtschaft aus sich heraus zu einer Internalisierung der Kosten für Umweltverbrauch und -belastung kommen, dann wäre der ökologische Umbau heute das Programm der Arbeitgeberverbände und nicht das von Umweltgruppen, Ökoinitiativen und Verbänden. Dem ist aber nicht so, leider, und deshalb muss die Angleichung der Marktpreise an die realen Kosten von Umweltverbrauch und -belastung durch die Politik erfolgen. Und dies ist ein sehr schwieriges, gleichwohl alternativloses Unterfangen und zwingt zu einer ökologischen Steuerreform.

Kern einer ökologischen Steuerreform ist nicht die Mineralölsteuer, sondern die allgemeine Besteuerung des Energieverbrauchs, d.h. eine Verbrauchssteuer auf den Energiegehalt fossiler und atomarer Primärenergie und auf deren CO2-Emissionen (für die Atomenergie empfiehlt sich ein angemessener Risikozuschlag) für Unternehmen und private Haushalte.207 Sie verfolgt zwei Ziele: Erstens soll eine Verteuerung der Energie eine Annäherung der Marktpreise an die realen Kosten des Energieverbrauchs erreichen, zugleich entsprechende Effizienz- und Einsparpotentiale

mobilisieren, darüber hinaus die technische Innovation in eine nachhaltige Richtung lenken und so insgesamt einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der Umwelt leisten. Zweitens geht es aber auch um die fiskalische Zukunftssicherung des Staates, da sowohl aus Gründen des internationalen Standortwettbewerbs als auch einer langfristig abnehmenden Lohnsumme die direkten Steuern von Unternehmen und Beschäftigten zwar nicht verschwinden, in ihrer Bedeutung aber abnehmen werden, und sich deshalb die Steuerlast verstärkt in Richtung indirekter Steuern wird verschieben müssen. Auch eine nachhaltig organisierte Volkswirtschaft wird immer einen bestimmten Energie- und Ressourcenverbrauch benötigen, der sich allerdings erheblich unter der heute herrschenden Verschwendung bewegen wird. Seine Besteuerung wird dauerhaft sein und ist überaus sinnvoll, zumal die sozialen Sicherungssysteme eines neuen Gesellschaftsvertrags von einer wesentlich stärkeren Steuerfinanzierung abhängig sein werden. Eine Energiesteuer ist eben keine zweckgebundene Abgabe, wie z.B. die Abwasserabgabe, sondern es handelt sich bei ihr um eine neue Steuersäule im öffentlichen Finanzsystem.

Insofern verbinden sich in einer ökologischen Steuerreform zwei Systemelemente, nämlich ein ökologisches Vermeidungselement und ein fiskalisches Besteuerungselement, deren Verbindung zu einer fiskalischen Schwierigkeit führt. Das Vermeidungselement einer Energiesteuer muss zusätzlich Verbraucher und Unternehmen belasten, damit es wirkt, das Besteuerungselement aber wird schlicht zu einer Steuererhöhung ohne Vermeidungswirkung führen - und damit zu einer Erhöhung des Staatsanteils, wenn es nicht an anderer Stelle zu einer Steuerentlastung in entsprechenden Grössenordnungen kommt. Und Steuererhöhungen sind nicht gerade populär, heute weniger denn je zuvor, und somit würde man die politische Akzeptanz einer ökologischen Steuerreform sehr schnell gefährden. Gerät eine ökologische Steuerreform in den begründeten Verdacht, nur ein anderer Begriff für eine getarnte Steuererhöhung zu sein, wird sie politisch scheitern. Deshalb ist die Frage der Aufkommensneutralität fiskalisch und politisch die Schüsselfrage zur Durchsetzung einer ökologischen Steuerreform.

Steuern, Eigentum und die Zukunft des Sozialstaates

Was ursprünglich eher als eine Schwierigkeit der Energiesteuer erschien, erweist sich heute angesichts der nur noch absurd zu nennenden Fehlsteuerung der Steuern- und Abgabenlast in Deutschland als der eigentliche Charme dieser neuen Steuerart, denn in der Doppelgesichtigkeit einer Energiesteuer liegt ihre grosse Chance, die doppelte Krise von Umwelt und Arbeitsmarkt bekämpfen zu können - wenn sie insgesamt aufkommensneutral ist. Die Neujustierung von Belastungen und Entlastungen in beiden Bereichen ist die Hauptaufgabe einer allgemeinen Steuerreform, die in Deutschland nach wie vor aussteht. Die als Alternative zur Einführung einer Energiesteuer immer wieder diskutierte Erhöhung der Mehrwertsteuer, eine andere Form der Verbrauchsbesteuerung, hätte hingegen ausschliesslich fiskalische Wirkung und zudem negative Beschäftigungseffekte.

Das doppelte Dilemma von Umweltkrise und Arbeitslosigkeit besteht darin, dass in Deutschland der Umweltverbrauch innovationsfeindlich viel zu billig ist, während die Arbeit auf Grund zu hoher Bruttolohnkosten für Beschäftigungszuwächse viel zu teuer ist. Diese Fehlentwicklung ist vor allem politisch zu verantworten. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Finanzierung der Kosten der Deutschen Einheit über die Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung diese beiden Bestandteile des Bruttolohns (inklusive Arbeitgeberanteile) stark nach oben getrieben und Arbeit so immer teurer gemacht hat. Damit wurde aber nur der Rationalisierungsdruck in den Unternehmen

mit der Folge eines weiteren Beschäftigungsabbaus verstärkt. Gleichzeitig aber haben die zunehmende Massenarbeitslosigkeit, eine mehrjährige Lohnzurück haltung der Gewerkschaften in den Tarifrunden, die daraus folgende Lohnentwicklung unterhalb der Produktivitätssteigerungen und eine beständig wachsende Steuer- und Abgabenlast zu einer negativen Entwicklung bei den verfügbaren Einkommen geführt, das heisst: Die Masse der Bevölkerung hat weniger Geld für ihren täglichen Bedarf zur Verfügung. Damit wird aber der Anstieg der Arbeitslosigkeit aus zwei Gründen synchron vorangetrieben: Die Bruttolöhne steigen weiter, was den Rationalisierungsdruck und damit die Arbeitslosigkeit verstärkt, und zugleich haben die Beschäftigten immer weniger Geld in der Tasche, was die Binnenkonjunktur lahmen lässt - und dadurch wird erneut die Arbeitslosigkeit nach oben getrieben. Mit dieser selbstgestellten Doppelfalle der aktuellen Regierungspolitik erreicht die politische Fehlsteürung der makroökonomischen Entwicklung der deutschen Wirschaft einen nur noch grotesk zu nennenden Höhepunkt.

Wenn aber in Deutschland die Arbeit zu teuer und die Umwelt zu billig ist, stehen drei Alternativen zur Verfügung: Weitere Lohnsenkungen oder Kürzungen von Versicherungsleistungen, das heisst vor allem Rentenkürzungen, oder Steuererhöhungen zur Gegenfinanzierung der Senkung der Lohnnebenkosten sind die drei zur Verfügung stehenden Alternativen. Eine weitere Absenkung des Nettolohnniveaus, das heisst noch geringere verfügbare Einkommen der Erwerbstätigen, wäre ökonomisch unsinnig, konjunkturell schäd- lich, sozial äusserst ungerecht und deshalb hoch konfliktträchtig. Angesichts dieser Ausgangslage führt an einer Senkung der Versicherungsbeiträge, die in den Lohnnebenkosten enthalten sind, kein Weg vorbei, denn eine solche Absenkung wird sofort positiv auf die verfügbaren Einkommen durchschlagen, ohne falsche Konjunktursignale auszulösen. Die Alternativen dazu sind wenig überzeugend, denn sie bestehen entweder in entsolidarisierenden Leistungskürzungen - vor allem das Tabu der Rentenkürzung müßte dann gebrochen werden - oder in Steuererhöhungen. Eine Senkung der hohen Bruttolohnkosten wird nur durch Beitrags- kürzungen und damit durch Leistungseinschränkungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und/oder der gesetzlichen Krankenversicherung zu erreichen sein. Oder aber durch Steuererhöhungen, um versicherungs- fremde Leistungen, die diesen Versicherungsträgern vor allem einheitsbedingt aufgebürdet wurden, durch Steuergeld umzufinanzieren und somit zu Beitragssenkungen und damit auch zu einer Senkung der Bruttolohnkosten zu kommen. Exakt hier greift nun die zweite Komponente einer Energiesteuer, nämlich ihre fiskalische Ertragsfähigkeit. Energie wird in grossem Umfang verbraucht, das heisst: Auch bei einer massvoll beginnenden Energiebesteuerung hätte man es sehr schnell mit einem grösseren Steuervolumen zu tun, das zur Gegenfinanzierung einer Senkung der Renten- und Arbeitslosenversicherungsbeiträge eingesetzt werden könnte. Zudem wird eine Energiesteuer, verbunden mit einer stufenweisen, in akzeptabel massvollen Schritten vorgenommenen Mineralölsteuererhöhung, die Kostenstruktur und damit die Nachfrage ändern, neue Investitionsmöglichkeiten, Märkte und Beschäftigungsfelder erschliessen, kurz, eine innovative Wirkung auf Technik, Investitionen und Beschäftigung haben. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer hingegen würde kaum positive Folgewirkungen zeitigen, ausser dass die Steuereinnahmen erhöht und der Druck in die Schwarzarbeit beim Handwerk noch verstärkt würden. Man sieht: Die Einführung einer Energiesteuer ist nicht nur der entscheidende Hebel für die strategische Grundfrage des ökologischen Umbaus, nämlich der Internalisierung der Kosten des Umweltverbrauchs in die Marktpreise, sondern eine Energiesteuer löst auch das spezifisch deutsche Problem zu hoher Lohnnebenkosten. Angesichts analoger Probleme innerhalb der meisten anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union würde in absehbarer Zeit, wenn vor allem Deutschland seine bisher blockierende Haltung veränderte, sogar eine Energiesteuer auf

europäischer Ebene möglich werden, aus Wettbewerbsgründen gewiss die beste Lösung. Aber auch nationale Alleingänge sind durchaus möglich, wie die Beispiele der Niederlande, Dänemarks und Finnlands beweisen.

Einer ökologischen Steuerreform kommt also angesichts der Notwendigkeit der Internalisierung externer Umweltkosten in die Marktpreise allerhöchste Priorität zu, vor allem durch sie können die falsch ausgerichteten Preissignale von Umweltverbrauch und Arbeit korrigiert werden. Was sich gegenwärtig in Deutschland zeigt, bedingt vor allem durch den Sonderfall der Deutschen Einheit, erweist sich bei genauerer Betrachtung als ein langfristig wirkender, struktureller Faktor der neuen Arbeitsmärkte in Deutschland insgesamt: ein in Zukunft dauerhafter und höherer Finanzierungsbedarf für die gesetzliche Rentenversicherung aus Steuermitteln. Die zukünftigen Beschäftigungsverhältnisse entwickeln sich generell weg vom dauerhaften Vollerwerbsarbeitsplatz hin zu solchen mit eher geringerer Entlohnung, und sie werden zudem wesentlich kurzfristiger und unbeständiger sein als die traditionellen Dauerarbeitsverhältnisse des alten Arbeitsmarktes. Der beständige Wechsel zwischen Beschäftigung und Beschäftigungslosigkeit, Requalifizierung und verstärkter Teilzeitarbeit wird den Anteil der lohnbezogenen Beiträge an den gesetzlichen Sicherungssystemen abnehmen lassen und die Zunahme des steuerfinanzierten Anteils, vor allem an einer umlagefinanzierten solidarischen Alterssicherung, über das heute schon vorhandene Mass hinaus notwendig machen.

Die einheitsbedingte Steigerung der Lohnnebenkosten demonstriert demnach sehr praktisch die Folgen der strukturellen Zukunftskrise der sozialen Sicherungssysteme, verursacht durch deren Überlastung auf Grund abnehmender Beiträge und der zunehmenden Zahl von Leistungsbeziehern. Die heutige Krise der gesetzlichen Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Rentenversicherung ist das Ergebnis einer falschen, weil ungerechten Politik des Staates, der die Lasten der Einheit statt über Steuererhöhungen über die solidarischen Versicherungssysteme finanziert. Es ist den Menschen in Ostdeutschland gewiss nicht vorzuwerfen, dass sie keine Rentenversicherungsbeiträge auf Grund der Deutschen Teilung in den vergangenen vier Jahrzehnten einzahlen konnten, ebensowenig tragen sie die Verantwortung für die überproportional hohe Arbeitslosigkeit in den ostdeutschen Ländern. Genau dies sind aber die beiden Ursachen, die die gesetzlichen Versicherungssysteme gegenwärtig sehr stark belasten. Aus dieser Fehlsteuerung der Politik lässt sich aber bereits die zukünftige Krise dieser Sozialversicherungssysteme ganz allgemein ablesen, denn die langfristige Entwicklung der Arbeitsmärkte weg vom Vollerwerbsarbeitsplatz und hin zu mehr oder weniger gesicherten, immer wieder unterbrochenen Beschäftigungsverhältnissen in der Arbeitswelt von morgen wird dauerhaft eine ähnliche Auswirkung auf die gesetzlichen Versicherungssysteme haben wie jetzt die Belastungen durch die Finanzierung der deutschen Einheit: zu wenige Beitragszahler und zu viele Leistungsbezieher. Die Konsequenzen bei fehlender Zusatzfinanzierung aus Steuern oder anderen Mitteln sind bekannt: entweder sehr hohe Beiträge und demnach eine Verteuerung der Arbeitskosten mit der Folge einer wachsenden Arbeitslosigkeit - oder eine drastische Absenkung der Leistungen und eine zunehmende Verarmung der von diesen Sozialtransfers abhängigen Menschen.

Die Zukunft des demokratischen Sozialstaates aber ist ohne solidarische Sozialversicherungssysteme und vor allem ohne eine solidarische Alters-, Gesundheits- und Arbeitslosenversicherung nicht denkbar. Neuerdings kommt noch die Pflegeversicherung hinzu, die angesichts der demographischen Entwicklung im Altersaufbau der Bevölkerung in den kommenden Jahrzehnten erheblich an Bedeutung gewinnen wird. Auch ein der Globalisierung angepasster Sozialstaat wird diesen Kernbestand gesellschaftlicher Solidarität organisieren und finanzieren müssen. Eine überwiegend privatisierte, das hiesse privatversicherungsrechtliche Vorsorge vor

allem für das Alter und die Gesundheit würde nicht nur den Sozialstaat als solchen beseitigen, sondern zugleich zu einer wachsenden Kluft zwischen Reich und Arm beitragen und damit den Zusammenhalt der Gesellschaft gefährden. Der Sozialstaat folgt mit der gesetzlichen Sozialversicherung eben erade nicht einem privatrechtlichen Versicherungsprinzip, sondern er garantiert neben der Alters- und Gesundheitsvorsorge für die breite Mehrheit des Volkes zugleich auch einen solidarischen Ausgleich unterschiedlicher Lasten und Risiken zugunsten benachteiligter Gruppen und Personen.

Allerdings wird sich seine Verankerung in den lohnbezogenen Beiträgen angesichts des Wettbewerbsdrucks auf die Arbeitskosten und angesichts der stark zunehmenden neuen Beschäftigungsverhältnisse erheblich lockern. An einer dauerhaften, wesentlich grösseren Steuerfinanzierung führt demnach kein Weg vorbei. Und da sich aus denselben Wettbewerbsgründen auch die stärkere direkte Besteuerung von Arbeits-, Vermögens und Kapitaleinkommen langfristig verbietet - im Gegenteil besteht die Notwendigkeit weiterer Steuerentlastungen -, bleibt auch hier nur die Möglichkeit einer strukturellen Verlagerung dieser Lasten auf die indirekten Steuern. Angesichts dieses langfristig wirkenden Trends ist es nur vernünftig, die Besteuerung der knappen Ressourcen Umwelt und Energie, die heute viel zu billig sind, zur Grundlage des Sozial- und Steuersystems von morgen zu machen.

Eine Fehlsteuerung liegt im übrigen nicht nur bei der zu teuren Arbeit und zu billigen Umwelt vor. Unser Einkommenssteuersystem hat sich insgesamt in eine falsche Richtung entwickelt. Deutschland wird mehr und mehr zu einem "Lohnsteuerstaat" . Die Körperschaftssteuer ist rückläufig, ebenso die veranlagte Einkommenssteuer, während Lohnsteuer und Mehrwertsteuer fiskalisch immer bedeutsamer geworden sind. Das Steuersystem ist zu kompliziert, deshalb zu undurchsichtig, und fördert so auf fast schamlose Art und Weise gutorganisierte Vermögen und Spitzeneinkommen, die in der Lage sind, sich der zahlreichen legalen Umgehungstatbestände, Abschreibungen und Subventionen zu bedienen. Die Hauptlast des gegenwärtigen Steuersystems tragen vor allem die in die steuerliche Belastungsprogression hineinwachsenden Beschäftigten, die Masse der Lohnsteuerzahler und nach wie vor die Familien, das heisst jene Menschen, die sich für Kinder entschieden haben. Der Sozialstaat von morgen wird in einer globalisierten Wirtschaft nicht mehr die Sicherung des individuellen Lebensstandards gewährleisten können, sondern, jenseits des alten Generationenvertrages, sich mehr und mehr auf eine bedarfsorientierte Grundsicherung und die

Zugangsgerechtigkeit zu Bildung, Arbeit, Vermögensbildung und Wohlstand zurück ziehen müssen. Wenn dem so ist und demnach auf der Grundlage dieser reduzierten sozialstaatlichen Sicherung verstärkt von den einzelnen Bürgern, auch der unteren Einkommensschichten, Eigenvorsorge zu der sozialstaatlichen Sicherung hinzutreten muss, dann allerdings wird eine steuerliche Entlastung der Bürger gerade im mittleren Bereich unverzichtbar. Im unteren Bereich dagegen geht es weniger um die steuerliche Entlastung als vielmehr um die Verantwortung des Sozialstaates dafür, dass Menschen mit geringerem Einkommen überhaupt in die Lage versetzt werden, Eigenvorsorge betreiben zu können. Und wo dies nicht möglich ist, muss die sozialstaatliche Verantwortung uneingeschränkt weiter gelten.

Eine solche Steuerreform jedoch bedeutet keine generelle Hinwendung zum Niedrigsteuerstaat. In dem Augenblick, wo eine Steuerreform letztendlich den Rückzug des Staates aus seiner sozialstaatlichen Verantwortung beabsichtigt, das heisst mittels einer drastischen Steuersenkungspolitik die sozialpolitische Handlungsfähigkeit aller staatlichen Ebenen massiv eingeschränkt werden soll, verkommt die notwendige Anpassung des bestehenden Einkommenssteuersystems zu neoliberaler Gesellschaftspolitik. Der Neoliberalismus versucht durch

die Einschränkung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates seine gesellschaftspolitischen Ziele einer weitergehenden Entlastung der Besitzenden (und damit eine Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich) durchzusetzen, und genau darum darf es bei einer Steuerreform eben nicht gehen.
Neben einer Aufrechterhaltung der Finanzkraft des Staates muss eine Steuerreform drei politische Ziele verfolgen:
Das Steuersystem muss die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen fördern und die Leistungsbereitschaft der Bürger unterstützen. Es muss sozial gerecht sein, das heisst die Lasten staatlicher Verantwortung einkommensgerecht verteilen. Und es muss die Eigenvorsorge durch Steuerentlastung fördern. Wenn der Sozialstaat von morgen mehr Eigenverantwortung seiner Bürger voraussetzt, dann muss das Steuersystem diese Eigenverantwortung für die Masse der Steuern zahlenden Bürgerinnen und Bürger durch niedrigere Sätze ermöglichen.
Folgt man diesen politischen Zielen, so wird eine Einkommenssteuerreform eine Absenkung der Tarife bei den Unternehmenssteuern notwendig machen, und zwar aus Wettbewerbsgründen. Das deutsche Steuersystem zeichnet sich dadurch aus, dass es eine erhebliche Differenz zwischen den nominalen und den realen Steuersätzen gibt, auch und vor allem im Unternehmensbereich. Hier bedarf es einer weitgehenden Streichung der Abschreibungs- und Umgehungstatbestände und einer Angleichung der nominalen an die realen Steuersätze. Dennoch wird der Druck auf eine reale Senkung der Unternehmenssteuern weiter anhalten, wobei ein fiskalischer Abwertungswettlauf nur kurzfristige Vorteile bringt, sehr schnell aber für alle beteiligten europäischen Länder schwere Nachteile zeitigen wird. Deshalb wird eine Rahmenharmonisierung der wichtigsten Steuern innerhalb der EU unverzichtbar sein. Vorrangig bleibt aber eine steuerliche Förderung des Mittelstandes und von Unternehmensgründungen aus den oben erwähnten arbeitsmarktpolitischen Gründen, nicht aber eine steuerliche Freistellung grosser Vermögen. Der Wegfall der Vermögenssteuer ist unter dem Gesichtspunkt der Steuergerechtigkeit ein schlichter Skandal, der zudem null positive Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung hat, er bedarf deshalb schleunigst der Korrektur. Für Spitzeneinkommen und grosse Vermögen ist Deutschland kein Hochsteuerland, daher sind hier auch keine realen Entlastungen herbeizuführen, gleichwohl wird es zu nominalen Entlastungen bei einer Absenkung des Spitzensteuersatzes kommen.
Auch bei der privaten Einkommenssteuer bedarf es einer Angleichung der nominalen an die realen Steuersätze durch eine Senkung von Eingangssteuersatz bis zu einem Spitzensteuersatz, finanziert durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Der Grundsatz der sozialen Steuergerechtigkeit muss bei einer Steuerreform vor allem zweierlei leisten: Erstens die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen, vor allem eine Entlastung der in die Progression hineinwachsenden Leistungsträger. Zweitens die Entlastung von Familien oder Lebensgemeinschaften mit Kindern. Hier besteht ein fundamentaler Widerspruch zu den gesellschaftspolitischen Zielsetzungen einer neoliberalen Steuerreform. Jeder Generationenvertrag, sei er umlagen- oder kapitaldeckungsfinanziert, ruht letztendlich auf den Schultern der kommenden Generation, und demnach ist ein Steuersystem, das Lebensgemeinschaften mit Kindern eher belastet als fördert, während die blosse Eheschliessung bereits zu einer erheblichen Steuerentlastung führt, eine dringend der
Korrektur bedürftige Fehlsteuerung des Systems. Niemandem soll seine persönliche Lebensgestaltung vorgeschrieben werden, aber die Struktur steuerlicher Belastungen muss nicht nur einkommensgerecht, sondern auch generationsgerecht sein. Hinzu muss eine volle steuerliche Freistellung aller privaten Vorsorgeleistungen kommen. Wenn diese Voraussetzung gegeben ist, ist allerdings nicht mehr einzusehen, warum Alterseinkommen ab einer bestimmten Grössenordnung

steuerlich freigestellt werden sollen. Für die grosse Mehrzahl der Rentenbezieher wird dies allerdings weiterhin Steuerfreiheit bedeuten.
Niedrigere Steuersätze für Unternehmen, echte Entlastung für mittlere und untere Einkommen und für Familien, Wegfall von Steuersubventionen, Abzugsmöglichkeiten und Ausnahmen, ein einfacheres, durchsichtigeres und gerechteres Einkommenssteuersystem und - sobald dies die öffentlichen Finanzen zulassen - auch eine allgemeine echte steuerliche Nettoentlastung: Eine solche Reform der Einkommenssteuer dient der Wettbewerbsfähigkeit, der Steuergerechtigkeit und der Eigenvorsorge. Nun werden die USA von den neoliberalen Standortapologeten sehr gerne als Vorbild für die notwendigen Reformen in Deutschland angeführt. Der amerikanische Steuerstaat allerdings ist wesentlich härter als der europäische und namentlich der deutsche, Kapitalerträge und Veräusserungsgewinne unterliegen alle und ohne Ausnahme, im Gegensatz zu Deutschland, der Besteuerung. Jeder amerikanische Staatsbürger oder in den USA steuerpflichtige Ausländer ist zu einer Steuererklärung verpflichtet, ob er im Ausland lebt oder nicht, und seine ausländische Steuerlast wird mit der inländischen verrechnet. Steuerflucht ist wesentlich schwieriger als hierzulande, und die Strafen für Steuervergehen sind weitaus härter.
Ein solcherart reformierter Steuerstaat wird, da seine fiskalischen Spielräume durch den Zwang zur Steuersenkung erheblich eingeschränkt wurden, auch bei uns gegenüber Steuerflucht, Steuerumgehung und - hinterziehung bei Unternehmen und Privatpersonen wesentlich unnachsichtiger vorgehen als bisher. Auch hier wird es also eine gewisse "Amerikanisierung" geben, zumal die grenzüberschreitende Steuerumgehung von Unternehmen durch Gewinntransfers in Niedrigsteuergebiete und auch die Steuerflucht von Privatvermögen in sogenannte "Steuerparadiese" für den deutschen Fiskus nicht mehr tolerable Ausmasse erreicht haben. Ein reformiertes Einkommenssteuersystem mit niedrigeren Steuersätzen wird auch ein gründliches Verschliessen der Fluchtmöglichkeiten plus europäischer Harmonisierung notwendig machen, wenn die Reform funktionieren soll. Und ein Weiteres kann man von den USA lernen: die wesentlich stärkere Besteuerung von grossen Erbschaften, die nach vierzigjähriger Friedenszeit und auf Grund des jetzt stattfindenden Generationenwechsels in den kommenden Jahren in Deutschland fällig werden - allerdings in Verbindung mit einer Öffnung des Stiftungsrechts. Es geht hier nicht um die Eigentumswohnung, das kleine Häuschen oder den Handwerksbetrieb, die mittels hoher Freibeträge nur gering belastet bleiben sollen, sondern um die wirklichen Vermögen, die einer stärkeren Besteuerung unterliegen müssen. Gleichzeitig sollte der Staat allerdings den Weg in die wissenschaftliche, kulturelle oder soziale Stiftung massiv fördern und gesetzlich wie steuerlich erleichtern. Gerade angesichts des Rückzugs des Staates aus zahlreichen Förderungen in diesen gesellschaftlichen Bereichen muss die private Stiftung ganz anders steuerlich gefördert werden, flankiert durch eine wesentlich schärfere Erbschaftssteuer. Hier kann man nicht nur, nein, hier muss man gerade von den USA lernen, wo der Erbschaftsfall als zivilgesellschaftliche Chance der Vermögensumverteilung mittels des privaten Stiftungswesens genutzt wird.
Die Krise der industriellen Vollerwerbsarbeit musste zu einer Krise der sozialen Sicherungssysteme führen, da von der Ertragsfähigkeit der Vollerwerbsarbeit die Finanzierung der sozialen Sicherung wesentlich abhängt. Der Generationenvertrag wird über die gesetzliche Rentenversicherung von den Beiträgen finanziert, die Teil des Bruttolohns sind. Nimmt die Zahl der Beitragszahler ab und steigen zugleich die Leistungen der Rentenkassen, so müssen als logische Folge die Beiträge steigen, es sei denn, die Renten würden gekürzt. Die Entwicklung trifft nun keineswegs Deutschland allein, sondern nahezu alle Mitgliedsstaaten der EU.
"Alle potentiellen Teilnehmer der EWWU [Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, d. A.] stehen - ebenso wie grosse Teile der Industrieländer insgesamt - seit Jahren vor grossen Problemen

in ihren sozialen Sicherungssystemen. Die Länder wenden zwischen 24 und 32 Prozent ihrer Wirtschaftsleistungen für den Sozialbereich auf, wobei der grösste Teil auf Alters- und Krankheitsvorsorge entfällt. Bei allen elf Beitrittskandidaten basieren die Systeme zum grössten Teil auf dem Umlageverfahren. Sie sind damit besonders anfällig gegen Arbeitslosigkeit und Verschlechterung der Altersstruktur. Angesichts der Beschäftigungsprobleme in den meisten Ländern liegen die Ausgaben für die Sicherung gegen Alter und Krankheit bereits heute an der Grenze ihrer Finanzierbarkeit. Das insgesamt hohe Leistungsniveau kann durch immer höhere Belastungen der Arbeitskosten nicht aufrechterhalten werden..... Die Gefahr wächst, wenn die seit geraumer Zeit bekannten demographischen Umwälzungen die umlagefinanzierten Sicherungssysteme zu sprengen drohen. Der stetig zunehmende Anteil alter und sehr alter Menschen an der Gesamtbevölkerung wird im Jahre 2005 fast ein Drittel ausmachen. Ohne nachhaltige Reformen der Sozialsysteme sehen sich viele EU-Länder in Zukunft explosionsartig ansteigenden öffentlichen Defiziten und damit Schuldenständen gegenüber."

Nun wird auf die strukturelle Krise der gesetzlichen Rentenversicherung gerne mit dem Vorschlag Leistungskürzung und private Zusatzversicherung geantwortet, aber dieser Vorschlag setzt ein gewisses Einkommensniveau voraus, damit überhaupt privat für das Alter angespart werden kann. Für die Masse der Erwerbstätigen, die bei sinkenden verfügbaren Einkommen bereits heute versuchen, ihren Lebensstandard durch Verbrauch ihrer Ersparnisse zu halten, würde dies noch eine weitere Einschränkung ihrer verfügbaren Einkommen bedeuten, mit fatalen Auswirkungen für ihren Lebensstandard und die Binnennachfrage. Und auch ein steigender Steueranteil bei der gesetzlichen Rente wird vor allem dazu dienen müssen, die strukturellen Beitragsdefizite auszugleichen, die aus der Arbeitswelt von morgen mit ihren wesentlich grösseren Beschäftigungsrisiken erwachsen werden. Ein Systemwechsel, weg von einer beitragsbezogenen und umlagefinanzierten Rente hin zu einer ausschliesslich steuerfinanzierten Grundrente, die faktisch eine andere Form allgemeiner Sozialhilfe im Alter wäre, ist weder Wünschenswert noch politisch durchsetzbar, ganz davon abgesehen, dass sie nicht finanzierbar ist. Freilich besteht das Risiko, dass sich selbst bei Beibehaltung des gegenwärtigen Systems die beitragsbezogene gesetzliche Rentenversicherung ohne eine zusätzliche Finanzierung (unter dem Druck abnehmender Beitragszahlungen und der dramatisch ansteigenden Zahl von Ruheständlern) faktisch zu einer beitragsabhängigen Grundrente entwickelt, und das genau wäre dann die schlechteste Variante.

Eine völlige Umstellung auf Kapitaldeckung zerschlägt aber nicht nur den solidarischen Charakter der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern sie geht Natürlich auch erhebliche Risiken mit ihrer Abhängigkeit von den Kapitalmärkten ein, deren Zuwächse keineswegs langfristig den heute eingeschlagenen Wachstumspfad verfolgen müssen. Angesichts der Risiken der umlagenfinanzierten gesetzlichen Rente und auch der kapitalmarktabhängigen Alterssicherung spricht angesichts der demographischen Entwicklung der europäischen Gesellschaften eigentlich alles für eine möglichst breite Diversifikation des Risikos, das heisst eine Ergänzung des solidarischen Umlagesystems durch eine zweite Säule der Alterssicherung. Diese müßte kapitalgedeckt die gesetzliche Rente ergänzen, und erst dann begänne die private Altersversorgung durch Versicherungen, Vermögen, Ersparnisse, etc. Die Schweiz hat ein bedenkenswertes System entwickelt, das sich gewiss nicht unmittelbar auf Deutschland übertragen lässt, von dem man dennoch unter dem Gesichtspunkt von Risikostreuung in der Alterssicherung einiges lernen kann. Die gesetzliche Rentenversicherung ist dort eine Volksversicherung, in der alle ohne Ausnahme

versichert sind und in die alle einzahlen, auch Selbständige und Unternehmer. Die Beitragsleistungen der Spitzenverdiener - auch Einkommen aus Vermögen werden belangt -, sind relativ hoch, für die Rente gibt es Kappungsgrenzen, so dass es zu einer solidarischen Umverteilung innerhalb des Systems kommt. Freilich darf man nicht vergessen, dass die Schweiz nur sehr niedrige Einkommenssteuertarife hat, wenn man dieses Modell analysiert. Die zweite gesetzliche Säule ist die betriebliche Rentenversicherung, die jedes Unternehmen seinen Mitarbeitern anbieten muss und die alle abhängig Beschäftigten umfasst. Die Betriebsrenten sind kapitalgedeckt über Fonds an den Finanzmärkten.

Die Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Beamte ist angesichts der enormen Versorgungslasten, die auf alle drei staatlichen Ebenen - Bund, Länder, Gemeinden, vor allem auf die Länder mit ihren grossen, personalintensiven Haushalten - zukommen, eigentlich nur zu vernünftig. Allein die ideologische Bindung an den Beamtenstatus verhindert dies. Und auch die Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung ist angesichts der neuen Selbständigkeit vor allem von Klein- und Kleinstunternehmern unabdingbar, wenn man nicht erhebliche Armutsrisiken im Alter in Kauf nehmen will.

Die Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer allgemeinen beitragsbezogenen Volksversicherung ist also unter allen Gesichtspunkten vernünftig, wird aber gleichwohl politisch nicht einfach durchzusetzen sein. Freilich führt dies nur kurzfristig über höhere Einnahmen zu einer Entlastung der Rentenkassen, mittelfristig werden die Lasten dadurch nicht geringer. Das Finanzierungsdefizit lässt sich damit nicht beheben.

Dazu böte sich heute vor allem für die beiden schwierigsten Jahrzehnte von 2010 bis 2030 der Aufbau eines zusätzlichen Kapitalstocks an, der sich etwa aus zwei Prozentpunkten der gesetzlichen Rentenversicherung speisen liesse, wenn es zu einer durch eine Ernergiesteuer gegenfinanzierten Senkung des Beitragssatzes um mehrere Prozentpunkte kommen könnte. Eine Anhebung der gegenwärtigen Rentenbeiträge um zwei Prozentpunkte zur Finanzierung eines zusätzlichen "Rentenzukunftsfonds" ist bei dem Höchststand des Beitragssatzes aus ökonomischen Wettbewerbsgründen allerdings nicht möglich. Die Arbeitslosigkeit würde dadurch weiter gesteigert und nicht abgebaut. Der neue Generationenvertrag als Kern des neuen Gesellschaftsvertrags wirft die zentrale Frage aller kapitalistischen Gesellschaften erneut auf, nämlich die Verteilungsfrage und damit die Eigentumsfrage. Ohne diese Frage zu stellen und zu beantworten, wird weder eine solidarische Antwort auf die Krise des Generationenvertrages möglich sein noch eine solidarische Antwort auf die Frage nach der Zukunft des Sozialstaates im Zeitalter des Globalismus.

Es wurde in diesem Buch bereits mehrmals angesprochen: die Lohnsumme nimmt ab, die Kapitalerträge nehmen zu.

Es handelt sich hier um strukturelle, langfristige Trends, und genau deshalb gerät die gesamte Konstruktion des bisherigen Sozialstaates, die an der Lohnsumme hängt, ins Wanken. Ohne dass die Kapitalerträge zur Finanzierung des zukünftigen Sozialstaates und vor allem des neuen Generationenvertrages zusätzlich herangezogen werden, wird eine strukturelle Sanierung der Alterssicherung nicht möglich sein. Im Klartext heisst dies: die Beteiligung der Erwerbstätigen an den Kapitalerträgen und eine zunehmende Beteiligung am produktiven Eigentum in den verschiedensten Formen, sei es nun als Investivlohn, Aktienbeteiligungen für Mitarbeiter bei Unternehmensgründungen, Erfolgsbeteiligungen für Mitarbeiter auf allen Betriebsebenen (und nicht nur für das Top-Management) durch Aktienbeteiligungen und eine grundsätzliche Reform der betrieblichen Alterssicherungssysteme in Richtung des Schweizer Systems. Der Gesetzgeber sollte dazu die Bildung betrieblicher und überbetrieblicher Alterssicherungsfonds auf eine klare gesetzliche Grundlage stellen und entsprechend steuerlich präferieren, bis sie sich durchgesetzt

haben. Dies alles gilt Natürlich auch für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.
In einer globalisierten Zukunft werden die nationalen Klammern nicht verschwinden, in ihrer Bedeutung werden sie sich aber verändern. Nationale Wirtschaftspolitik, nationale Finanz- und Arbeitsmärkte und damit die nationalökonomische Verankerung des Sozialstaates werden sich zunehmend lockern. Und wenn dies nicht für grosse Teile der Bevölkerung und der Erwerbstätigen zu einem Trauma vom Absturz in die neue Unbehaustheit der Weltmärkte werden soll, mit absehbar hochgefährlichen politischen Reaktionen, dann bekommt die neue Verankerung des Sozialstaates im Kapitaleigentum und in der Beteiligung von Kapitalerträgen (neben seinen schwächer werdenden traditionellen Ankern) auch eine überragende gesellschaftspolitische Bedeutung. Die demokratische Linke unterschätzt bis heute die gesellschaftspolitisch überragende Bedeutung der Kapitalbeteiligung breiter Bevölkerungsschichten. Der Aktienkapitalismus wird die dominante Organisationsform in der Aera des Globalismus sein, und darauf wird der neue Gesellschafts- und Generationenvertrag auszurichten sein. Dies hat nur dem Anschein nach etwas mit der "Vermögenbildung in Arbeitnehmerhand" der späten sechziger und frühen siebziger Jahre zu tun. Damals war dies das allerletzte Sahnehäubchen des traditionellen Sozial- und Wohlfahrtsstaates, heute hingegen rückt die Kapitalbeteiligung der Beschäftigten ins gesellschaftspolitische Zentrum des Verteilungskonflikts im Aktienkapitalismus. Und ergo wird für die demokratische Linke und die Gewerkschaftsbewegung der Schritt von der Mitbestimmungsgesellschaft hin zur Mitbeteiligungsgesellschaft zu gehen sein, wenn der Sozialstaat unter den Bedingungen des Globalismus eine Zukunft haben soll. Steuern und Löhne als zentrale Verteilungsmechanismen werden in Zukunft nicht mehr ausreichen, Kapitalbesitz und Kapitalerträge werden ergänzend hinzutreten müssen.
Der neue Sozialstaat wird weniger "Staat" und mehr "Gesellschaft" sein als der Sozialstaat der klassischen Arbeitsgesellschaft. Dennoch werden die gesetzlichen Sicherungen, die legislative und administrative Umsetzung von Gleichheits- und Gerechtigkeitsansprüchen mittels des
Staates wie auch dessen Verantwortung für die kollektive Daseinsvorsorge bestehen bleiben müssen. Der erneuerte Sozialstaat wird eine Neubestimmung des Verhältnisses von staatlicher Daseinsvorsorge, gesellschaftlichem Engagement und individueller Eigenverantwortung vornehmen müssen, will er sich nicht sofort wieder in der Finanzierungsfalle verfangen. An zwei zentralen Punkten des neuen Sozialstaates wird dies entschieden werden, nämlich an der staatlichen Sicherung des individuellen Lebensstandards und an den sozialen Netzen. Eine staaatliche Lebensstandardsicherung im Einzelfall wird es jenseits der weiterhin notwendigen Verteilungsgerechtigkeit und der Sicherung des Zugangs zu gleichen Chancen für Arbeit, Wohlstand, Bildung und sozialer Sicherheit nicht mehr geben, weil dies die materiellen Möglichkeiten des globalisierten
Wettbewerbsstaates sprengen würde. Diese bittere Erkenntnis wird die demokratische Politik ihren Wählern allerdings erst noch vermitteln müssen, und das wird alles andere als einfach sein, weil daran die Frage der Mehrheitsfähigkeit und damit ganz unmittelbar die Machtfrage hängen. Darüber hinaus aber wird in den sozialen
Netzen, wie übrigens auch im Steuersystem, das Verhältnis von Geben und Nehmen, von staatlicher und gesellschaftlicher Hilfsbereitschaft und dem gesetzlichen Anspruch auf Hilfe neu bestimmt werden. Die neuen Arbeitsmärkte werden den Wechsel zwischen Vollerwerbsarbeitsplatz, Teilzeit, Aus- und Fortbildung und zeitlich befristetem Aufenthalt in einem der sozialen Netze zur Normalität machen. Dies hat dann nur noch sehr eingeschränkt mit Armutsabwehr oder gar Für sorge zu tun, sondern wird integraler Teil der zukünftigen Erberbsbiographie. Deshalb ist ein Übergang von der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zu einer existenzsichernden Grundsicherung

unabweisbar. Freilich wird in einem Grundsicherungssystem ein ganz anderer Druck zur individuellen Eigeninitiative auf die Leistungsbezieher ausgehen, damit die Grenzen der Finanzierbarkeit des Systems nicht gesprengt werden. Für die Unternehmen und die besitzenden Schichten wird dieses neue individuelle Verantwortungsethos allerdings im Steuer- und Abgabensystem seine harte Entsprechung finden. Dort wird die Zeit der Kavaliersdelikte definitiv zu Ende gehen.

Schluss

Ein neuer Gesellschaftsvertrag, der die sozialstaatliche Antwort auf die Globalisierung der Märkte, die Tertiarisierung der Wirtschaft, die Individualisierung der Gesellschaft, die ökologischen Grenzen des Wachstums, die Veränderungen des Arbeitsmarktes und des Erwerbslebens sowie die gewachsene Bedeutung der Bildung gibt und der einen neuen Generationenvertrag in einer Gesellschaft des langen Lebens entwickelt, ist für den demokratischen Zusammenhalt der europäischen Staaten unverzichtbar.

Der soziale und demokratische Zusammenhalt kapitalistischer Wettbewerbsgesellschaften ist ohne diesen neuen Gesellschaftsvertrag nicht aufrechtzuerhalten. Dabei handelt es sich um kein Schönwetterprojekt, sondern um eine tiefgreifende politische Neugestaltung, die nicht ohne schwere Auseinandersetzungen und Kämpfe im Rahmen der demokratischen und gesellschaftlichen Institutionen zu erreichen sein wird. Die Verhandlungen zu diesem neuen Gesellschaftsvertrag finden in den Arenen des demokratischen Streits und Wettbewerbs und des Konflikts der Tarifpartner und sozialen Interessengruppen statt, aber letztendlich zielt diese Auseinandersetzung auf Konsens und Vertrag und nicht auf Konflikt und Unterwerfung. Der Neoliberalismus bietet für Europa keine Perspektive, da er bewusst das Risiko der Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Kauf nimmt. Die Abkehr vom sozialstaatlichen Konsens jedoch würde in Europa eine Büchse der Pandora öffnen, die im 21. Jahrhundert besser verschlossen bleiben sollte.

Das hohe Mass an sozialer Stabilität, gesellschaftlicher Integration und stabiler politischer und monetärer Strukturen verdankt Europa seiner sozialstaatlichmarktwirtschaftlichen Verfasstheit. Diese soziale Marktwirtschaft auf die Herausforderungen des Globalismus einzustellen und dabei zugleich den dramatischen innergesellschaftlichen Veränderungen gerecht zu werden, bleibt deshalb die grosse Herausforderung der beiden vor uns liegenden Jahrzehnte. Es gibt zwei unterschiedliche politische Angebote für diese nicht aufzuschiebende Modernisierung: die neoliberale Modernisierung und die sozialökologische Modernisierung. Zwischen diesen beiden Modernisierungsangeboten wird innerhalb der Europäischen Union und ihrer einzelnen Mitgliedsstaaten die historische Auseinandersetzung um die Neugestaltung Europas im Zeitalter des Globalismus gehen. Beide Modernisierungsvarianten werden den Menschen viel an Belastungen und Veränderungen zumuten müssen, der Neoliberalismus setzt dabei auf Besitzegoismus und Konflikt, der Sozialökologismus auf Solidarität und Konsens. Der Neoliberalismus verheisst kurzfristigen Gewinn, auf mittlere Sicht allerdings wird er in seinen Folgekosten extrem teuer werden und politisch unkalkulierbar bleiben. Der Sozialökologismus hingegen muss die Bereitschaft der Menschen zur Über nahme kurzfristiger Mehrbelastungen gewinnen, um auf mittlere Sicht die Erträge der Reforminverstitionen in die ökologische und soziale Erneuerung des Landes geniessen zu können. Dies wird die weitaus schwierigere Aufgabe sein, und

gerade deshalb muss die sozialökologische Modernisierung die Gerechtigkeitsfrage als Wertefrage in Gestalt eines neuen Gesellschaftsvertrags in den Mittelpunkt ihrer Strategie stellen und diese mit einer neuen technischwirtschaftlichen Gründerzeit, der Infrastrukturrevolution des ökologischen Umbaus und der demokratischen Staatserneuerung verbinden. Solidarität und Gerechtigkeit werden die elementaren Werte dieser Modernisierung sein müssen.

Das alte Europa, dem kaum noch jemand etwas zugetraut hatte, schickt sich jetzt mit der Wirtschafts- und Währungsunion an, auf die Globalisierung mit einer veritablen historischen Revolution zu antworten. Mit dem EURO als gemeinsamer Währung von elf Nationen innerhalb der EU wird zum ersten Mal ein Kernbereich der Souveränität des europäischen Nationalstaates auf eine europäische Institution übertragen, und damit tritt die EU in eine neue historische Phase ein. Die gemeinsame europäische Währung ist ein politisches Gründungsprojekt für ein neues Völkerrechtssubjekt, nämlich der EUROPÄISCHEN UNION, und die Währungsunion wird einen grossen Druck zu weiteren Souveränitätsübertragungen in Richtung einer europäischen Demokratie unter Einschluss der beteiligten Nationalstaaten - und nicht durch deren Überwindung - nach sich ziehen. Spätestens mit der gemeinsamen Währung ist demnach in der EU die politische Verfassungsfrage aufgeworfen und muss, wenn auch Schritt für Schritt, beantwortet werden. Zu vertagen wird sie nicht mehr sein. Jede Verfassung gründet auf Werte, und die europäische Demokratie wird gewiss nicht die Summe der Traditionen ihrer Mitgliedsstaaten sein, wohl aber sehr stark von diesen beeinflusst werden. Die alles überragenden Traditionen, auf denen Europa gründet, sind aber bis auf den heutigen Tag die Werte der Aufklärung und der Grossen Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Auch ein zusammenwachsendes Europa wird keine besseren Grundwerte finden. Nur wenn die europäischen Staaten in der Europäischen Union als neuem Subjekt der Politik des 21. Jahrhunderts zusammenfinden - auf der Grundlage eines neuen Gesellschaftsvertrages und der entstehenden europäischen Demokratie -, werden sie ihre Rolle im Zeitalter des Globalismus finden und spielen können. Und nur so werden sie auch ihre Eigenständigkeit und ihre recht eigenen Traditionen bewahren können. Dies ist der eigentliche politische Sinn der gemeinsamen europäischen Währung und zugleich Europas historische Antwort auf das 21. Jahrhundert und das Zeitalter des Globalismus.

Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution (Josc...odt

Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution.pdf